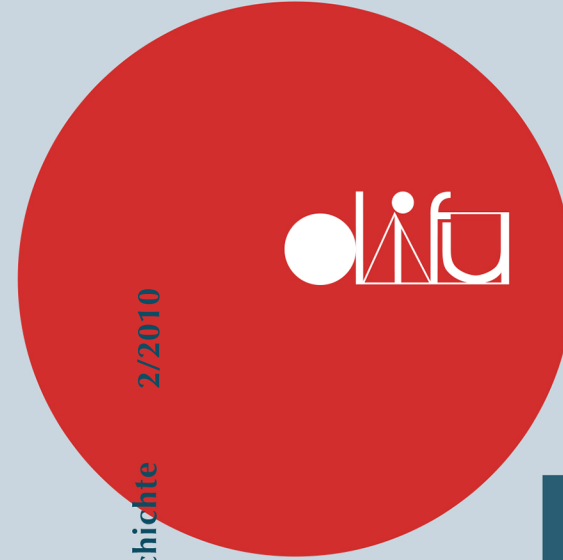




Informationen zur modernen Stadtgeschichte

Themenschwerpunkt

Stadt und Nachhaltigkeit



2/2010

2/2010

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

IMS

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

2010
Verlagsort: Berlin

2.Halbjahresband

Herausgegeben von
Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Martina Heßler,
Gerd Kuhn, Friedrich Lenger, Jürgen Reulecke, Ralf Roth, Axel Schildt,
Dieter Schott und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit
Stefan Fisch, Antjekathrin Graßmann, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Stadt und Nachhaltigkeit

Verantwortliche Herausgeber:
Dieter Schott / Michael Toyka-Seid

EDITORIAL 5

LEITARTIKEL

Dieter Schott / Michael Toyka-Seid
Stadt und Nachhaltigkeit..... 7

BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA

Michèle Dagenais
The Sustainable City: A New Label for the Progressive Cities of the 21st
Century? Some Remarks on the Case of Montreal..... 22

Cyria Emelianoff
Pioneer cities for Climate Protection (Freiburg im Breisgau, Grenoble): the
1960-70s inheritance..... 34

<i>Martina Fendt</i>	
Städtischer Freiraum und nachhaltige Stadtentwicklung: Mainz und Wiesbaden im Vergleich.....	45

<i>MiaoMiao Shu</i>	
Nachhaltigkeit als modernes Leitbild von Shanghai?.....	65

LEITREZENSION

<i>Michael Toyka-Seid</i>	
Karl Brunner und Petra Schneider (Hrsg.), Umwelt Stadt. Geschichte des Natur- und Lebensraumes Wien.....	78

FORUM

<i>Georg Wagner-Kyora</i>	
Wiederaufbau und Stadtgeschichte. Neuorientierungen nach dem spatial turn.....	83

ALLGEMEINE BERICHT E

<i>Uwe Altrock / Friedhelm Fischer</i>	
Tagungsbericht: Zweite Hessenkonferenz Stadtforschung, Universität Kassel, Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung, 5.-6. Februar 2010.....	103

Sammelbericht v. d. 10. Konferenz d. European Association for Urban History, 'City and Society in European History', Ghent, 1.-4.9.2010.....	106
--	-----

City and Society in European History: Die Xth International Conference on Urban History, Ghent, 1.-4.9. 2010, aus Sicht der GSU-Stipendiaten.....	120
---	-----

<i>Bettina Severin-Barboutie</i>	
Tagungsbericht: Grenzziehungen. Projektionen nationaler Identität auf Migranten in europäischen Städten nach 1945, Sektion der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) auf dem 48. Deutschen Historikertag Berlin, 29.9.2010.....	128

<i>Herbert Reinke / Margo De Koster</i>	
Tagungsbericht über eine internationale und interdisziplinäre Veranstaltungsserie: Variationen und Dimensionen der Aneignung von Stadt, USA/Europa, Nov. 2009-Sept. 2010.....	132
<i>Martina Fendt / Kristina Siekermann</i>	
Tagungsbericht: Workshop „Planung als Kulturtechnik“, Darmstadt, 19.-20. März 2010.....	139
<i>Matteo Colombi</i>	
Tagungsbericht: „Stadt – Mord – Ordnung. Urbane Settings in der Kriminalliteratur aus Ost-Mittel-Europa“, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Universität Leipzig (GWZO Leipzig), 25.-26.3.2010.....	142
<i>Gerwin Zohlen</i>	
Tagungsbericht: Zwischen Traum und Trauma – Die Stadt nach 1945, Universität Braunschweig, 9.-11.6.2010.....	147
<i>Clemens Zimmermann / Susanne Dengel</i>	
Tagungsbericht: Vom bürgerlichen Erziehungs- und Bildungsideal zum Standortfaktor in der Städtekonkurrenz. Kultur und Kulturpolitik in Städten der Bundesrepublik 1945–2010, Tagung des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte (Münster) im Wissenschaftspark Gelsenkirchen, 7. bis 9. Oktober 2010.....	151
<i>Martina Heßler</i>	
Verleihung des GSU-Forschungspreises, Berlin, 29.9.2010.....	155
MITTEILUNGEN	161
<i>Christoph Bernhardt</i>	
Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung am 29.9.2010 in Berlin.....	161

Editorial zu Heft 2/2010

Liebe LeserInnen, liebe AbonentInnen,

im Herausgeberkreis und im Format der ‚Informationen zur modernen Stadtgeschichte‘ sind einige Änderungen eingetreten bzw. treten demnächst ein, über die Sie die Redaktion informieren möchte. Aus dem bisherigen Herausgeberkreis sind einige der Mitglieder auf eigenen Wunsch ausgeschieden, meist weil sie mittlerweile im Ruhestand sind. Wir danken Christian Engeli, der lange Jahre die IMS redigierte, sowie Wolfgang Hofmann und Horst Matzerath als Mitbegründern für ihre Pionierarbeit und das langjährige Tragen des Projekts, ein Informationsorgan für die moderne Stadtgeschichte zu produzieren und damit die Diskussion innerhalb der Stadthistoriker und historischen Stadtforscher in Gang zu halten und zu befruchten. Gleiches gilt für Heinz Reif, der die Redaktion über viele Jahre hinweg führte und ebenfalls den Wunsch äußerte, den Stab an jüngere Kräfte zu übergeben. Ausgeschieden sind außerdem Franz-Josef Jakobi und Heinz-Jürgen Priamus, und auch ihnen gilt unser Dank für langjährige Mitarbeit, Hinweise und Impulse.

Das Herausgeber-Gremium hat sich im gleichen Zuge wieder ergänzt und verstärkt um vier Kolleginnen und Kollegen. Neu hinzugekommen sind Martina Heßler, Professorin für Neuere Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und bis September 2010 stellvertretende Vorsitzende der GSU, Dorothee Brantz, Juniorprofessorin am Center for Metropolitan Studies der TU Berlin, Friedrich Lenger, Professor für Neuere Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Ralf Roth, Professor an der Universität Frankfurt. Ralf Roth hat sich außerdem bereit erklärt, das Einwerben von Veranstaltungsberichten und deren Betreuung zu koordinieren, eine höchst willkommene Entlastung der Redaktion.

Eine zweite Neuerung betrifft die inhaltliche Konzeption der IMS sowie ihren Preis und Umfang. Die bisher verfolgte Konzeption von Themenschwerpunkten, die jeweils von ein oder zwei Herausgebern verantwortlich betreut werden, hat sich insgesamt bewährt und soll beibehalten werden. Der Nachteil dieser Konzeption war allerdings, dass auf aktuelle Forschungen, die sich (noch) nicht zu Themenschwerpunkten verdichten lassen, bisher nur schwer zeitnah reagiert werden konnte. So fanden Einzelaufsätze, die der IMS immer wieder angeboten wurden, außer in der Rubrik ‚Forum‘ keinen Platz in der Zeitschrift, was nicht zuletzt auch von jüngeren Stadtforschern als Manko betrachtet wurde. In einem Gespräch mit der Leitung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU), die die IMS verlegt und den Wunsch nach einer besseren Kostendeckung äußerte, kam die Redaktion der

IMS mit dem Präsidenten des DIFU, Professor Beckmann, im Grundsatz überein, eine Erweiterung des Umfangs der Zeitschrift, verbunden mit einer angemessenen Preiserhöhung, vorzunehmen. Angedacht ist eine Steigerung des Umfangs jedes Hefts von ca. 120 um 50% auf ca. 180 Seiten. Der hinzu gewonnene Platz soll für eine neue Rubrik thematisch „freier“ Aufsätze und Beiträge Verwendung finden. Die dort veröffentlichten Beiträge werden einem Peer-Review-Verfahren unterzogen, um die IMS auch als Publikationsort für jüngere wie für etablierte Wissenschaftler noch attraktiver zu machen. Die Betreuung dieser Rubrik wird von Friedrich Lenger übernommen. Die Redaktion fordert bereits jetzt Kolleginnen und Kollegen, die neuere Forschungen zur modernen Stadtgeschichte veröffentlichen möchten, auf, Beiträge einzureichen an

Prof. Dr. Friedrich Lenger
Historisches Institut
Justus-Liebig-Universität Gießen
Otto-Behaghel-Str. 10,
D-35394 Gießen
Friedrich.Lenger@geschichte.uni-giessen.de

Die Umstellung auf das neue Format wird voraussichtlich mit Heft 1/2012 erfolgen. Dies wird verbunden sein mit einer moderaten Preiserhöhung, über die wir die LeserInnen und AbonentInnen noch näher informieren werden. Wir möchten darauf hinweisen, dass der aktuelle Preis der IMS mit 16 Euro im Jahresabonnement im Vergleich zum dem anderer Zeitschriften sehr günstig ist und auch seit vielen Jahren nicht erhöht wurde. Es besteht zudem die Möglichkeit, das Abonnement der IMS durch eine Mitgliedschaft in der GSU zu erwerben bzw. fortzuführen. Da die GSU die Produktion der IMS finanziell und durch Eigenleistung unterstützt, wird auch deren Mitgliedsbeitrag maßvoll steigen müssen.

Wir hoffen, auch zukünftig Ihr Interesse an der modernen Stadtgeschichte befriedigen zu können und Sie als Leser, aber auch als potentielle Beiträger und Begutachter von Beiträgen zu behalten oder neu zu gewinnen.

Für die Redaktion

Dieter Schott (Darmstadt), Christoph Bernhardt (Berlin), Friedrich Lenger (Gießen)

Stadt und Nachhaltigkeit

Seit der UNO-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 hat sich der Begriff der Nachhaltigkeit als neues Leitbild einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung etabliert.¹ Der als „nachhaltende Nutzung“ in der frühneuzeitlichen Holzwirtschaft 1713 erstmals verwandte Begriff hat in Kap. 28.1 der in Rio formulierten Agenda 21 eine umfassende Ausdeutung erfahren. Dort heißt es: „Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.“²

Die Weltkonferenz von Rio stellte aber nicht nur die lokalen Verwaltungen vor neue soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen. Die Agenda 21 betonte auch die Bestände an Erfahrungswissen, lokalen Kenntnissen und Engagement der Stadtbevölkerung und forderte die Kommunen zum Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern auf. Mit der Unterzeichnung der Aalborg-Charta (der „Charter of European Cities & Towns Towards Sustainability“) im Jahr 1994 verpflichtete sich eine große Zahl europäischer Städte auf die in Rio formulierten Ziele. Heute ist die zentrale Rolle der lokalen Ebene für die Implementierung städtischer

¹ Bundesministerium für Umwelt 2002; allgemein zum Konzept der Nachhaltigkeit Emanuel Richter, Nachhaltigkeit – zeitgemäße Dimensionen eines politischen Begriffs, in: Leviathan 33: 2 (2005), S. 257-272 und Ulrich Grober, Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, München 2010.

² Zitiert nach Lexikon der Nachhaltigkeit: Urbane Agenda 21.
http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/kommunen_und_lokale_agenda_21_934.htm (10-11-2012).

Nachhaltigkeitspolitiken allgemein akzeptiert.³ Städte präsentieren sich weltweit, häufig in beinahe marktschreierischer Weise, als Arenen der Nachhaltigkeit, in denen den Kommunalverwaltungen als Entscheidern auf der lokalen Ebene, aber auch der Zivilgesellschaft die Verantwortung aufgegeben ist, eine dauerhafte und langfristig überlebensfähige Stadt zu gestalten.⁴

In den knapp zwei Jahrzehnten seit der Rio-Konferenz haben die dort formulierten Ziele vielfältige Folgerungen auf allen Ebenen nach sich gezogen. So erarbeitete eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe „Agenda 21/Nachhaltige Entwicklung“ im Umweltbundesamt bereits Mitte der 1990er Jahre ein Konzept zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsdiskussion in Deutschland. Auch heute noch fließen erhebliche Programmmittel des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Projekte zur nachhaltigen Stadtentwicklung. In vielen Kommunen wurden Lokale Agenda 21-Büros eingerichtet; die seit den späten 1970er Jahren vielerorts entstandenen städtischen Umweltämter erhielten weitgehende planerische Befugnisse. Umweltläden und Lokale Agenda 21- Aktivitäten auf Stadtteilebene boten dem zivilgesellschaftlichen Engagement eine Fülle neuer Betätigungsfelder.⁵ Dass trotz all der zwischenzeitlich unternommenen Anstrengungen „Urban Sustainability“ als Desiderat und umzusetzendes Leitbild auch weiterhin auf der wissenschaftlichen Agenda steht, zeigten in den vergangenen Monaten die *International Sustainable Development Research Conference 2010* in Hongkong und die Jahrestagung der American Urban History Association, die gleichermaßen die „sustainable City“ zum Schwerpunktthema erhoben.⁶ Mit ihrem Motto „Better City, Better Life“ stellte auch die kürzlich beendete Weltausstellung 2010 in Shanghai Konzepte zur nachhaltigen, integrierten Stadtentwicklung ins Zentrum ihrer Suche nach einer „harmonischen“ Stadt.⁷

Nicht weniger als einen neuen „Gründungsvertrag“ für die Stadt⁸ sah unmittelbar nach der Verabschiedung der Lokalen Agenda 21 der Stadtforscher Dieter Hoffmann-Axthelm in diesem neuen Leitbild der Stadt. Nach der antiken Stadt und der

³ Arnold Klotz, Otto Frey und Werner Rosinak, *Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs*, Wien 2005; Edgar Göll, Nadja Kampfenkel, Elke Mohrbach und Katrin Nolting, *Lokale Agenda 21-Projekte und ihre Wirkungen. Evaluationen und Einschätzungen*, Berlin 2007.

⁴ Beispiele sind etwa Vancouver: <http://vancouver.ca/> oder Freiburg: <http://www.freiburg.de/>.

⁵ 2004 hatten bereits 2471 Kommunen und damit fast jede fünfte deutsche Stadt einen entsprechenden Agenda-Beschluss gefasst: <http://web.archive.org/web/20041019143315/www.agendaservice.de/index.php>. Aktuellere Zahlen liegen nicht vor, diese dürften allerdings leicht rückläufig sein.

⁶ Konferenz Hong-Kong: <http://www.kadinst.hku.hk/sdconf10/> und Konferenz in Las Vegas: http://uha.udayton.edu/2010Conf/UHA_Program_FINAL_Oct_4_10.pdf.

⁷ Erich Follath und Wieland Wagner, *China. Labor der Zukunft*, in: *Der Spiegel* 17, 2010, S.112-118; Ortsbesichtigung in Shanghai. Eine Copacabana für China, in: *Die Zeit*, 22.04.2010, Nr.17.

⁸ Dieter Hoffmann-Axthelm, *Die dritte Stadt*. Frankfurt am Main 1993.

auf der Trennung von Stadt und Land beruhenden „Europäischen Stadt“ werde in dieser „dritten Stadt“ die ökologische, soziale und ökonomische Anpassungs- und Überlebensfähigkeit zum entscheidenden Kriterium für die Stadt des 21. Jahrhunderts erhoben. Knapp zwei Jahrzehnte später stellen sich die in den 1990er Jahren zur Kenntnis genommenen Herausforderungen an die Städte in abermals verschärfter Form dar. Zum einen durch die weltweite Urbanisierung, die neben dem Glanz der Global Cities in China, Japan und Südostasien das Elend der unkontrollierbaren Megalopolen der Dritten Welt (vor allem in Afrika und Südamerika) mit sich bringt. Zum anderen mit dem Klimawandel als einer neuen, weltweit spürbaren Gefährdung gerade auch des urbanen Lebensstils, der bereits seinen Niederschlag in wieder neuen Leitbildern wie der energieeffizienten, die veränderten Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung fokussierenden „Smart City“ findet. Zentral für jede Bewertung städtischer Entwicklung mit Blick auf das Nachhaltigkeitsparadigma ist daher ein Mehrsäulenkonzept.⁹ Nachhaltigkeit in Städten zielt, in bewusst weit gefasster Definition, auf die Nutzung naturräumlicher Ressourcen unter Beachtung inter- und intragenerativer Gerechtigkeit und globaler Orientierung zur Sicherung menschlicher Existenz unter Bewahrung kommunaler Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten.¹⁰

Städtische Nachhaltigkeit in historischer Perspektive

Diese tagesaktuellen Feststellungen dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass das Thema „nachhaltige Stadtentwicklung“ nur scheinbar ein ‚bloß‘ modernes ist. Auch schon vor 1992 verfolgten Städte ihre Entwicklungsziele mit „nachhaltiger“ Perspektive. Tatsächlich gehört es zu den Existenzbedingungen von Städten seit ihren Anfängen, bei ihrer Entwicklung immer wieder an die Grenzen der Tragfähigkeit ihres Umlandes zu stoßen.¹¹ Schädigung und tiefgreifende Belastung der näheren und weiteren Umwelt als Folge des städtischen Ressourcenverbrauchs bildeten mehr oder weniger regelmäßig wiederkehrende Strukturprobleme der Stadtgeschichte. Nicht von ungefähr gehört auch die existentielle Gefährdung oder in letzter Konsequenz das Scheitern städtischer Entwicklung in diesen Kontext. Naturkatastrophen, Missernten, Epidemien oder kriegerische Aktivitäten bedrohten in wie-

⁹ Karl-Werner Brand, Nachhaltigkeitsforschung – Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse eines neuen Forschungstypus, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität, Berlin 2000, S. 9-29; Robert W. Kates et al., Sustainability Science, in: Science 292 (2001), S. 641-642.

¹⁰ Vgl. zu diesem umfassenden Definitionsversuch Armin Grundwald und Jürgen Kopfmüller, Nachhaltigkeit, Frankfurt am Main 2006.

¹¹ Paul M. Hohenberg und Lynn Hollen Lees, The Making of Urban Europe, 1000-1950. Cambridge und London 1985; Elisabeth Lichtenberger, Die Stadt. Von der Polis zur Metropolis, Darmstadt 2002.

derkehrender Folge städtische Gemeinschaften¹², und nicht nur im Gedicht schlägt Städten gelegentlich die Stunde¹³: Aus dem Geist konservativer wie sozialistischer Zivilisationskritik des späten 19. Jahrhunderts, die sich insbesondere am ‚Moloch Großstadt‘ und der ‚Krise der Städte‘ festmachte¹⁴, entstanden utopische Romane wie William Morris‘ Vision einer Re-Ruralisierung Londons¹⁵ im Kontext einer genossenschaftlich-sozialistischen, ökologisch ausgerichteten britischen Gesellschaft. Praktisch-technokratischer, gleichwohl mit dem utopischen Kern eines genossenschaftlich-organisierten Wohlfahrtsstaates auf lokaler Ebene, entwarf Ebenezer Howard 1898 seine Vision einer ‚Garden City‘, die ja letztlich auch auf eine Auflösung Londons und der großen Städte zielte.¹⁶ Zwar zeigten sich die realen Strukturen historischer Urbanisierung langfristig als weitgehend resistent gegenüber solchen Visionen, auch eine gezielte Dezentralisierungspolitik, wie sie mit den britischen ‚New Towns‘ nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgt wurde, konnte letztlich nichts an der Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung im Großraum London ändern.¹⁷ Der Prozess der Deindustrialisierung hat jedoch den historischen, d.h. auch

¹² Vgl. Geneviève Massard-Guilbaud, Harold Platt und Dieter Schott (Hrsg.), *Cities and Catastrophes. Coping with Emergency in European History*, Frankfurt am Main et.al. 2002; Martin Körner (Hrsg.), *Stadtzerstörung und Wiederaufbau. Zerstörung durch Erdbeben, Feuer und Wasser*, 3 Bände, Bern 1999; Andreas Ranft und Stephan Selzer (Hrsg.), *Städte aus Trümmern. Katastrophenbewältigung zwischen Antike und Moderne*, Berlin 2004; Jeffrey M. Diefendorf (Hrsg.), *Rebuilding Europe's Bombed Cities*, Basingstoke 1990.

¹³ Aus der blühenden literarischen Verarbeitung dieses Themas sei hier nur an Bertold Brechts Zeilen aus „Komm mit mir nach Georgia“ erinnert: „Komm mit mir nach Georgia, dort bauen wir halt eine neue Stadt. Und wenn diese Stadt zu viele Steine hat, dann bleiben wir nicht mehr da.“ Bertold Brecht, *Komm mit mir nach Georgia*, in: *Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band*, Frankfurt am Main 1981. Allerdings stellt die neuere Katastrophen- und Resilienzforschung fest, dass historisch gesehen eine erstaunlich geringe Zahl von Städten schwere Zerstörungen nicht überwunden hat und das städtische Leben vollkommen erloschen ist; ein berühmtes Beispiel dafür ist für die Neuzeit St. Pierre auf Martinique in der Karibik, das bei einem Vulkanausbruch 1902 vollständig ausgelöscht wurde. Vale und Campanella betonen demgegenüber die erstaunliche Widerstandsfähigkeit und Resilienz von Städten auch in und nach schwerwiegenden Katastrophen und Zerstörungen, vgl. Lawrence J. Vale und Thomas J. Campanella: *Introduction: The Cities rise again*, in: Dies. (Hrsg.): *The Resilient City. How modern cities recover from disaster*, Oxford 2005, S. 3-23.

¹⁴ Vgl. Andrew Lees, *Cities perceived. Urban Society in European and American Thought 1820-1940*, Manchester 1985; Christian Engeli, *Die Großstadt um 1900. Wahrnehmungen und Wirkungen in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Politik*, in: Clemens Zimmermann und Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell. Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900*, Basel et al. 1999, S. 21-51.

¹⁵ W. Morris, *News from Nowhere*. London 1890.

¹⁶ Zu Howard und zum Konzept der Garden City, vgl. Stephen Ward (Hrsg.), *The Garden City. Past, Present and Future*, London 2002.

¹⁷ Vgl. Dieter Schott, *London and its „New Towns“ and Randstad Holland, Metropolitan planning on*

vergänglichen Charakter städtischer Prosperität schmerzhafte vielen Städten ins Bewusstsein gebracht. Noch in den letzten Jahrzehnten zählte es zur Erfahrung der Stadt im Westen, dass ein soziales und ökonomisches Überleben einstmal blühender industrieller Zentren nur durch einen radikalen Strukturwandel gewährleistet werden konnte. Und der gerade in letzter Zeit viel diskutierte Fall der „shrinking city“, die es nicht nur im Osten Deutschlands gibt, zeigt, dass nicht alle Städte über zukunftsfähige, nachhaltige Konzepte für ihr Überleben verfügen.¹⁸

Die Schaffung städtischer Überlebensfähigkeit in sozialer und ökologischer Hinsicht und die Auseinandersetzung mit der Tragfähigkeit des städtischen Umlandes gehörten so lange vor Rio und Aalborg zu den vordringlichen Aufgaben städtischer Politik. Als Siedlungskonzentrationen von Nahrungsmittel- und Rohstoff-Konsumenten waren und sind Städte funktional darauf angewiesen, die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit diesen Ressourcen langfristig verlässlich sicherzustellen.¹⁹ Damit stellte sich aber schon immer die Frage, wie es gelingen konnte, diese Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ohne die Gebiete, aus denen man sich versorgte, so zu schädigen, dass der Nachschub von Ressourcen schließlich versagte? Historisch zeigen sich verschiedene Lösungswege aus diesem Dilemma: Eine in der Vormoderne häufiger eingeschlagene Strategie war die, die naturwüchsige Reproduktion nachwachsender Ressourcen zu ersetzen durch eine planmäßige und auf Mehrertrag zielende Bewirtschaftung, wie dies die Waldschutzpolitik der Reichsstadt Nürnberg im Spätmittelalter exemplarisch zeigt. Der hohe Brennholzbedarf der rasch wachsenden und stark von metallverarbeitendem Gewerbe geprägten Reichsstadt Nürnberg hatte gegen Ende des 13. Jahrhunderts zu weitgehender Erschöpfung der natürlichen Buchenwälder im Reichswald um die Stadt geführt. In Reaktion auf die spürbare Knappheit der Ressource ‚Brennholz‘ wurden 1294 die Reichswälder zunächst unter Schutz gestellt. 1369 entwickelte der Nürnberger Patriarch Peter Stromer ein Verfahren, durch Ausbringen von Samen Wälder künstlich wieder aufzuforsten. Allerdings wurden im Verlauf dieses Prozesses die ursprünglichen Buchenwälder durch rascher wachsende und mehr Holz liefernde Nadelwälder ersetzt.²⁰

both sides of the Channel after 1945, in: Friedrich Lenger (Hrsg.), Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion, Köln, Weimar und Wien 2006, S. 283-306.

¹⁸ Vgl. Phillip Oswalt und Tim Riniets (Hrsg.), Atlas of shrinking cities. Atlas der schrumpfenden Städte, Ostfildern 2006; Axel Schildt und Dirk Schubert (Hrsg.), Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart, Dortmund 2008.

¹⁹ Helmut Haberl, Christof Amann, Wolfgang Bittermann und Elisabeth Gehrler, Die Kolonisierung der Landschaft. Wien 2001, S. 7.

²⁰ Ernst Schubert, Der Wald: Wirtschaftliche Grundlage der Stadt, in: Bernd Herrmann (Hrsg.), Mensch und Umwelt im Mittelalter, Stuttgart 1986, S. 252-269; Wolfgang Behringer, Topographie und Topik.

Eine andere Strategie zur Überwindung von Ressourcen-Engpässen war die Erschließung weiter entfernter wirtschaftlicher Hinterländer, deren Ressourcen durch Marktmacht oder politische Beherrschung für die Versorgung der städtischen Wirtschaft und Bevölkerung mobilisiert wurden. So betrieben zahlreiche Städte bei erkennbar knapper werdenden Holzressourcen eine regelrechte Waldpolitik, die jeweils von ihrer Größe und Lage, aber auch dem spezifischen Bedarf ihrer gewerblichen Wirtschaft abhing.²¹ Die holländischen Städte in einer waldarmen Nahumwelt versorgten sich etwa mit Bauholz aus den Mittelgebirgen am Oberrhein, Amsterdam ist so zu erheblichen Teilen auf Baumstämmen aus dem Schwarzwald erbaut. Die flandrischen Städte waren bereits im 15. und 16. Jahrhundert zu erheblichen Teilen für ihre Holz- und Getreideversorgung auf das Einzugsgebiet der Weichsel angewiesen.²²

Eine weitere Strategie war die Substitution einer Ressource durch eine andere, höherwertigere und damit weniger transportaufwändige, insbesondere Brennholz durch Steinkohle. Auch wenn der Übergang von Holz zu Kohle auf breiter Basis und damit der Beginn des fossilen Energiezeitalters in weiten Teilen Europas erst im 19. Jahrhundert erfolgte, auch in Abhängigkeit von den Transportinnovationen Dampfschiff und Eisenbahn, so beruhte doch z.B. das frühneuzeitliche Wachstum Londons bereits im 17. Jahrhundert zu erheblichen Teilen auf der Möglichkeit, die regional begrenzten Brennholzvorräte durch die Einfuhr von Steinkohle aus der Region um Newcastle in Nordost-England zu substituieren.²³

Insgesamt gesehen konnten Städte in historischer Perspektive nur dann bestehen, wenn es ihnen gelang, ihren „gesellschaftlichen Metabolismus“²⁴ auf eine verlässliche Basis zu stellen.²⁵ Die städtische Hygiene- und Infrastrukturpolitik in der

Das Bild der europäischen Stadt in ihrer Umwelt, in: Dieter Schott und Michael Toyka-Seid (Hrsg.), Die europäische Stadt und ihre Umwelt, Darmstadt 2008, S. 123-44.

²¹ Vgl. Joachim Radkau, Das Rätsel der städtischen Brennholzversorgung im „hölzernen Zeitalter“, in: Dieter Schott (Hrsg.), Energie und Stadt in Europa. Von der vorindustriellen ‚Holznot‘ bis zur Ölkrise der 1970er Jahre (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 135), Stuttgart 1997, S. 43-75; Nils Freytag und Wolfgang Piereth, Städtische Holzversorgung im 18. und 19. Jahrhundert – Dimensionen und Perspektiven eines Forschungsfeldes, in: Wolfram Siemann, Nils Freytag und Wolfgang Piereth (Hrsg.), Städtische Holzversorgung. Machtpolitik, Armenfürsorge und Umweltkonflikte in Bayern und Österreich (1750-1850), München 2002, S. 1-8.

²² Vgl. Hohenberg und Lees, Making of Urban Europa, S. 119.

²³ Vgl. zur Bedeutung der Steinkohle für den Energiekonsum Londons: Peter Brimblecombe, The Big Smoke. A History of Air Pollution in London since Medieval Times, London 1981; Rolf-Peter Sieferle, Der unterirdische Wald. Energiekrise und Industrielle Revolution, München 1982.

²⁴ Marina Fischer-Kowalski, Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in Sozialer Ökologie, Amsterdam 1997.

²⁵ Dieter Schott, Bill Luckin und Geneviève Massard-Guilbaud, Resources of the City. Contributions to an Environmental History of Modern Europe, Aldershot 2005; Rolf-Peter Sieferle, Fridolin Krausmann,

zweiten Hälfte des 19. und im frühen 20. Jahrhundert aber blieb immer eine lokal begrenzte. Zwar konnten durch die Einführung der Städtetechnik die gravierenden hygienischen Missstände *in* der Stadt beseitigt oder doch zumindest gemildert werden. Die Technik infrastruktureller Vernetzung führte jedoch nicht zu einer wirklichen Lösung der Umweltproblematik der Stadt im Sinne einer endgültigen Beseitigung von Schadstoffen. Vielmehr hatte die Durchsetzung von „end-of-pipe“-Technologien und die „Suche nach der letzten Deponie“²⁶ eine räumliche und zeitliche Verlagerung sowie eine nur vermeintliche Entschärfung der Probleme zur Folge. Die Stabilisierung innerstädtischer Problemlagen etwa in gesundheitlicher Hinsicht erfolgte um den Preis der Externalisierung der Probleme, d.h. einer Verlagerung der Schmutzfracht in die Flüsse und Meere, der Luftverschmutzung in die weitere Umwelt und der Überformung und Nutzbarmachung stadtferner hydrologischer Systeme für die Städte. Spätestens im Zeitalter des globalen Klimawandels stößt diese Form der Vermeidung durch Verlagerung an ihre Grenze. Das emittierte Kohlendioxid lässt sich in seiner Zirkulation und damit in seiner klimaschädlichen Wirkung nicht mehr lokal begrenzen.

Das Themenfeld städtischer Nachhaltigkeitspolitik ist auch für die diesbezügliche Stadtforschung schwer einzugrenzen. Allgemein gefasst geht es um das Management von und die Verteilungsgerechtigkeit im Hinblick auf Ressourcen (Fläche, Versorgungsgüter, Luft, das Gleichgewicht zwischen gebauter Stadt und ihren Freiflächen), um die Mobilisierung dieser Ressourcen für die städtische Einwohnerschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Möglichkeiten langfristigen Wachstums der Städte und nicht zuletzt um die Vermeidung eines Überhandnehmens der Konflikte zwischen „Stadt“ und „Land“. Die ingenieur- und planungswissenschaftliche Forschung hat für die Lösung solcher Problemlagen in den letzten Jahren eine Fülle von Antworten, beispielsweise für die Steigerung der städtischen Energieeffizienz oder das Management der städtischen Verkehrsflüsse, vorgelegt. Städtische Sozialstrukturen und die Frage nach einer sozial verträglichen Stadtentwicklung wurden von den Sozialwissenschaften thematisiert. Und während die politikwissenschaftliche Forschung in diesem Kontext der Frage nach Good Governance in Städten viel Aufmerksamkeit schenkt²⁷, hat sich die vor allem im anglo-amerikanischen

Heinz Schandl und Verena Winiwarter, *Das Ende der Fläche. Zum gesellschaftlichen Stoffwechsel der Industrialisierung*, Köln und Wien 2006.

²⁶ Joel A. Tarr, *The Search for the Ultimate Sink. Urban Pollution in Historical Perspective*, Akron 1996.

²⁷ Beispielhaft Hubert Heinelt (Hrsg.), *Lokale „Agenda-21“-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse*, Opladen 2000; siehe jetzt auch als Beitrag zur lokalen Umsetzung überregionaler Nachhaltigkeitsziele Sonja Löber und Hubert Heinelt, *How great expectations in Brussels are dashed in Großkrotzenburg: the impacts of reflective knowledge demonstrated in an empirical case of implementing the EU emissions trading scheme*, in: Rob Atkinson, Georgios Terizakis und Karsten Zimmermann (Hrsg.),

Bereich florierende „urban political ecology“ das Ziel gesetzt, den naturwissenschaftlich geprägten Diskurs der Stadtökologie um die gesellschaftliche Ebene zu erweitern.²⁸ Gefragt wird in diesen häufig interdisziplinär angelegten Studien, wie die natürliche (städtische) Umwelt sozial hergestellt, also durch vielfältige soziale, ökonomische und politische Prozesse und Machtverhältnisse beeinflusst wird. Den Wechselwirkungen zwischen der Stadtentwicklung, der Entwicklung von Infrastrukturen und der Stadtökologie spüren schließlich auch Arbeiten nach, die im Grenzbereich von Ingenieurwissenschaft, Infrastrukturentwicklung und Technikultur angesiedelt sind.²⁹ Wie es aber der Stadt als Innovationsmotor menschlichen Lebens seit Beginn der Zivilisation gelungen ist, eine dauerhafte und einigermaßen krisenresistente Entwicklung zu generieren, und wie dies in heutigen Fragestellungen nach der Zukunftsfähigkeit der Stadt nutzbar gemacht werden kann, sind Fragen, die von der historischen Forschung thematisiert werden müssen. Ihre Aufgabe besteht darin, aktuelle städtische Problemlagen mit ihren historischen Dimensionen in Beziehung zu setzen. Allerdings sind definitive Antworten aus historischer Perspektive auf diese Fragen in der Regel nur schwer zu erhalten, tut sich die historische Forschung mit dem Konzept der Nachhaltigkeit doch schwer. Begründet ist das durch die Perspektive der Geschichtswissenschaften, die auf Veränderung und den „Fluss der Geschichte“ zielt, in deren historisch-deskriptive Vorgehensweise das an normativen Kriterien ausgerichtete Konzept der Nachhaltigkeit kaum zu integrieren ist. Rolf Peter Sieferle kommentiert lapidar in einem der wenigen vorliegenden theoretischen Beiträge zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Nachhaltigkeitsparadigma: „Die Bewegtheit der Geschichte ist das Gegenteil einer `nachhaltigen Entwicklung`, wie sie heute avisiert wird.“³⁰

Sustainability in European Environmental Policy. Challenges of governance and knowledge, London 2011, S. 147-163.

²⁸ Nikolas Heynen, Erik Swyngedouw und Maria Kaika, In the Nature of Cities: Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism, London und New York 2006; Roger Keil, Urban political ecology, in: Urban Geography 24 (2003), S. 723–738; M. Gandy, Rethinking urban metabolism: Water, space and the modern City, in: CITY 8:3 (2004), S. 371-87; Maria Kaika und Erik Swyngedouw, Fetishising the Modern City: the Phantasmagoria of Urban Technological Networks, in: International Journal of Urban and Regional Research 24 (2000), 1, S. 120-138.

²⁹ Maria Kaika, City of Flows: modernity, nature and the city, New York 2004; Jochen Monstadt, Urban governance and the transition of energy systems: Institutional change and shifting energy and climate policies in Berlin, in: International Journal for Urban and Regional Research 31 (2007), 2, S. 326-343.

³⁰ Rolf-Peter Sieferle, Nachhaltigkeit aus umwelthistorischer Perspektive, in: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung, Bern 2007. Vgl. dazu aber auch Andrew C. Isenberg, The Nature of Cities. Culture, Landscape, and Urban Space, Rochester und N.Y. 2006.

Stadt hat Umwelt: Die Entdeckung der Umweltgeschichte der Stadt

Seit der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung ist das historisch gewachsene Verhältnis der Städte zu ihrer Umwelt dennoch unübersehbar stärker in den Fokus der Forschung getreten.³¹ Dabei geht es auch um die historische Einordnung eines normativ aufgeladenen Leitbildes städtischer Entwicklung und der von diesem angestoßenen städtischen Debatte, die unseres Erachtens ohne eine zeitliche Tiefendimension nicht angemessen zu führen ist. Die seit rund zwei Jahrzehnten intensiv betriebene Erforschung der Umweltgeschichte der Stadt kann hier wichtige Anregungen für eine an der zukünftigen Entwicklungsfähigkeit ausgerichtete Stadtentwicklung liefern. Diese Umweltgeschichte der Stadt präsentiert sich heute als ein methodisch vielfältiges und reges Forschungsfeld³² im Rahmen der seit ihren Anfängen von großer methodischer Heterogenität geprägten Umweltgeschichte.³³ In jüngster Vergangenheit resultierte die neue Aufgabenstellung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in einer Reihe lokaler Studien³⁴ sowie in vergleichenden Darstellungen zu Problemfeldern kommunaler Nachhaltigkeitspolitik.³⁵ Detaillierte „Öko-

³¹ Christoph Bernhardt und Geneviève Massard-Guilbaud (Hrsg.), *Le Démon moderne. La pollution dans les sociétés urbaines et industrielles d'Europe. The modern Demon. Pollution in urban and industrial European societies*, Clermond-Ferrand 2002; Martin V. Melosi, *Effluent America: Cities, Industry, Energy, and the Environment*, Pittsburgh 2001; Dieter Schott und Michael Toyka-Seid (Hrsg.), *Die europäische Stadt und ihre Umwelt*, Darmstadt 2008; Martin Knoll, „Dicke Luft und lachende Fluren.“ Überlegungen zur Umweltgeschichte der europäischen Stadt, in: Themenportal Europäische Geschichte, URL: www.europa.clioonline.de/2008/Article=318, 2008.

³² Christine Meisner Rosen und Joel Arthur Tarr, *The Importance of an Urban Perspective in Environmental History*, in: *Journal of Urban History* 20_3 (1994), S. 299-310; Samuel P. Hays (Hrsg.), *Explorations in Environmental History*, Pittsburgh 1998; Dieter Schott, *Urban environmental history: What lessons are there to be learnt?*, in: *Boreal Environment Research* 9 (2004), S. 519-528; Dorothee Brantz, *The Natural Space of Modernity: A Transatlantic Perspective on (Urban) Environmental History*, in: Ursula Lehmkuhl und Hermann Wellenreuther (Hrsg.), *The Historian's Nature: Comparative Approaches to Environmental History*, Oxford 2007, S. 195-225; Dorothee Brantz, *Forum: The Nature of German Environmental History*, in: *German History* 27 (2009), S. 113-130.

³³ Wolfram Siemann und Nils Freytag (Hrsg.), *Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven*, München 2003; Michael Toyka-Seid, *Umwelt am Ende? Neuere Tendenzen der Umweltgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), S. 423-477; Michael Toyka-Seid: *Auf der Suche nach dem Eigen-Sinn - die Umweltgeschichte zwischen Konsolidierung und Globalisierung*, in: *NPL 2* (2008), S. 365-380; Frank Uekötter, *Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2007; Verena Winiwarter und Martin Knoll, *Umweltgeschichte. Eine Einführung*, Köln 2007.

³⁴ U.a. Jens P. Scheller, *Lokale Agenda 21 in Frankfurt*, Frankfurt am Main 2000; Krister Volkmann, *Lokale Agenda 21 in Potsdam und Osnabrück*, Münster 2002.

³⁵ Z.B. Dieter Beck, Christoph Best und Rudolf Fisch, *Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21*, Berlin 2004.

Biographien“ einzelner Städte³⁶ haben zuletzt zunehmend auch die historische Tiefendimension umweltspezifischer Stadtentwicklung ergründet und damit die Defizite einer allzu stark bloß an gegenwärtigen und zukünftigen Phänomenen ausgerichteten Nachhaltigkeitsforschung ins Blickfeld gerückt. Inwieweit die Umweltgeschichte als „magistra vitae“ heutiger Umweltpolitik dienen kann und damit auch Orientierungswissen zu vermitteln vermag³⁷, darf dagegen im Blick auf die hier im Fokus stehende städtische Nachhaltigkeitspolitik als eine offene Frage gelten.

Das neue Leitbild der „Nachhaltigen Stadt“ verdrängt zunehmend frühere Leitbilder, die seit der Urbanisierung des 19. Jahrhunderts in stetiger Folge für die Planung und Gestaltung der Stadt maßgebend waren: die hygienische Stadt, die funktionale bzw. moderne Stadt, die verkehrsgerechte Stadt, die verdichtete Stadt, die europäische Stadt. Insbesondere das Leitbild der hygienischen Stadt³⁸, auf dessen beispielsetzende Rolle der Beitrag von Michèle Dagenais in diesem Themenschwerpunkt explizit verweist, könnte sich dabei als zentral für die historische Einordnung auch für heutige Nachhaltigkeitspolitiken erweisen. Eine solche Perspektive erlaubt auch, das Leitbild der ‚nachhaltigen Stadt‘ zu historisieren und der Frage zu unterziehen, wie solche Leitbilder entstehen, rezipiert, umdefiniert, gedeutet, schließlich umgesetzt werden, wer und welche Gruppen städtischer Bevölkerung an diesen Rezeptions- und Reproduktionsprozessen beteiligt sind, wie sich Zusammenhänge mit überregionaler, „nationaler“ Politik gestalten. Mit Blick auf die „Hygienische Stadt“ lässt sich beispielsweise nachvollziehen, wie dieses Leitbild nach einem längeren Vorlauf durch Rezeption und Übernahme der Gedanken der britischen Sanitary Reform seinen Siegeszug antrat. Als Erfolgsfaktoren erwiesen sich die Aufnahme dieser Vorstellungen durch führende Mediziner, Stadtplaner und Sozialreformer der Zeit (Pettenkofer, Baumeister, Varrentrap, Hobrecht) wie auch ihre mediale Verbreitung, beispielsweise durch die Publikationsorgane des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.³⁹ Eine erste Welle der Umsetzung dieser Ideen erfolgte seit den 1860er Jahren, ehe sich seit 1900 die Verallgemeinerung der Hygienevorstellungen in der Breite deutscher Städte vollzog. Die Dresdner Städte-Ausstellung von

³⁶ Karl Brunner und Petra Schneider (Hrsg.), *Umwelt Stadt. Geschichte des Natur- und Lebensraumes*, Wien und Köln 2005; Sabine Barles, *A Metabolic Approach to the City. 19th and 20th Century Paris*, in: Dieter Schott, Bill Luckin und Geneviève Massard-Guilbaud (Hrsg.), *Resources of the City. Contributions to an Environmental History of Modern Europe*. Aldershot 2005, S. 28–47; Joel Arthur Tarr (Hrsg.), *Devastation and renewal. An environmental history of Pittsburgh and its region*, Pittsburgh 2003.

³⁷ Wolfram Siemann und Nils Freytag, *Umwelt – eine geschichtswissenschaftliche Grundkategorie*, in: Wolfram Siemann (Hrsg.), *Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven*, München 2003, S. 7-21, S. 9.

³⁸ Vgl. Martin V. Melosi: *The Sanitary City. Urban Infrastructure in America from colonial times to the present*, Baltimore 1999.

³⁹ Vgl. Anne I. Hardy, *Ärzte, Ingenieure und städtische Gesundheit. Medizinische Theorien in der Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 2005.

1903 markierte den Höhepunkt dieser Phase deutscher Stadtplanung und Städtechnik.⁴⁰

Die Stadt erfuhr im Zuge der durch dieses neue Leitbild angestoßenen Entwicklungen eine radikale Umgestaltung und Neupositionierung. In Reaktion auf die gesundheitliche und hygienische Gefährdung der Städte⁴¹ und insbesondere auf die akute Herausforderung durch wiederkehrende Cholera-Epidemien⁴² setzte sich eine ingenieurtechnische Strategie zur Lösung der Entsorgungsprobleme der Stadt durch.⁴³ Die im letzten Drittel des Jahrhunderts einsetzende „Assanierung der Städte“⁴⁴ wurde zum zentralen Element einer umfassenden „Vernetzung der Stadt“⁴⁵, die sich bald auch in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energien wie Gas und Elektrizität⁴⁶ sowie im Bereich des städtischen Nahverkehrs manifestierte.⁴⁷ Auch die Entwicklung der modernen Stadtplanung wurde durch diese Vernetzung wesentlich geprägt.⁴⁸

Die auf Vernetzung angelegte industrielle Infrastrukturtechnologie veränderte seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Zugriff der Städte auf ihre Umwelt nachdrücklich und langfristig.⁴⁹ Beispielsweise bedingte der mit der Industrialisierung und

⁴⁰ Klaus Vogel und Christoph Wingender, „... deren Besuch sich daher unter allen Umständen lohnt“ Die I. Internationale Hygiene-Ausstellung 1911, in: Dresdner Hefte, Nr. 63, Große Ausstellungen um 1900 und in den zwanziger Jahren, Dresden 2000, S. 44–52; Ralf Stremmel, Städtische Selbstdarstellung seit der Jahrhundertwende, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 33 (1994), S. 234–264.

⁴¹ Anthony S. Wohl, *Endangered Lives. Public Health in Victorian Britain*, London 1983; Christopher Hamlin, *Public Health and Social Justice in the Age of Chadwick. Britain, 1800–1854*, Cambridge 1998.

⁴² Michael Durey, *The Return of the Plague, British Society and the Cholera 1831-2*, Cambridge 1979; Richard J. Evans, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren, 1830-1910*, Reinbek 1990; Olaf Briese, *Angst in den Zeiten der Cholera*. 4 Bände, Berlin 2003.

⁴³ John von Simson, *Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert*, Düsseldorf 1983; Peter Münch, *Städthygiene im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993.

⁴⁴ Wolfgang R. Krabbe, *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert*. Göttingen 1989.

⁴⁵ Dieter Schott, *Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt*. Darmstadt - Mannheim - Mainz 1880-1918, Darmstadt 1999.

⁴⁶ Dieter Schott, *The significance of Gas for Urban Enterprises in late 19th century German Cities*, in: Serge Paquier und Jean-Pierre Williot (Hrsg.), *L'Industrie du Gaz en Europe aux XIXe et XXe Siècles. L'innovation entre marchés privés et collectivités publiques*. Bruxelles u.a., S. 491-508 2005.

⁴⁷ Hans-Liudger Dienel und Barbara Schmucki (Hrsg.), *Mobilität für alle. Geschichte des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt zwischen technischem Fortschritt und sozialer Pflicht*, Stuttgart 1997; Mikael Hård und Thomas J. Misa (Hg.), *Urban Machinery. Inside Modern European Cities*, Cambridge 2008.

⁴⁸ Anthony Sutcliffe (Hrsg.), *British Town Planning. The Formative Years*, Leicester 1981; Brian Ladd, *Urban Planning and Civic Order in Germany, 1860-1914*, London 1990; Gerd Albers, *Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa*, Braunschweig 1997; Stephen V. Ward, *Planning the Twentieth-Century City, The Advanced Capitalist World*, Hoboken/N.J 2002.

⁴⁹ Joel Arthur Tarr und Gabriel Dupuy, *Technology and the Rise of the Networked City in Europe and*

durch die Einführung zentraler Wasserversorgung und von Kanalisationssystemen rapide gestiegene Wasserbedarf⁵⁰ die Erschließung von Wasservorräten abseits der schnell wachsenden Städte und die Transformation der natürlichen Fließgewässer auch in stadtfernen Regionen. Parallel dazu verlor die städtische Umweltverschmutzung ihren lokal begrenzten Charakter und wurde großräumig entgrenzt in der massenhaften Verschmutzung der Flüsse durch die Abwässer der Kanalisation⁵¹ oder der Versauerung der Böden stadtferner Regionen durch die Abgase der Fabriken mit ihren hohen Schornsteinen.⁵²

Ein historischer Blick auf die ‚nachhaltige Stadt‘?

So wie die hygienische Stadt als Reaktion auf die Herausforderungen der modernen industriellen Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sehen ist, so stehen Städte heute mit der Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Stadt wiederum vor einer vergleichbaren Herausforderung mit potentiell weitreichenden und heute kaum vorhersehbaren Konsequenzen. Auch wenn es nicht Gegenstand heutiger historischer Forschung sein kann, die Wirksamkeit aktueller Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu bewerten, so wird ein Blick auf die jüngere Genese des Diskurses über die Aneignung des Leitbildes der städtischen Nachhaltigkeit doch aufschlussreich sein im Hinblick auf Bezüge zwischen ‚nachhaltiger Entwicklung‘ als aktuelles Leitbild und früheren Entwicklungsstrategien und lokalen Strukturen und Konstellationen, die für die konkrete Ausgestaltung städtischer Nachhaltigkeitspolitik zentral sein können. Alle Beiträge dieses Themenschwerpunktes thematisieren daher Entwicklungen der jüngsten städtischen Vergangenheit, die als prägend für gegenwärtige Debatten und Umsetzungsprozesse angesehen werden. Die Stadtgeschichte macht sich damit ein Periodisierungsschema zu Eigen, das vor allem in der historischen Umweltforschung der letzten Jahre zum Tragen kam⁵³ und die unmittelbare

America, Philadelphia 1988.

⁵⁰ Jürgen Büschenfeld, Flüsse und Kloaken: Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870-1918), Stuttgart 1997, Thomas Kluge, Wasser und Gesellschaft. Von der hydraulischen Maschinerie zur nachhaltigen Entwicklung, Opladen 2000.

⁵¹ Verena Winiwarter, Where did all the waters go? The introduction of sewage systems in urban settlements, in: Christoph Bernhardt (Hrsg.), Environmental problems in European cities in the 19th and 20th century, Münster u.a. 2000, S. 105-119; Stephen Halliday, The Great Stink of London: Sir Joseph Bazalgette and the Cleansing of the Victorian Metropolis, London 1999; Bill Luckin, Pollution and control. A social history of the Thames in the nineteenth century, Bristol 1986.

⁵² Franz-Josef Brüggemeier, Luftverschmutzung, Industrialisierung und Risikodebatten im 19. Jahrhundert, Essen 1996; Frank Uekötter, Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880-1970, Essen 2003.

⁵³ Rolf-Peter Sieferle, Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Berlin 1994;

Nachkriegszeit zum Ausgangspunkt nimmt. Eine materielle Voraussetzung des in den 1950er Jahren einsetzenden weltweiten ökonomischen Booms war die exponentielle Zunahme des Verbrauchs an Rohstoffen und fossiler Energie, die eine massive Ausweitung der Umweltproblematik bedingte. Der Schweizer Umwelthistoriker Christian Pfister hat dafür den Begriff des „1950er-Syndroms“ geprägt.⁵⁴ Erst die breite Thematisierung des Umweltproblems in der von vermeintlichen Versorgungsengpässen und ökologischen Krisenszenarien geprägten Atmosphäre der 1970er Jahre⁵⁵ aber ließ die „Umwelt“ zum öffentlichen Thema und zum Aktionsfeld zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure werden.⁵⁶ Die Umweltgeschichtsschreibung hat dafür den Begriff der „1970er-Diagnose“⁵⁷ gefunden, der die Ambivalenz von vermeintlicher Problemerkennung, Deutungsversuchen und „Heilungsprozessen“ andeutet. Damit ist eine Epochenschwelle der Umweltwahrnehmung benannt, die auch für die Entstehung und schlussendliche Implementierung des Leitbilds der „Nachhaltigen Entwicklung“ von Bedeutung sein dürfte.

In den Beiträgen dieses Hefts geht es also darum, historische Dimensionen der Herausbildung und der Aneignung des Leitbildes „Nachhaltige Stadtentwicklung“ aufzuzeigen. Wir wollen nicht im Sinne eines „Öko-Rankings“ historische Zustände und Praktiken des Stadt-Umwelt-Verhältnisses dahingehend beurteilen, wie nachhaltig bzw. nicht-nachhaltig diese jeweils waren. Vielmehr wird danach gefragt, wie der Begriff der Nachhaltigkeit in unterschiedlichen städtischen Kontexten angeeignet wurde und wird und welche je lokal spezifische Füllung er dabei erfährt. Aneignung, lokale Perzeption und Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbildes firmieren als gemeinsame Fragen der Einzelbeiträge, die diesen mit Blick auf unterschiedliche umweltbezogene Themenfelder von Städten im internationalen Kontext nachgehen. Die kanadische Umwelthistorikerin Michèle Dagenais (Montreal) untersucht in „The Sustainable City: A New Label for the Progressive Cities of the 21st Century“ die Debatte um die Verschlechterung der aquatischen Umwelt von Montreal in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In der Neudefinition des Verhält-

John R. McNeill, *Observations on the Nature and the Culture of Environmental History*, in: *History and Theory*, Theme Issue 42 (2003), S. 5-53.

⁵⁴ Christian Pfister, *Das 1950er Jahre Syndrom. Eine Epochenschwelle der Mensch-Umwelt-Beziehungen zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft*, in: *GAIA* 3:2 (1994), S. 71-90.

⁵⁵ Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/1974*, Stuttgart 1996.

⁵⁶ Kai Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973)*, Stuttgart 2004; Jens Ivo Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980*.

⁵⁷ Patrick Kupper, *Die „1970er Diagnose“: Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte*, in: *AfS* 43 (2003), S. 325-48; dazu jetzt auch allgemein Hartmut Kaelble, *The 1970s in Europe: A Period of Disillusionment or Promise?* German Historical Institut London. The 2009 Annual Lecture, London 2010.

nisses der Stadt zu ihren natürlichen Flussläufen und Wasserflächen im Kontext von Deindustrialisierung und Strukturwandel sieht sie die Ursprünge des heutigen, von der Stadtverwaltung und Stadtmarketing massiv propagierten Konzepts der „Ville Nature“ als Leitbild städtischer Nachhaltigkeitspolitik für die franko-kanadische Metropole. Die französische Geographin Cyria Emelianoff (Le Mans) stellt in ihrer Untersuchung zu „Pioneer Cities for Climate Protection (Freiburg-im Breisgau, Grenoble): the 1960s-70s“ die Frage, ob die seit den 1990er Jahren in Gang gekommenen lokalen Klimaschutzbemühungen ihre Ursprünge in frühen umweltpolitischen Protestbewegungen der jeweiligen Städte haben. Als charakteristisch für eine erfolgreiche lokale Klimaschutzpolitik identifiziert sie dabei neben dem Engagement der Zivilgesellschaft und der Entstehung einer spezifisch städtischen „Energiekultur“ auch die kommunale Kontrolle über die Erzeugung und Verteilung von Energie.

Die Landschaftsarchitektin Martina Fendt (Darmstadt) unternimmt in ihrem Beitrag „Städtischer Freiraum und nachhaltige Stadtentwicklung: Mainz und Wiesbaden im Vergleich“ eine komparative Untersuchung der Grünflächen und Grünflächenpolitik der benachbarten Landeshauptstädte. Die je stadtspezifische Umsetzung des Ziels nachhaltiger Stadtentwicklung auf dem Gebiet der öffentlichen urbanen Grünräume soll auch eine Antwort auf die Frage ermöglichen, inwieweit in den zu beobachtenden lokalen Handlungsmustern, Argumentationsformen und Entscheidungsprozessen eine „Eigenlogik der Städte“ zum Ausdruck kommt, wie sie als Arbeitsthese für die Darmstädter Stadtforschung erkenntnisleitend ist.⁵⁸ Einen Blick auf die Umsetzung des Nachhaltigkeits-Leitbildes im Bereich der extrem dynamisch wachsenden chinesischen Städte bietet schließlich der Beitrag von Miaomiao Zhu (Shanghai) zu „Nachhaltigkeit als modernes Leitbild von Shanghai?“, in dem die Autorin eine kritische Bewertung der nationalen und kommunalen Nachhaltigkeitsanstrengungen in der chinesischen Megalopole unternimmt. Die Leitrezension von Michael Toyka-Seid beschäftigt sich mit der Geschichte des Natur- und Lebensraumes Wien als einer „Geschichte zwischen Natur und Kultur“, die unter dem programmatischen Titel „Umwelt Stadt“ im Jahre 2005 von einem überwiegend österreichischen Autorenteam in breiter interdisziplinärer Perspektive beleuchtet wurde und als erste umfassende Umweltbiographie einer europäischen Großstadt gelten kann. Der umfangreiche Band eröffnet damit - wie auch die explizit unter die Leitfrage nach städtischen Nachhaltigkeitsbemühungen gestellten Beiträge dieses Themenheftes - den Blick auf die historische Tiefendimension des Verhältnisses von

⁵⁸ Vgl. Helmuth Berking und Martina Löw (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Darmstadt 2008; Sybille Frank, Eigenlogik der Städte. Forschungsstand und Perspektiven. In: Frank Eckart (Hrsg.), Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden (im Erscheinen).

Stadt und Umwelt. Erst mit der Einbeziehung der naturalen und gesellschaftlichen Prozesse, die diese Wechselbeziehung geprägt haben, in die aktuelle Debatte um die Zukunftsfähigkeit der Städte wird es möglich sein, aus dem neuen Leitbild der „Nachhaltigen Stadtentwicklung“ Handlungsalternativen für eine auch in Zukunft entwicklungsfähige Stadt zu gewinnen.

**Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt, Institut für Geschichte,
schott@pg.tu-darmstadt.de;**

**Dr. Michael Toyka-Seid, TU Darmstadt, LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“,
toyka-seid@stadtforschung.tu-darmstadt.de**

The Sustainable City: A New Label for the Progressive Cities of the 21st Century? Some Remarks on the Case of Montreal¹

Introduction

In 2005, the City of Montreal adopted its “First Strategic Plan for Sustainable Development”.² This decision goes back to the Montreal Summit 2002, on the occasion of which various groups of local stakeholders agreed upon a framework designated to define the future development for the city. The summit led to the identification of different goals including the one to create a “metropolis of sustainable development”³ What did this commitment mean? How, beyond the adoption of the three canonical principles attached to the definition of the term and implying “to reconcile economic development, social equity and the protection of the environment”, did this perspective materialize in the Montreal context? In this brief article, I particularly want to interrogate the term “sustainable city” itself and to provide an overview of the process by which it was integrated into everyday vocabulary and the management of Montreal.

The notion of the sustainable city, in line with the spirit of the times, seems to have become the label by which progressive cities of the 21st century brand themselves, much in the style of those who, a century earlier, claimed to be “sanitary ci-

¹ This article was first the subject of a presentation at the 10th International Conference on Urban History, Ghent, 1st – 4th September 2010. I would like to take this opportunity to thank Dieter Schott for his comments on an earlier draft of this article. All quotes from French-language sources have been translated by the author.

² See the official city portal of Ville de Montréal: http://ville.montreal.qc.ca/portal/page?_pageid=736,4731559&_dad=portal&_schema=PORTAL (webpage consulted on June 12th, 2010).

³ For an overview of the goals defined within this framework during the Montreal Summit, see the following website: http://montrealmetropoleculturelle.org/portal/page?_pageid=2137,2657425&_dad=portal&_schema=PORTAL. (webpage consulted on July 15th, 2010).

ties”.⁴ In fact, similar to the early 20th century, when cities prided themselves on being endowed with state-of-the-art technical networks (in particular water and sewer lines) and were therefore healthy and well-managed, the municipalities of the early 21st century have gladly assumed the label of “sustainable city” (or in the process of becoming one) in order to bring attention to their practices of good governance.⁵ Is it possible that the idea of the sustainable city is in the process of becoming a paradigm that cannot be ignored, the dominant framework of thought in the domain of municipal management?

The analogy suggested here between “sanitary cities” and “sustainable cities” does not aim to focus on the practical solutions contained in these two patterns of urban development but rather on the processes by which both of them became main-stream. Studies have clearly shown the extent to which the sanitary paradigm constituted a specific form of organization of the rapport between water and urban society, based on an ensemble of power relations having strongly influenced, since then, the relationship between cities and their environment.⁶ Having been just one solution among others to resolve the problems of urban public health at a certain time, this avenue became the principal, even the only way of water management in cities at the end of the 19th century. What contributed to the legitimization and the success of this solution was the capacity of its promoters to create a consensus around it, to achieve hegemony in urban discourse, to the point that it became difficult to criticize. One can ask if the consensus that is currently taking shape around the idea of the sustainable city is not in the process of being established as the unquestionable norm in urban planning.⁷ Should one not worry, in this context, that it might become impossible to formulate critiques regarding the notion of sustainability? In sum, similar to the project of the “sanitary city” in its time, the notion of the “sustainable city” includes practical dimensions, but also normative dimensions that are important to question.⁸

⁴ On the tendency to trivialize ecological principles see Bruno Latour, *Moderniser ou écologiser ? À la recherche de la septième cité*, in: *Écologie et politique* 13 (1995), S. 5-6.

⁵ Juste Rajaonson und Georges A. Tanguay, *Le développement durable au Québec classement des 25 plus grandes villes*, Montréal, CIRANO, 2010. The study is available at the following address: <http://www.cirano.qc.ca/pdf/publication/2010RP-10.pdf> (webpage consulted on July 12th, 2010).

⁶ The principal reference on the topic is the book by Martin V. Melosi, *The Sanitary City: Urban Infrastructure in America from Colonial Times to the Present*, Baltimore und London, Johns Hopkins University Press 2000.

⁷ Erik Swyngedouw, *The Antinomies of the Postpolitical City: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production*, *International Journal of Urban and Regional Research* 33:3 (2009), S. 601-620.

⁸ Franck-Dominique Vivien, *Histoire d'un mot, histoire d'une idée: le développement durable à l'épreuve du temps*, in Marcel Jolivet (Hrsg.), *Le développement durable, de l'utopie au concept. De nouveaux chantiers pour la recherche*, Paris 2001, S. 54.

It is indeed delicate, in the present context, to criticize the notion of the sustainable city especially considering its virtuous principles, which aim to reconcile the protection of the environment and social equity. It is nonetheless necessary to interrogate the premises on which this notion is based, in particular that which concerns concerning the conceptualization of the environment. To date, the debates and the policies adopted with regards to sustainable development are generally limited to considering the viability of natural resources at the local level and the environmental impact of the city.⁹ The notion of the sustainable city thus rests upon a vision that makes the environment (and its protection) the cardinal value. The term “environment” is usually poorly defined, if not conceived as somehow equivalent to “nature”. To the environment presented as a victim is opposed the urban society guilty of bringing about its deterioration. What is usually omitted in this line of argumentation is the recognition that we need to consider the environment in its historical depth, its changes over time and as a hybrid reality, a product of interrelations between natural and social factors.¹⁰

In Montreal, one of the key images upon which the consensus around the idea of a sustainable city rests is that of “ville nature”, “nature-city”. It has been nourished as much by scholarly work, municipal policies, as the pervading discourses.¹¹ It is based on the idea that Montreal is a city where “nature” is tangible and omnipresent. To substantiate this claim, usually the number of green spaces in the city is highlighted as well as the maintenance of significant agricultural activities in the metropolitan region and especially the abundance of waters in the Montreal archipelago in the middle of which the city developed. Such a conception is more efficient than it is simple and has the political merit of providing material easily used in current debates. But it is largely insufficient because it includes different ecological settings without taking into account their social and historical dimensions.

In the following lines, I propose to go back to the debates which have taken place in Montreal since the 1950s concerning the degradation of biophysical milieus, in order to attempt to provide an overview of how the contemporary notion

⁹ Juste Rajaonson und Georges A. Tanguay, *Le développement durable au Québec*, S.5.

¹⁰ For a critique of the concept of sustainable cities see Erik Swyngedow und Nikolas C. Heynen, *Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale*, in: *Antipode*, 2003, S. 898-918.

¹¹ With regards to scholarly accounts one can refer in particular to Gilles Senécal, *Montréal vert, Montréal bleu*, in: Claude Mangazol und Christopher Bryant (Hrsg.), *Montréal 2001. Visages et défis d'une métropole*, Montréal 1998, S. 283-294; as well as Gilles Senécal, Pierre Hamel u.a., *Aménager la métropole nature: retour sur les efforts passés de planification dans la région de Montréal et essai d'évaluation de la situation actuelle des banlieues*, in: *Géocarrefour* 76:4 (2001), S. 303-317. As for environmentalist groups, see the website of the Conseil régional de l'environnement de Montréal: <http://www.cremtl.qc.ca/> (webpage consulted on July 16th, 2010). Furthermore, the Montreal newspapers also widely promoted the idea of Montreal as a “nature-city”.

of the environment, so crucial in the making of the sustainable city, was elaborated. These debates arose in the context of intense urbanization typical of the post-war period, occurring at a time when Montreal was losing its status as the Canadian metropolis. Indeed, up until that point, the city occupied the leading position in the country's urban hierarchy, in large part due to its geographical location, on the shores of the Saint-Lawrence River. This situation allowed for elites to position Montreal at the heart of international trade, at first oriented mainly towards Great Britain, relying on transport by rail and sea. And yet, the displacement of the centre of gravity of the North American economy from the East to the centre of the continent and the development of the West coast in the course of the twentieth-century undermined the foundations of the Montreal economy. It was therefore in this context that criticisms regarding the pollution of the Saint-Lawrence arose. They would play a crucial role in the re-conceptualization of the relations between the city and its natural setting in reference to the constitution of the idea of the "nature-city", supported by a large proportion of the Montreal population, including environmentalists and politicians. From the initial denunciation of the pollution of the waters of Montreal's drainage basin, the debates evolved towards the project of seeking to democratize access to water, and finally led to the idea of the nature-city encouraged by the desire to re-appropriate the riversides and water of Montreal.

The Postwar Development of the Montreal Region

The middle of the 20th century began with a period of developments in the Montreal region which weighed heavily on natural settings. At that time, Montreal was extending beyond its limits, while housing construction saw an unprecedented expansion. This led to the densification of the Montreal area, like the more intense occupation of the shores of the island and the region. The attraction of the river banks was such that it provoked a phenomenon of encroachment on the littoral zones of the Saint-Lawrence and its tributaries. Thus, governments built roads and highways or canalized sections of the rivers. Real-estate developers and riverside homeowners also encroached on watercourses, thus finding a way to enlarge their private properties at a low cost.¹² Thousands of metres of landfill were also dumped into the Saint-Lawrence to create or enlarge the islands, such as the one for the

¹² Rapport principal du Comité d'étude sur le Saint-Laurent, Québec, Éditeur officiel, 1978, S. 145; L'eau dans l'aménagement et le développement du territoire de la région de Montréal, Québec, Office de planification et de développement du Québec, 1979, S. 44 et 47.

Universal Exposition of 1967 or the Nuns' Island upstream of downtown.¹³

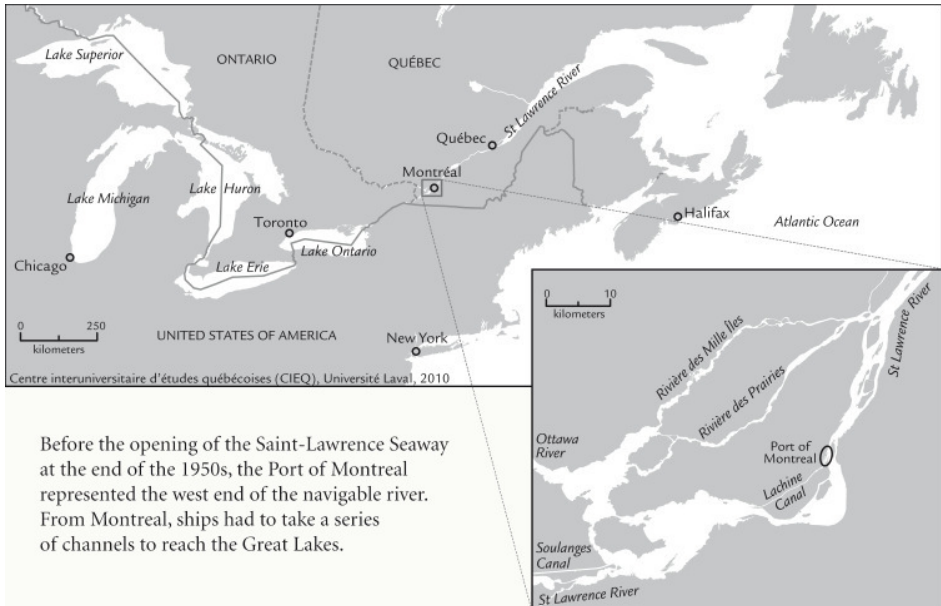
At the end of the 1950s, major works were underway on the river. This new phase of domestication of the Saint-Lawrence was embarked upon in order to facilitate the transit of ships of increasing tonnage, between the Great Lakes and the Atlantic. The Saint-Lawrence Seaway that emerged from this process changed the role of the port of Montreal. It lost its hundred-year function as a place of transshipment at the origin of its prosperity, its place at the crossroads of two worlds, to become a stopover in the circulation of transcontinental commerce.

These heavy works occurred in a context where the quality of waters surrounding the island was becoming a source of increasing preoccupation. From the middle of the 1950s, there was a rising concern over the signs, more and more obvious, of severe pollution of the river and other bodies of water in the city: "Montreal is surrounded by dirty and polluted waters" was the headline of a Montreal daily newspaper in 1954. At the same time, the new Federation of Associations of Hunting and Fishing set up an Anti-Pollution League that embarked upon "a campaign to obtain the purification of waters surrounding Montreal [...] particularly those of the Saint-Lawrence".¹⁴ The League piloted important investigations on the state of rivers in the region.¹⁵ Their results revealed that the waters were saturated with waste of all kinds. Already problematic, water quality worsened with the intensification of economic and urban development. These investigations played a major role in the transformation of the representation of the river and the relationship to water in the region. From the laudatory terms used to describe the state of the Saint-Lawrence during the period when Montreal was a first-rank Canadian metropolis, from the end of the 19th century to the 1940s, succeeded a new lexicon that brought to light the ills that plagued the river.

¹³ Jean-Claude Lasserre, *Le Saint-Laurent, grande porte de l'Amérique*, Montréal, Hurtibise HMH, 1980, S. 649-650. See also the articles by: Gilles Provost, "Le fleuve a été rétréci de 50% ici et là par le remplissage", in: *Le Devoir*, 29 avril 1975, published in: *Un fleuve, un parc. Dossier de presse. Volume 2*, juin 1971 – août 1977, S. 231; "Le 13^e Congrès de l'A.Q.T.E. Le St-Laurent... Notre fleuve", in: *La Revue municipale*, 6 juin 1975, published in *ibid.*, S. 235-236; "Le cancer des eaux", in: *Québec Science*, septembre 1975, published *ibid.*, S. 261.

¹⁴ "L'eau, la forêt et la faune", in: *Nouvelles de la Fédération – News*, janvier-mars 1954, S. 1.

¹⁵ Lucien Piché, *Rapport sur la pollution de la rivière Ottawa et de ses principaux tributaires entre Ottawa-Hull et l'île de Montréal en 1954*, Montréal, Fédération des associations de chasse et de pêche du Québec/ Association de la province de Québec pour la protection du poisson et du gibier inc. 1954; Claude Allard, *Étude de la pollution des cours d'eau de la province de Québec*, Fédération des associations de chasse et de pêche du Québec, 1955, S. 8.



Before the opening of the Saint-Lawrence Seaway at the end of the 1950s, the Port of Montréal represented the west end of the navigable river. From Montréal, ships had to take a series of channels to reach the Great Lakes.

Abb. 1: Wasserwege rund um Montréal.

"A Sick River that Montrealers have to Cure"¹⁶

At the beginning of the 1970s, criticism of the frantic rate of development of the Montréal region multiplied. Dredging, encroachment, dumping: a new vocabulary emerged to define the assaults to which the Saint-Lawrence was subjected. The reports on the sources of its pollution, in particular by governmental entreaties, were overwhelming: pollution came from the municipalities' sewage system, from the dumping of waste in the river or from transformation of the shores.¹⁷ The exposure of massive degradation in the water quality of Saint-Lawrence fuelled growing critique of development and land management in the postwar period. The rancor, with all the more reason, was reinforced when Montréal economy was hit hard by deindustrialization and relegated to its new inferior status as a second-rank Canadian city.

¹⁶ Title of an article by Jean-Pierre Bonhomme in: La Presse, 19 août 1975, published in: Un fleuve, un parc. Dossier de presse, Volume 2, S. 250.

¹⁷ Science Council of Canada, It is not Too Late – Yet: A Look at Some Pollution Problems in Canada's Natural Environment, and Identification of Some Major Concerns, Ottawa, Information Canada, 1972; Tony Le Sauteur, Rapport sur la qualité des eaux du lac Saint-Louis, Régie des eaux du Québec, 1966.

An extensive awareness campaign, dubbed “A river, a park”, was then launched by the president of the Quebec Federation of Wildlife, Tony Le Sauteur, a biologist employed by the Quebec provincial government. A new series of investigations in the region confirmed that the river and its banks had been prey “for the benefit of the privileged few”. The instigators of this campaign used the results of their investigations to diffuse shocking information about the Saint-Lawrence, and sometimes even catastrophic declarations, in a constant stream of press releases and interviews. By measuring the “cancers”¹⁸ plaguing the river and the signs of ecological degradation, the representation of the river as “sick” was solidified and substantiated. It was hoped that by raising public awareness popular opinion would force the political powers to put an end to ecological destruction of the river and to create along its banks, from Montreal to Sorel, “an open-air public park”.¹⁹

The critical discourses on the developments carried out and on pollution contributed to constructing the idea that Montreal had turned its back on the Saint-Lawrence. The mention of the notion of pollution played a fundamental role in this regard and was used to portray the river as a dirty and repellent, soiled and sick watercourse. The objective to protect it was coupled with the equally crucial project to re-establish links between the people and the Saint-Lawrence River. The campaigns of the 1970s were obsessed with the idea of democratizing access to nature, of allowing the population to re-connect with the river. By doing so, they also contributed to creating the myth of the river as once being dedicated to recreation. In part forged in reaction to the intensive urbanization of the banks in the Montreal region, the myth was also carried by the “back-to-the-land” movement of the 1970s. The episode closed, so to speak, with the adoption of a program of decontamination of the waters of Quebec by the provincial government in 1978.²⁰ It served to frame the cleanup process by regulating the dumping of wastewaters in the watercourses of Montreal like elsewhere in the province.²¹

¹⁸ Term used by the Ministry of Natural Resources referring to the encroaching practices on the part of the riverside residents in the 1970s: André Delisle, “Le cancer des eaux”, Québec Science, septembre 1975, published in: *Un fleuve, un parc. Dossier de presse. Volume 2, Juin 1971 – août 1977*, S. 261.

¹⁹ The words of Tony Le Sauteur in “Un parc de plein-air sur le St-Laurent, de Montréal à Sorel, en passant par 110 îles”, in: *Le Soleil*, 27 octobre 1971, published in: *Un fleuve, un parc. Dossier de presse. Volume 1, Juin 1971 – août 1977*, S. 27.

²⁰ See the document on the following website: <http://www.mddep.gouv.qc.ca/eau/sys-image/global/global4.htm> (webpage consulted on June 20th, 2009).

²¹ In Montreal, this led to the establishment of a water treatment centre for the entire island. Situated on the northeast end of the island, it started operations in 1985: <http://services.ville.montreal.qc.ca/station/fr/accustaf.htm> (webpage consulted on July 12th, 2009).

It was in this spirit that in 1980, the government of Quebec entrusted to a team of scientists and planners the task of elaborating a development plan for the Montreal region. This was expected to solve the problem of water management, considering the questions of pollution, access to water, as well as flooding all together. The project, baptised "Archipelago", inaugurated vast fieldwork investigations and development scenarios. Over the five or six years of the project, property developers would attempt to convince the public authorities and the population of the relevance of adopting the notion of the archipelago as the new framework to consider the problems of the expansion of Montreal. Rather than the administrative territory, it was the drainage basin that was called upon to serve as the basic frame of reference to understand the development of the region.²³

For a variety of reasons related to both political and economic factors, the action plan was abandoned in the middle of the 1980s. The Archipelago project nevertheless passed on a vision of Montreal and its relations with water based on the idea of restoring the interactions between people and water. To justify this approach, its authors referred to the past. Water, they claimed, was at the very origin of Montreal, of its existence, of its wealth. In fact it had been its role as the point of transshipment for cargo that had led to the initial impetus for the city foundation in 1642. Starting in the 18th century, Montreal became a mandatory stop in the context of the fur trade. All goods coming from the West and the Great Lakes had to be unloaded from boats and transported by road all the way to Montreal in order to bypass the Lachine Rapids. Afterwards, they were transferred by ships bound for external markets. The same applied for goods coming from Europe, intended for the North West and the inside of the continent.

During a long period of their history, it was claimed, Montrealers had lived in symbiosis with water. "The banks of the archipelago", continued the authors, "was a holiday spot favoured by the population. The beaches were numerous. The most typical constructions were cottages, often built on pillories."²⁴ In reality, it was mainly the elites who, from the end of the 19th century, had taken advantage of the

²² Gérald Leblanc, "Une île sans plage nommée Montréal", in: *La Presse*, 23 juillet 1986, S. A5.

²³ For a overview of the entire project see Jean Décarie and Gilles Boileau, *Le projet Archipel: une réflexion et une discussion géographique*, in: *Cahiers de géographie du Québec*, 27 :71 (1983), S. 323-340. For a critical view of Archipel, see Olivier Soubeyran, *L'évolution de la planification environnementale en matière de loisirs touristiques à Montréal: vers un aménagement intégré de 'l'espace bleu'?*, in: Pierre George (Hrsg.), *La géographie du Canada*, Bordeaux, 1986, S. 199-214.

²⁴ *Projet Archipel. Rapport de faisabilité. Volume 1, Origine et évolution du projet*, Québec, ministère des Affaires municipales et Secrétariat Archipel, 1986, S. 44.

river banks to build second homes.²⁵

Building on arguments put forth by activists of the “one river, one park” project, the discourses of the Archipelago project also idealized the relationship that the Montreal population had in the past with the Saint-Lawrence, without considering the previous constraints, nor the port and industrial facilities developed since the beginning of the 19th century to make a profit from the water. Of course, the intention was not to document the past but to construct representations of a relationship to water useful for promoting new development schemes for the drainage basin surrounding Montreal. What were the objectives? Which visions of water and the relationship of the city with water were put forth?

The central plank of this drive to reconnect people with the waters of Saint Lawrence focused on the “body”, the campaign highlighted the perceived need to “develop a maximum amount of physical access” to the waterside, so that people could exercise in and with water.²⁶ It was by direct usage of water, activists asserted, “that would concretise the relationship between Montrealers and the waters of the area.” It was seen as important to re-establish the conditions to actually live this relationship, to re-establish “the right of access to water.”²⁷ On what basis was this notion founded? The developers’ vision of the Archipelago was supported by a reading of the past or more precisely by an idealized version of the past: “At the beginning of colonization, water already served multiple purposes without one restricting the other.”²⁸ It was therefore necessary to correct the situation, “[in order] to give back to Montrealers the pleasure of making use of the various waters possible in the past.”²⁹ To do so, the quality of the environment would have to be re-established, because “the deterioration [of the resources] influenced as much the quality of the resources as such, as the life of the citizens who count on the latter for their activities.”³⁰ Which uses were capable of bringing up to date this relationship for other purposes than recreation? It is striking to observe that this dimension, presented as self-evident, was never questioned in the documents produced by the Archipelago project. And yet it was the leitmotif used to evoke “the under-use of many of the possibilities of the milieu”.

²⁵ Michèle Dagenais, ‘Returning to nature’: Vacation and Life Style in the Montreal Region, in: Geneviève Massard Guilbaud, Dieter Schott und Bill Luckin (Hrsg.), *Resources of the city. Contributions to the European modern environmental history*, Aldershot 2005, S. 63-79.

²⁶ Jean Décarie und Gilles Boileau, *Le projet Archipel*, S. 330.

²⁷ *La problématique des eaux*, S. 15 et 16.

²⁸ *La problématique des eaux*, S. 23.

²⁹ Jean Décarie und Gilles Boileau, *Le projet Archipel*, S. 337.

³⁰ *La faune et son habitat. Problématique, synthèse des études et éléments de solution*, Montréal, ministère du Loisir, de la Chasse et de la Pêche et Service Archipel, 1984, S. 7.

The objective of getting back in touch with water did not exclusively depend on the Archipelago project. Other campaigns were undertaken in the same vein from 1970-1980 in the context of deindustrialization. In response to the closing of factories and the ensuing unemployment, public authorities worked to recuperate parts of the river abandoned by industrial facilities, so as to develop riverside parks and to open windows onto the river. The development of the Old Port, the rehabilitation of the industrial canal bank Lachine, the creation of parks on the perimeter of the island in the 1980s and the 1990s are evidence of the accomplishments in this direction.³² In sum, these developments transformed in part the vocation of the city of Montreal which, deprived of its industrial base, turned towards recreation in order to breathe some air into its economy. Moreover it legitimated the desire to reconcile water and urban life, a project in the making since the 1950s. The new representation of Montreal as a city oriented towards water, enhanced the city's appeal to tourists on this basis and positioned the metropolis alongside other North American cities which, following the example of Seattle, San Francisco, Philadelphia or Boston, relied on the revitalisation of their waterfronts.³³

It was during the Montreal Summit 2002, invoked in the introduction of this article, that the project of making a sustainable city was adopted among other initiatives aimed at defining "a common vision" for its future.³⁴ This project was intended to advocate for an environmental management based on the "protection and celebration of the natural heritage" of Montreal. One of the objectives consisted of developing an integrated vision of water, which meant taking into consideration all the usages of water, both with regards to future policies, as well as coordinating efforts to highlight the value of this resource. The idea of emphasizing the nature-city character of Montreal and thus defining the personality of the city was renewed.

³¹ The subtitle is borrowed from the orientation document adopted by the City of Montreal in 2007 concerning the emphasis placed on its natural patrimony. See the presentation by the mayor of the Plateau Mont-Royal borough at the time, Helen Fotopoulos: http://ville.montreal.qc.ca/portal/page?_pageid=3096,3619897&_dad=portal&_schema=PORTAL (webpage consulted July 15th, 2010).

³² See the dissertation by Sabine Courcier on this subject, *De l'évaluation de l'effet structurant d'un projet urbain à l'analyse des congruences entre stratégies d'acteurs: le réaménagement du Vieux-Port de Montréal*, PhD (aménagement), Université de Montréal, 2002; as well as Gilles Sénécal, *Montréal vert, Montréal bleu*.

³³ Jean-Claude Marsan, *Montreal in Evolution: Historical Analysis of the Development of Montreal's Architecture and Urban Environment*, Montreal 1990, S. 394.

³⁴ For an overview of the goals defined within this framework during the Montreal Summit see the following website: http://montrealmetropoleculturelle.org/portal/page?_pageid=2137,2657425&_dad=portal&_schema=PORTAL. (webpage consulted on July 15th, 2010).

In 2005, the publication of the first Strategic Plan for the Sustainable Development of the Montreal Collectivity allowed for a better understanding of what exactly the municipal administration was trying to accomplish.³⁵ In spite of the call for an *integrated* environmental management, the measures to take regarding water were scattered among the 36 items included in the Plan and referred to different urban milieus. In total, the desire to “multiple the points of contact with water by means of new riverside acquisitions, by ententes or by the management of parks” was at the top of the Plan’s agenda.

This understanding of the uses of water was also embodied in the “Blue Network”, a term adopted in 2007 to designate a territory, a development program and a series of infrastructure, all based on the relationship of the city and its inhabitants with this element.³⁶ The Blue Network in turn continued the project to develop and enhance the “potential” of this “exceptional heritage to the benefit of its citizens and visitors”, as the homepage of its website indicates. The objective consisted of orientating “Montreal towards a culture of water”. The rather vague concept of a “culture of water” was left undefined on the website of “Blue Network” and in the 38 pages presenting its objectives; neither were the places where it was to be implemented and its activities specified. One of the rare explicit references pointed out that the measures undertaken in this framework should allow for “supporting the development and the encouragement of the Blue Network according to a common and concerted vision, and to guide us towards the notion of a true culture of water, demonstrating the emblematic value of water for the inhabitants of the Montreal territory.”

If the initiatives adopted by the City of Montreal were the object of certain criticisms on the part of environmentalist activists, it was not as much to call into question the vision of water from which it was inspired, but the tardiness of municipal officials to put into place development projects. In fact, it is striking to observe the extent to which the question of water was also posed within these publications in terms of the protection of natural water spaces and accessibility.³⁷ When there were debates, these writings were part of a rather consensual understanding

³⁵ http://ville.montreal.qc.ca/pls/portal/docs/page/dev_durable_fr/media/documents/PSDD_2007-2009F.pdf (webpage consulted on July 13th, 2010).

³⁶ This network is presented in more detail in a glossy brochure, issued by the City of Montreal: *Le réseau bleu. Montréal vers une culture de l’eau*, Ville de Montréal, July 2007: http://ville.montreal.qc.ca/portal/page?_pageid=3096,3533300&_dad=portal&_schema=PORTAL (webpage consulted on July 30th, 2009).

³⁷ See in this respect the action plans of the Conseil régional de l’environnement de Montréal produced approximately a decade ago: <http://www.cremtl.qc.ca/index.php?d=rapplan> (webpage consulted on October 5th, 2010).

of water, more or less disconnected from a socio-ecological vision of the city, without a link to its metabolism or its imprint on the local or global scale.³⁸ Thus, the debates never questioned the socio-political processes that defined the collective relationship to water in the Montreal context. Nor did they consider the fact that the ways societies shape their environment modulate social relationships, sometimes creating social inequalities or consolidating the power of elite groups. In sum, far from calling into question these issues, the discussions surrounding water in the framework of the 'sustainable city' contributed to the consolidation of a consensual vision of its management, based on the virtuous principle of the protection of nature or the environment.

Conclusion

One could of course argue, and with reason, that the examination of the sole aspect of water cannot pretend to have taken into consideration the entire range of measures for sustainable development adopted by the City of Montreal, or the local debates on the question. One should proceed to analyze the other parts of this plan in order to come up with a comprehensive vision. Albeit incomplete, the present exercise does however seem evidential enough to maintain, as evoked in the beginning of the article, that the objective of sustainable development in Montreal aims to adapt the biophysical settings to a plan conceived in terms of ideals that do not take into consideration historical processes, both natural and social, which contributed to the making of this environment. The detour adopted in this article by the reconstitution of the debates on water since the 1950s also had the goal of showing how each form of discussion related to environmental issues, be it pertaining to Montreal or to any other context, cannot be considered without the social circumstances and political projects of the time. In other words, is not each question related to the environment, whether addressed through the prism of sustainable development or otherwise, related to a social context necessary to unearth? If the approach of urban political ecology³⁹ is not free of blind spots, in this case it seems useful, because it mandates an interrogation of every form of environmental change by asking who gains and who loses, who profits and who suffers.

Abbildungsnachweis: CIEQ, Université Laval, 2010.

**Prof. Michèle Dagenais, University of Montreal, Canada,
michele.dagenais@umontreal.ca**

³⁸ Sherry Olson, Downwind, downstream, downtown: the environmental legacy in Baltimore and Montreal, *Environmental History*, 12:4 (2007), S. 845-866.

³⁹ Erik Swyngedow und Nikolas C. Heynen, *Urban Political Ecology*, S. 910.

Pioneer cities for Climate Protection (Freiburg im Breisgau, Grenoble): the 1960-70s inheritance

The object of this contribution is to ask whether new climate protection policies which came into being in certain European cities in the 1990s are based on historical legacies that can explain the type of policies put into practice. Also, are such legacies at the roots of the early commitment of certain local authorities to climate protection – in a word, of their pioneering character?

A previous piece of work demonstrated the strength of long-term historical processes and path dependencies in the forms taken by local appropriation of the sustainable development problematic.¹ The singularity of local interpretations of sustainable urban development was truly the result of urban history and identity, sometimes weighing unconsciously on the players involved in a process of reinterpreting new questions to make them correspond to local issues: in Strasbourg, for example, the tramway system was loaded with the responsibility of spatially integrating the city and attenuating the ruptures of a border city. Some distance away, the tramway system in Freiburg was a response to quite different challenges.

Here we propose to look at more short-term historical processes, of the order of 30 to 40 years, working on the hypothesis that the environmental mobilisations of the late 1960s and the 1970s set the scene for current policies in sustainable urban development. This protest movement established a political-cultural path, leading to and framing sustainable policies. Two examples, Freiburg-im-Breisgau (220,000 inhabitants) and Grenoble and its suburbs (400,000 inhabitants), will enable us to specify the legacies that come into play. Furthermore, these cities position themselves more broadly as outstanding places of innovation. The research has been based on interviews conducted in 2008-09 with those responsible for municipal policy on climate and sustainable development.

Climate protection, as my research has shown, has been the unavoidable lynchpin of sustainable development policies in both cities at the turning-point between

¹ Cyria Emelianoff, *La ville durable, un modèle émergent. Géoscopie du réseau européen des villes durables* (Porto, Strasbourg, Gdansk), Université d'Orléans, Doctoral Thesis in Geography, 1999.

the 1990s and the first decade of the 21st century. It is seen above all in efforts to reduce CO₂ emissions and fossil fuel use, which have given rise to a programme of energy transition. Two path-ways to reduce the consumption of fossil fuels are being pursued: (1) a growth in renewable, decentralised energy sources combined with the progressive abandoning of nuclear energy (Freiburg), and (2) energy diversification which does not call nuclear energy into question (Grenoble). These orientations broadly reflect national choices.

So why should we be interested in local historical legacies? There are two reasons: first, in the same national context local climate policies can diverge widely, as for example in Freiburg and Hanover; second, the cities which have adopted ambitious Climate Plans show a quite particular profile. Their environmental sensitivity gives political ecology a relatively important place, whilst local society proves favourable to environmental orientations and innovations. Both Grenoble and Freiburg are trans-border cities, open to international influences, with important universities and strong research potential.

Are environmental mobilisations at the origin of “urban environmental sensitivity”?

Did the environmental mobilisation of the 1960s and 1970s lay the foundations of an environmental sensitivity which, twenty years later, comes to be expressed in more operational requirements for sustainable development?

First of all, anti-nuclear mobilisations in Europe were the crucible in which political activists were trained. Some of those came to win positions of local power two decades later and started to put new energy policies in place in the name of climate protection. German cities were particularly marked by anti-nuclear campaigns, which led some of them later to champion two energy transitions: the abandonment of both nuclear and fossil energy sources. University cities in particular, in the second half of the 60s, went through strong protest movements, against the Vietnam war and the reform of universities. A protest culture emerged, which later changed its targets from international issues and pacifism, to domestic issues such as nuclear energy. The anti-nuclear protests followed the first oil crisis and developed itself during the second half of the 1970s², with the mobilisation against the Wyhl power station, near Freiburg-im-Breisgau, as the flash point. During the same period in France, the anti-nuclear movement was severely repressed – it was from 1974 onwards that France started developing its nuclear programme. In Freiburg and Grenoble, the protagonists of climate policy since the 1990s had

² Herbert Kitschelt, Political Opportunity structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies, in: *British Journal of Political Science*, 16 (2009), S. 57-85.

been anti-nuclear campaigners in the 1970s and 1980s, involved both in demonstrations of opposition to nuclear energy and the development of solar alternatives. The Green deputy mayor who launched the Grenoble Climate Plan and an eco-neighbourhood ambitious in its energy plans, for example, took part in demonstrations against Superphénix (1976-77), and since his expulsion from the municipal leadership team in 2008 has been developing a prototype solar boat.

As well as forming the career paths of specific players, the anti-nuclear movement was an incubator of environmental consciousness whose traces can still be detected locally. In the Pays de la Loire region, for example, pioneering areas for the development of renewable energies are often those where anti-nuclear mobilisation took place.³ In Germany Freiburg-im-Breisgau is an emblematic case. It was the place of one of the largest and finally successful anti-nuclear manifestation in Europe, against the Wyhl power station project in 1975. This opposition gave structure both to a political movement and to a campaigning civil society. Freiburg became a cradle of the German Green Party, which has led the city since 2002. Before that, the governing Social Democratic Party had to come to terms with this electorate and show itself open to environmental propositions, whether it liked them or not.⁴

The environmental sensitivity of the Freiburg inhabitants is also rooted in their mental attachment to the Black Forest and its landscape values. This political and cultural context explains the city's early and repeated commitments in matters of renewable energy, public transport, ecological planning and sustainable urbanism. Its capacity to innovate is not due merely to predictable cross-fertilisation between university research and industry, but also to the renewal of ideas by the antinuclear movement, the search for alternatives and a thirst for experimentation.

After the Chernobyl disaster in 1986, Freiburg city council decided to create one of the very first municipal environmental services in Germany and to set up a plan for local energy production which would render nuclear energy unnecessary. The fact that there was already a network of producers and installers of solar equipment, formed in the wake of the anti-nuclear movement, induced the local authority to support the development of solar energy as a municipal project. The early 1990s saw numerous experiments flourish, and they had a snowball effect. As early as 1993 the regional association for renewable energies was gathering together a host of activists and experts.⁵ Their projects attracted solar-energy campaigners

³ Isabelle Vaché, *L'émergence des politiques énergétiques en Pays de la Loire. Effets de contexte, potentiels et jeux d'acteurs*, Université du Maine, Doctoral Thesis in Geography, 2009.

⁴ Cyria Emelianoff und Ruth Stegassy, *Les pionniers de la ville durable. Récits d'acteurs, portraits de villes en Europe*, Paris 2010.

⁵ Harald Rohrer and Philipp Späth, *The fragile dynamics of urban energy system transitions: the eco-*

such as the International Solar Energy Society (ISES), whose headquarters were transferred from Melbourne to Freiburg in 1995. Some industrialists ventured to follow in their wake: Georg Salvamoser founded the "Solar Fabrik" the following year. Research institutes working in synergy with the local authority achieved international renown, such as the Institute for Applied Ecology [Öko-Institut e.V.] and the Fraunhofer Institute for Solar Energy Systems [Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme]. In the first decade of the 21st century, with the help of buyback tariffs imposed on renewable energies by German law, the city has covered itself with photovoltaic panels.

However, solar energy is only a marginal answer to Climate Plan objectives and the aim to abandon nuclear energy; it only accounted for 0.85% of the electricity consumed in the city in 2007. Co-generation using gas and wood is the real pillar of local energy production. In 2006 it provided 52% of electricity consumed, compared to 3% in 1992, whilst the share of nuclear energy during the same period has changed from 60% to 30%, leading to an 11% reduction in CO₂ emissions.⁶ This imbalance between what is declared and the reality of energy transition can be explained both by the historical weight of the 'solar' culture and by communication linked to a niche economy – Freiburg's reputation attracts 'solar' entrepreneurs as well as 'greener' inhabitants than elsewhere.

The legacy of anti-nuclear protest in Grenoble is much more controversial and uncertain. Being France's second most important centre of research, Grenoble owes its growth to the development of physics and its industrial applications.⁷ Following the work of physicist Louis Néel in the 1950s and the French state's wish to make Grenoble a *technopole*, the city has specialised in the technologies of the infinitely small.⁸ It became the seat of the Atomic Energy Commissariat in 1956; a research reactor was built in 1971 and a European synchrotron in 1994. The current Mayor, Michel Destot, is a Doctor of Nuclear Physics and used to work for the Atomic Energy Commissariat.

Environmental protest in the 1970s was more focused on urban pollution, public transport and quality of life. Hubert Dubeout's terms of office from 1965 to 1983 encouraged the expression of an active civil society. A convinced decentraliser

cities of Graz and Fribourg in retrospect, The International roundtable conference Cities and energy transitions: past, present, future, Autun, 1-4 June 2009.

⁶ Rolf Böhme, On the Way to a Sustainable City. Environmental Policy in Freiburg, international seminar The Eco Model Cities, Kitakyushu, Japan, 12-14 December 2008.

⁷ Armand Frémont, Milieu géographique et innovation: le cas grenoblois, in: Revue de géographie alpine, 75:4 (1987), S. 293-310.

⁸ Vannier Martin, Grenoble: une technopole en quête d'horizon métropolitain, in Motte Alain (Hrsg.), Les agglomérations françaises face aux défis métropolitains, Paris 2007, S. 62-79.

and atypical socialist, as Mayor he devoted 30% of the city's running budget to voluntary organisations (twice the usual amount), multiplied participatory structures and supported various social, cultural and pedagogical experiments, giving Grenoble the reputation of a 'social laboratory'.⁹ Municipal Action Groups (GAM), which were the background Hubert Dubebout came from, gave life to local democracy, defending the environment, the quality of life, and community education. This was fertile ground for the Green electorate to develop, nourished by the strong university presence in the city.

When a Green-Socialist coalition came to power in 1995, replacing a right wing municipal leadership marked by political and financial scandals, sustainable development was a subject in view. However, the red-green coalition was marked by conflict. The coalition's first deputy mayor for the environment launched an Agenda 21 without success. The outgoing Mayor, Michel Destot, was only re-elected for a second term in 2001 with Green votes (the Greens scored 20% in the first round of the election). But he found it hard to accept the voluntarism of the Green deputy in charge of the environment and urban planning. A particular cause of conflict was the eco-neighbourhood De Bonne Barracks. In 2008 the Mayor terminated the coalition with the Greens in favour of a new alliance with the centrist party, which had previously been in opposition.

Prior to that, a Climate Plan had been started by the Greens, the first to be adopted in France (in 2005). The general ambition was to reduce CO₂ emissions to a quarter by 2050; in 2009 a more short-term objective was added, to reduce emissions by 14% between 2005 and 2014. Nevertheless, there was no unanimity over the right way to move forward. So far priority has been given to saving energy and developing renewable energies (e.g. solar power, wood) in new and old houses. But certain civic leaders think nuclear power and CO₂ sequestration will solve the problems, and this slows down progress. One recent project to redevelop the 'science peninsula', 250 hectares where research establishments are concentrated around the synchrotron, seeks to create a 'carbon neutral' 'MIT à la française', and envisages 5000 dwellings, shops and services connected by electric vehicles. Nuclear energy is regaining the upper hand in the Climate Plan...

It cannot be denied that controversies linked to the nuclear question are a factor in innovation, as much in politics as in technology, leading to the development of energy alternatives which have gained renewed currency in the 1990s with the rising importance of the climate change problematic. Of course these controversies do not produce the same results where the Greens are in charge, as in Freiburg, or

⁹ Jean-François Parent und Jean-Louis Schwartzbrod, *Deux hommes, une ville*. Paul Mistral, Hubert Dubebout. Grenoble 1995.

where they have finally been excluded from local power because of clashes with lobbies and a strongly-established scientific culture, as in Grenoble.

The weight of local energy utilities

A second legacy, which appears to make a significant difference to local climate policies, is the existence of municipal energy utilities, whose history often can be traced back to the 19th century. Due to this strong tradition of 'municipal socialism', as contemporaries termed this municipal economic activity, German and Swedish cities have now much more freedom of action to reduce CO₂ emissions than, for example British and French cities.¹⁰ This observation is not completely independent of the foregoing, to the extent that energy decentralisation does not go down well with the nuclear option and its monopolistic tendencies. The city of Grenoble is not by accident one of the few in France having two local energy companies (mixed-economy companies), *Gaz Electricité de Grenoble* and the *Compagnie de chauffage de l'agglomération grenobloise*, which owns the second-biggest heat network in France, after Paris.

These two companies were involved in the energy innovations of the De Bonne Barracks eco- neighbourhood, powered by solar energy and micro co-generation stations, producing both heat and electricity. EDF's project for a micro-hydroelectric station, however, was abandoned: "EDF was associated, but played a completely marginal role. I think we would have had a lot of difficulty with that sole partner, because here we have a tradition of working on energy questions... not on demand, but nevertheless a local tradition, with a habit of energy negotiation, and adaption. EDF doesn't do that because EDF works on a huge scale".¹¹ The involvement of local energy utilities was a key element for the eco-neighbourhood's energy planning and played a role in the early achievement of Grenoble's Climate Plan. Gradually converting the district heating to biomass, for example, has been envisaged as a way of reducing CO₂ emissions.

This singular energy landscape and culture had its origin in the development of hydroelectric power around 1890-1900, which led to the founding of the National Polytechnic Institute of Grenoble, creating close links between industry and re-

¹⁰ Ute Collier und Ragnar Löfstedt, Think globally, act locally? Local climate change and energy policies in Sweden and the UK, in: *Global Environmental Change*, 7:1 (1997), S. 25-40. Harriet Bulkeley und Michele Betsill, *Cities and Climate Change. Urban sustainability and global environmental governance*, London und New York 2003.

¹¹ Interview with former city councillor responsible for urbanism and the environment for the City of Grenoble, Grenoble, February 2009. Translation by the author.

search. The groundwork of the Grenoble *technopole* had then already been laid.¹² The local authority controlled this source of energy from 1900, having bought the electricity concession. In the 1920s, during the socialist Paul Mistral's terms of office, safeguarding local government's control of water and electricity gave Grenoble solid local finances. Through its control of power production, the city council became a key partner in economic and industrial development.¹³

Municipal energy management is thus part of an old tradition which has been the focus of renewed interest with the setting up of Climate Plans. Hydroelectric power today accounts for 7.9% of final energy consumption in Grenoble. But scenarios for the development of CO₂ emissions are pessimistic.¹⁴ According to the leaders of the Grenoble's Climate Plan Observatory, the plan's results are not yet visible, or seem unrelated to public action (stemming more from mild winters, closure of industrial sites, etc.)

Freiburg's Climate Plan has also relied on local energy companies. Having no municipal company, Freiburg has undertaken to re-municipalise energy production.¹⁵ Mergers between several companies serving different districts have given birth to the regional company Badenova, whose capital is controlled by the local authority. Other towns around Freiburg have restructured their energy companies to retake control of electricity network management. Under pressure of demand, Badenova is abandoning nuclear power by developing cogeneration plants, and subsidises the development of renewable energies, particularly solar installations.

One thing which is specific to Freiburg is the involvement of civil society in this energy transition, the long-term fruit of the major sensibilization against the nuclear power station project which took place in the 1970s. Eight photovoltaic stations, nine wind turbines and a hydroelectric generator, for example, are managed by a non-profit association which mobilizes its capital among the citizens. The Climate Plan objectives adopted in 1996 (25% less CO₂ between 1992 and 2010) have not been achieved, but the reduction in CO₂ emissions is not negligible. The Öko-Institute rates it at 5% in the municipal area and 10% per inhabitant in 2003¹⁶, rising to 13.8% in the area and 20% per inhabitant in 2007 (8.53 tonnes of CO₂ per inhabitant per year), on the basis of figures from the Heidelberg Research Institute on Energy and the Environment.

¹² Armand Frémont, op. cit.

¹³ Jean-François Parent und Jean-Louis ,Schwartzbrod, op. cit.

¹⁴ Charte d'engagement du plan climat local de l'agglomération grenobloise, Grenoble Métropole, 2005.

¹⁵ Freiburg Solar Energy Guide, City of Fribourg-en-Breisgau, 2006.

¹⁶ Christof Timpe und Dominik Seebach, Klimaschutz-Strategie der Stadt Freiburg. Abschlussbericht Szenarien und Maßnahmenplan, Öko-Institut, Energieagentur Regio Freiburg, Freiburg 2007.

The resistance against the 'all-automobile' policy: its posterity

Choices about transport infrastructure, which in some cases might have undergone significant reorientation during the 1970s, are another key part of CO₂ emission reduction policies. Resistance against the 'all-automobile' policy hegemonic at the time was part of a larger set of claims bearing on quality of life, public facilities and improving public transport. For one thing, cars at the time were not accessible to everyone, and predominantly working-class areas demanded public transport, at least in Grenoble. In addition, in the wake of May 1968 and political ecology, the young middle classes were dreaming of conviviality, pedestrianisation, and redefining life in cities, and they denounced the unlimited adaptation of city centres to automobile traffic.¹⁷

Mobilisation against 'all-car' policy was particularly strong in Freiburg from 1969 on. As a result, priority in the local political sphere was given to non-motorised traffic and public forms of transport. A network of cycle lanes was established and the historical centre pedestrianised in 1973. Since Freiburg had no automobile industry in its area, road traffic could be subjected to particularly restrictive measures. The contrast is clear with the green policies conducted in European cities having an automobile industry (Hanover, Stockholm, Växjö, etc.).¹⁸ Unlike in French cities, the old tram network had been kept and modernised, in 1983, and connected to the suburban train network, forming a regional system with an integrated and attractive fare structure. Pressure from the Greens had been instrumental for that project.

This excellent public transport network has made it possible to reduce the modal split of cars to 32% since the end of the 1990s. This was helped by the fact that the land-occupation plan and the general transport plan were developed in closely coordinated ways from 1981 on. Demographic stagnation up to the first half of the 1980s had preserved surrounding vineyards and forests, which have since been closed for development. But sub-urbanisation did not spare peripheral towns in the years that followed, due to growth which was accelerated after German reunification. So from 1993 on a principle of densification in brownfields and unutilised areas has replaced the former model of extensive development towards the periphery.

¹⁷ Jean-Claude Pradeilles, *Géopolitique des transports urbains grenoblois. Mise en scène d'un quart de siècle (1973-1998)*, *Revue de géographie alpine* 85 :4 (1997), S. 97-112.

¹⁸ Cyria Emelianoff, Elsa Mor, Jacques Chevalier, *Les villes face à la transition énergétique: quelles politiques locales?* Research Report for MEEDDM/ADEME, Université du Maine 2010.

Structuring a city through public transport is always a long-term enterprise, and finds its limits at the end of the network lines, thus feeding distant sub-urbanisation. In Grenoble this structuring has been more recent. During the thirty years after World War II the conurbation grew spectacularly. The 1968 Olympic Games enabled the construction of major road infrastructure, as well as the launch of the 'Villeneuve' project between Echirolles and Grenoble to provide social housing. The town planning scheme (*schéma directeur*) of 1973, the first to be adopted in France, became a model of inter-municipality planning, as it provided for secondary poles of development, as demanded by suburban towns.¹⁹ It covered the whole of the urban region, counting 115 municipalities, but disagreement between the towns made it impossible to implement.²⁰

The second legacy of 1968 in terms of transport was the criticism of the 'all-automobile' policy by the Grenoble trade union movement, quality of life campaigners, ecologists and intellectuals.²¹ The city centre was gridlocked by traffic, and public transport was in a pitiful state. In 1974 this led to the creation of an association for the development of public transport, cycle lanes and pedestrian ways in Grenoble, the ADTC, which has remained very influential to this day. Pedestrianisation of the centre followed, but the project for a tramway was blocked by lack of national funding and the opposition to the Mayor Hubert Dudebout. The transport question was particularly controversial from 1975 to 1983, contributing to a change in political control, despite a referendum vote in favour of the tramway. Finally inaugurated in 1987, the trams have since transformed the centre of Grenoble, encouraging densification along certain sections, but the new local government favours automobile development on an equal footing, supporting road projects within the urban region.²² Sub-urbanisation stretches along the valleys, displacing mobility and congestion throughout a region of some 720,000 inhabitants (the city centre itself only counts 157,000 inhabitants).

In 2006, on the initiative of the *Syndicat mixte des transports en commun de l'agglomération Grenobloise*, 'route contracts' encouraged towns newly-served by the tramway to urbanise, making the lines more financially viable. Negotiation with the towns established densification zones and larger areas where land occupation would be monitored for potential densification. This is a novel but late-coming approach, and Grenoble and its suburbs do not have the means to plan for the whole urban region. Spatial planning has suffered from the historical and demo-

¹⁹ Jean-François Parent und Jean-Louis Schwartzbrod, op. cit.

²⁰ Samuel Martin, Ni avec toi ni sans toi. Les intercommunalités dans la région urbaine grenobloise, *Revue de géographie alpine* 85:4 (1997), S. 57-82.

²¹ Jean-Claude Pradeilles, op. cit.

²² Jean-Claude Pradeilles, op. cit.

graphical weakness of the city of Grenoble with respect to its suburbs, and from political changes and conflicts which have prevented 'joined-up' strategies. The question which modes of transport to favour remains heavily contested: there is opposition to the northern relief road, the recent Urban Transport Plan has been cancelled because of action by the ADTC. In Grenoble itself the modal share represented by cars is 37%, but in its suburbs it is 61%.

The various conflicts in Grenoble politics, whether it is about transport, nuclear energy or cooperation between neighbouring towns, prevent the setting up of a powerful strategy for the climate and for CO₂ emissions reduction. There is much less successful integration of themes that are dear to the Green electorate than in Freiburg. This could be explained in part by the absence of a culture of consensus which is characteristic for the French context.

Discussion

These two examples show several legacies which make a significant difference at the local level for an ambitious climate policy: 1) the existence of an energy culture favourable to the development of renewable energies, which pushes players to demand new targets to be set and achieved; 2) control of energy production and distribution, which makes it possible to move towards an energy transition; 3) structuring of urbanisation by public transport, marked by path dependency. The pioneering character of the cities studied is in large part due to these legacies, which create contexts that are favourable for the setting-up of climate protection policies.

We also wished to examine the hypothesis that environmental mobilisations of the late 1960s and the 1970s laid the groundwork for sustainable urban development policies. The vigour of those mobilisations in the case studies seems to corroborate the hypothesis, as much because of their effects in forming an urban environmental sensitivity as in terms of choosing alternative infrastructures to the road network.

Greens and environmentalists from that school of mobilisations are at the origin of Climate Plans being set up early in their respective contexts, in the framework of 'red-green' coalitions. More broadly, sensitivity to energy questions has often been rooted in the anti-nuclear protest of the 1970s. Places where opposition to nuclear energy was strong have developed an energy culture which enables them to position themselves more easily as pioneers in the transition to a 'post-carbon' society. In Grenoble, the city of nuclear physics, it is hydroelectric power which has forged a local energy culture. But anti-nuclear campaigns contributed to the formation of a Green electorate. When politicians who came from that movement

defined local climate policies in the 1990s they were naturally inclined to combine abandoning nuclear power and fossil fuels, despite possibly contradictory effects on CO₂ emissions. Political rationality, in these circumstances, prevails over a narrower scientific rationality.

Policies of sustainable mobility, linked to Climate Plans, are also based on older decisions taken in the wake of mobilisations against the 'all-automobile' policy. Shifting issues, from oil crises to climate change, and the enlargement of urban areas, do not lead to real political discontinuity. Pressure brought on local politicians in the 70s to set up public transport networks which would partly structure development bore fruit some decades later.

The relative continuity between the choices of the 1970s and those of the first decade of the 21st century, then, lies in the fact, that they represent alternatives to the dominant conceptions and practices of urbanism, which have gained ground over the last three decades without managing to become really dominant. These alternatives, in fact, continue to be promoted by a circle of environmental activists, which shifts according to the period and the issues, without losing their principal priorities.

This work has targeted two European cities which stand out by their ambition towards climate policies and the activism of their civic leaders. Analysing more hesitant policies in other cities would probably have brought out different endogenous factors. The diversity of legacies, histories and trajectories which combine to generate local sustainable urban development policies remains largely to be explored. On the other hand, the political will needed to carry out ambitious and long-term strategies successfully can only bear fruit on local ground which has already been well prepared.

Acknowledgment: We wish to thank Edward Hughes for the translation of this article.

Dr. Cyria Emelianoff, ESO-Le Man, France, cyria.emelianoff@univ-lemans.fr

Städtischer Freiraum und nachhaltige Stadtentwicklung: Mainz und Wiesbaden im Vergleich

Paradigmatische Orte, an denen sich zentrale Aspekte der Diskussion und Praxis ‚nachhaltiger Stadtentwicklung‘ festmachen und erforschen lassen, sind städtische grüne Freiräume wie Parks, grün geprägte Stadtplätze oder Alleen. Als in den massiven Urbanisierungsschüben des 19. Jahrhunderts die Zusammenhänge zwischen hoher städtischer Dichte, überbelegtem Wohnraum und Mangel an Freiräumen mit dem Gesundheitszustand der Stadtbewohner, insbesondere der städtischen Unterschichten, sichtbar wurden, entwickelte sich die Freiraumplanung zu einer kommunalen Aufgabe. Sie sollte dafür Sorge tragen, dass das „Sanitäre Grün der Städte“¹ in der Stadtentwicklung Berücksichtigung fand, dass also wohnungsnah grün geprägte Freiräume geschaffen wurden, die Aufenthalt und körperliche Aktivität in Licht, Luft und Sonne ermöglichten. Bis heute sind städtische Freiräume als Orte und Repräsentationen der ‚Natur‘ im gebauten Raum ein wichtiger Teil der urbanen Umwelt. In der Vielschichtigkeit ihrer Funktionen und Bedeutungen, beispielsweise mit Blick auf die Stadtökologie und das städtische Klima, wie auch als Erholungsräume, als Zonen der Begegnung, Kommunikation oder freizeitbezogener Aktivitäten, bilden sich in ihnen funktional wirksame Konsequenzen der sich langfristig wandelnden Lebensweisen der StadtbewohnerInnen ebenso ab wie gestalterische Präferenzen oder Auffassungen von Art und Relevanz von ‚Natur‘ in der Stadt in ihrer jeweiligen Zeit. Parks und Freiräume zählen zu denjenigen Orten in der Stadt, an denen ganz offen (und auch durchaus symbolisch aufgeladen) verhandelt wird, wie es um die Umwelt- und Lebensqualität der Stadt bestellt ist.

In diesem Beitrag soll vergleichend dargestellt werden, wie die Nachbarstädte Mainz und Wiesbaden seit dem Relevantwerden der Nachhaltigkeitskonzeption in der Stadtentwicklung ab Ende der 1980er Jahre mit dieser Herausforderung mit Blick auf den Planungsgegenstand der öffentlichen urbanen Grünräume umgegan-

¹ Martin Wagner, *Das sanitäre Grün der Städte: ein Beitrag zur Freiflächentheorie*, Berlin 1915. Vgl. weiterhin u.a. Paul Vogler und Erich Kühn (Hrsg.), *Medizin und Städtebau: ein Handbuch für gesundheitlichen Städtebau*, München u.a. 1957, sowie Marianne Rodenstein, „Mehr Licht, mehr Luft“: Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750, Frankfurt/Main und New York 1988.

gen sind. Dies umfasst die Betrachtung freiraumbezogener lokaler Diskurse, politischer Strategien und Entwicklungskonzepte ebenso wie deren Umsetzung. Soziale Praxisformen der Produktion und Nutzung von Freiräumen sind dabei ebenfalls mit in den Blick zu nehmen.

Auf der Basis des Vergleichs der lokalen Ansätze mit Bezug auf die Zielsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung – im Feld der Freiraumentwicklung als Teilbereich der Stadtplanung – soll weiterhin diskutiert werden, welche Bedeutung die Berücksichtigung impliziten Wissens, lokalspezifischer (präreflexiver) Haltungen, Gewohnheiten, Argumentations- und Handlungsmuster für den ‚Erfolg‘ nachhaltiger Stadtentwicklungsstrategien und deren Umsetzung haben kann und inwieweit dies auf der Grundlage der Konzeption einer „Eigenlogik der Städte“ analysiert werden kann.

Forschungskontext

Dieser Aufsatz steht im Zusammenhang mit dem Dissertationsprojekt der Verfasserin, das der Frage nachgeht, wie sich die Freiraumsituation in Mainz und Wiesbaden zwischen 1960 und 2010 entwickelt hat, wie also jeweils mit dem Themenkomplex der städtischen Umwelt, der Natur, des Gartens und der Landschaft umgegangen wurde, welche Faktoren, welche Akteure und Narrative diese Entwicklungen beeinflusst haben.

Dabei werden zwei eng miteinander verknüpfte Ziele verfolgt: Einmal soll die Analyse der Entwicklung der ‚grünen‘ Freiräume als ein wesentlicher Teil der Stadtentwicklung mit einer planungs- und umwelthistorischen Perspektive einen Beitrag zur Stadtgeschichte leisten. Der komparative Ansatz ermöglicht es, spezifische Besonderheiten der jeweiligen lokalen Diskurse und Praktiken herauszuarbeiten. Der Untersuchungszeitraum reicht von der Phase der beginnenden Kritik am funktionalistischen Städtebau über die Hochzeit der Umweltbewegung bis zu den aktuellen Debatten zur nachhaltigen Stadt und umfasst damit einen Zeitraum, in dem freiraumbezogenen Fragestellungen in der Stadtplanung wie auch in der öffentlichen Diskussion um die Qualität der städtischen Umwelt ein hoher Stellenwert zukam und zukommt. Mit Mainz und Wiesbaden werden zwei benachbarte Städte untersucht, die in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeiten aufweisen, zum einen bezüglich ihrer naturräumlichen Lage, außerdem hinsichtlich ihrer Größe und Dichte: Mainz hat derzeit rund 200.000 Einwohner, in Wiesbaden sind es rund 272.000. Beide übernehmen als Landeshauptstädte ähnliche Funktionen. Spezifische Unterschiede ergeben sich aus ihrer jeweiligen historischen Entwicklung: Mainz als ein seit dem Mittelalter bedeutendes kirchliches Zentrum und als Festungsstadt weist eine völlig

andere stadträumliche Struktur (und entsprechende Freiraumbestände) auf als die Kurstadt Wiesbaden, die als nennenswerte Stadt erst im 19. Jahrhundert in einem massiven und stark von der Kur- und Bäderstadtfunktion bestimmten Urbanisierungsschub entstand. Doch unabhängig von dieser Ausgangssituation standen beide Städte seit 1960 vor vergleichbaren freiraum- und umweltpolitischen Aufgaben, denen teils auf ähnliche, teils aber auch auf deutlich unterschiedliche Art begegnet wurde.

Zum zweiten sollen im Rahmen dieser vergleichenden Untersuchung die identifizierten lokalspezifischen Besonderheiten im Feld der Stadt- und Freiraumentwicklung daraufhin überprüft werden, ob sich an ihnen eigenlogische Strukturen und Muster erkennen lassen. Dies basiert auf der Arbeitshypothese, dass sich in der Haltung der an den einschlägigen Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure zu ‚grünen‘ urbanen Freiräumen, in ihren Ideen und Leitbildern von Natur bzw. Grün in der Stadt und in den materiellen Ergebnissen dieser Prozesse städtische Eigenlogik manifestiert.

Die stadtsoziologische Konzeption der „Eigenlogik der Städte“² geht davon aus, dass in einer Stadt „eine routinisierte und habitualisierte Praxis [existiert] (verstanden als strukturierte und strukturierende Handlungen), die ortsspezifisch im Rückgriff auf historische Ereignisse, materielle Substanz, technologische Produkte, kulturelle Praktiken sowie ökonomische oder politische Figurationen (und deren Zusammenspiel) abläuft.“³ Lokalspezifische Eigenlogik zeigt sich entsprechend an kollektiven Mustern und Praktiken, als eine „unhinterfragte Gewissheit“⁴, die sich individuellem Handeln in den verschiedensten Bereichen einschreiben kann.

Freiraum(planung) und Stadtentwicklung

Die Begrifflichkeiten des Untersuchungsgegenstands ‚grüne städtische Freiräume‘ sind vielfältig und häufig weder alltagssprachlich noch als Fachtermini in den Planungswissenschaften präzise gefasst. Aufgrund dieser terminologischen Unschärfen werden hier folgende begriffliche Setzungen getroffen: Als Freiräume werden überwiegend unbebaute Flächen bezeichnet, die grün oder primär grünbestimmt (d.h. von Vegetation geprägt) sind. Die Begriffe Freiraum, Freifläche bzw. Grünraum, Grünfläche können dabei synonym verwendet werden. Der Begriff ‚Stadtgrün‘ wird

² Vgl. Helmuth Berking und Martina Löw (Hrsg.), Die Eigenlogik der Städte: Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt/Main und New York 2008; Martina Löw, Soziologie der Städte, Frankfurt/Main 2008; Helmuth Berking und Martina Löw (Hrsg.), Die Wirklichkeit der Städte, Baden-Baden 2005 (= Soziale Welt Sonderband 16).

³ Martina Löw, Soziologie der Städte, Frankfurt/Main 2008, S. 77.

⁴ Ebd.

definiert als „der gesamte [...] überwiegend grünbetonte Freiraumbestand einer Stadt“.⁵ Die Freiraumentwicklung umfasst nicht nur die Neuplanung oder Umgestaltung von Freiräumen, sondern auch die Unterhaltung und Sanierung bestehender Freiräume. Landschaftsarchitektur dient hier als Oberbegriff für die gesamte Planungsdisziplin mit ihren verschiedenen Tätigkeitsfeldern, die sowohl die Freiraumplanung, d.h. die Konzeption und Gestaltung (vor allem) urbaner Freiräume mit allen strategischen, entwerferischen und planerischen Anteilen auf verschiedenen maßstäblichen Ebenen, als auch die Umweltvorsorgeplanung, d.h. die Landschaftsplanung im Kontext der raum- und regionalplanerischen sowie der kommunalen Maßstabebenen beinhaltet.

Im Einzelnen werden hier diejenigen Freiräume in den Blick genommen, die sich dem Typus der ‚allgemein öffentlichen Freiräume‘⁶ zuordnen lassen. Sie sind aufgrund ihrer Zugänglichkeit und ihrer vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten für unterschiedliche Gruppen der städtischen Bevölkerung von Interesse, werden von einem hohen Anteil der Anwohner in der Nachbarschaft (und häufig auch darüber hinaus) wahrgenommen oder selbst genutzt; entsprechend erfahren Zustand, Pflege und Entwicklung dieser Flächen auch seitens der kommunalen Politik, der Verwaltung sowie der lokalen Presse relativ große Aufmerksamkeit. Es handelt sich im Einzelnen um Parks und historische Gärten, botanische Gärten, temporäre öffentliche Gärten bzw. Gartenschauen, ‚grüne‘ Stadtplätze sowie ‚grüne‘ Straßen (Alleen, Promenaden, also primär transitorische Räume). Zweckgebundene öffentliche Freiräume, wie zum Beispiel Sportplätze oder Friedhöfe, sowie bedingt öffentliche und oftmals ebenfalls stark funktionsgebundene Freiräume, die etwa zu Schulen, Krankenhäusern oder auch Wohnsiedlungen zugeordnet sein können, sind nicht dazu zu rechnen.

Das Kriterium der Öffentlichkeit ist in Bezug auf städtische Freiräume stets als eine relative Größe zu behandeln, denn hier existieren vielerlei Zwischenformen. Eine Reduzierung auf die Dichotomie ‚privat – öffentlich‘ im engeren Sinne erweist sich hinsichtlich dieses Gegenstands nicht als sinnvoll. Mit Klaus Selle bestimmt sich der Grad an Öffentlichkeit eines konkreten Stadtraums aus vier Dimensionen: der Produktion des Raumes, der Eigentümerschaft, der Regulierung bzw. der Nutzungsreglementierung und dem Sozialcharakter, d.h. der Nutzbarkeit eines Freiraums aus seiner materiellen Beschaffenheit wie auch aus kulturell bedingten ‚üblichen‘ Praxisformen der Nutzung heraus.⁷ Die hier betrachteten Typen urbaner Frei-

⁵ Gerhard Richter, Handbuch Stadtgrün: Landschaftsarchitektur im städtischen Freiraum, München u.a. 1981, S. 14.

⁶ Ebd.

⁷ Klaus Selle, Öffentliche Räume: Drei Annäherungen, in: ders. (Hrsg.), Was ist los mit den öffentlichen Räumen? 2. erweiterte und aktualisierte Auflage Aachen u.a. 2003, S. 13-94, hier: S. 39-41.

räume weisen demnach bezüglich dieser verschiedenen Dimensionen durchaus unterschiedliche, aber insgesamt überwiegend hohe Grade an Öffentlichkeit auf.

Der urbane Freiraum als Gegenstand der Stadtplanung hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfache Veränderungen hinsichtlich seiner Bedeutungszuschreibungen erfahren.

Nach einer langen Phase der Betonung der Funktionalität des Grüns in den Leitbildern der Charta von Athen oder der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ (Göderitz, Rainer, Hoffmann) fand, analog zu sozialwissenschaftlich orientierten Ansätzen im Städtebau, wenn auch etwas verspätet, ab den 1970er Jahren auch in der Landschaftsarchitektur eine verstärkte Nutzerorientierung Eingang.⁸ Ergebnisse empirischer Sozialforschung zu Stadträumen als sozialen Umwelten sowie die zunehmenden Forderungen nach mehr Mitbestimmung in Planungsprozessen beeinflussten auch die Praxis der Freiraumplanung. Die traditionelle, primär künstlerisch bzw. gestalterisch ausgerichtete Perspektive der Profession stand in dieser Zeit tendenziell im Verdacht, eine reine (und als überflüssig und falsch angesehene) Dekoration des Stadtraums im Sinn zu haben. Stattdessen wurde nach den Freiraumbedürfnissen der StadtbewohnerInnen im Allgemeinen und einzelner Nutzergruppen im Besonderen gefragt (Kinder, männliche bzw. weibliche Jugendliche, Frauen, SeniorInnen, MigrantInnen usw.). Planung veränderte sich auch methodisch, partizipatorische Abstimmungsprozesse spielten dabei eine zunehmend wichtige Rolle.⁹

Die Frage nach den ökologischen Potenzialen urbaner Freiräume und nach dem Beitrag, den das Stadtgrün zu Natur- und Umweltschutz und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt leisten kann, wurde im Zuge der Umweltbewegung im Zeitraum der 1970er und 1980er Jahre ebenso aufgeworfen. Auch in der Freiraumplanung wurde intensiv diskutiert, welche Umwelt, welche Art von ‚Natur‘, welches Maß an Gestaltungs- und Pflegeintensität für städtische Grünräume positiv zu bewerten sei. Einflussreich waren hier beispielsweise Publikationen und Projekte von Louis Le Roy, Andritzky/ Spitzer und Lucius Burckhardt.¹⁰ Ökologische Wertig-

⁸ Vgl. u. a. Peter Gleichmann, Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt, Stuttgart 1963; Werner Nohl, Städtischer Freiraum und Reproduktion der Arbeitskraft. Einführung in eine arbeitnehmerorientierte Freiraumplanung, München 1984; Maria Spithhöver, Freiraumansprüche und Freiraumbedarf: Zum Einfluss von Freiraumversorgung und Schichtzugehörigkeit auf die Anspruchshaltungen an innerstädtischen Freiraum, München 1982; Wulf Tassin, Freiraum und Verhalten: Soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume - eine Einführung, Wiesbaden 2004.

⁹ Vgl. u.a. Sebastian Haumann, „Schade, daß Beton nicht brennt ...“ Stadtplanung zwischen Partizipation und Protest 1940-1990, Diss. TU Darmstadt 2010, Publikation in Vorbereitung.

¹⁰ Vgl. z. B. Louis G. le Roy, Grün ausschalten, Grün einschalten..., Stuttgart 1978; Michael Andritzky, Klaus Spitzer (Hrsg.), Grün in der Stadt: von oben, von selbst, für alle, von allen, Reinbek bei Hamburg 1981; Lucius Burckhardt, Die Kinder fressen ihre Revolution: wohnen, planen, bauen, grünen, Köln 1985.

keit von Freiräumen, also die Erfüllung positiver stadtökologischer Funktionen, beispielsweise für die Artenvielfalt oder für die Verbesserung des Stadtklimas, wurde zu einem entscheidenden Argument in diesen Debatten, der Naturgarten zum Idealtyp, das ‚Abstandgrün‘ zum Feindbild.

Eine primäre Orientierung an Nutzerwünschen galt den VertreterInnen der Profession, die ihren Schwerpunkt vor allem im Entwurfsbereich sahen, jedoch bald wieder „als megalangweilig und bieder – mit dem Sexappeal von Kleingärten.“¹¹ Seit den 1990er Jahren, so wird heute rückblickend konstatiert, sei zudem eine Renaissance der künstlerisch-gestalterischen Auseinandersetzung mit Garten, Park und Stadtplatz eingetreten, nach einer langen, heute offenbar als künstlerischer Durststrecke begriffenen Periode, in welcher Freiraumplanung als Umsetzung von natur- und sozialwissenschaftlichen Analysen der Defizite bzw. notwendig zu verbessernden Bedingungen für die natürliche Umwelt in der Stadt sowie für die Freiraumversorgung ihrer BewohnerInnen aufgefasst wurde. Die Freiraumplanung der 1970er und 1980er Jahre sei von einer „ökologisch geprägten Ideologisierung“ und einer „einseitigen Betonung naturschützender und –erhaltender Aufgaben“ beeinflusst gewesen und habe sich erst spät wieder auf ihren eigentlichen „gestalterischen Auftrag“ besonnen.¹² In der Profession werden diese Betonungen der vielen Facetten der Freiraumplanung weiterhin debattiert, schließlich geht es darum, wie auf aktuelle Aufgaben und Problemfelder angemessen reagiert werden kann.¹³

In der Freiraumplanung wurden und werden also künstlerische, soziale, ökologische und – nicht zu vergessen – auch wirtschaftliche Aspekte mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen integriert, die fachintern heftig umstritten sein können. Mit diesen Entwicklungen waren und sind jeweils unterschiedliche Vorstellungen von Natur und Landschaft verbunden.¹⁴

¹¹ Jürgen Milchert, Wie langweilig ist das Paradies? In: Garten + Landschaft 3 (2009), S. 7.

¹² Udo Weilacher, In Gärten. Profile aktueller europäischer Landschaftsarchitektur, Basel u.a. 2005.

¹³ Hier soll exemplarisch auf die aktuelle Diskussion um eine stärkere Berücksichtigung des ‚Laiengeschmacks‘ und damit der Nutzerwünsche einerseits und einer Betonung der Rolle des Landschaftsarchitekten als innovativem gestalterischen Experten andererseits verwiesen werden; vgl. Wulf Tessin, Ästhetik des Angenehmen. Städtische Freiräume zwischen professioneller Ästhetik und Laiengeschmack, Wiesbaden 2008; sowie Till Rehwaldt, Die Geschmacksfrage. In: Garten + Landschaft 2 (2009), S. 10-11; Udo Weilacher, Rückzugsgefechte. bzw. Jürgen Milchert, Wie langweilig ist das Paradies?, beide in: Garten + Landschaft 3 (2009), S. 7.

¹⁴ Vgl. hierzu u. a. Wolfram Höfer, Die Konversion der Idee von Landschaft, in: Franz-Josef Brüggemeier, Ivo Engels (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945: Konzepte, Konflikte, Kompetenzen. Frankfurt/M. und New York 2005, S. 342-355; Stefan Körner, Natur in der urbanisierten Landschaft: Ökologie, Schutz, Gestaltung, Wuppertal 2005. Zwischenstadt; 4. Stefan Körner, Naturbilder und Heimatideale in Naturschutz und Freiraumplanung, in: Ludwig Fischer, (Hrsg.), Projektionsfläche Natur. Zum Zusammenhang von Naturbildern und gesellschaftlichen Verhältnissen, Hamburg 2004, S. 77-103

Bei aller Unterschiedlichkeit in der Betonung und Bewertung verschiedener Aspekte des Grüns in der Stadt scheint es doch etwa seit Ende des 19. Jahrhunderts einen breiten Konsens darüber zu geben, dass Grün und ‚Natur‘ in der Stadt grundsätzlich wichtig für die Lebensqualität der StadtbewohnerInnen sind und dass es bei städtebaulichen und freiraumplanerischen Richtungsstreitigkeiten primär um die Art und Ausgestaltung der Integration von ‚Natur‘ bzw. ‚Landschaft‘ in der Stadt geht, in Verbindung mit einer als ausreichend angesehenen Quantität von Grünflächen. Die Aspekte der Stadthygiene und der Gesundheit der Stadtbevölkerung standen dabei lange Zeit im Vordergrund der stadtpolitischen Interessenlagen und damit der städtebaulichen Maßnahmen. Diese Entwicklungslinie setzte sich auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in modifizierter Weise fort. Werner Lendholt fragte beispielsweise 1974 danach, „wie weit die allenthalben hörbare massive Kritik am heutigen [gegliederten und aufgelockerten] Städtebau auch die Grün- und Freiflächen grundsätzlich in Frage stellt“ und „ob wir überhaupt nachweisen können, daß Naturelemente, also auch Grünflächen, für das menschliche Dasein unabdingbar seien.“¹⁵ Die Erfahrung zeige jedoch, dass „die überwiegende Mehrheit der Stadtbewohner Grünflächen subjektiv als notwendig erachtet aus unterschiedlichen ‚nützlichen‘, wie auch aus ‚emotionellen‘ und ‚ästhetischen‘ Gründen“¹⁶

Urbane Freiräume im Kontext des Nachhaltigkeitsparadigmas

Seit den 1990er Jahren stellen die Konsequenzen aus Deindustrialisierung und demographischem Wandel ein erweitertes Aufgabenfeld für die Freiraumplanung dar. Die Konversion brach gefallener industrieller Areale im Zusammenhang mit Revitalisierungskonzepten für Städte und Regionen sowie die Entwicklung von Strategien für den Umbau von ‚schrumpfenden Städten‘ und die durch Rückbaumaßnahmen neu entstandenen Freiflächen spielen in den Diskussionen eine wichtige Rolle.¹⁷ Auch im Kontext der nachhaltigen Stadtentwicklung kommt urbanen Freiräumen auf unterschiedlichen Ebenen eine wichtige Rolle zu.

(<http://hup.rz.uni-hamburg.de>).

¹⁵ Werner Lendholt, Funktionen der städtischen Freiräume, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Zur Ordnung der Siedlungsstruktur. Forschungsbericht des Ausschusses ‚Stadtplanung‘ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1974 (= Forschungs- und Sitzungsberichte 85; Stadtplanung 1), S. 161-184, hier: S. 163.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Vgl. u.a. Thorsten Wiechmann und Peter Wirth (Hrsg.), Ökologischer Umbau in Städten und Regionen, Dresden 2005 (= IÖR-Schriften 46). Stefanie Rößler, Freiräume in schrumpfenden Städten: Chancen und Grenzen der Freiraumplanung im Stadttumbau, Berlin 2010 (= IÖR-Schriften 50).

Die aus dem Nachhaltigkeitspostulat abgeleitete Zielsetzung eines sparsamen Umgangs mit der Ressource Fläche beinhaltet die Sicherung bestehender Freiräume sowie nach Bedarf und Möglichkeit die Schaffung zusätzlicher Freiräume. Parks und Grünzüge tragen als Kaltluftschneisen zur Verbesserung des Stadtklimas bei, sie stellen – in unterschiedlicher Ausprägung, je nach Art ihrer Gestaltung – Lebensräume für Flora und Fauna dar und sind daher für Naturschutz und Stadtökologie relevant. Sie sind zudem als soziale Räume bedeutsam, denn sie bieten Raum für vielfältige Erholungsnutzungen wie Sport und Spiel, und sie ermöglichen Begegnung und Kommunikation. Öffentliche grüne Freiräume bilden damit ein wichtiges Element der Lebensqualität in einer Stadt, Aspekte von Gesundheit, physischer und psychischer Reproduktion spielen hier eine Rolle. Gärten und Parks geben zudem die Gelegenheit, auch im städtischen Umfeld mit ‚Natur‘ in Kontakt zu treten, je nach Beschaffenheit eines Freiraumes in ganz unterschiedlicher Art, die von der beiläufigen Beobachtung von Hummeln oder Schmetterlingen in einem Staudenbeet bis hin zu umweltpädagogisch aufbereiteten Naturlehrpfaden reichen kann.

Als öffentliche Räume sind grüne Freiräume zudem Ort und Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse der unterschiedlichsten Nutzungsinteressen und bieten Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Hier können folglich auch lokalspezifische Besonderheiten im Umgang mit Freiräumen zutage treten, eigenlogische Strukturen und Muster können in diesbezüglichen Debatten und Entscheidungsprozessen rund um ihre Produktion, Rezeption und Nutzung wirksam sein.

Der Umgang mit urbanen Freiräumen in Mainz und Wiesbaden

In diesem breiten Spektrum an Aspekten, die für die Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung relevant sind, tauchen urbane Freiräume auch in den lokalen Leitbildern und Handlungsprogrammen für Mainz und Wiesbaden auf. Beide Städte haben die Ziele der Agenda 21 in ihre Entwicklungsstrategien integriert¹⁸ und entsprechend Lokale AGENDA 21- Initiativen auf den Weg gebracht.

Das „Forum Lokale AGENDA 21 Mainz“ ist eine sehr aktive Gruppe mit derzeit sieben thematischen Arbeitskreisen, darunter auch ein Arbeitskreis „Naturnahes Grün“.

Das Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Mainz wurde durch das Forum in Kooperation mit Stadtrat und -verwaltung sowie unter

¹⁸ Vgl. den Mainzer Stadtratsbeschluss Nr. 234/1997 vom 17.12.1997 zur „Zukunftsinitiative Mainz-Lokale AGENDA 21“ bzw. für Wiesbaden: Stadtverordnetenbeschluss vom 07.05.1997: Konzept zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21, in: Landeshauptstadt Wiesbaden, Umweltdezernat (Hrsg.), Startphase Lokale Agenda 21 in Wiesbaden: Dokumentation. Wiesbaden 1999 (= Umweltbericht 13).

weiterer Bürgerbeteiligung bis 2001 erarbeitet und bildet die Grundlage der Aktivitäten der Lokalen AGENDA 21.

Zum Handlungsfeld Freizeit, Sport und Naherholung heißt es hier: „Die außerhäusliche Freizeit wird (außer im Urlaub) überwiegend innerhalb des Stadtgebietes verbracht. Der Mensch als Teil der Natur sucht dabei gern die Natur auf. Die Möglichkeit, sich im Grünen zu erholen wird als Bereicherung der Lebensqualität verstanden und fördert nachweislich die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Attraktive, abwechslungsreiche, unverwechselbare Landschaftsbereiche, Parks, Spiel- und Sportplätze werden dabei bevorzugt. [...] Grundsätzlich sind Freiraum- und Grüninfrastruktur in allen Planwerken zu berücksichtigen. Innerstädtische Freiräume müssen sich als Spielraum für Kinder eignen, die deshalb bei der Planung und Gestaltung mit einzubeziehen sind.“¹⁹

Zum Gegenstand der urbanen Freiräume werden vielfältige Leitbildelemente und Zielsetzungen für verschiedene Handlungsfelder (Freizeit, Sport, Naherholung/ Natur, Landschaft, Boden/ Wohnen) sowie eine Vielzahl teils sehr detaillierter Handlungsempfehlungen formuliert. Dazu zählen die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Grünflächen in der Innenstadt sowie eine verbesserte Vernetzung der Grünflächen, die generelle Berücksichtigung naturräumlicher Gegebenheiten in der Planung, eine Entwicklung der Freiräume nach ökologischen Gesichtspunkten oder die Verwendung heimischer Pflanzenarten.²⁰

In Mainz fanden also die wesentlichen freiraumbezogenen Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung Eingang in das lokale Handlungsprogramm. Sie wurden dabei konkret ausformuliert und in Empfehlungen für die künftige Planung übersetzt. Dies verbindet sich mit einem hohen Engagement von BürgerInnen für einzelne Teilbereiche des Handlungsprogramms, wie es etwa die Mitglieder des Arbeitskreises „Naturnahe Grün“ zeigen. Sie brachten ab 2004 das Projekt eines neuen Naturschaugartens auf den Weg, das eine naturnahe Praxis des Gärtnerns umweltpädagogisch vermitteln und fördern will.²¹

Auch in Wiesbaden begann der Prozess der Erarbeitung einer Lokalen AGENDA 21 sehr ambitioniert. In einer Startphase 1997/98 wurden in insgesamt sieben Workshops von engagierten BürgerInnen, VertreterInnen von Initiativen, Vereinen und Verbänden sowie aus der Kommunalpolitik und -verwaltung inhaltliche Fragen sowie die Strukturierung des Prozesses und Kooperationsmöglichkeiten erörtert.²²

¹⁹ Stadt Mainz, Lokale AGENDA 21, Handlungsprogramm (2001), S. 29; <http://www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/mkuz-5tmm8s.de.html> [letzter Abruf 22.10.2010].

²⁰ Vgl. ebd., S. 54-56 und S. 69-71.

²¹ Zum ‚Naturschaugarten Lindenmühle‘ vgl. <http://www.mainz-naturnah.de> [22.10.2010].

²² Vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Umweltsdezernat (Hrsg.), Startphase Lokale Agenda 21 in Wiesbaden: Dokumentation. Wiesbaden 1999 (= Umweltbericht 13).

Bis zum Jahr 2001 wurde daraufhin auch hier ein Handlungsprogramm erarbeitet, das als Leitbild unter anderem festhält:

„Die über Jahrhunderte gewachsene Unverwechselbarkeit Wiesbadens mit der Architektur des Historismus, dem Kur- und Kongressbetrieb und den überall im Stadtgebiet möglichen direkten Zugängen zu Natur und Landschaft wird behutsam fortentwickelt.“²³

Zum Themenkomplex der städtischen Freiräume wurde als Ziel formuliert:

„Wiesbaden soll eine Stadt mit großzügigen Grünflächen bleiben, die für ein gutes Stadtklima unverzichtbar sind. Zusammen mit Plätzen und eindrucksvollen Gebäuden laden sie zum Aufenthalt ein und steigern den Erlebniswert unserer Stadt.“²⁴

Zahlreiche Arbeitskreise wurden etabliert bzw. bestehende Initiativen in den Prozess integriert, auch zum Themenfeld der Stadtnatur und Umweltpädagogik.²⁵ Die „Grün- und Erholungsausstattung“ wurde in Wiesbaden zu einem Indikator nachhaltiger Stadtentwicklung, der primär das Ziel der „Erhaltung und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen“ überprüfbar machen soll, aber zugleich auch als wirksam in den Bereichen Stadtbild und Lebensqualität angesehen wird.²⁶

Insgesamt wird in den Zielsetzungen nachhaltiger Entwicklung für Wiesbaden die Bedeutung der Freiräume und des Bezugs zu Natur und Landschaft für das Stadtbild, das Image, den Erlebniswert und sogar den unverwechselbaren Charakter der Stadt stark betont. Damit wird die Stadtnatur als ein wichtiger Faktor der Stadtidentität Wiesbadens beschrieben, ein Motiv, das im Mainzer Leitbild ganz im Gegensatz dazu nicht im Vordergrund steht.

Die freiraumbezogenen Ziele und Bedeutungszuschreibungen, die hier jeweils – mit deutlich unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – im Kontext der nachhaltigen Stadtentwicklung benannt werden, waren vielfach bereits seit Jahrzehnten handlungsleitend für die kommunale Freiraumplanung. Die dabei jeweils im Vordergrund der planerischen Ziele und Maßnahmen stehenden Aspekte des Handlungsfeldes standen dabei stets in engem Zusammenhang mit dem Wandel der Leitbilder in der Stadtentwicklung.

²³ Landeshauptstadt Wiesbaden, Umweltamt (Hrsg.), Wiesbadener AGENDA 21: Handlungsprogramm für eine dauerhaft lebenswerte Stadt, Wiesbaden 2001, S. 9.

²⁴ Ebd. S. 26.

²⁵ Landeshauptstadt Wiesbaden, Umweltamt (Hrsg.), Lokale Agenda 21 für ein zukunftsfähiges Wiesbaden: Agenda-Aktive stellen sich vor, Wiesbaden 2000, S. 26-28. Hier ist u.a. auf die Arbeit des Naturpädagogischen Zentrums des Tier- und Pflanzenparks Fasanerie hinzuweisen, vgl. <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/freizeit/natur-erleben/tierpark/fasanerie.php?p=0,8,6,6> [22.10.2010].

²⁶ Landeshauptstadt Wiesbaden, Dezernat für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr: Indikatoren zur nachhaltigen Stadtentwicklung: Ergebnisse des Projektes ‚Städte der Zukunft‘, Wiesbaden 2005 (= Umweltbericht 19). S. 14-15.

Einige Fallbeispiele aus den beiden Vergleichsstädten sollen im Folgenden die jeweilige Freiraumsituation und exemplarische planerische Maßnahmen veranschaulichen. Die Freiraumbestände wie auch einige der damit verbundenen Problemlagen divergieren nicht zuletzt aufgrund der historisch geprägten, unterschiedlichen Stadtstrukturen.

Mainz: Die beengte Festungsstadt

Die strukturelle Basis des heutigen Mainzer Grünflächensystems geht zu einem wichtigen Teil auf das jahrhundertealte System der Befestigungsanlagen zurück. Aufgrund der hohen baulichen Verdichtung innerhalb der Mauern der Bischofs- und Festungsstadt war und ist der mittelalterliche Stadtkern von Mainz weitgehend grünflächenfrei. Stadtgrün ist hier nur präsent in Form von Straßenbäumen und einigen kleineren baumbestanden Plätzen. Die Stadterweiterungen des 19. Jahrhunderts²⁷ sorgten für eine Verbesserung der Freiraumsituation, insbesondere mit dem als Promenade angelegten Rheinufer sowie mit repräsentativ gedachten, gärtnerisch aufwendig gestalteten Schmuckplätzen und Straßenräumen.

Die endgültige Aufgabe und weitgehende Schleifung der Festungsbauten erfolgte vergleichsweise spät nach 1900. Erst nachdem die Festungsanlagen nach Ende des ersten Weltkriegs beseitigt worden waren, konnte der Grünflächenbestand der Stadt deutlich erweitert werden.²⁸ Obwohl die ersten ambitionierten Planungen der 1920er Jahre²⁹ nicht in vollem Umfang verwirklicht wurden, entstand doch entlang der ehemaligen Festungswälle ein großzügiger Grüngürtel.

²⁷ Vgl. hierzu Michael Kläger, Die Mainzer Stadt- und Festungserweiterung: kommunale Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Mainz 1988 (= Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 28). Paul-Georg Custodis, Der Stadtbaumeister Eduard Kreyssig und die Bauentwicklung der Stadt Mainz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Aachen 1979; Angela Schuhmacher, Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz, Bd. 2: Stadt Mainz; Teil 1: Stadterweiterungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege, 2. Auflage Worms 1997.

²⁸ Zur Geschichte der Stadt- und Grünflächenentwicklung in Mainz vgl. u.a. Joachim Glatz, Stadtplanung, Architektur und Kunst im 19. und 20. Jahrhundert, in: Franz Dumont, Ferdinand Scherf und Friedrich Schütz (Hrsg.), Mainz: Die Geschichte der Stadt, 2. Auflage Mainz 1999; Norbert Schindler, Von Mainz und seinem Grün, in: Garten und Landschaft 4 (1962), S. 104-106; Norbert Schindler, Mainzer Grün einst und jetzt, in: Garten und Landschaft 8 (1962), S. 226-230.

²⁹ Vgl. Fritz Luft, Mainzer Grünflächenprobleme nach der Entfestigung, in: Gartenkunst 9 (1931), S. 135-138.

Wallanlagen und Zitadelle

Die so genannten Wallanlagen, ein Komplex aus einem landschaftlich gestalteten Grünzug mit mehreren formalen Gärten der späten 1920er und frühen 1930er Jahre auf dem Gelände der Festungsanlagen, bildeten einen inneren Grüngürtel im Zuge einer Stadterweiterung.³⁰ Die Wallanlagen wurden gezielt für die Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzergruppen konzipiert: Neben Blütengärten und einem immergrünen Garten als ruhige Zonen mit vielen Bänken und Aufenthaltsbereichen gibt es große Spiel- und Sportwiesen, Kinderspielflächen und Wasserspielbereiche. Die Sondergärten sind durch als Promenaden gestaltete Parkabschnitte verbunden. Die Wallanlagen blieben von kriegsbedingten Beschädigungen weitgehend verschont und bestehen bis heute zu großen Teilen in der ursprünglichen Struktur, wenn auch mit einer Vielzahl von Veränderungen im Bereich der Ausstattung und des Artenspektrums des Gehölzbestandes. Eine Ergänzung stellt seit Ende der 1980er Jahre der so genannte Ökogarten dar, ein kleiner Sondergartenbereich, der nach den Prinzipien des Naturgartens extensiv gestaltet wurde und ein Naturerleben in der Stadt in Form von Streuobstwiesen, Wildhecken, Ruderalbereichen³¹ und anderen Biotoptypen ermöglichen sollte. Die direkt benachbarten Freiräume der Mainzer Zitadelle, insbesondere der Zitadellengraben, sind als struktureicher Lebensraum mit einer hohen Artenvielfalt von großer Bedeutung im Sinne des Naturschutzes und der Biotopvernetzung, wie auch in ihrer stadtklimatischen Funktion. Seit 1986 gilt der Zitadellengraben als geschützter Landschaftsbestandteil.³²

Stadtpark und Volkspark

Zeitlich vor den Wallanlagen wurde außerhalb der Festungswerke in den Jahren 1819/20 der Stadtpark als englischer Landschaftsgarten angelegt, situiert auf dem Gelände des 1793 zerstörten barocken Schlossparks Favorite. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde ein Teil der Anlage für Zwecke der Bahn und Industrie überbaut, 1888/89 wurde der gesamte Park durch die Gartenarchitekten Heinrich und

³⁰ Vgl. Bettina Clausmeyer-Ewers, Die Wallgrünflächen in Mainz, in: Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Park- und Gartenanlagen in Rheinland-Pfalz, Mainz 2000, S. 77-99; sowie Hans Pritzl, Mainz im Wandel zu einer offenen Stadt. Der Mainzer Grüngürtel, Diss. Univ. Graz 1993.

³¹ Als Ruderalvegetation wird eine Vegetation bezeichnet, durch die offene, anthropogen stark überformte Flächen (wie etwa Siedlungs- oder Industrieflächen) spontan besiedelt wird, je nach Standortbedingungen in unterschiedlicher Zusammensetzung.

³² Rechtsverordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil, Grünbestand der Zitadellenanlage mit Grabenbereich, Gemarkung Mainz vom 10.01.1986, siehe [http://www.mainz.de/C1256CBE00310D9B/webviewopen/F2C409AE774935DBC1256D6700359FD1/\\$File/RVO_Zitadelle.pdf](http://www.mainz.de/C1256CBE00310D9B/webviewopen/F2C409AE774935DBC1256D6700359FD1/$File/RVO_Zitadelle.pdf) [22.10.2010].

Nikolaus Siesmayer umgestaltet. Das damals entstandene landschaftliche Parkbild zeigt sich in weiten Teilen bis heute. 1925 wurde der Park um einen Rosengarten ergänzt. Im Rahmen der Aktivitäten der Stadt zur 2000-Jahr-Feier 1962 wurde auch der Stadtpark verändert. Durch eine geänderte Verkehrsführung wurde eine direkte Fußgängerverbindung zum benachbarten Volkspark geschaffen, es entstanden ein Café, später ein Hotel sowie mehrere Tropenhäuser und ein Vogelhaus als neue Attraktionen. Die über den Park verteilten Schmuckbeete erinnern in ihrer Bepflanzung auch heute noch an entsprechende Moden der 1960er Jahre.

Für den 1932-35 entstandenen Mainzer Volkspark, gedacht als „die große grüne Lunge für den stressgeplagten Großstädter, der sich hier in seiner Freizeit austoben kann“³³, wurde 2008 ein neues Entwicklungskonzept verabschiedet. Der Park soll erweitert und gestalterisch neu geordnet werden: „Kernstück der Planung ist die Umgestaltung des Haupteingangs [...] sowie eine Neuordnung der Parkplätze in diesem Bereich, der Bau einer Wasserfläche als Entrée aus Richtung Stadtpark, Themengärten wie z. B. ein Rheinhessengarten sowie als ‚Höhepunkt‘ der Rhein-Main-Turm als Aussichtspunkt.“³⁴ Inwieweit diese gestalterische Aufwertung den Charakter und das Nutzungspotenzial des Volksparks möglicherweise verändern wird, muss sich erst noch zeigen. Die heutige Nutzungspraxis unterscheidet sich in diesen beiden benachbarten Freiräumen grundlegend: Während der Volkspark mit seiner bislang relativ unspektakulären Gestaltung (große Wiesenflächen mit einigen Baumgruppen, ein ausgedehntes Spielplatzareal einschließlich Wasserspielplatz etc.) insbesondere im Sommer vor allem für aktive Erholung, sportliche Betätigungen, Spiel etc. genutzt wird, wo auch gegrillt und gefeiert wird und werden darf, ist der Stadtpark eher von ruhigeren Formen der Erholungsnutzung geprägt. Er wird von Spaziergängern frequentiert, der Blumenschmuck, insbesondere im Rosengarten, ist hier eine der Hauptattraktionen, die BesucherInnen tendieren eher dazu, die Bänke zu nutzen, als sich auf einer der Wiesen niederzulassen.

„Grüne Brücke“

Über einer viel befahrenen vierspurigen Straße inmitten eines Wohngebiets, die Teile des Quartiers voneinander sowie vom problemlosen Zugang zum Rheinufer abschnitt, wurde 1981 eine Fußgängerbrücke errichtet, die zugleich ein grüner Freiraum mit Aufenthaltsqualität sein sollte. Der Künstler Dieter Magnus entwickelte

³³ Bernd Blisch, Vom höfischen Vergnügen zur bürgerlichen Entspannung. Zur Geschichte der Favorite und des Stadtparks in Mainz. In: Hedwig Brüchert (Hrsg.), Vom kurfürstlichen Barockgarten zum Stadtpark. Die Mainzer Favorite im Wandel der Zeit, Mainz 2009, S. 59-82, hier: S. 81.

³⁴ <http://www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/hthn-7euacj> [14.05.2009].

die Gestaltung in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Man erreicht die Brücke über ein System flacher, seitlich begrünter Rampenanlagen. An diesen Wegen sowie auf der großzügig dimensionierten Brücke befinden sich Elemente wie Sitzplätze, kleine Brunnenanlagen, Sträucher und Staudenpflanzungen in großen Pflanztrögen, sogar ein Wasserfall wurde integriert. So sollte in der dicht bebauten Neustadt, eine Stadterweiterung aus dem 19. Jahrhundert, ein zusätzlicher Freiraum geschaffen werden, der ein gewisses Maß an ‚Natur‘ in Form von Vegetation in den Straßenraum bringt und eine Verbindung zum Rheinufer herstellt.

Rheinufer

Einen für das Mainzer Alltagsleben sehr wichtigen Freiraum stellt die rund 25 m breite Rheinuferpromenade³⁵ dar. Ab 1868 entstanden hierfür Planungen des Stadtbaumeisters Eduard Kreyßig, die eine Trennung der verbreiterten Uferzone³⁶ in zwei Ebenen vorsahen: das obere Niveau wurde mit einer doppelten Baumreihe (Platanen) bepflanzt und diente als eigentliche Promenade, das untere Niveau am Fluss, angebunden durch Treppen und Rampen, ermöglichte weiterhin eine gewerbliche Nutzung (Anlegen, Be- und Entladen kleinerer Schiffe). Verschiedene Teile des Rheinufers wurden 1964, 1972/73 bzw. 1995 dem Zeitgeschmack entsprechend umgestaltet. Insgesamt zeigte sich das Rheinufer Mitte der 1990er Jahre uneinheitlich und teilweise in einem schlechten Pflegezustand. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dieser Situation führte zur Einrichtung eines ‚RheinUferForums‘ 1998, bei dem neben Vertretern des Stadtplanungsamtes und weiterer kommunaler Ämter auch Grundeigentümer, Anwohner, beratende Architekten, Mitglieder des Stadtrats und andere Akteure beteiligt waren. Das Ergebnis der fünf Sitzungen war ein 1999 vorgelegter Rahmenplan sowie ein als Empfehlung geltender Maßnahmenkatalog, der seither in Teilen verwirklicht wurde.³⁷ Die Bedeutung, die in Mainz (und ebenfalls in Wiesbaden) derzeit der Entwicklung der Rheinuferzonen zugemessen wird, ist aktuell besonders an den gemeinsamen Überlegungen beider Städte ersichtlich, sich mit einem primär auf die ‚Städte am Fluss‘ bezogenen Konzept um die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2021 zu bewerben.³⁸

³⁵ Vgl. Hartmut Fischer, Denkmalzone Rheinufer. Nutzungswandel und Zielvorstellungen, in: Die alte Stadt 4 (2004), S. 259-273.

³⁶ Durch eine Regulierung und Begrädigung des Rheins war es möglich geworden, das Ufer anzuschütten und maßgeblich zu verbreitern.

³⁷ Ebd. S. 267-269. Vgl. auch <http://www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/MKUZ-5VVHPN-DE.0;jsessionid=885B688712BB4D9C7DADF25B4F6C6BE5> [04.06.2009].

³⁸ Vgl. Markus Schug, Mainz und Wiesbaden wollen den Rhein überwinden. <http://www.faz.net/s/Rub8D05117E1AC946F5BB438374CCC294CC/Doc-E82812BCEE45448B79D->

Wiesbaden: Grünflächen als Markenkern städtischer Identität

Die Bau- und Freiraumstruktur der einstigen ‚Weltkurstadt‘ Wiesbaden stammt wesentlich aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wiesbaden war zwar bereits zu römischer Zeit für seine heißen Quellen bekannt, blieb jedoch über Jahrhunderte eine im Vergleich zur Nachbarstadt Mainz recht unbedeutende Kleinstadt.³⁹ Um 1800 hatte Wiesbaden rund 2200 Einwohner. Als die Stadt jedoch 1806 zur Residenzstadt des Herzogtums Nassau wurde, begann auch ein schwunghafter Aufstieg zur Verwaltungs-, Bäder- und Kurstadt, verbunden mit einem hohen Bevölkerungswachstum (1900 hatte die Stadt rund 86000 Einwohner) und einer intensiven Bautätigkeit, eine Entwicklung, die sich auch nach 1866 fortsetzte, als Wiesbaden Teil Preußens wurde.

Für die Kurstadt waren ausgedehnte Parkanlagen und Promenaden von großer Bedeutung, sie boten den Kurgästen Gelegenheit zu Spaziergängen und angenehmem Aufenthalt im Freien, und sie waren zugleich ein gesellschaftlich relevanter Treffpunkt. Alleen und Parks sind bis heute integraler Bestandteil der Stadtstruktur. Sie dehnten sich durch die Täler bis in die (damals) freie Landschaft des Taunus aus. Die ausgedehnten Villenviertel der Stadt trugen durch ihre Vorgärten ebenfalls zum ‚grünen‘ Bild der Stadt bei. Hier wie auch in den Tälern kam es im Verlauf des 20. Jahrhunderts teils zu intensiven Nachverdichtungen, dennoch wirkt die Stadt bis heute deutlich grünbestimmt.

Kurparks und Bowling Green

Die zweifellos prominentesten Parks in Wiesbaden sind die Anlagen rund um das Kurhaus: Der Kurpark, der beginnend am Kurhaus bis weit in das Tal des Rambachs ausgreift, entstand mit dem Bau des ersten Kurhauses 1807-10. Die erste Gestaltungsfassung als Landschaftsgarten geht auf den Hofgärtner Wolz zurück, 1852 wurde der Park durch den nassauischen Hofgartendirektor Carl Friedrich Thelemann überarbeitet. Der Neubau des Kurhauses (1904-1907) zog auch einige Parkumbauten nach sich. Der benachbarte Park ‚Warmer Damm‘ entstand um 1860, ebenfalls nach Plänen des Hofgartendirektors Carl Friedrich Thelemann, im Stil ei-

B6912EDA602235-ATpl-Ecommon-Scontent.html [04.06.2009].

³⁹ Zur Geschichte Wiesbadens vgl. u.a. Sibilla Friedrich Pauly, Wiesbaden: eine kurze Stadtgeschichte, Erfurt 2003; Albert Schefer, Wiesbaden: von der Römersiedlung zur Landeshauptstadt, Frankfurt/Main 1969; Sigrid Russ, Kulturdenkmäler in Hessen: Wiesbaden, Teil 1 (Bde. 1.1/ 1.2/ 1.3). Hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Stuttgart 2005. Sigrid Russ, Kulturdenkmäler in Hessen: Wiesbaden, Teil 2: Die Villengebiete. Hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen. 2., erweiterte Auflage Braunschweig u.a. 1996.

nes Landschaftsgartens als Erweiterung des Kurparks. Zahlreiche ‚exotische‘ bzw. seltene Baumarten wurden hier als besondere Attraktion für den Park verwendet⁴⁰. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden verschiedene Elemente addiert (eine Serie von Skulpturen, Spielbereiche etc.). Der aktuelle Zustand erlaubt eine vielseitige Freizeitnutzung, aus gartendenkmalpflegerischer Sicht besteht allerdings Handlungsbedarf bezüglich der Sicherung und Sanierung bzw. Rekonstruktion der gartenkunsthistorisch relevanten Substanz.⁴¹

Das Bowling Green stellt als der zentrale Platz des Ensembles von Kurhaus und Kolonnaden die repräsentative Mitte des Kurareals dar, es ist das imageprägende und identitätsstiftende Bildmotiv der Stadt.⁴² Seitlich eingefasst von Platanenreihen, war das abgesenkte Bowling Green um 1910 von zwei großen Brunnenanlagen und aufwändigen Schmuckbeeten geprägt. Diese gärtnerische Ausgestaltung wurde nach dem Ersten Weltkrieg wieder auf Rasenflächen rund um die Brunnen reduziert. In den letzten Jahrzehnten wurde das Bowling Green für Open-Air-Konzerte, Feste und verschiedenste Veranstaltungen intensiv genutzt.

Eine massive bauliche Intervention erfolgte in den Jahren 2005 bis 2006: Auf der Fläche des Bowling Green entstand ein unterirdisches Parkhaus, die Bestandsbäume (Platanen) wurden in zeitlichem Zusammenhang mit dieser Baumaßnahme abgeräumt. Ein Baumgutachten hatte starke Schädigungen der Bäume konstatiert, die Verkehrssicherheit schien nicht mehr gegeben zu sein.⁴³ Als stadtplanerische Motive wurde neben der Verbesserung der Parkplatzsituation in der Innenstadt die gestalterische Aufwertung des Bowling Green und damit des gesamten Ensembles genannt. Kritiker bezweifelten die Notwendigkeit der Maßnahme an sich und insbesondere die Fällung der Bäume.⁴⁴ Die Bürgerinitiative „Rettet das Bowling Green“ sowie einige weitere Gruppierungen versuchten, über Petitionen und juristische

⁴⁰ Vgl. Bernd Modrow, *Gartenkunst in Hessen: Historische Gärten und Parkanlagen*, Worms 1998, S. 219-221. KulturRegion Frankfurt RheinMain (Hrsg.), *GartenRheinMain: Vom Klostergarten zum Regionalpark*, Hanau 2008, S. 150-154.

⁴¹ Vgl. eine Diplomarbeit an der FH Wiesbaden/ Geisenheim: Silke Schönborn, *Entwicklungskonzept Warmer Damm*, Wiesbaden 2008. Vgl. hierzu auch einen Bericht des Wiesbadener Tagblatts unter <http://www.wiesbadener-tagblatt.de/region/wiesbaden/meldungen/4825064.htm> [20.06.2009].

⁴² Vgl. Heinz Schürmann, *Stadtimage und Stadtidentität von Wiesbaden: Projektstudie*. [Geographisches Institut, Johannes Gutenberg-Universität Mainz. H. Schürmann und studentische Projektgruppe], Mainz 1995, S. 28.

⁴³ Vgl. Sabine Müller, ‚Platanen hätten jederzeit umstürzen können‘ – Dokumentation der Unteren Natur-schutzbehörde belegt morschen Zustand der gefälltten Bäume am Bowling Green, in: *Frankfurter Rundschau* 02.03.2005.

⁴⁴ Zu den Argumentationen der wesentlichen Akteure vgl. exemplarisch Dorothe Stuhl, *Tiefgarage vor dem Kurhaus bleibt ein Zankapfel; Bürgerinitiative lässt sich von geänderter Planung nicht besänftigen / Rund 100 Besucher bei Information im Kurhaus*, in: *Frankfurter Rundschau*, 07.02.2004.

Einsprüche das Projekt zu verhindern, blieben damit jedoch erfolglos. Die 2006 fertiggestellte Neugestaltung des Bowling Green umfasst eine (befestigte) zentrale Rasenfläche um die beiden Brunnenanlagen sowie eine seitliche Einfassung aus nun doppelten Platanenreihen. Der räumliche Charakter hat sich dabei verändert, die noch jungen Bäume entfalten keine spezifische raumbildende Wirkung. Vier Glaspavillons als Zugänge zur Tiefgarage kamen als neue Elemente hinzu. Kritiker mutmaßten, dass der Wunsch seitens der Betreibergesellschaft des Kurhauses, das Bowling Green verstärkt als Veranstaltungsfläche zu nutzen, einen wesentlichen Grund für diese Art der Wiederherstellung darstellte.⁴⁵

Der Bau der Tiefgarage war höchst umstritten, Positionen der Denkmalpflege, des Naturschutzes und des Stadtmarketings trafen hier hart aufeinander. Die Perspektive der nachhaltigen Stadtentwicklung stand dagegen bei diesem Projekt nicht im Vordergrund der Debatte, wenngleich einzelne Argumentationsfiguren, wie etwa die Bemühungen um die Erhaltung der Bäume aus Naturschutzgründen, in diesem Kontext interpretiert werden können. Seitens der Projektgegner wurde ein Mangel an Möglichkeiten der Partizipation im Planungs- und Entscheidungsprozess bei diesem Projekt beklagt. Eine Stärkung bürgerschaftlichen Engagements ist Teil des Leitbilds wie auch des Handlungsprogramms der Wiesbadener AGENDA 21 und stellt somit einen Baustein der lokalen Strategie zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt dar.⁴⁶ Allerdings zeigte eine 2002/2003 durchgeführte repräsentative Umfrage zur Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung hier noch Handlungsbedarf auf: Zum Einen wurde ein erhebliches Interesse der WiesbadenerInnen an Stadtentwicklungsthemen konstatiert, zum Anderen der Wunsch nach einer Verbesserung der Informationsarbeit der kommunalen Administration sowie nach erweiterten Möglichkeiten der Partizipation bei einschlägigen planerischen Projekten.⁴⁷

Freizeitpark ‚Alter Friedhof‘

In den 1970er Jahren wandte sich die Gartenverwaltung Wiesbadens verstärkt der Frage zu, wie der historische Parkbestand der Stadt zum einen als kulturelles Denkmal erhalten werden, zum anderen aber auch den sich wandelnden Freizeitnutzungswünschen der BürgerInnen verfügbar gemacht werden könnte. Unter der Lei-

⁴⁵ Vgl. u.a. Michael von Poser, Die Zukunft des Wiesbadener Kurviertels, Wiesbaden 2002, S. 6-12; Michael von Poser, Für wirkliche Verbesserungen ist kein Geld da, in: Frankfurter Rundschau, 23.12.2003.

⁴⁶ Landeshauptstadt Wiesbaden, Umweltamt (Hrsg.), Wiesbadener AGENDA 21: Handlungsprogramm für eine dauerhaft lebenswerte Stadt, Wiesbaden 2001, S. 19.

⁴⁷ Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung: Beteiligung als Teil der Bürgerfreundlichkeit planender Verwaltungsbereiche Wiesbadens, Wiesbaden 2004 (= Stadtbeobachtung aktuell 29).

tung von Hildebert de la Chevallerie, der von 1970-98 als Leitender Gartendirektor tätig war, entstanden mehrere Umgestaltungen, die dieser Zielsetzung⁴⁸ Rechnung tragen sollten:

Der ‚Alte Friedhof‘ wurde in den Jahren 1974-77 umgebaut und von einem historischen Friedhof (1832 angelegt und bis 1900 als Friedhof genutzt) in einen Freizeitpark umgewandelt, und zwar offenbar zunächst „gegen den Willen der Bevölkerung“.⁴⁹ Auf der rund 6 ha großen parkartigen Friedhofsfläche waren zahlreiche wichtige Persönlichkeiten der Wiesbadener Geschichte begraben, viele der Grabmäler aus dem 19. Jahrhundert sind auch kunsthistorisch von Bedeutung. Die Umnutzung wurde vor allem mit einem Defizit an Freiräumen in den angrenzenden Wohnvierteln begründet: „Aus städtebaulichen und klimatischen Gründen war die Erhaltung des unbebauten Areals mit dem wertvollen Baumbestand geboten. Zugleich war unter sozialen Gesichtspunkten eine neue Konzeption der bedürfnisorientierten Planung eines Stadtparks erforderlich, die stärker wohnungsbezogene[n] Aktivitäten als repräsentativen Vorstellungen gerecht werden sollte“, um für das gesamte Stadtviertel den „Wohnwert mit dem intensiv genutzten Alten Friedhof als Stadtquartierpark“⁵⁰ zu verbessern. Der Baumbestand, die Friedhofsmauer und die Grundstruktur der Anlage wurden beim Umbau erhalten, 150 Grabmäler, die aus stadt- oder kunsthistorischer Perspektive als besonders wertvoll erachtet wurden, wurden an neue Standorte im Bereich der Mauer und in einem als Ruhezone geplanten Teil des Parks versetzt, alle anderen Gräber wurden eingeebnet. Als neue Elemente des Parks entstanden mehrere Spielplätze und eine zentrale Spiel- und Liegewiese. Die Akzeptanz und die Nutzung des Parks wurden seitens der Stadt Wiesbaden ein Jahr nach der Eröffnung als erwartungsgemäß gut beschrieben.⁵¹ Die heutige Situation zeigt (stichprobenartig beobachtet) eine rege Nutzung.

Adolfsallee

Ein für Wiesbaden ebenfalls wichtiges Thema, die zahlreichen als Promenaden für Kurgäste und Bewohner konzipierten, gründominierten Straßenräume, stand in den 1970er Jahren ebenfalls auf der Agenda der Stadtplanung. So wurde die Adolfsallee, die als repräsentative Hauptachse eines Stadterweiterungsbereichs nördlich

⁴⁸ Vgl. u. a. Hildebert de la Chevallerie, Mehr Grün in die Stadt: Freiraumplanung im Wohnungs- und Städtebau, Wiesbaden und Berlin 1976.

⁴⁹ Baedeker Wiesbaden Rheingau, Ostfildern-Kemnat 2001, S. 73.

⁵⁰ Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.), Wiesbaden – Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau. Beitrag der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Wettbewerb Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau 1978, Wiesbaden 1979, S. 239.

⁵¹ Ebd. S. 240.

des Hauptbahnhofs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden war, im Zuge einer Sanierung des gesamten Quartiers ab 1976 neu gestaltet. „In der [zu dieser Zeit] als Großparkplatz genutzten Straße sollten kleine gepflasterte Plätze, Rasenflächen, ein Brunnen und Spielplätze entstehen. Die im Absterben begriffene historische Kastanienallee wurde bei Erhaltung der überlebenschfähigen Bäume neu gepflanzt.“⁵² Für andere Alleen und die baumbestandenen Ringstraßen der Innenstadt wurde 1973-77 ein umfassendes Sanierungsprogramm durchgeführt (Erstellung eines Baumkatasters, Intensivierung der Pflegemaßnahmen, ggf. Bodensanierung, Neupflanzungen usw.).⁵³

Fazit

Beide Städte waren und sind mit der planerischen Herausforderung konfrontiert, die Entwicklung ihrer Städte mit verstärktem Fokus auf die Qualität der städtischen Umwelt und die Quantität und Qualität der Freiräume auszurichten.

Bezogen auf das Handlungsfeld der Freiraumentwicklung stand man in den Städten vor unterschiedlichen, historisch bedingten strukturellen Rahmenbedingungen. Das zu weiten Teilen noch immer bestehende historische Freiraumsystem der ehemaligen Kurstadt Wiesbaden bot insbesondere mit den innerstädtischen Landschaftsparks umfangreiche Möglichkeiten, auch das sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verändernde Spektrum an Nutzungswünschen der EinwohnerInnen und Gäste aufzunehmen. Mit einigen wenigen Ergänzungen, wie etwa durch Spielbereiche, konnte hier bei einer weitgehenden Beibehaltung der Parkstruktur mit wenig Aufwand reagiert werden. Sofern in einzelnen Stadtbereichen ein Freiraumdefizit festzustellen war, wurde in den 1970er Jahren vor allem die Strategie des Umbaus bestehender Räume verfolgt, was, wie die Fallbeispiele zeigen, mit einigem Erfolg geschah.

In Mainz hingegen war und ist grüner Freiraum insbesondere in Innenstadtnähe ein knappes Gut. Die Freiraumentwicklung stand vor der Aufgabe, bestehende Flächen zu sichern und zugleich neues Stadtgrün zu schaffen, wobei die Ressource Fläche hier nur begrenzt verfügbar ist. Unter diesen Umständen waren auch ungewöhnliche, experimentell orientierte Projekte möglich, wie etwa die ‚Grüne Brücke‘ in der Neustadt. Der Aufwertung bestehender Freiräume kam hier ebenfalls hohe Bedeutung zu. Mainz verfügt heute über eine vielfältige Freiraumstruktur, deren Elemente deutlich verschiedenartige Gestaltungen aufweisen und dadurch eine Vielzahl von Nutzungspraktiken an unterschiedlichen Orten erlauben.

⁵² Ebd. S. 45.

⁵³ Vgl. ebd. S. 229-235.

Die relevanten Handlungs- und möglichen Konfliktfelder scheinen in Wiesbaden in der Aushandlung stark divergierender Interessen zu liegen: die Gartendenkmalpflege bzw. der Naturschutz einerseits, die Ansprüche der Eventnutzung, die seitens der Kurbetriebe/ Kurhaus GmbH, und des Stadtmarketings im Interesse der Tourismus- und Wirtschaftsförderung unterstützt werden, andererseits, dazwischen die alltäglichen Freizeitnutzungsformen durch die WiesbadenerInnen. Wiesbaden als von sehr viel Grün geprägte Stadt scheint durchgängig ein hochgradig positiv besetztes Image zu haben. Die WiesbadenerInnen schätzen dieses Stadtbild und die damit verbundene Atmosphäre, das ‚grüne‘ Wiesbaden wird als ein Element der Stadtidentität gesehen. In den Zielen der Stadtentwicklung wird dieser Aspekt ebenfalls hervorgehoben, und auch aus der Perspektive des Stadtmarketings stellt das homogene architektonische und zugleich ‚grüne‘ Stadtbild einen wesentlichen Teil der ‚Marke‘ Wiesbaden dar. Wenn es um Planungen für einzelne Freiräume geht, sind jedoch bei aller grundsätzlichen Wertschätzung die Positionen dazu, wie mit den jeweiligen Parks und Platzräumen im konkreten Fall umgegangen werden soll bzw. darf, stark divergent. Es scheinen sich hier in den lokalen Entscheidungsprozessen häufig Positionen durchzusetzen, die letztlich auf eine ökonomische Gewinnorientierung abstellen, für die die Qualitäten des Stadtbildes vor allem in Bezug auf dessen gegebene Vermarktbarkeit als exklusiver Rahmen für Veranstaltungen und Events eine Rolle spielen, die Wiesbaden ein Profil und entsprechende Aufmerksamkeit in der Konkurrenz der Städte verschaffen. Derlei Konfliktlinien existieren gerade in Bezug auf denkmalwerte historische Parkanlagen auch in anderen Städten, die Art und Intensität der einschlägigen lokalen Debatten erscheinen jedoch durchaus auffällig.

In Mainz scheint im Gegensatz dazu der Themenkomplex der grünen Freiräume weit weniger mit symbolischer Bedeutung aufgeladen zu sein, freiraumbezogene Entwicklungsstrategien wirken vor allem funktional, nutzerorientiert und pragmatisch. Die Bereitschaft, bei zentralen Fragen, wie etwa bezüglich der Gestaltung des Rheinufers, einen breit angelegten Partizipationsprozess zur Basis künftiger Planungen zu machen, scheint in Mainz gegeben zu sein, während in Wiesbaden bei einem Projekt wie der Umgestaltung des Bowling Greens planerisch eher im Top-Down-Modell verfahren wurde.

Diese Beobachtungen stellen zunächst Hypothesen auf der Basis des derzeitigen Standes der Studie dar und bedürfen weiterer Untersuchung, um sie empirisch fundiert in den Kontext einer möglichen Eigenlogik beider Städte im Handlungsfeld der Freiraumentwicklung einordnen zu können.

Martina Fendt, TU Darmstadt, fendt@stadtforschung.tu-darmstadt.de

Nachhaltigkeit als modernes Leitbild von Shanghai?

Einführung¹

Die EXPO Shanghai 2010 (1.Mai bis 31.Okt.) hat die Rekordzahl von mehr als 73 Millionen Besuchern verzeichnet. Die größte Besucherzahl an einem Tag betrug mehr als eine Million Menschen. Das Motto dieser Weltausstellung in der Megastadt Shanghai lautete „Better City, Better Life“, was eine nachhaltige Stadtentwicklung oder Nachhaltigkeit der Stadt als Kerninhalt zum Ausdruck brachte. Das harmonische Verhältnis zwischen Stadt und Menschen, Stadt und Natur sowie zwischen Menschen und Menschen wurde als Hauptthema auf der Expo aufgegriffen.² Begriffe wie „Grüne Stadt“, „Öko-Stadt“, „Digitalisierte Stadt“, „Garten-Stadt“ und „Informationsstadt“ stehen für die „fortgeschrittenen“ städtebaulichen Ideen, die durch diese Expo weiter verbreitet werden sollen.³ Die EXPO Shanghai 2010 sollte sich als Meilenstein des Städtebaus, der Stadtentwicklung und insbesondere für eine nachhaltige Stadtentwicklung darstellen.

Das Leitbild „nachhaltige Entwicklung“ oder „Nachhaltigkeit“ ist seit der Rio-Konferenz 1992 kein fremder Begriff mehr in China bzw. in Shanghai. „Ke Chi Xu Fazhan“ oder „Ke Chi Xu Xing“ heißt es auf Chinesisch. Shanghai, eine Megastadt mit rund zwanzig Millionen Einwohnern⁴ und einer Fläche von 6700 km², bildet einen großen Kontrast zu den meisten, verglichen mit Shanghai idyllischen europäischen Städten. Selbst London, Paris und Berlin sind mit dieser Dimension nicht zu vergleichen. Nirgendwo auf der Welt hat so eine rapide Wirtschaftsentwicklung stattgefunden und der Urbanisierungsprozess solche Dynamik entfaltet wie in

¹ Die Autorin hat sich in ihrer Doktorarbeit (TU Darmstadt 2008) mit dem Thema „Kontinuität und Wandel städtebaulicher Leitbilder. Von der Moderne zur Nachhaltigkeit. Aufgezeigt am Beispiel Freiburg und Shanghai“ auseinandergesetzt. Alle Übersetzungen aus dem Chinesischen in diesem Beitrag erfolgten durch die Autorin.

² Jiang Wu, EXPO 2010 Promotes Urban Planning and Construction of Shanghai, in: *shidai jianzhu* (Time+Architecture) 4 (2009), S.20-23,, hier: S.20.

³ Shiling Zheng: 2010 EXPO and Shanghai, in: Ebd. 3 (2002). S.30-33, hier: S.33.

⁴ Statistisches Jahrbuch Shanghais 2010: <http://www.stats-sh.gov.cn/2004shtj/tjnj/tjnj2010.htm> (27.10.2010).

Shanghai.⁵ Gleichzeitig hat China die USA im Jahr 2009 als weltgrößter Energieverbraucher abgelöst. Der große Energiehunger und die unübersehbaren Umweltprobleme zwingen die Chinesen immer wieder, sich an dem internationalen Diskurs über „nachhaltige Entwicklung“ zu beteiligen und auch konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Es ist evident, dass eine internationale Klima- und Umweltpolitik ohne die Bereitschaft zum Handeln seitens Chinas nicht realisierbar sein wird.

An der Stadtentwicklung Shanghais kann die Problematik einer nachholenden Moderne⁶ demonstriert werden, als exemplarisches Beispiel für China als rapid aufsteigendes Schwellenland. Durch die Überlegungen des Soziologen Ulrich Beck kann diese Interpretation einer nachholenden Moderne erheblich erweitert werden. Mit den Revolutionen in Russland 1917 und in China 1949 wurden zwei überwiegend agrarisch geprägte Riesenreiche in die industrielle Moderne hineingebracht. Dabei wurde versucht, die „Erste Moderne“ (Beck) unter sozialistischen Vorzeichen zu kopieren. Das Scheitern des sowjetischen Modells wurde 1989 sinnfällig, die VR China reagierte darauf mit den „Vier Modernisierungen“.⁷ Gleichzeitig sah sie sich zu diesem Zeitpunkt aber mit einer stark veränderten westlichen, einer reflexiven Moderne konfrontiert. Diese war an „Wissen (Reflexion) über Grundlagen, Folgen und Probleme der Modernisierung gebunden. In der zweiten Sicht [...] resultiert reflexive Modernisierung primär aus *Nebenfolgen* von Modernisierungen.“⁸ Der für diesen Aufsatz zentrale Begriff von Nachhaltigkeit ist ein Schlüsselbegriff dieser „Zweiten Moderne“, was Beck seltsamerweise unterschätzt.

Mein Beitrag wird nun folgende Fragen diskutieren: Wie ist dieses Leitbild der Moderne in Shanghai auf den verschiedenen Ebenen angekommen und wie wird es im Bereich Städtebau und Stadtplanung wahrgenommen, interpretiert und umgesetzt? Gibt es ein Bewusstsein davon, was im Prozess der nachholenden Moderne übernommen oder kopiert werden kann und was von Anfang an anders konzipiert werden müsste? Am Fall der Nachhaltigkeitsdiskussion kann diese Fragestellung konkretisiert werden. So beginne ich im zweiten Kapitel mit der Nachhaltigkeit. Bei

⁵ Das BIP/Einwohner in Shanghai hat sich seit 1990 von 1,239 auf 11,563 US Dollar verzehnfacht. Das Wachstum des BIP lag seit 1992 konstant bei mehr als 10%. Statistische Jahrbücher 2000-2010 (s. FN 4).

⁶ Wurde vor fast 20 Jahren der Zusammenbruch von Ländern wie China prognostiziert, weil ihre Moderne nur die westliche Moderne nachholen würde, ohne deren Erfolg erreichen zu können, so kann mittlerweile diese Annahme als geschichtlich widerlegt gelten. Allerdings, der Weg in die Moderne bleibt lang und widersprüchlich. Vgl. Robert Kurz, *Der Kollaps der Modernisierung*. Frankfurt/M. 1991, S.203-205. Helwig Schmidt-Glintzer, *Chinas Angst vor Freiheit: der lange Weg in die Moderne*, München 2009.

⁷ Die „Vier Modernisierungen“ sind: Modernisierung für Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Technik. Schmidt-Glintzer, *Chinas Angst*, S. 88-90. (Kap.: Der weite Weg in die Zivilgesellschaft).

⁸ Ulrich Beck, *Weltrisikogesellschaft*. Frankfurt am Main 2007, S.218-220. Ulrich Becks Werk ist, wie auch dieses Buch, in China durch Übersetzungen präsent.

der Beantwortung beziehe ich mich nicht nur auf den bisherigen Entwicklungsstand, sondern versuche im dritten Kapitel einige Prognosen zu stellen, wozu sich vor allem soziologische Literatur als brauchbar erwiesen hat. Um das plausibel zu machen, ist es notwendig, den Spezialdiskurs über Stadtentwicklung und Nachhaltigkeit im zweiten Teil unten kurz zu skizzieren.⁹ Die Kernargumentation bezieht sich vorwiegend auf den Zeitraum 1990 bis 2004. Die Expo sechs Jahre später signalisiert dann bereits ein verändertes Leitbild der Moderne.

Rückblick auf den Nachhaltigkeits-Diskurs und Analyse

Die Zentrale der KP Chinas und die Stadtregierung Shanghais haben auf die Rio-Konferenz 1992 und die dort erarbeitete Agenda 21 auf programmatischer Ebene sehr schnell reagiert. Knapp einen Monat nach der Rio-Konferenz gründete der Staatsrat im Juli 1992 eine Arbeitsgruppe, die aus 300 Experten aus 52 verschiedenen Bereichen bestand, um eine „Agenda 21 China“ zu verfassen.¹⁰ Im März 1994 wurde diese „Agenda 21 China“ vom Staatsrat genehmigt. China gehört damit zu den Ländern, die die „Agenda 21“ am schnellsten veröffentlicht und in ihre staatlichen Zielsetzungen übernommen haben.¹¹

Im September 1994 wurde „nachhaltige Entwicklung“ als Entwicklungsstrategie von der KPCh auf der 4. Tagung des 14. Plenums der KPCh in den 9. Fünfjahresplan (FJP) und den „Volkswirtschafts- und Gesellschaftsplan 2010“ schriftlich eingebracht. Seit 1994 wurden mehrere akademische Forschungsinstitutionen zu diesem Thema gegründet. Dazu gehören das „Forschungszentrum nachhaltige Entwicklung Chinas“ an der Peking-Universität (Beijing, 1994) und das „Forschungszentrum nachhaltige Entwicklung für Großstädte“ an der Tongji-Universität (Shanghai, 1995).

1996 wurde Shanghai von der Zentralregierung als Pilotstadt für die Umsetzung der „Agenda 21 China“ festgelegt. Im Februar 1997 hat die Stadtregierung das „Büro der Leitungsgruppe zur Durchsetzung der ‚Agenda 21 Chinas‘ für Shanghai“ gegründet, um einen Aktionsplan zu erarbeiten. Die Mitglieder der Leitungsgruppe waren hochrangige Parteikader aus der Stadtregierung und aus 20 Stadtbezirksregierungen sowie die Leiter von 27 städtischen Behörden.¹²

⁹ Es versteht sich, dass daher der zweite Teil narrativ verfährt, der dritte dagegen mehr reflexiv.

¹⁰ Die amtliche Webseite vom „Administrative Center for China’s Agenda 21“, in: www.acca21.org.cn. (04. Juni 2006); vgl. Zhu Dajian, Building up the green mega-city: Research on sustainable development of Shanghai in the 21th century, Shanghai 2003, S. 5.

¹¹ Ebd.

¹² Aus der Stadtregierung kamen die beiden Bürgermeister Chen Liangyu und Zuo Huanchen. Zu den städtischen Behörden gehörten z.B. die Wirtschaftskommission, die Aufbaukommission, die Kommission

Während des Erarbeitungsprozesses des „Aktionsplans“ wurden viele Parteikader und Beamte zum Lernen nach Beijing geschickt. Im März 1998 kam eine Studiendelegation aus der Leitungsgruppe nach Deutschland, um den Umsetzungsstand der nachhaltigen Entwicklung Deutschlands zu untersuchen und zu studieren. In Bezug auf die Textform wurden die „Agenda 21 USA“ (1996) und „Agenda 21 Seoul“ (1997) als Vorbild genommen.¹³

Im Januar 1999 wurde die „Agenda 21 China – Aktionsplan Shanghai“ („Aktionsplan“), die auch als „Lokale Agenda 21“ Shanghais verstanden wird, in der Leitungsgruppe verabschiedet und von Oberbürgermeister Xu Kuangdi unterschrieben. Im Mai 1999 erschien der „Aktionsplan“ in chinesischer und englischer Sprache. Das war der offizielle Beginn der politischen Vorgabe einer „nachhaltigen Entwicklung“ Shanghais. Das „Büro der Leitungsgruppe zur Durchsetzung der ‚Agenda 21 Chinas‘ für Shanghai“ existiert heute nicht mehr. Es wurde aufgelöst, nachdem der „Aktionsplan“ fertiggestellt war.

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ machte in China Karriere, seitdem er in den amtlichen Verlautbarungen aufgegriffen wurde. Nach der Aussage von Prof. Zhu Dajian war die Zeit von 1998 bis 2000 eine Phase, in der der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ bzw. „Nachhaltigkeit“ allmählich in die Gebiete Wirtschaft, Gesellschaft und Planung eingeführt wurde. Die Kader und die Beamten folgten einer Mode, ohne den Begriff angemessen zu verstehen; sie haben ihn entweder missverstanden oder auf ihre eigene Weise interpretiert.¹⁴ Von 2000 bis 2003 ist sowohl in den Diskussionen als auch im praktischen Handeln der Kader kein Fortschritt hinsichtlich einer Umsetzung des neuen Leitbildes, die über die rhetorische Aufnahme des Begriffes hinausgeht, erkennbar. Seit 2004 erhielt das Thema „nachhaltige Entwicklung“ erneut einen Aufschwung durch eine Anweisung der Parteizentrale, „die wissenschaftliche Grundhaltung zur Entwicklung zu gestalten und durchzusetzen“. Die sogenannte „wissenschaftliche Auffassung über Entwicklung“ sollte eine „allseitige, harmonische und nachhaltige Entwicklung“ als Kerninhalt haben.¹⁵ Das alte

für Außenhandel, das Stadtplanungsamt, das Umweltschutzamt, das Amt für Boden und Wohnungen, das Amt für öffentliche Sicherheit etc. Agenda 21 China – Aktionsplan Shanghais, Shanghai 1999, S. 97-98.

¹³ Agenda 21 China – Aktionsplan Shanghais, Shanghai 1999, S. 101.

Zhu Dajian: Building up the green mega-city: Research on sustainable development of Shanghai in the 21th century, Shanghai 2003, S. 100.

¹⁴ Gesprächsnotizen mit Zhu Dajian, Professor vom Institut für Management und Wirtschaft der Tongji-Universität (Forschungsgebiet: Nachhaltige Entwicklung und Entwicklungsstrategie von Shanghai), Berater als Experte für nachhaltige Entwicklung und Strategien der Stadtentwicklung für die Stadtregierung. Datum: 29. April 2004.

¹⁵ Die „wissenschaftliche Auffassung über Entwicklung“, auf Chinesisch „Kexue Fazhan Guan“, wurde im Oktober 2003 auf der 3. Tagung des 16. Plenums der KPCh als „Leitkurs“ der Partei und des Landes fest-

Entwicklungsmodell wurde erneut in Frage gestellt und es wurde von den Politikern hinterfragt, was „nachhaltige Entwicklung“ bedeutet. Aus der „wissenschaftlichen Auffassung über Entwicklung“ leitete die Parteizentrale bzw. der Staatsrat die „sparende Gesellschaft“ (27. Juni 2005) und später die „harmonische Gesellschaft“ (8. Oktober 2006) ab. Diese Vorgaben wurden im 11. FJP (2006-2010) Chinas festgeschrieben.¹⁶ Die erste Vorgabe richtet sich gegen den zunehmenden Ressourcenverbrauch, die zweite auf die sich immer mehr vergrößernde Kluft zwischen Reich und Arm und die daraus resultierenden sozialen Spannungen. Im Oktober 2010 hat das Zentralkomitee der Partei einen Entwurf für den 12. FJP (2011-2015) beschlossen, in dem „Energiesparen“, „Low-Carbon“ und „Umwandlung der Energieproduktion und -verwendung“ als wichtigste Stichwörter für die Umwelt- und Energiepolitik einen hohen Stellenwert erhielten.¹⁷ „Nachhaltige Gesellschaft“ nimmt nach wie vor eine wichtige Stelle ein. „Low-Carbon-City“¹⁸ ist seitdem ein zentrales Thema in den Parteizeitungen sowie Fachzeitschriften geworden.

Im Hinblick auf den Städtebau und die Stadtplanung hat die Stadtregierung das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ in den neuesten Masterplan (1999-2020) aufgenommen. Dem zufolge zielt der Masterplan darauf „[...] to build up a new image of Shanghai City“ und „[...] to promote sustainable development of Shanghai“.¹⁹

Um die Reaktionen der Medien auf das Leitbild „nachhaltige [Stadt]Entwicklung“ darzustellen, wurden exemplarisch zwei Zeitungen in Shanghai zwischen 1999-2000 ausgewählt und analysiert. Eine ist die einflussreichste lokale „Xinmin-Abendzeitung“, die andere die wichtige in Shanghai erscheinende überregionale „Wenhui-Zeitung (Shanghai)“.²⁰

gelegt. „Resolutionen über mehrere Probleme bezüglich der Verbesserung des sozialistischen Marktwirtschaftssystems der KPCh“, Beijing 2003.

¹⁶ Dokument „Rundschreiben des Staatsrats bezüglich des Aufbaus einer sparenden Gesellschaft“ (Guowuyuan guanyu zuohao jianshe jiejuexing shehui jinqi zhongdian gongzuo de tongzhi), [Guofa] Nr. 21. Staatsrat 2005.

Ministerpräsident Wen Jiabao: Einige Erklärungen zu den Vorschlägen der Erarbeitung des 11. Fünfjahresplans für Volkswirtschafts- und Gesellschaft Chinas 2005.

¹⁷ http://www.gov.cn/ldhd/2010-10/18/content_1723271.htm (27.10. 2010).

¹⁸ Fei Chen und Dajian Zhu, Research on the Content, Models and Strategies of Low Carbon Cities, in: chengshi guihua xuekan (Urban Planning Forum) 4 (2009), S.7-13.

¹⁹ Shanghai Urban Planning Administration Bureau/Shanghai Urban Planning and Design Research Institute: shanghai shi chengshi zongti guihua gaiyao 1999-2020 (Summary of the Comprehensive Plan of Shanghai (1999-2020)), Shanghai o.J.

²⁰ Es gibt noch eine Hongkonger „Wenhui-Zeitung“. Beiden haben denselben Ursprung. Das erste Exemplar der Wenhui-Zeitung Shanghai erschien im Jahr 1938. „Wenhui-Zeitung (Shanghai)“ ist eine überregionale Zeitung. Zwei Drittel der Exemplare werden in Shanghai verkauft.

Die Zeitungsartikel über das Thema „nachhaltige [Stadt]Entwicklung“ lassen sich nach ihrem Inhalt in fünf Kategorien einteilen:

1) Propaganda der Partei: Dazu gehören hauptsächlich „Vorschläge“, „Anweisungen“ und „Resolutionen“ der Partei- und Regierungszentrale aus Beijing sowie „Reden“ und „Gespräche“ der Spitzenpolitiker der Stadtregierung. Dies wird auch „Geist der leitenden Kader“ oder „Geist von Oben“ („Lingdao Jingshen“ oder „Shangji Jingshen“) genannt, den die Bevölkerung und die untergeordneten Funktionäre zur Kenntnis nehmen, auch lernen und befolgen sollten.

2) Nachrichten und Kommentare über die städtebauliche Bilanz Shanghais: Erfreuliche Nachrichten sorgen für ein positives Stadtimage bzw. ein gutes Image der Stadtregierung. In den Zeitungen *Xinmin* und *Wenhui* wurde das Stichwort „nachhaltige Entwicklung“ zum ersten Mal jeweils im Februar und Oktober 1995 erwähnt. Seitdem nahm die Zahl der Artikel zur Begriffserklärung und zur Information darüber schnell und ständig zu. 1999 und 2000 war ein Höhepunkt der Berichterstattung zu verzeichnen.

3) Vermittlung von Wissen und Informationen über „Nachhaltigkeit“, Umweltschutz und ökologischen Städtebau: Eine nüchterne Feststellung über die Luftverschmutzung durch Fahrzeuge in Shanghai und eine Aufforderung zum Bau öffentlicher Verkehrsmittel sind in einem Artikel der *Xinmin*-Abendzeitung bereits 2000 (!) zu lesen:

„Um die Emissionen der Fahrzeuge zu reduzieren, muss möglichst schnell ein Öko-Verkehrssystem aufgebaut werden: [...] In Hinsicht auf die zunehmende Emission der Fahrzeuge steht Shanghai auf der Rangliste der 70 meist verschmutzten Städte der Welt. [...] Wir sollten als Maximalwert die Emissionen Europas einsetzen, den Bau von U-Bahn und Schienen-Bahn beschleunigen, elektrische Busse und Radfahren fördern.“²¹

4) Nachrichten mit kommerziellen Werbeeffekten mit Mottos wie „Öko-Siedlung“, „Grünes Wohnen“ und „nachhaltiger Wohnungsbau“: Es ist ein auffälliges Phänomen, dass seit 2000 die Themen „Umweltschutz“, „Ökologie“ und „Begrünung“ als Nachrichten, gekoppelt mit kommerziellen Werbeeffekten, sehr beliebt und zu einer wichtigen Marketingstrategie der Immobilienfirmen geworden sind. Der Inhalt derartiger Nachrichten bietet allerdings häufig bloß äußerlich eine Thematisierung von „nachhaltiger Entwicklung“.

5) Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen bekannten Politikern, Professoren und Experten über städtebauliche Themen im Hinblick auf „Nachhaltigkeit“: Hierzu zählen Diskussionen und Auseinandersetzungen über städtebauliche Themen im Hinblick auf „Nachhaltigkeit“ unter den bekannten Experten. Der An-

²¹ *Xinmin*-Abendzeitung: 23. Januar 2000.

teil dieser Kategorie ist im Vergleich zu den anderen relativ gering, was durch den Medien-Typus „Tageszeitung“ bedingt ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Führungskader Shanghais hinsichtlich einer „nachhaltigen Stadtentwicklung“ eine zwiespältige Haltung eingenommen haben: einerseits wollten sie offiziell und zustimmend den Anweisungen der Zentralregierung folgen, die seit 2003 programmatisch die Prinzipien der Nachhaltigkeit immer wieder unterstrichen hat. Andererseits verfolgte die Stadtregierung mit ihrem tatsächlichen Handeln weiterhin die Strategie, Wirtschaftswachstum gegebenenfalls auch auf Kosten der Umwelt und des ökologischen und sozialen Ausgleichs zu fördern.

Anders oder ergänzend läuft die Diskussion im intellektuellen Beraterkreis der Stadtregierung, der zum Teil westlichem Denken und Wissen sowie westlicher Technologie gegenüber sehr offen ist. Nach dieser Auffassung sollte die Stadt in Blick auf Nachhaltigkeit sofort handeln. Nur dann werde sich das Wirtschaftswachstum weiter stabil entwickeln können. Die Übernahme dieser Ansicht durch die Planungspraxis allerdings hängt davon ab, ob die Führungskader dies politisch auch wollen oder eben nicht. In diesem Zusammenhang macht sich das Fehlen eines transparenten Instrumentariums deutlich bemerkbar, das eine breite öffentliche Debatte ermöglicht und im Ergebnis zu gemeinsamen Entscheidungen führen kann.

In Shanghai wurden bislang von der Stadtregierung noch keine Institutionen geschaffen, die eine Bürgerbeteiligung unterstützen und die städtebaulichen Projekte unter den Kriterien der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda mit Bürgerengagement in Verbindung bringen. Dabei hätte es die politischen und rechtlichen Möglichkeiten durchaus gegeben.²² Sowohl in der Stadtregierung als auch in der breiten Masse der Bevölkerung hat ein Umdenken noch nicht stattgefunden beziehungsweise hat dieses noch keine adäquaten politischen Ausdrucksformen gefunden.

Hinzu kommt, dass es bislang noch wenige Verbindungen der Sozialwissenschaften mit Städtebau und Stadtplanung gibt. Es fehlt weitgehend das Bewusstsein, Stadtplanung aus sozialwissenschaftlichen Perspektiven zu betrachten, und es fehlt die Kritik der Sozialwissenschaften am Städtebau. China befindet sich in dieser Hinsicht noch in einer „naiven“, nicht-reflexiven Phase der Moderne, vergleichbar der Situation in Deutschland, bevor Mitscherlich mit seinem berühmten Manifest zur „Unwirtlichkeit der Städte“²³ die bundesdeutschen Stadtplaner und Ar-

²² Vgl. Thomas Heberer und Gunter Schubert: Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China. Wiesbaden 2008.

²³ Vgl. Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte: Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main 1965.

chitekten aus ihrer Genügsamkeit riss.²⁴

Aus der Perspektive der Stadtpolitiker gibt es vor allem zwei Erklärungen für das Festhalten am wachstumsorientierten Planungsdenken:

Die Wirtschaft Shanghais habe sich noch nicht weit genug entwickelt, um sich eine umfassende nachhaltige Entwicklung leisten zu können. Besonders erschwert werde der Prozess durch den Druck des internationalen Marktes und seine von den kapitalistischen Industrieländern gesteuerten ungerechten Konkurrenzbedingungen. Die Stadt brauche weiterhin ein starkes Wirtschaftswachstum.

Die für China eigentümliche Konstellation (bevölkerungsreich, sozialistische Staatsform, im Vergleich zu den wohlhabenden Industrieländern noch rückständig im Hinblick auf Industrialisierung und Wirtschaft) würde eine Form nachhaltiger Stadtentwicklung benötigen, die nicht die gleiche sein kann, wie sie im Westen gefordert wird. Das westliche Leitbild der Nachhaltigkeit setze ein hohes und saturiertes Wirtschaftsniveau und eine spezifisch westliche Form von politischer Demokratie voraus, was zu den chinesischen Städten nicht passen würde.

Die Diskussion über nachhaltige Stadtentwicklung und deren Umsetzung in Handeln hörten und hören in China auch heute noch an dem Punkt auf, an dem es in Städtebau und Stadtplanung um Bürgerbeteiligung, Mitsprache der Einwohner, um Fragen sozialer Gerechtigkeit und um den Schutz der sozial Schwächeren geht.

Tendenzanalyse

Die Shanghai EXPO ist mit Glanz und Gloria beendet: Ein Erfolg, wie ihn China liebt! Im Finale der Shanghai EXPO 2010 wurde dem Deutschen Pavillon „balance-city“²⁵ der „Golden Award“ in der Kategorie „Umsetzung des Themas“ verliehen.²⁶ Wenn die EXPO als Meilenstein für das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung gesehen wird, stellt sich nun die Frage der Tendenz: Bleibt dieses Leitbild eine leere Phrase für die chinesische Entwicklung, sind die deutschen oder die anderen

²⁴ Vgl. Heide Berndt, Alfred Lorenzer und Klaus Hom: Architektur als Ideologie. Frankfurt am Main 1968. Werner Durth: Vom Sieg der Zahlen über die Bilder. Anmerkungen zum Bedeutungswandel der Städte im Denken der Planer, in: Bauwelt 76:48 (1985), S. 362-368.

Bernhard Schäfers und Gabriele Köhler, Leitbilder der Stadtentwicklung. Wandel und jetzige Bedeutung im Expertenurteil. Pfaffenweiler 1989.

²⁵ Der Deutsche Pavillon trägt den Namen "balancity", ein Kunstwort aus „Balance“ und „City“, und greift mit der Idee von einer Stadt im Gleichgewicht das EXPO-Motto „Better City, Better Life“ auf. Siehe: <http://www.expo2010-deutschland.de/> (31.10.2010).

²⁶ <http://www.expo2010-deutschland.de/informieren/news/article/expo-finale-mit-hoechster-auszeichnung-fuer-den-deutschen-pavillon/> (31.10.2010).

europäischen Vorbilder eher utopisch? Oder stellt die nachhaltige Entwicklung das verbindliche Leitbild der künftigen Stadtplanung dar, können davon in der Wirklichkeit erste Elemente aufgewiesen werden?

Es ist inzwischen ausgeschlossen, dass Nachhaltigkeit ein leeres Wort ist, denn die Risikogesellschaft (Beck) ist jetzt bereits auch in China angekommen, was Energie, Umwelt und soziale Spannungen angeht. Die Risikogesellschaft, um hier bewusst Ulrich Becks bekannten Begriff einzuführen, hat längst ihre Schatten geworfen, etwa auf der technischen Ebene. Experten in Shanghai sind – trotz ihres Fachwissens – in ihren öffentlichen Äußerungen überzeugt, dass das Wirtschaftswachstum an erster Stelle bzw. im Zentrum der Stadtentwicklung stehen sollte. Dafür ist auch kennzeichnend, dass schon zuvor diskutierte Problemkreise wie Tourismus oder alte Baukultur als neue, erweiterte Argumentationsketten in dieses Schema eingepasst werden. Wichtig ist aber: Auf technischer Ebene haben die Diskussion und das Handeln, wie Nachhaltigkeit machbar ist, schon begonnen, denn neue technische und technologische Entwicklungen werden in Shanghai schnell aufgenommen. Die energiesparende oder umweltschonende Bautechnik und -technologie sowie entsprechende Baumaterialien werden in einzelnen Bauprojekten bereits verwendet. Städtebau und Stadtplanung werden vor allem als eine technokratische Aufgabe begriffen und praktiziert. Wenn es um nachhaltige oder ökologische Stadtentwicklung geht, stehen fast ausschließlich technische und Finanzierungsaspekte im Mittelpunkt. Dafür bietet die Shanghaier EXPO das beste Beispiel. Diese war ein riesengroßer Schau- und Ausstellungsplatz²⁷ und ein Experimentierfeld für neue Ideen und Technologien der nachhaltigen Stadtentwicklung aus aller Welt.²⁸

Jetzt sind sowohl die politisch-ökonomischen Kader als auch die Fachleute in einem neuen Lernprozess begriffen, sie werden über die einfache Nachahmung von Nachhaltigkeit als europäischer Technik hinaus in einem weiteren, sozialen Sinne kompetenter, das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung nach dem Motto der Shanghai-EXPO 2010 umzusetzen, dabei dem zum Vorbild genommenen Beispiel der Entwicklung, wie z.B. in Deutschland, folgend. Wo sind aber die entscheidenden Unterschiede und Probleme?

Erstens: Shanghai muss die verschiedenen Stufen der Moderne in einem Zug nachholen. Die Entwicklung der Städte, ihre Bauten und Infrastruktur wie generell die

²⁷ Das Shanghai-EXPO-Gelände umfasst 5,28 km², während die Stadtmitte von Hannover – Stadt für EXPO 2000 – 10,75 km² groß ist.

²⁸ Vgl. Jiang Wu: a.a.O.; Zhiqiang Wu und Jianli XIAO, shibohui yu chengshiguihua xueke fazhan (The Development of Planning Discipline and the World Expo: An Overview of the Planning of 2010 Shanghai World Expo), in: chengshi guiha xuekan (Urban Planning Forum) 3 (2010), S.14-19. Shiling Zhen und Yi Chen, shibohui guiha sheji yanjiu (Forschung zur Planung und Design der Expo). Shanghai 2006; Shiling Zheng und Yi Chen, shibo yu jianzhu (Expo und Architektur). Shanghai 2009.

nationalen Industrialisierungsprozesse müssten schon vor dem Hintergrund der Umweltprobleme anders konzipiert und anders realisiert werden. Man kann nicht erst wie in Europa die Moderne schaffen und dann ihre Folgen bekämpfen, sondern muss schon in diesem ersten Schritt die Konsequenzen und Folgelasten dieser Moderne mitberücksichtigen. Daher sprechen Soziologen wie Ulrich Beck von einer „reflektierten Moderne“ oder der „Zweiten Moderne“.²⁹

Zweitens: Alle Planungsprozesse in China müssen von dem „Gesetz der großen Zahl“³⁰ ausgehen. Durch die Größe der Bevölkerung Chinas und das damit verbundene explosive Wachstum von Städten wie z.B. die Stadt Chongqing mit ca. 30 Mio. Einwohnern werden gänzlich andere Probleme aufgeworfen, die für Europa nicht in dieser Dimension existieren.

Die Infrastruktur von Städten muss so geplant werden, dass der Austausch von Wohnen und Arbeiten technisch möglich ist. Es ist absehbar, dass die Verbindung über private PKW jetzt schon an der Grenze angelangt ist.³¹ Mit Sicherheit kann der private Autoverkehr nicht weiter in solchem Maß expandieren. Daher müssen erheblich effektivere öffentliche Verkehrsmittel sehr rasch geplant und gebaut werden.³²

Die wichtigen Untersuchungen über Megastädte³³ verweisen auf zwei elementare Probleme:

1) die scheinbar naturhafte, unabwendbare Bildung von Slums. Diese Entwicklung, die in allen anderen Schwellen- und Entwicklungsländern der Welt auftrat, wurde in China durch das seit der Mao-Zeit gängige Wohnmeldesystem, welches der Sowjetunion Stalins nachgeahmt war, verhindert.

2) die rapide und dramatische Erhöhung der Wohnungskosten.³⁴ Die Megastädte

²⁹ Ulrich Beck, Anthony Giddens und Scott Lash: Reflexive Modernisierung – eine Kontroverse. Frankfurt /M. 1996.

³⁰ Zu dem „Gesetz der großen Zahl“ siehe E. F. Schumacher, Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Reinbek bei Hamburg 1977, bes. Abs. I/V.

³¹ Die Anzahl der privaten PKWs in Shanghai hat sich von 107.900 im Jahr 2002 auf 710.600 im Jahr 2009 versiebenfacht. Die Tendenz geht so rasant weiter. Statistische Jahressbücher Shanghais 2002-2010. <http://www.stats-sh.gov.cn/2004shtj/tjn/tjn2010.htm> (27.10.2010).

³² Dank der Expo wurden in Shanghai 13 U-Bahn-Linien von ca. 420 km ausgebaut. Die Länge des U-Bahn-Netzes nimmt nun den ersten Platz auf der Welt ein. Voraussichtlich sollen in Shanghai 19 U-Bahn-Linien von 979 km bis 2020 fertig gebaut werden. Vgl. Xia Zhu und Yanxiang Bi, Effect of Shanghai Rail Transit Network On Passenger Flow, in: chengshi guidao jiaotong yanjiu (Urban Mass Transit) 13 (2010), S.8-16.

³³ Vgl. Saskia Sassen, The global city. New York, London, Tokyo. Princeton/NJ 2001; Mike Davis: Planet of Slums. London 2006.

³⁴ Aus traditionellen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Gründen kaufen Chinesen lieber Wohnungen, anstatt zu mieten. Kaufpreise für Wohnungen im Zentrum von Shanghai liegen bei 30.000 bis 50.000 RMB/m² und die Wohnungen, die ca. 15 km vom Zentrum liegen, kosten bereits ab 20.000

sind auf eine große Zahl von Dienstpersonal (Krankenschwestern, Gaststättenbedienungen, Putzfrauen usw.) angewiesen. Es besteht die akute Gefahr, dass diese Gruppen angesichts ihrer niedrigen Löhne und Gehälter und der hohen Wohnungskosten de facto aus den Städten ausgeschlossen werden. Dadurch wäre die Lebensqualität für die Mittelschichten stark gemindert, genauer: sie wäre negiert. Grundsätzlich unterscheidet sich das nicht von der sozialen Situation, wie sie sich in westlichen Metropolen wie London, Paris oder München schon seit einiger Zeit beobachten lässt. Aber in Shanghai ist das Problem viel schneller – fast über Nacht – aufgetreten und der Einkommensunterschied zwischen arm und reich, bzw. zwischen der Unter- und Mittelschicht ist erheblich extremer. Es stellt sich also beispielsweise die Frage, ob in Shanghai Programme aufgelegt werden können, die dem Sozialwohnungsbau Deutschlands in den 1950er und 1960er Jahren entsprechen könnten. Und stehen für solche Programme gesellschaftliche Konzepte und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung innerhalb der chinesischen Ideologie einer sozialistischen Marktwirtschaft?³⁵

Die bloße, lineare Weiterentwicklung des 2010 erreichten Zustandes von Shanghai ist aus rein technischen Gründen nicht möglich. Das übermäßige schnelle Wachstum hat dazu geführt, dass der vorhandene Wohnungsbestand in energetischer Hinsicht eine massive Energieverschwendung produziert. Im Grunde müssten unzählige alte Häuser und Wohnsiedlungen in den nächsten Jahren abgerissen werden, weil inzwischen technisch anspruchsvollere Lösungen realisierbar sind.³⁶ Das ist natürlich unrealistisch – wie es das auch in Europa wäre –, gibt aber den Planungshorizont vor. Die weiterhin notwendigen Neubauten der nächsten Jahre müssen das Energieproblem berücksichtigen *und* gleichzeitig müssen ältere Gebäude, die besonders viel Energie verschwenden, umgerüstet werden. Dadurch entsteht eine Verzögerung des weiteren Wachstums, weil nicht nur eine einfache Erweiterung des Bestehenden stattfinden kann. Dadurch werden produktive Arbeitskräfte und Finanzen für Investitionen gebunden, um die Vergangenheit zu rekonstruieren, statt die Zukunft zu konstruieren.

RMB/m². www.fangdi.com.cn (27.10.2010). Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Einwohner in Shanghai liegt bei 42,789 RMB. Statistisches Jahrbuch Shanghais 2010.

<http://www.stats-sh.gov.cn/2003shtj/tjnj/nj10.htm?d1=2010tjnj/C0805.htm> (28.10.2010).

³⁵ Die Shanghaier Stadtregierung hat bereits 2009 angefangen, die Maßnahmen für „economical affordable housing“ zu ergreifen. Es ist noch zu früh, die Auswirkungen der Pilotmaßnahmen zu bewerten. Vgl. Stadtregierung Shanghai: shanghaishi jingji shiyongfang guanli shixing banfa. (Shanghai, affordable housing management pilot scheme), Juni 2009.

In: http://www.shfg.gov.cn/fgdoc/law/200912/t20091221_354009.html (27.10.2010).

³⁶ Die Technologie von energiesparenden Häusern ist nicht fremd. Die Passivhaus-Technologie z.B. ist im Hamburg-Pavillon auf der Shanghai-Expo zu finden.

Die Hektik der bisherigen Entwicklung hat die mentale Verarbeitungskapazität der Stadtbürger stark strapaziert, wahrscheinlich schon überfordert. Daher müssen die nächsten Entscheidungsverfahren der Shanghaier Stadtentwicklung unbedingt die Bürger einbeziehen. Das ist keine triviale Forderung, denn selbst in ‚klassischen‘ demokratischen Ländern ist dies alles andere als selbstverständlich (siehe den aktuellen Protest um „Stuttgart 21“). Der Widerspruch zwischen technokratischen Planungssillusionen und von Werten bestimmter Lebensqualität tritt dort manifest hervor, ohne dass man so einfach entscheiden könnte, was legitimer ist.

Planungsprozesse hängen entscheidend davon ab, wieweit das politische System fähig ist, die Intention der Planer zu verstehen. Außerdem müssen die Möglichkeiten der gegebenen Organisationen, im Falle Shanghais besonders der Stadtregierung und des Parteiapparates, realistisch eingeschätzt werden. Selbst bei Übernahme der Planungsvorstellungen müssen die Mittel der Umsetzung im politischen Handeln sorgfältig analysiert werden. Aus der aktuellen Managementdiskussion ist uns vertraut, dass selbst Organisationen mit ungleich längerer Erfahrung als die gegenwärtigen chinesischen politischen Gremien wie große Industrie-Unternehmen oder Exekutive und Verwaltung der westlichen Länder, immer mehr davon betroffen sind, dass ihre zunehmende Komplexität ihre Fähigkeit zum organisatorischen Handeln einschränkt.³⁷ Umso mehr gilt das für Shanghai, wo die Erfahrungen mit Organisationsproblemen noch längst nicht so ausgereift sind und sein können. Die organisationstechnischen Mittel müssen dort erst mühselig erlernt werden.

Meine Überlegungen ermöglichen eine Prognose: Wenn es gelingt, die mit der ‚Zweiten Moderne‘ verbundenen Problemlagen schneller als es der klassischen Moderne möglich war im Planungsprozess zu berücksichtigen, lassen sich dadurch in der Umsetzung mehr Perspektiven realisieren oder auch experimentell offen halten. Dann sind auch die erheblichen Krisen, die für die Zukunft Shanghais zu erwarten sind, besser zu verarbeiten. Ein solches Denken in widersprüchlichen Perspektiven und Prozessen, wie auch die gedankliche Antizipation von notwendigen Korrekturen, wenn neue Erfahrungen alte Vorstellungen obsolet werden lassen, ist dem chinesischen Denken nicht fremd.³⁸ Anders gesagt: Diese sozialen Krisen werden nicht wie eine Naturkatastrophe eintreten, sondern sie können jetzt schon antizipiert werden. Die materiellen und geistigen Voraussetzungen, mit krisenhaften Folgen der städtischen Entwicklung umzugehen, sind in China vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, dass im nächsten Fünfjahresplan diese Widersprüche nicht ignoriert wer-

³⁷ Dirk Baecker, Wirtschaftssoziologie, Bielefeld 2006. Die Soziologie von Organisationen ist für mich nur als wichtige Einzelheit herausgestellt; für die Allgemeinheit des Problems siehe Ludolf Herbst, Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte, München 2004.

³⁸ Julien, François: Vortrag vor Managern über Wirksamkeit und Effizienz in China und im Westen. Berlin 2006

den, sondern als Teil des Prozesses begriffen werden. Da zum jetzigen Zeit nicht entschieden ist, wie sich die zukünftige politische Elite nach dem turnusmäßigen Rücktritt von Hu Jintao und Wen Jiabao im Jahre 2012 zusammensetzt, muss offen bleiben, wieweit dann diese Widersprüche reflektiert werden und wie sie durch politische Verfahren gelöst werden können. Auf jeden Fall aber kann festgehalten werden: Die einfache Übernahme westlicher Lösungen, außer im - nicht allein im engen Sinne - technischen Bereich, dürfte sich ausschließen, zumal die Skepsis von Beck³⁹ und anderen, ob das westliche politische System tatsächlich die Fähigkeit besitzt, im Sinne der zweiten Moderne mittels Reflexion die Fähigkeit zu langfristigem (politischen) Umsteuern zu entfalten, ob es also überhaupt noch Vorbild für (stadt)gesellschaftliche Planungsprozesse sein kann, mehr als berechtigt erscheint.

**Dr. Miaomiao Zhu, Institut für Deutschland- und EU-Studien,
Tongji-Universität Shanghai, VR China, miaomiaozhu@tongji.edu.cn**

³⁹ Ulrich Beck, Weltrisikogesellschaft, Absatz VI; ders.: Macht und Gegenmacht, Kap. V und VI, hier zitiert nach der chinesischen Übersetzung (quanjihua shidai de quanli yu fanquanli), Übersetzer: Renxiang Jiang und Ji Hu, Guilin 2004.

LEITREZENSION

MICHAEL TOYKA - SEID

Karl Brunner und Petra Schneider (Hrsg.), Umwelt Stadt. Geschichte des Natur- und Lebensraumes Wien (=Wiener Umweltstudien Bd. 1), Böhlau Verlag, Wien, Köln und Weimar 2005; 659 S., 39,00 Euro.

Als „Beginn, als Aufforderung und Appell zur weiteren Beschäftigung“ mit der Geschichte des Verhältnisses von Stadt, Natur und Gesellschaft charakterisieren die Herausgeber in ihrer Einleitung das vorliegende Werk (S.17); für ein Resümee umwelthistorischer Forschung allerdings komme es zu früh. Das mag auf den ersten Blick überraschen, widmet das als erster Band der Wiener Umweltstudien erschiene großformatige Buch doch mehr als 650 Seiten dieser wechselvollen und vielfältigen Geschichte. Fast 100 Autorinnen und Autoren, vornehmlich aus Wissenschaft, Stadtverwaltung und Landesbehörden, haben dafür Erkenntnisse aus ganz unterschiedlichen Bereichen von der Stadt-, Technik- und Umweltgeschichte bis hin zur Klimaforschung, um nur einige der vertretenen Fachdisziplinen zu nennen, zusammengetragen. Auch ist die österreichische Kapitale mit ihrer wechselvollen Geschichte, ihrer überragenden Bedeutung als Handelsplatz und Kommunikationszentrum sowie als Ort eines faszinierenden Aufeinandertreffens von Kulturen, Ethnien und sozialen wie kulturellen Bewegungen ein dankbarer Schauplatz für eine solche Bestandsaufnahme. Nicht zuletzt bietet sich die „Umwelthauptstadt“ Wien, eine gerne als Vorbild nachhaltiger Stadtentwicklung gepriesene Großstadt⁴⁰, für eine solche interdisziplinäre Darstellung ohne Zweifel in besonderer Weise an. Die Zurückhaltung der Herausgeber mag so auch einer gewissen Distanz gegenüber überzogenen Erwartungen von Politik und Öffentlichkeit geschuldet sein, wenn sie als ihr eigentliches Ziel nennen, „zu zeigen, dass wir bei der Gestaltung und Nutzung der Umwelt oft eine Wahl haben, dass es, im Prinzip zumindest, auch *anders* ginge.“ (S. 17)

Die Darstellung gliedert sich in fünf Großkapitel, die „Der Stadtraum“, „Versorgung“, „Entsorgung“, „Gezähmte und geschützte Natur“ sowie „Leben in der Stadt“ überschrieben sind und das Gesamtpanorama der Wiener Stadt-Umwelt-Be-

⁴⁰ Wien belegt auch in internationalen Rankings zu Lebensqualität und Nachhaltigkeit regelmäßig vordere Plätze. Siehe beispielsweise den „Quality of Living Report“ der international tätigen Unternehmensberatung Mercer: <http://www.mercer.de/articles/quality-of-living-survey-report-2010> oder auch die Ergebnisse des Urban Audit Survey der EU: <http://www.urbanaudit.org/>.

ziehungen in den Blick nehmen. Aussagekräftiger sind die Titel der Teilkapitel. So geht es im ersten Bereich um Wachstum und Fläche, Stadt und Planung sowie um Stadt und Verkehr. Energie und Infrastruktur, Holz, Baumaterialien sowie Wasser zählen zum Versorgungsteil, Hygienen, Seuchen, Assanierung und Müll, Schlote und Altlasten zum Entsorgungsteil. Naturgefahren und Regulierungen, Schutzgebiete, Proteste und Reaktionen sowie Zwinger, Jagdgehege und Tiergärten werden als Aspekte der Natur in der Stadt behandelt, und schließlich beleuchten Beiträge zum Leben im Grünen, Freizeit und Freizeiträumen sowie zum Hören, Riechen und Sehen in der Stadt auch die wahrnehmungsgeschichtlichen Aspekte des Themas. Die Einzelkapitel enthalten Beiträge von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher wissenschaftlicher Provenienz, was faszinierende interdisziplinäre Quer- und Seitenblicke erlaubt. So schildert die Stadthistorikerin Barbara Peterson in ihrem Kapitel über die Lebensmittelversorgung der Stadt zwischen Hochmittelalter und der Frühen Neuzeit die Bemühungen der städtischen Verwaltung, Preistreiberei in diesem für das Überleben der städtischen Bevölkerung essentiellen Sektor zu unterbinden. Die Fischhändler, die die Versorgung der Stadtbevölkerung mit diesem weitgehend von Wetterunbilden unabhängigen Grundnahrungsmittel sicherstellten, mussten gar ihre Waren barhäuptig auf dem Markte stehend anbieten, um ihre Fische schnell und damit preisgünstig an die Wienerinnen und Wiener zu verkaufen. Die immer wieder vorkommende Überfischung der stadtnahen Gewässer und die daraus resultierenden Versorgungskrisen waren dadurch allerdings naturgemäß nicht zu verhindern. Instruktive Beiträge über Warenströme zu Wasser und zu Lande aus der Feder des Infrastrukturexperten Gerhard Meissl und zur Verfügbarkeit von Obst und Gemüse durch den Agrarökologen Peter Meindl ergänzen die sozialhistorische Darstellung. Auch die archäologische und archäozoologische Perspektive findet in diesem Abschnitt Berücksichtigung, wenn Sigrid Czeika, Elfriede Hanelore Huber und Ursula Thanheiser anhand von Grabungen bei einer mittelalterlichen Latrine die Essgewohnheiten der Augustiner-Mönche wie auch die Verfügbarkeit diverser Lebensmittel für unterschiedliche Schichten der städtischen Bevölkerung ans Licht bringen. Aufschlussreich illustriert durch zeitgenössische Stiche und Gemälde sowie historische Karten gelingt es den Verfassern, das „enge Naheverhältnis von vormoderner Stadt und Natur“ deutlich zu machen und damit aufzuzeigen, in welchem Maße die Bewohner im Wien jener Jahre von den naturräumlichen Bedingungen und natürlichen Prozessen in ihrer näheren Umgebung abhängig waren. (S. 218)

Hier wie an anderer Stelle hätte man sich als Leser eine Fortführung der Darstellung in die jüngere Vergangenheit wie auch eine stärker auf unterschiedliche Stadtteile und deren ja keineswegs homogene Einwohnerschaft fokussierende Darstel-

lung vorstellen können. Es gehört jedoch zu den im kurzen Editorial zwar nicht thematisierten, dennoch unschwer erkennbaren Prinzipien des Bandes, seinen Beiträgern nur wenige formelle Vorgaben hinsichtlich der inhaltlichen und zeitlichen Schwerpunktsetzung zu machen. Dies hat eine gewisse Uneinheitlichkeit der Einzelkapitel zur Folge, zugleich aber ermöglicht es dem Leser einen kaleidoskopartigen Zugriff auf die Wiener Stadtgeschichte. Über die weit gespannte Forschungsfrage hinaus stößt man immer wieder auf kleinere Begebenheiten und Skurrilitäten, aber insbesondere auch auf Prozesse und Entwicklungen, die die Stadtgeschichte wesentlich geprägt haben. Der zeitliche Rahmen reicht dabei von der Haustierhaltung der Jungsteinzeit im Wiener Raum über die Wasserversorgung in der römischen Provinzstadt Vindobona bis zu Stadtentwicklungsplänen und dem ökologischen Fußabdruck der Stadt im frühen 21. Jahrhundert.

Im Zentrum steht aber häufig die Industriemoderne, in der die alte Metropole der Habsburger zur „Maschine“ (S. 150) wurde. Die Entwicklungen von Energieversorgung und Infrastruktursystemen im 19. und 20. Jahrhundert bilden beispielsweise die Bausteine des mit „Energie und Infrastruktur“ überschriebenen Kapitels. Ausgehend von der „großen Transformation“ des gesellschaftlichen Energiesystems beschreibt hier der Umwelthistoriker Fridolin Kraussmann die Substitution der von Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung gestellten Primärenergie durch fossile Energieträger, die die Menschen auch in Wien „für einen historisch kurzen Moment von der Abhängigkeit vom Sonnenlicht ihrer Gegenwart“ befreien. (S. 141) Mit der Überwindung der Flächenabhängigkeit wurde ein zuvor nicht denkbarer räumlicher Konzentrationsprozess in Gang gesetzt, der die Entstehung der modernen Millionenmetropole Wien erst ermöglichte. Der Autor beschränkt sich aber keineswegs auf das – wissenschaftlich fundierte und gut verständliche – Nacherzählen einer historisch gut aufgearbeiteten Geschichte im lokalen Kontext, sondern liefert auch die Binnengeschichte der energetischen Neuformierung der Stadt. Verbrauchsgewohnheiten und –mengen werden ebenso aufgeschlüsselt wie neue Abhängigkeiten, die in der „Kohlennot“ der Zwischenkriegszeit kulminierten und auch durch den Übergang zum Erdöl seit den 1950er Jahren nicht völlig beseitigt werden konnten. Welche Steuerungsmöglichkeiten die Stadt sich im Laufe dieser zwei Jahrhunderte im Energiebereich erschlossen hat, ist Thema eines instruktiven Seitenblicks auf Gas und Strom, der die Bemühungen der Stadtverwaltung aufzeigt, nicht nur die Produktion dieser „veredelten“ Energieformen, sondern auch das energetische Verhalten der Stadtbewohner zu regulieren.

Solche Verknüpfungen von städtischer Politik und städtischen Lebens- und Verhaltensformen mit der Einvernahme der städtischen Umwelt stehen auch im Zentrum des mit „Vernetzung“ überschriebenen Kapitels über die Entwicklung des

„Systems Stadt“. Unter Berücksichtigung der Langfristperspektive mit einem Blick auf die Wasserversorgung der Stadt seit römischer Zeit werden hier Stationen der infrastrukturellen Entwicklung wie die „Assanierung“ der Stadt seit Mitte des 19. Jahrhunderts, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Wien und seinen Vororten sowie Aspekte der elektrotechnischen und kommunikativen Vernetzung beschrieben. Die Darstellung findet ihren Zielpunkt in der Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe unter dem christsozialen Bürgermeister Karl Lueger und der systematischen Erfassung des gesamten Stadtgebiets mit Infrastrukturnetzen im 20. Jahrhundert. Wenn man sich auch an einigen Stellen dieses Kapitels genauere Erläuterungen gewünscht hätte (beispielsweise über die 1873 fertig gestellte Erste Wiener Hochquellenleitung, die Wien in jener Zeit an die Spitze des technischen Fortschritts stellte), und auch die Auswahl der zitierten Literatur zu Fragen der Vernetzung und Infrastrukturentwicklung den deutschsprachigen Forschungsstand nur unzureichend wiedergibt, so gelingt dem „Autorenkollektiv“ doch ein schlüssige Darstellung des Übergangs zu einem neuen System Stadt, das die „einst tagtäglich spürbare Abhängigkeit von natürlichen Bedingungen, von Rohstoffen und persönlichen Diensten“ überwunden, dafür aber neue technische Verletzlichkeiten hervorgebracht hat. (S. 161)

Ein „klassisches“ Thema der Moderne, bei dem Wien wiederholt als „Pionierstadt“ in Erscheinung trat, ist die räumliche Entwicklung der Stadt und die Etablierung der Stadtplanung im 19. und 20. Jahrhundert. Gerade auf diesem wohl gepflegten Feld städtischer Forschung gelingt es den Autorinnen und Autoren aufzuzeigen, welche zusätzlichen Erkenntnisse eine auch die naturalen Aspekte städtischer Entwicklung thematisierende Darstellung zu generieren vermag. Nicht nur werden hier bekannte städtebauliche Stationen wie der Ringstraßenbau, das „rote Wien“ oder die Etablierung der Stadtentwicklungsplanung in den Jahren der Planungseuphorie nach 1945 in konziser Form mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der Stadt in Beziehung gesetzt. Die Einbeziehung von wohl nur Einheimischen bekannten Stadträumen wie beispielsweise dem „transdanubischen“ Übergangsbereich vom Stadt in die Land, der Kleingartensiedlung Dornbach oder dem Wiental lässt zugleich deutlich werden, dass die Entwicklung des Verhältnisses von Stadt und „Natur“ auch im Zeitalter umfassender Planung keineswegs als abgeschlossen gelten kann, vielmehr mit dem Leitbild „Nachhaltige Stadtentwicklung“ neue Aushandlungsprozesse in Gang gesetzt worden sind.

Innovativ wirkt der wahrnehmungsgeschichtlich inspirierte Abschnitt über „Die Stadt hören, riechen, sehen.“ Ausgehend von den in brieflicher Form überlieferten Eindrücken einer begüterten Gräfin im Wien des späten 17. Jahrhunderts zu „ihrer“ Stadt über die olfaktorische und akustische Wirkung der Stadt in der Moderne und

die „Entdeckung“ des „alten Wiens“ vor dem Hintergrund des massiven Umbaus der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert wird hier unterschiedlichen Formen des Diskurses über die Stadt und „ihre“ Umwelt der gebührende Platz eingeräumt. Wieweit dieser häufig in nostalgische Gewänder gehüllte Diskurs allerdings noch städtische Wirklichkeit abzubilden vermag, fragt auf den letzten Seiten unter der nur vermeintlich harmlosen Überschrift „Wo endet Wien“ die Umwelthistorikerin Verena Winiwarter: Der „Überzeugungskraft“ städtischer Wahrnehmungen und Vorstellungen weist sie wenig Bedeutung zu, „haben die materiellen Strukturen (doch) längst aufgehört zu bestimmen, was tatsächlich als ‚Stadt‘ und was als ‚Land‘ zu gelten hat [...] Stadt und Land (sind) in den Hochburgen industrieller Lebensweise längst ununterscheidbar geworden.“ (S. 600)

Dem Erkenntnisgewinn, den dieser aufwendig gestaltete und auch für eine nicht-wissenschaftliche Öffentlichkeit zugängliche Band bietet, tut diese skeptische Abschlussbemerkung keinen Abbruch. Sie regt allerdings dazu an, das Verhältnis von Stadt und Umwelt in der Gegenwart als weiterhin im Fluss befindlich anzusehen, das sich simplifizierenden Schlüssen verschließt. Als „Brevier einer Umweltpolitik, für die Nachhaltigkeit ein zentraler Begriff ist“, wie sie der Wissenschaftsreferent der Stadt Wien einleitend charakterisiert (S. 14), sollte man diese Umweltgeschichte der Stadt Wien – denn um nicht weniger handelt es sich hier – daher auch nicht lesen. Zur notwendigen Historisierung des Verhältnisses von Stadt und Umwelt aber haben die österreichischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit diesem Buch einen großen Beitrag geleistet.

Dr. Michael Toyka-Seid, TU Darmstadt, LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“, toyka-seid@stadtforschung.tu-darmstadt.de.

Wiederaufbau und Stadtgeschichte. Neuorientierungen nach dem *spatial turn*

Die Geschichte des Wiederaufbaus der Städte nach 1945 befindet sich in einer Phase der konzeptionellen und der transnationalen Neuorientierung.¹ Fragestellungen einer interdisziplinären Stadtgeschichte haben im Verlauf des *spatial turn* an Bedeutung gewonnen.² Sie haben das Spektrum einer vorzugsweise auf die kommunalen Akteure in Entscheidungspositionen zentrierten Politik- und Planungsgeschichte³ neu akzentuiert, etwa in Hinblick auf die Aneignung des Wiederaufbaus der Städte durch die Stadtbewohner und die Ziele und Motive der durch Partizipation und Bürgerinteressen gestärkten Denkmalpflege⁴, und es in vergleichender Perspektive aufgefächert, auch im europäischen Maßstab.⁵ Seit etwa dreißig Jahren besonders umstritten ist die späte Rekonstruktion oftmals kriegszerstörter Baudenkmale für innerstädtische Umbauplanungen. Mit ihrem neohistoristischen Geltungsanspruch kann sie einerseits als Signum der Postmoderne im Wiederaufbau gelten, sie

¹ Vgl. Adelheid von Saldern und Georg Wagner-Kyora, Demokratie und Wiederaufbau, in: Der Architekt. Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten 3/4 (2005): Gegenwart der Geschichte, S. 44 – 49.

² Vgl. Simon Gunn, The spatial turn: changing histories of space and place, in: ders. und Robert J. Morris, Identities in Space. Contested Terrains in the Western City since 1850, Aldershot u.a. 2001, S. 1-14.

³ Vgl. Klaus von Beyme, Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München 1987; Klaus von Beyme, Werner Durth, Niels Gutschow u.a. (Hrsg.), Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992.

⁴ Vgl. Rudy Koshar, Germany's Transient Pasts. Preservation and National Memory in the Twentieth Century, Chapel Hill 1998.

⁵ Zur Nachkriegszeit vgl. Jeffrey Diefendorf (Hrsg.), Rebuilding Europe's Bombed Cities, London 1990, Dominique Barjot, Rémi Baudouin und Danièle Voldman (Hrsg.), Les reconstructions en Europe (1945-1949), Brüssel 1997; Danièle Voldman, La reconstruction des villes françaises de 1940 à 1954. Histoire d'une politique, Paris 1997; Nick Tiratsoo, Junichi Hasegawa und Tony Mason u.a. (Hrsg.), Urban Reconstruction in Britain and Japan 1945-1955, London 2002; Gian Paolo Treccani (Hrsg.), Monumenti alla Guerra. Città, danni bellici e ricostruzione nel secondo dopoguerra, Mailand 2008. Zum Wiederaufbau nach Stadtkatastrophen vgl. Derek Keene, Fire in London: Destruction and Reconstruction, A.D. 982-1676, in: Martin Körner (Hrsg.), Stadtzerstörung und Wiederaufbau. Zerstörungen durch Erdbeben, Feuer und Wasser, Bern u.a. 1999, S. 187-211; Andreas Ranft und Stefan Selzer (Hrsg.): Städte aus Trümmern. Katastrophenbewältigung zwischen Antike und Moderne, Göttingen 2004.

prägte andererseits aber auch schon die weiter zurück liegenden Epochen.⁶ Pointiert ideologiekritische, auch diskursanalytische Fragestellungen über die Verankerung von Architekturtraditionen im Wiederaufbau forderte sie geradezu heraus.⁷ Schließlich fragte man verstärkt nach Leitbildern und nach der kollektiven Mentalität des Wiederaufbaus, auch nach spezifischen Mentalitätslagerungen, welche sowohl die Planereliten als auch unterschiedliche Bevölkerungsschichten geprägt haben. Die oft stillschweigend erzielten Übereinkünfte über das, was wünschenswert war und über das, was im öffentlichen Repräsentationsraum der Stadt störte, trugen zur jahrzehntelangen Persistenz dominierender städtebaulicher Images bei, aber auch zu deren Neuorientierung.⁸

Weil der Wiederaufbau auch die Geschichtsbilder prägte⁹, konnte schließlich nachgewiesen werden, auf welchen Wegen er eine breite gesellschaftliche Konsensbildung erzielte. Studien über die Wahrnehmung der Stadt und ihrer (jüngeren) Geschichte, auch in ihren Selbstbildern und Images, haben hier diskursanalytisches Neuland betreten.¹⁰ Immer auch wurde in der Erfahrung des säkularen Bruchs durch die Zerstörungen infolge des Zweiten Weltkrieges¹¹ und im Neuanfang danach eine Erfolgsperspektive des Wiederaufbaus gesehen.¹² Inhalt und Reichweite der geschichtspolitischen Aneignung einzelner, besonders hervorgehobener Bauten, meistens in den zerstörten Altstädten gelegen, wurden primär anhand von Narrativen entwickelt. Indem rekonstruktive Bauvorhaben diese Narrative zugeschrieben bekamen, entfalteten sie die Konsenswirkung konkret fasslicher Orte des Wiederaufbaus und wurden dann, als räumlich situierte, gemeinschaftsstiftende Fixpunkte des innerstädtischen Erscheinungsbildes zu Ankerpunkten der lokalen Erinnerungs-

⁶ Vgl. jetzt Winfried Nerdinger, Markus Eisen und Hilde Strobl (Hrsg.), *Geschichte der Rekonstruktion, Konstruktion der Geschichte*, München u.a. 2010.

⁷ Vgl. Winfried Nerdinger und Ines Florschütz, *Architektur der Wunderkinder. Aufbruch und Verdrängung in Bayern 1945 – 1960*, Salzburg und München 2005.

⁸ Vgl. Sybille Frank, *Mythenmaschine Potsdamer Platz. Die wort- und bildgewaltige Entwicklung des „neuen Potsdamer Platzes“ 1989-1998*, in: Thomas Biskup und Marc Schalenberg (Hrsg.), *Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt*, Stuttgart 2008, S. 297-319.

⁹ Vgl. Adelheid von Saldern und Georg Wagner-Kyora, *Demokratie und Wiederaufbau*, in: *Der Architekt. Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten* 3/4 (2005): *Gegenwart der Geschichte*, S. 44-49.

¹⁰ Vgl. Adelheid von Saldern, *„Sinfonie der Festtagsstimmung“*. *Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften*, in: dies. (Hrsg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975)*, Stuttgart 2005, S. 409-459.

¹¹ Vgl. Jörg Arnold, Dietmar Süß und Malte Thiessen (Hrsg.), *Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa*, Göttingen 2009.

¹² Vgl. Werner Durth, Jörn Düwel und Niels Gutschow, *Ostkreuz. Personen, Pläne, Perspektiven. Architektur und Städtebau der DDR Bd. 1*, Frankfurt und New York 1999; dies., *Aufbau. Städte, Themen, Dokumente, Architektur und Städtebau der DDR Bd. 2*, Frankfurt und New York 1999.

kultur.¹³ Erst sekundär wurde die Inwertsetzung von Wiederaufbauten als Baudenkmale anhand der Fassadenarchitektur und ihrer Raumwirkung vollzogen. Im Rahmen von Kontroversen über die Rekonstruktion von Außenfassaden oder noch im Vorfeld davon geschah das als eine Engführung fachwissenschaftlicher Diskurse der Denkmalpflege, die auf die sentimentale oder die identitätsstiftende Aneignung von Selbstbildern zielte und auf die Außenwirkung prominenter Bauwerke fokussiert wurde. Ein geeignetes Medium hierfür waren die Schwarz-/Weiß-Bildbände der Wiederaufbauzeit, welche die Vorkriegsarchitektur in repräsentativen Fotostrecken abbildeten. Das populärwissenschaftliche Umfeld der Wiederaufbaudiskurse, fand im Feuilletonteil der Lokalpresse ein dankbares Forum. Nur in den seltenen Fällen virulenter politischer Konflikte griff dieses Thema auch in den politischen Teil der Tagespresse über.¹⁴

Während des kommunalpolitischen Entscheidungsprozesses spielte eine wichtige Rolle, ob und in welchem Umfang ein solches Gebäude als ein Bauwerk von regionaler und auch von nationaler Bedeutung identifiziert und propagiert werden konnte oder ob es lediglich eine auf das jeweilige lokale Umfeld zugeschnittene Relevanz zugeschrieben bekam. Schon der Wiederaufbau des Goethehauses in Frankfurt/Main in den Jahren 1947 bis 1949 (Außenbau) war dezidiert als ein normsetzender Fluchtpunkt von Identifikationsbezügen für die nationale Konsensstiftung ausgewiesen worden.¹⁵ Bei einem frühen Pioniervorhaben der postmodernen Rekonstruktionsphase, dem Wiederaufbau der Fassade des Hannoverschen Leibnizhauses zwischen 1981 und 1984, kann eine solche Überlagerung von lokalen, regionalen und nationalpolitischen Geltungsansprüchen als ein fundamentaler Motivationsfaktor der städtischen Eliten gelten.¹⁶

Neben der Wiederherstellung von baulicher Infrastruktur, verstärkt durch ihre Fassadenwirkung im öffentlichen Raum, zielte der rekonstruktive Wiederaufbau auf

¹³ Vgl. hierzu Georg Wagner-Kyora, Bürgerinitiative contra Stadtplanung: Der rekonstruktive Wiederaufbau der Aschaffener Löwenapotheke 1984-1995, in: Brigitta Schmidt-Lauber (Hrsg.), *Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole, Frankfurt/Main 2010*, S. 71-88, hier: S. 80-84.

¹⁴ Vgl. Georg Wagner-Kyora, *Schloss ohne Geschichte. Der Braunschweiger Wiederaufbau-Konflikt 1950-2007*, Berlin 2009.

¹⁵ Als Ausgangs- und Referenzpunkt für ideologiekritische Reflexionen über den rekonstruktiven Wiederaufbau spielte die Kontroverse von Walter Dirks über die Angemessenheit von Rekonstruktionen vor dem Hintergrund der moralischen Niederlage durch den Nationalsozialismus am Beispiel des Frankfurter Goethehauses 1947-1949 eine zentrale Rolle. Vgl. hierzu Koshar, *Transient Pasts*, S. 211, 213, 229-231.

¹⁶ Vgl. Cord Meckseper, *Das Leibnizhaus in Hannover. Die Geschichte eines Denkmals*, Hannover 1983, hier: S. 91-143. Diese Publikation des Hannoverschen Architekturhistorikers, die in ihren variablen nationalpolitischen Ansprüchen nicht unkritisch zu sehen ist, ist gleichzeitig auch die früheste Monographie über ein rekonstruiertes Baudenkmal der postmodernen Phase in der Bundesrepublik Deutschland.

die Konstruktion von Erinnerungsorten in den wiederaufgebauten Städten. Die Neuerfindung einer Tradition des Wiederaufbaus als einer kollektiven, kontinuierlichen und konsensualen Aufbauleistung und damit als einer soziokulturellen Praxis der Stadtplaner in der ‚Nachkriegszeit‘ bestimmte infolgedessen auch die stadträumliche und die geschichtspolitische Wirkung konkreter Ortsbezüge, die in einer Vielzahl von Stadtmonographien verankert wurde.¹⁷ Dementsprechend waren auch die zahllosen Kontroversen auf der Akteursebene um das Für und Wider von baulichen Rekonstruktionen essenziell von diesem Rückgriff auf die städtischen Traditionen geprägt.¹⁸ Diese Sichtweise wurde im Übrigen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges mit ähnlicher Entschiedenheit, aber unter umgekehrten ideologischen Vorzeichen, ins Werk gesetzt.¹⁹ Für Deutschland kann sie zudem als eine nationstiftende Gemeinsamkeit gelten, auch wenn eine gesamtstaatliche Perspektive darin zunächst gar nicht angelegt war.²⁰ Transnationale Bezüge innerhalb Europas wurden ohnehin ausgeklammert, obgleich sie in der stadtplanerischen Praxis schon immer eine große Rolle spielten.

Die ökonomische, sozialpolitische und städtebauliche Wiederherstellung, verbunden mit einer stadtplanerischen Neuausrichtung des innerstädtischen Stadtraumes unter modernisierungsfreundlichen Vorzeichen bestimmte die Forschung noch in den 1980er Jahren.²¹ Beeinflusst durch den erfahrungsgeschichtlichen Impuls aus den Geschichtswerkstätten wurde erst spät die herrschaftsbezogene Rolle der Akteure stärker hinterfragt, allerdings getrennt für die Frühzeit der Bundesrepublik²² und für die späte DDR.²³ Für die neuen Länder ergab sich nach 1990 zudem die Per

¹⁷ Vgl. beispielhaft: Adolf Drössler, Würzburg. Bilder aus alter und neuer Zeit, Würzburg o.J. (1958); Stadtrat Augsburg, Augsburg baut auf. Ein Rechenschaftsbericht, o.O. und o.J. (Augsburg 1960).

¹⁸ Vgl. Georg Wagner-Kyora, Die „Seele Pforzheims retten“. Wiederaufbau in Pforzheim zwischen radikaler Moderne und Traditionsrest, in: Christian Groh (Hrsg.), Beiträge zur Pforzheimer Stadtgeschichte, Bd. 2, Heidelberg und Ubstadt–Weiher 2008, S. 143–177.

¹⁹ Vgl. Durth, Düwel und Gutschow, Ostkreuz; dies., Aufbau.

²⁰ Vgl. hierzu die getrennt publizierten Sammelbände über die Katalogisierung der Kriegsschäden an denkmalwerter Bausubstanz: Götz Eckardt (Hrsg.), Schicksale deutscher Baudenkmale im zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation der Schäden und Totalverluste auf dem Gebiet der neuen Bundesländer, 2 Bde., Berlin o.J. (nach 1990), Erstveröffentlichung Ost-Berlin 1978; Hartwig Beseler und Niels Gutschow, Kriegsschicksale Deutscher Architektur. Verluste, Schäden, Wiederaufbau. Eine Dokumentation für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., Neumünster 1988.

²¹ Vgl. Axel Schildt, Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945 – 1956, Hamburg 1988.

²² Vgl. Werner Durth und Niels Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940 – 1950, 2 Bde., Braunschweig und Wiesbaden 1988.

²³ Vgl. die Aufarbeitung systematischer Befragungen von Eliten-Akteuren der lokalen Stadtplanungshierarchien in: Frank Betker, „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994), Stuttgart 2005.

spektive eines erneuten umfassenden Stadtumbaus, diesmal unter den Vorzeichen der Bewahrung und der Rekonstruktion der im Bestand akut gefährdeten gesamten innerstädtischen Bausubstanz.²⁴

In pointiert NS-kritischer Diktion wurden zudem die Kontinuitätslinien, die bis in die frühe Bundesrepublik reichten und die vor allem personelle Netzwerke von führenden Stadtplanern betrafen, herausgearbeitet.²⁵ Über die stadträumliche und identitätsgenerierende Wirkung des sich im Wiederaufbaugeschehen rapide verändernden Stadtraumes kann inzwischen mit einem pointiert interdisziplinär ausgerichteten Innovationsanspruch geforscht werden.²⁶ Aus der Stadtethnologie²⁷, ähnlich wie bereits zuvor aus der Geschichte der Denkmalpflege²⁸, der Architekturgeschichte und der Stadtplanungsgeschichte²⁹, resultierten dezidierte konzeptionelle und methodische Erweiterungen des Forschungsfeldes, die in starkem Maße sozial- und politikgeschichtliche Traditionen der Infrastrukturgeschichte von Metropolen und Großstädten konzeptionell fortführen halfen.³⁰ Demzufolge kann nun in wesentlich informierterer Weise der Wandel von Stadtbildern, von Leitbildern, den *images* des Urbanen³¹, und von kollektiven Identitätskonstruktionen im Wiederaufbau³², rekonstruiert werden. Zuvor standen die Politik des Planens und der kunstwissenschaftliche Denkmalschutz im Mittelpunkt des Interesses auch der allgemei-

²⁴ Vgl. Georg Wagner-Kyora, Graue Diven erfinden sich selbst. Akteurshandeln und Identitätskonstruktion in Entscheidungsprozessen über die Altstadtsanierung von Halle und Leipzig 1990 – 2003, in: Ranft und Selzer (Hrsg.), Städte aus Trümmern, S. 201- 273.

²⁵ Vgl. Werner Durth und Niels Gutschow, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992.

²⁶ Vgl. Georg Wagner-Kyora, Die neue City in der populären Altstadt: Das „Wiederaufbau“-Image Bremens (1946-1964), in: Daniela Münkel und Lu Seegers (Hrsg.), Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt und New York 2008, S. 293–318; Stephanie Warnke, Stein gegen Stein. Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950 – 1970, Frankfurt und New York 2009.

²⁷ Vgl. Lutz Musner, Der Geschmack von Wien. Kultur und Habitus einer Stadt, Frankfurt am Main und New York 2009.

²⁸ Vgl. Brenda Deen Schildgen, Heritage and Heresy. Preservation and Destruction of Religious Art and Architecture in Europe, New York und Houndmill 2008.

²⁹ Vgl. Harald Bodenschatz (Hrsg.), Renaissance der Mitte. Zentrumsbau in London und Berlin, Berlin 2005.

³⁰ Vgl. Heinz Reif (Hrsg.): Berliner Villenleben. Die Inszenierung bürgerlicher Wohnwelten am grünen Rand der Stadt um 1900, Berlin 2008.

³¹ Vgl. Adelheid von Saldern (Hrsg.), Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975), Stuttgart 2005.

³² Vgl. Nerdinger und Florschütz, Wunderkinder; Georg Wagner-Kyora, Schloss ohne Geschichte. Der Braunschweiger Wiederaufbau-Konflikt 1950-2007, Berlin 2009; Uwe Altrock, Projekte zum Wiederaufbau und gesellschaftlicher Hintergrund, in: ders. und Bertram Grischa (Hrsg.), Identität durch Rekonstruktion? Positionen zum Wiederaufbau verlorener Räume und Bauten, Bonn 2009, S. 10-17.

neren DDR-Stadtgeschichtsforschung.³³

Gegenwärtig lassen sich vor allem fünf Forschungsschwerpunkte beobachten, welche im Folgenden eingehender erläutert werden:

1. eine diachrone Sichtweise des Wiederaufbaus, die über die Fokussierung auf wenige ‚Nachkriegs‘-Jahrzehnte hinausgeht,

2. eine stärkere Wahrnehmung seiner instrumentellen Politisierung und Ideologisierung,

3. eine Transnationalisierung des Themenfeldes im Rahmen einer europäischen und auch globalisierten Verflechtungsgeschichte,

4. eine diskursanalytische Verknüpfung von Stadtpolitik und Kulturwahrnehmung unter Berücksichtigung der räumlichen Erklärungsangebote einer auf konkrete Orte abzielenden Städtegeschichte,

5. die Suche nach Eigenlogiken auf der Grundlage der neueren Forschungen zur Stadtrepräsentation sowie die daraus erwachsende ‚Ethnologisierung‘ des Wiederaufbaugeschehens, also aus der Sicht der Geschichtswissenschaft die Berücksichtigung von Erfahrungen und Sinndeutungen aus der Perspektive sehr unterschiedlicher Akteursgruppen.

1. Die Periodisierung des Wiederaufbaus

Wurde Wiederaufbau zunächst als eine abgeschlossene Teilepoche der Aufbaujahre bis 1955, bis 1960 oder bis 1970 identifiziert, also als eine Erfolgsgeschichte der Moderne während der *trente glorieuses* angesehen³⁴, veränderte sich diese Phasenvorstellung mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur ‚Nachkriegszeit‘ seit 1945. Inzwischen dominiert eine zeitlich gestreckte „Nachkriegsgeschichte“ des Wiederaufbaus, die ihrerseits die scharfen Trennlinien und auch Brüche innerhalb verschiedener Phasen aufzeigt.

Gerade die Stadtgeschichte der Nachkriegszeit reflektierte in besonderem Maße den Eindruck der städtebaulichen Innovationen auf die zeitgenössische Öffentlich-

³³ Vgl. Waltraud Volk, Berlin, Hauptstadt der DDR. Historische Straßen und Plätze heute, Berlin 1973, hier: S. 38-45; Heinrich Trost u.a. (Hrsg.), Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Hauptstadt Berlin I, hrsg. vom Institut für Denkmalpflege, Berlin 1984; Waltraud Volk, Leipzig. Historische Straßen und Plätze heute, Berlin 1979, hier: S. 46-51.

³⁴ Dies insbesondere auch seitens der nicht auf Stadtgeschichte spezialisierten Fachwissenschaft, welche primär, so wie es auch die Zeitgenossen taten, den wirtschaftlichen Aufbau mit „Wiederaufbau“ gleichsetzte und auf dieser Grundlage auch diachrone Vergleiche anregte oder selbst den Aufbau des Sozialstaates darunter subsumierte. Vgl. Norbert Finzsch und Jürgen Martschukat, Reconstruction und Wiederaufbau in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika 1865, 1945 und 1989, Stuttgart 1996; Günther Schulz, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungspolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1957.

keit. Die Erfahrung einer diskontinuierlichen Städtebaupolitik wurde damit indirekt zum Ideengeber auch für die Geschichtswissenschaft. Sie fragte nach dem Bruch in der Stadtbautradition und nach dem Neuanfang. Die anfänglich fast ausschließliche Prädominanz von Planungsgeschichte wurde erst durch die eher populärwissenschaftliche Gesamtdarstellung von Klaus von Beyme aus dem Jahr 1987 auch auf erinnerungspolitische Bereiche des Wiederaufbaugeschehens ausgedehnt und zudem erstmals um eine deutsch-deutschen Vergleichsperspektive erweitert.³⁵ Erst in den frühen 1990er Jahren haben dann Jeffrey Diefendorf und Rudy Koshar ihre bahnbrechenden geschichtspolitischen Kontextualisierungen des Forschungsfeldes vorgelegt.³⁶

Nach der ersten Nachkriegsmoderne folgte mit einem Einschnitt um das Jahr 1960 eine zweite Phase der Modernisierung des Baugeschehens in den kriegszerstörten Städten, von der auch die übrigen, weniger oder kaum zerstörten Städte, maßgeblich geprägt wurden. Flächensanierungen und Großbauvorhaben sollten deutlich monumentalere Repräsentationsansprüche im Innenstadtbereich verwirklichen.³⁷ Erst danach gewann eine modernisierungskritische Innenstadtrekonstruktion an Gewicht. Infolgedessen erschienen bald auch in der Geschichtswissenschaft die Modernisierung und die Verdichtung der Städte, welche im Wiederaufbau stark an Zugkraft gewonnen hatten, in einem neuen, ungleich kritischeren Licht. Europaweit getragene stadtbaupolitische Einschnitte, wie jener zugunsten des Bestandserhalts im Europäischen Jahr des Denkmalschutzes von 1975, positionierten Schlüsselthemen auf internationaler Ebene und zugleich in breiten Bevölkerungskreisen. Die auf Stadtquartiere ausgedehnte Bewahrung von zuvor nicht als denkmalwert eingestufte Bausubstanz der Innenstädte und die Rekonstruktion, also die Neuerfindung der Originalsubstanz von kriegszerstörten Baudenkmalen, galten seither als neue Standards bei der Stadtplanung der Innenstädte.³⁸

³⁵ Vgl. Beyme, Wiederaufbau.

³⁶ Diefendorf, War; Rudy Koshar, *Germany's Transient Pasts*; ders., *From Monuments to Traces. Artifacts of German Memory*, Berkely 2000.

³⁷ Ein Extrembeispiel der Totalsanierung ist der Berliner Fischerkiez auf der südlichen Spreeinsel in Alt-Cölln, vgl. Volk, Berlin, S. 123-202.

³⁸ Vgl. für die ersten Phasen Ralf Lange, Hamburg. Wiederaufbau und Neuplanung 1943 – 1963, Königsstein/Ts. 1994; für die Zeit nach 1975: Walter Achilles u.a., *Der Marktplatz zu Hildesheim. Dokumentation des Wiederaufbaus*, Hildesheim 1989. Vgl. auch Georg Wagner-Kyora, *Welche Moderne modernisierte Europa? Die Architektur der Nachkriegsjahrzehnte in Deutschland*, in: *Der Architekt* 5 (2009). Identitätskonstruktionen I, hrsg. von Karin Wilhelm, S. 66-71.

2. Die politisierte Historisierung des Wiederaufbaus

Der Wiederaufbau ist immer eine höchst umstrittene, bisweilen zu Extremlösungen neigende politische Arena des Stadumbaues gewesen. Das gilt insbesondere für das Nachkriegsdeutschland der Jahre von 1945 bis 1965, in welchem rekonstruktiver Wiederaufbau nur dann gefiel, wenn er an weit entfernte Zeiträume einer vermeintlich politisch unbelasteten Stadtbürgerlichkeit anknüpfte. Wiederaufbau wurde gerade aus der Motivation heraus initiiert, die Erinnerung an das NS-Gewaltregime im kollektiven Gedächtnis möglichst weiträumig zu überlagern und die eigene Mitverantwortung auszuklammern, wenn sie schon nicht durch die neuen Bauten beseitigt werden konnte.

Auch im übrigen Europa spielten Geschichte und Geschichtspolitik eine zentrale Rolle im Wiederaufbaugeschehen. Das gilt in besonderem Maße für London. Die britische Hauptstadt war nach Kriegsende eine der größten Wiederaufbaustädte Europas, ohne sich dessen allerdings zu rühmen. Nach den radikalen Wiederaufbauplanungen Abercrombies, welche die Entdichtung der Innenstadtbevölkerung, also ihre Verlagerung an den Stadtrand vorsahen³⁹, wurde das bauwütige London der 1960er und 1970er Jahre durch seine kontinuierliche Abrissneigung bekannt. Sie betraf das gesamte östliche und südliche Innenstadtgebiet: die City of London und das Eastend sowie die Southbank (Southwark). Sehr viele nicht zerstörte innerstädtische Repräsentationsgebäude, Villen und Ensembles, auch einzelne Wahrzeichen wurden im Zuge einer „zweiten Stadtzerstörung“ beseitigt.⁴⁰

Denkmalschutz war in dieser Zeit in die Defensive geraten. Da der Ensemble-schutz noch unbekannt war⁴¹, wurde nur ausschnittweise historische Bausubstanz erhalten. Die vielen barocken Stadtkirchen von Christopher Wren waren demzufolge generell vor Abriss geschützt, nicht aber die Bauensembles, zu denen sie gehört hatten. Demgegenüber standen Bauten des Historismus und die Funktionsarchitektur früherer oder späterer Epochen, also sogar des Klassizismus und des *art déco*, bedenkenlos zur Disposition. Zeitgenössische Kritiker wie Arthur Kutcher bezeich-

³⁹ Vgl. Dieter Schott, London and its „New Towns“ and Randstad Holland. Metropolitan planning on both sides of the Channel after 1945, in: Friedrich Lenger und Klaus Tenfelde (Hrsg.), Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung, Entwicklung, Erosion, Köln u.a. 2006, S. 283-306; Dirk Schubert, „Seizing the moment“. Planungen und Realitäten sozialräumlicher Transformationsprozesse in Hamburg und London zwischen 1940 und 1960, in: ebd., S. 343-371.

⁴⁰ Vgl. im deutschen zeitgenössischen Kontext: Erwin Schleich, Die zweite Zerstörung Münchens, Stuttgart 1978.

⁴¹ Er wurde international erst 1975 entdeckt, nachdem 1973 die gesamte Altstadt von Bologna unter Denkmalschutz gestellt worden war, womit erstmals auch die historische Funktions- und nicht mehr bloß die Repräsentationsarchitektur als denkmalwert anerkannt war.

neten dies sicherlich zu Recht als einen spezifisch Londoner Brutalismus, der einer zerstörerischen Büroturm-Moderne im Osten der teils stark kriegszerstörten Innenstadt zum Siegeszug verhalf.⁴² Anders als im deutschen Kontext wurde dieser Stadtumbau in London allerdings niemals explizit als ein „Wiederaufbau“ im Sinne einer Epochenzäsur nach den Kriegszerstörungen bezeichnet, der über bloße Stadterneuerungsmaßnahmen weit hinaus wies, auch wenn man im britischen Kontext ebenfalls weit verbreitet von „reconstruction“ sprach.⁴³ Seit den späten 1970er Jahren wurde eine nostalgische Postmoderne zum stadtbaupolitischen Programm.⁴⁴ Historistische Neubauten wurden mit geschichtspolitischen Identifikationsstrategien verknüpft und in der Öffentlichkeit als Konsensstrategien zum Zwecke der lokalen Identifikationsbildung verankert.⁴⁵

Zwar hatte die Tendenz zur *Politisierung und zur geschichtspolitischen Ideologisierung* des Wiederaufbaus bereits von Anfang an die Prämissen der Denkmalpflege geprägt. Aber sie verstärkte sich fortlaufend, gerade in den beiden Jahrzehnten seit 1990. Beim Abriss des Ost-Berliner Palastes der Republik und erneut in der Debatte über die neohistorische Fassadenrekonstruktion des Berliner Schlosses⁴⁶ kann eine ausgeprägte Über-Politisierung des Problemfeldes der historischen Rekonstruktion

⁴² Vgl. Arthur Kutcher, *Looking at London. Illustrated walks through a changing city*, London 1978, S. 96-113.

⁴³ Vgl. die öffentlichen Planungen über den Neuaufbau des Paternoster Squares, nördlich von der Kathedrale St. Pauls, die in den 1950er Jahren und 1984 pointierte Umorientierungen der Stadtplanung mit sich brachten. Vgl. Bodenschatz, *Renaissance der Mitte*, S. 71-86, 309. Vgl. zur zeitgenössischen Einschätzung dieses Umgestaltungsbereiches dreißig Jahre zuvor Felix Barker und Peter Jackson, *London. 2000 years of a city and its people*, London 1974, S. 367-369. Außerdem: Cordelia Polinna, *Towards a London Renaissance. Projekte und Planwerke des städtebaulichen Paradigmenwechsels im Londoner Zentrum*, Detmold 2009, S. 74-78. Auch die Neugestaltung des Berliner Nikolaiviertels als eine staatssozialistische Traditionsinsel zum Berliner Stadtjubiläum 1987 kann als eine pointiert ahistorische Verankerung von postmodernen Neubauten im historischen Innenstadtzentrum angesehen werden, vgl. Florian Urban, *Berlin/DDR – neo-historisch. Geschichte aus Fertigteilen*, Berlin 2007.

⁴⁴ Neben dem Neubau der Fachwerkfassaden an der Ostzeile des Frankfurter Römerberges ist insbesondere der rekonstruktive Wiederaufbau des Hildesheimer Knochenhaueramtshauses (1984) überregional bekannt geworden, vgl. Wolfgang Riemann, *Die städtebauliche Planung für den Marktplatz in Hildesheim*, in: Walter Achilles, *Der Marktplatz zu Hildesheim. Dokumentation des Wiederaufbaus, Hildesheim 1989*, S. 23-79; Wilhelm Buerstedde, *Die kommunalpolitische Auseinandersetzung um den Wiederaufbau des Marktplatzes*, in: ebd., S. 81-89.

⁴⁵ Die wiederaufgebaute Dresdner Frauenkirche ist ein besonders prominentes Beispiel hierfür aus den späten 1990er und frühen 2000er Jahren. Vgl. Jason James, *Undoing Trauma: Reconstructing the Church of Our Lady in Dresden*, in: *Ethos* 34 (2006), S. 244-272.

⁴⁶ Vgl. Thomas Beutelschmidt und Julia Novak, *Ein Palast und seine Republik. Ort, Architektur, Programm*, Berlin 2001, vgl. dazu die frühe Publikation von Wilhelm von Boddien: *Förderverein Berlin Stadtschloss, Das Schloss? Eine Ausstellung über die Mitte Berlins*, Berlin 1993; Beate Binder, *Streitfall Stadtmitte. Der Berliner Schlossplatz*, Köln, Weimar und Wien 2009, S. S. 273-296.

im Kontext von umstrittenen stadtplanerischen Grundsatzkonflikten beobachtet werden.

In vielen Städten, etwa in Braunschweig und in Berlin, aber auch in Potsdam, in Frankfurt/Main, in Nürnberg, Magdeburg und in Aschaffenburg⁴⁷ konnte beobachtet werden, dass (geschichts-)politisch Störendes durch den Abriss von denkmalwerter (Ruinen-)Bausubstanz aus dem kollektiven Gedächtnis ausgeschlossen werden sollte, weil diese Sinndeutungen nicht (mehr) ‚passten‘. Später dann sollte das als baukulturell verloren identifizierte wiederhergestellt werden. So wurden die einmal gefassten Abrissbeschlüsse in ihr Gegenteil verkehrt, um durch Fassadenrekonstruktionen wieder eine symbolische Werthaftigkeit im Stadtraum herzustellen, auch wenn diese vielfach enthistorisiert war.

3. Die Europäisierung des Wiederaufbaus

Erst spät ist die *europäische Dimension* des Wiederaufbaus registriert worden, obwohl der Wiederaufbau als zentrales Problemfeld des Nachkriegsstädtebaus schon seit den frühen 1940er Jahren eine prägende Gemeinsamkeit der damit befassten Stadtplaner in ganz Europa geworden war. Seine konzeptionell verbindende Dimension, Antworten auf ähnliche Problemlagen zu finden, trat dann aber nur im Akteurshandeln als eine paneuropäische Reisetätigkeit hervor, die zu vielfältigen grenzüberschreitenden Arbeitskooperationen in den 1950er und 1960er Jahren geführt hatten.⁴⁸ Ihre Bedeutung lag nicht zuletzt darin, dass sie die politische Konfrontation sowohl von Sieger- und Nicht-Siegerstaaten als auch die Trennlinien des Kalten Krieges konterkarierte, insbesondere vom gespaltenen Deutschland aus. In der zeitgenössischen Fachliteratur hat diese Gegenbewegung zur Blockkonfrontation und der damit einhergehenden Polarisierung in Politik und Wissenschaften al-

⁴⁷ In Potsdam ist der rekonstruktive Wiederaufbau des Stadtschlusses als Landtagsgebäude Brandenburgs bereits beschlossen worden. In Frankfurt am Main soll das Areal des Römerbergs erneut tiefgreifend durch den Abriss des Technischen Rathauses und den rekonstruktiven Wiederaufbau eines kleinen Teils der Vorgängerbebauung umgestaltet werden. In Nürnberg soll das Pellerhaus, ein repräsentativer Neubau der 1950er Jahre, unter Bewahrung des Erdgeschosses und eines Teils der Hofarkaden der Renaissance durch seinen kriegszerstörten Vorgängerbau ersetzt werden. In Magdeburg soll auf der zentralen innerstädtischen Freifläche am Kreuzungspunkt der Magistralen die Ulrichskirche wieder erbaut werden. Zu Magdeburg vgl. auch: Henriette von Preuschen, Der Griff nach den Kirchen: Ideologischer und denkmalpflegerischer Umgang mit kriegszerstörten Kirchen in der DDR, erscheint in: Gian Paolo Treccani, Ricostruzione postbellici nell'Germania, Storia Urbana 2011.

⁴⁸ Zu den drei Reisen des Hannoverschen Stadtplanungschefs Rudolf Hillebrecht in die Sowjetunion zwischen 1955 und 1958 vgl. Ralf Dorn, „...die größte Aufgeschlossenheit für alles Neue“, in: Sid Auffarth und Ralf Dorn, Ein Leben für Hannover. Festschrift zum 100. Geburtstag von Rudolf Hillebrecht, hrsg. von der Stadt Hannover, Hannover 2010, S. 39-54, hier: S. 48-53.

lerdings wenig Nachhall gefunden⁴⁹ und wurde auch nachfolgend in der Geschichtswissenschaft kaum registriert.⁵⁰

Erst 1990 wurde mit dem Sammelband von Jeffrey Diefendorf die erste Vergleichsstudie über die Stadtplanung im Wiederaufbau vorgelegt, die bereits eine Zusammenschau ähnlich gelagerter Frageansätze über die Potenziale von Rekonstruktion und Moderne in Europa enthielt.⁵¹ Anfangs hätten ausschließlich nationalgeschichtlich intendierte Erklärungen dominiert, die als eine Zusammenschau unterschiedlicher Entwicklungspfade analysiert werden sollten. Sie legitimierten den Wiederaufbau einerseits, auf Seiten der Alliierten, als ein siegreiches Aufbauwerk⁵² und andererseits, auf Seiten ihrer Kriegsgegner Deutschland und Italien, als ein spätes Wiedergutmachen im Aufräumen. Der Wiederaufbau begründete hier erneut zivilisatorische (bürgerliche) Leistungsstandards, verkörpert einerseits im propagandistischen Leitbild der deutschen Trümmerfrau, und andererseits in der exakten Rekonstruktionskopie ehemals total zerstörter Baudenkmale, wie etwa derjenigen der monumentalen Barockabtei von Monte Cassino in Süditalien, die bereits Mitte der 1950er Jahre weitgehend im Außenbau wiederhergestellt worden war. Er erlangte somit eine staatstragende Legitimität und hat diese, vor allem im geteilten Deutschland, als eine zentrale Neuerfindungsnarration der beiden Teilstaaten immer beibehalten. Inwieweit diese Narration in Deutschland wie in Italien pointiert als antifaschistisch positioniert wurde, muss, mit Ausnahme der DDR, allerdings noch erforscht werden.⁵³ Vieles spricht dafür, dass die Nachkriegsdemokratien in Deutsch-

⁴⁹ So waren die renommierten frühen Überblickswerke über die Nachkriegsarchitektur, die im Stuttgarter Verlag Hatje-Cantz erschienen, ausschließlich an nationalen Grenzen orientiert. Vgl. Gerd Hatje, Hubert Hoffmann und Karl Kaspar, *Neue deutsche Architektur*, Stuttgart 1956; Ulrich Conrads und Werner Marschall, *Neue deutsche Architektur 2*, Stuttgart 1962; Maurice Besset, *Neue französische Architektur*, Stuttgart 1967; Alberto Galard, *Neue italienische Architektur*, Stuttgart 1967; Robert Maxwell, *Neue englische Architektur*, Stuttgart 1972.

⁵⁰ Vgl. Voldman, *Reconstruction*. Selbst solche vergleichenden Überblickswerte im nationalen Maßstab liegen erst für Deutschland (von Beyme u.a., *Ruinen*), Frankreich (Voldman) und Italien (Treccani, *Monument*) vor.

⁵¹ Vgl. Diefendorf, *Rebuilding*.

⁵² Vgl. hierzu die berühmt gewordene propagandistische Warschauer Aufbauplanstudie von Boleslaw Bierut, *Der Sechsjahrplan des Wiederaufbaus von Warschau*, Leipzig 1951, die für den polnischen Kontext entsprechende *master narratives* verankerte. Über keine der überaus stark zerstörten russischen, weißrussischen und ukrainischen Städte, darunter Smolensk, Minsk und Kiew, liegen bislang vergleichende Studien ihres Wiederaufbaus vor. Dass der sowjetrussische Wiederaufbau dennoch europäische Gemeinsamkeiten der Mentalitätslagerungen schuf, war den Zeitgenossen zumindest als eine Solidarisierungserfahrung bewusst, wenn sie reisten, wie etwa der Hannoversche Stadtplanungschef Hillebrecht 1958 in die UdSSR und nach Polen, vgl. hierzu ausführlich Auffarth und Dorn, *Leben*.

⁵³ Die Verklammerung von kriegsbezogenen Feindstereotypisierungen mit der Wiederaufbau-Narration ist wohl häufiger gewesen, als bislang bekannt worden. Auf der Titelseite des Buches von Gian Paolo Trec-

land und Italien in analoger Weise auf Distanz zum Faschismus gingen, auch wenn diese nicht ostentativ ausgewiesen war. In der Ulbricht-Ära gehörte die ideologische Abgrenzung vom Vorkriegsstädtebau allerdings zum Standardrepertoire propagandistischer Legitimationsstrategien der Stadtplanung. Über die Aneignung von ehemals fremden Städten durch den Wiederaufbau in Polen und über Kaliningrad liegen bereits breit rezipierte Pionierstudien vor, die einen Sonderfall von Transnationalität beleuchten.⁵⁴

Auch die Forschungslage über die französischen Wiederaufbaustädte ist weitgehend unbekannt geblieben, was mit der weitgehenden Ausblendung dieses Themenfeldes aus der französischen Nationalgeschichte begründet werden kann.⁵⁵ Angesichts der umfassenden Zerstörungen in den französischen Groß- und Mittelstädten an der Frontlinie ist dieser Befund verblüffend. Er kann nur mit der Nachwirkung gravierender erinnerungspolitischer Blockaden erklärt werden.⁵⁶ Wie in den anderen nationalgeschichtlichen Kontexten auch wurde in der *master narrative* des siegreichen Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg, in der „de Gaulle-Erinnerung“, das weniger Passende aus der Nationalgeschichte eines nach außen als stark und siegreich auftretenden Frankreich ausgegrenzt.⁵⁷ In diesem Fall handelte es sich um die konkrete Zerstörungsgeschichte der französischen Hafenstädte und insbesondere jener Städte in der Normandie, die auf dem Wege der Sommerinvasion des Jahres 1944 lagen. Infolge alliierter Bombardements, welche die Kehrseite der Befreiung gewesen waren, wurden zahlreiche Klein-, Mittel- und Großstädte

cani wird sie durch die Abbildungen der „Wiederaufbau“-Briefmarken des faschistischen Mussolini-Separatstaates aus dem Jahre 1944 gezeigt, auf denen die kriegszerstörten Baudenkmale der Abtei von Monte Cassino, der Kirche San Lorenzo in Rom, der Loggia dei Mercanti in Bologna und der Kirche Santa Maria delle Grazie in Mailand dargestellt wurden. Unter dem leicht durchschaubaren kriegspropagandistischen Rubrum „Hostium rabies diruit“ („Die Wut der Feinde zerstörte es.“) wurden diese Baudenkmale gezielt instrumentalisiert, um als Feindstereotypisierungen alliierter Zerstörungen eine Gegensolidarisierung zu erreichen, was allerdings weder im italienischen noch im deutschen zivilen Kriegsgebiet glückte, respektive entscheidende Vorteile in der Kriegspropaganda einbrachte. Vgl. Treccani, Monumenti.

⁵⁴ Vgl. Gregor Thum, *Die fremde Stadt. Breslau 1945*, München 2003, S. 211-244 und S.434-494; vgl. auch Per Brodersen, *Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad wurde*, Göttingen 2008, S. 144-168.

⁵⁵ Gewichtige lokalgeschichtliche Studien blieben unpubliziert. Vgl. Jean-Marie Cipolat-Gotet, *La reconstruction de Rouen dans son agglomération (1940-1965). Transformations urbaines. Mutations sociales. Gestion des populations*, Diss. Masch. Université Paris I 2004. Weitere Lokalstudien sind bislang nicht international rezipiert worden: Elisabeth Chauvin und Piere Gencey, *Appartement témoins de la reconstruction du Havre*, Le Havre 2007.

⁵⁶ Vgl. jetzt: Corinne Bouillot, *La mémoire des bombardements à Rouen et sa mise en contexte*, in: *Études Normandes* 3 (2010).

⁵⁷ Vgl. Mechthild Gilzmer, *Denkmäler als Medien der Erinnerungskultur in Frankreich seit 1944*, München 2007.

stark in Mitleidenschaft gezogen, am schwersten Dunkerque, Le Havre, Caen und die Atlantikstädte.⁵⁸

Auch die englische Forschungsdiskussion wurde partiell überlagert, allerdings von einem Einzelfall, der internationalen Anteilnahme am Wiederaufbau der völlig zerstörten Innenstadt von Coventry. Erstaunlicherweise wurde der weitaus größere Zerstörungsumfang in der Hauptstadt London sowie in den südenenglischen Hafens- und den nordenglischen Industriestädten in seiner Wirkung auf den Wiederaufbau bislang nur ansatzweise historisiert.⁵⁹ Insgesamt gesehen ist die Bedeutung des Wiederaufbaus für die britische Nachkriegsgeschichte stark in den Hintergrund gerückt worden, obwohl oder auch weil die katastrophale Kriegserfahrung permanenter Bombardements zwischen 1940 und 1945 vor allem in der Mentalität der Londoner bis heute stark nachwirkt und entsprechend breit popularisiert worden ist.⁶⁰

Diese Ambivalenz kennzeichnet das internationale Vergleichsspektrum insgesamt. So ist die Geschichte der wichtigsten Wiederaufbaustädte mit Ausnahme von Warschau überhaupt nicht transnational rezipiert worden. Im deutschen Forschungskontext völlig unbekannt geblieben sind die Wiederaufbauleistungen in allen großen und kleineren sowjetischen Städte, die im Kriegsgebiet der „Verbrannten Erde“ der deutschen Wehrmacht lagen, die total zerstörten japanischen Großstädte mit Ausnahme von Hiroshima und Nagasaki, also insbesondere der Wieder-

⁵⁸ Vgl. Joe Nasr, „La Réalité de la Perception“: Changements morphologiques de deux villes reconstruites (Saint-Malo et Le Havre), in: Rainer Hudemann und Francois Walter (Hrsg.), *Villes et Guerres mondiales en Europe au Vingtième Siècle*, Paris und Montreal, S. 177-191 ; als historische Bestandsaufnahme vgl. George Kyte, *War Damage and Problems of Reconstruction in France, 1940-1945*, in: *Pacific Historical Review* 15 (1946), S. 417-426. Spezialist für den Wiederaufbau in der Normandie wurde der Londoner Stadthistoriker Hugh Clout, *The reconstruction of Upper Normandy: a tale of two cities*, in: *Planning Perspectives* 14 (1999), S. 183-207; ders., *Destruction and revival: the example of Calvados and Caen, 1940 – 1965* in: *Landscape Research* 24 (1999), S. 117-139.

⁵⁹ Schon die divergenten Einschätzungen auf Seiten (deutscher) Stadtplanungshistoriker, ob etwa ein Drittel des innerstädtischen Gebietes von London von Bombardements schwer betroffen war (Schott, London) oder „ob sich die Zerstörungen in London in relativ beschränktem Rahmen (hielten)“ (Bodenschatz, Mitte, S. 34), offenbaren das Spektrum an widerstreitenden Ausdeutungen der Wiederaufbaurealität in Großbritannien. Vgl. Patricia L. Garside, *Industrial Planning and Urban Reconstruction after World War Two: The Case of London 1940-1955*, in: Hudemann und Walter, *Villes et Guerres*, S. 193-215; Schott, London, S. 284 und S. 288.

⁶⁰ Mit dem binären Zuschreibungsmodus „Blitz and Boom“ beschreibt etwa Kutcher aus seiner persönlichen architekturkritischen Sichtweise die beiden zentralen Zerstörungswellen und das davon betroffene Ostlondoner Stadtgebiet als „an architectural disaster area“. Etwa die Hälfte der von ihm auf einem Stadtrundgang um das zentrale Stadtviertel von St. Pauls Cathedral beschriebenen ein Dutzend Barockkirchen von Christopher Wren war durch Bombardements teilzerstört und bis Mitte der 1970er Jahre wiederaufgebaut worden, insgesamt zehn von 16 Wren-Kirchen in London waren durch Kriegseinwirkungen (teil-)zerstört worden. Vgl. Kutcher, S. 96-113 , hier: S. 97, 106-111; sowie Felix Barker und Peter Jackson, *London. 2000 years of a city and its people*, London 1974, S. 364.

aufbau Tokios und Osakas, und im europäischen Kontext Mailand⁶¹, Brescia oder Turin. Aber auch der Wiederaufbau Hamburgs, Kölns, Stuttgarts oder Pforzheims im deutschen Zerstörungsgebiet sind weder national noch international rezipiert worden. Man tut gut daran, nach den Gründen für diese Barrieren gegenüber der transnationalen Vergleichbarkeit zu fragen.⁶²

Auch die denkmalpflegerische Rezeption des Wiederaufbaus der Londoner Guildhall, einem der zentralen Londoner Baudenkmäler mit hohem historischem Erinnerungswert, das nach schweren Kriegszerstörungen erst Anfang der 1970er Jahre wiederhergestellt worden war, weist gravierende erinnerungskulturelle Lücken auf. In der Publikation von 1974 zur Wiedereinweihung wurde nicht kenntlich gemacht, dass die Guildhall gerade durch ihren Wiederaufbau baulich stark verändert worden war, auch um den Preis eines Teilabrisses noch vorhandener gotischer Gebäudereste. Kennzeichnend für eine solche radikale Neubebauung und Neudefinition eines historischen Ruinenbaudenkmales war, dass seine Baugeschichte primär aus der Sicht der bauausführenden Architekten dargestellt wurde und auf funktionale, nicht auf historische Gesichtspunkte der Bedeutungsproduktion rekurrierte, so als habe es sich beim Wiederaufbau lediglich um einen überfälligen Modernisierungsumbau des Gebäudes gehandelt.⁶³

⁶¹ Über Mailand liegen jetzt profunde Aufsätze von Architekturhistorikerinnen vor: Vgl. Serena Pesenti, 1945, Milan, Italia: Restauro, Urbanistica, Architettura. Prime Considerazioni per una Lettura del Dibattito, in: Gian Paolo Treccani (Hrsg.), Monumenti alla Guerra. Città, danni bellici e ricostruzione nel secondo dopoguerra, Milano 2008, S. 211- 245; Ginafranco Pertot, Milano e le Bombe. Le Distruzioni, le Macerie, i primi Interventi, la tutela Mancata, in: Treccani, Monumenti, S. 255-302. Vgl. auch die ältere Darstellung aus Sicht der Denkmalpflege über den wichtigsten zerstörten Sakralbau: Maria Teresa Fiorio, Santa Maria della Grazie, in: dies. (Hrsg.), Le Chiese di Milano, Milano 1985, S. 67-78. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren beispielhafte populärwissenschaftlich orientierte Monographien über den lokalen Wiederaufbau erschienen, die von der Mailänder Stadtverwaltung herausgegeben wurden: Robi Ronza, M.A. Crippa, D. Mericio und F. Zanzottera (Hrsg.), Milano 1940-1955. Bombardata e ricostruita, Buccinasco 2002, Cara Ronza und Massimo Scaglione (Hrsg.), Milano e la Lombardia sotto le Bombe, Buccinasco 2004. Für diese beiden Literaturhinweise danke ich stud. hist. urb. Sara Ferro, Berlin.

⁶² Das geschieht erst jetzt seitens der interdisziplinär ausgerichteten französischen Geschichtswissenschaft und Germanistik, zunächst durch die Pionierleistung von Cécile-Anne Sibout und Stephanie Springer, Rouen et Hanovre. La reconstruction après 1945. Collection histoire(s) d'agglom. No. 34, hrsg. von der Agglomération de Rouen/Haute Normandie. Wanderausstellung mit Unterstützung der Partnerstadt/-region Hannover, Begleitheft, Rouen 2008. Erstmals fand im Oktober 2010 an der Université de Rouen, veranstaltet von Corinne Bouillot, eine binationale deutsch-französische Tagung über den Vergleich der besonders schwer kriegszerstörten Regionen Normandie und Niedersachsen statt: Reconstruction de la Normandie et de la Basse-Saxe après la Seconde guerre mondiale / Wiederaufbau in der Normandie und in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg. Enjeux, réalités, représentations. Die Tagungsergebnisse werden 2011 im Verlag der Université de Rouen publiziert.

⁶³ Caroline Barron, The Medieval Guildhall of London, London 1974, S. 5-11, Fototafeln 6 und 32. Auch von Bodenschatz, Renaissance der Mitte, S. 34, wird explizit Bezug auf die Kriegszerstörung der Guild-

Das blanke Gegenteil der Ausblendung, die hasserfüllte Feindnarration, welche die NS-Propaganda geprägt hatte und anfänglich subkutan noch in den deutschen Wiederaufbaupublikation zu spüren war, wurde mit einer gewissen Persistenz nur im Dresdner Fallbeispiel aufrecht erhalten. Für die Dresdener Wiederaufbau-Narration lässt sich eine sehr problematische Verkettung gezielter geschichtspolitischer Übersteigerungen und Instrumentalisierungsversuche konstatieren, die immer wieder die Kommunalpolitik herausforderten. Kann für die Dresdner Wiederaufbaugeschichtsschreibung somit von einer nachhaltig politisch gestörten Erinnerungskultur ausgegangen werden, wurde insgesamt die frühe und ostentative Abkehr von den Ideengebäuden des Nationalsozialismus auch durch die Medien der Wiederaufbauerfahrung vollzogen.

Somit wurden die deutschen Städte in ihren Wiederaufbauzonen zu Beschreibungsräumen einerseits einer geläuterten gesamt-deutschen Nationalidentität und andererseits einer geteilten bundesrepublikanischen und DDR-Staatsidentität. Diese dominante Erzählhaltung als einer (geteilten) Wiederaufbau-Nation aus einer städtebaulichen ‚Stunde-Null‘-Situation heraus ist im europäischen Vergleichsmaßstab eher ungewöhnlich und damit als eine nationalgeschichtlich besonders zugespitzte Narrativität von Wiederaufbaugeschichte anzusehen.⁶⁴

4. Die Verräumlichung des Wiederaufbaus

Der *spatial turn* bewirkte in den frühen 2000er Jahren vor allem eine Konkretisierung der konzeptionellen und methodischen Expertise in der Stadtbaugeschichte, indem der Blick gewissermaßen nach innen, auf die eigene, ortsbezogene Raumsituation in den Städten gerichtet wurde und damit auch auf die lokale Populärkultur des Wiederaufbaus zurück wirkte. Methodische Innovationen in qualitativen her-

hall und auf deren Bedeutung als wichtigstem rekonstruktiven Wiederaufbauvorhaben der Stadt London Bezug genommen. Weniger bekannt in der Literatur sind Hinweise auf weitere Totalzerstörungen von Baudenkmalen sowie auf die Reparatur von Buckingham Palace und den Wiederaufbau des Parlamentssaales des House of Commons nach seiner Totalzerstörung sowie anderer wichtiger Londoner Baudenkmale, wie etwa die Wren-Kirchen. Diese Informationen sind nur verstreut und punktuell greifbar: „A temporary roof is visible on Guildhall replacing the burnt one; but inside the wooden statues of Gog and Magog are nothing but ashes. Outside the City, the Elizabethan Middle Temple Hall is badly damaged. Another roof – on Westminster Hall – had been hit, but not destroyed. But the Commons has gone in one of seventeen attacks on the Houses of Parliament.“ Barker und Jackson, London, S. 364.

⁶⁴ Vgl. Georg Wagner-Kyora, Tagungsbericht: Wiederaufbau der Städte: Europa seit 1945 / Rebuilding European Cities: Reconstruction-Policy since 1945, Universität Hamburg 23.-25.9.2009, in: IMS 2 (2009), S. 108-112; vgl. auch Till Briegleb, Die zweite Zerstörungswelle war gut gemeint. Dortmund oder Heidelberg? Eine Hamburger Debatte über den modernen Wiederaufbau der Städte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.,3.,4.10.2009, S. 19.

meneutischen Verfahren, auch aus den Nachbardisziplinen entlehnt, zielen darauf ab, solche Raumerfahrungen auszumessen. Den Raum der Stadt als einen Kernbereich der städtischen Alltagserfahrung und damit auch der Wiederaufbaugeschichte zu bestimmen, erweiterte die ältere Planungsgeschichtsforschung in Richtung auf eine akteursorientierte Sichtweise der Vielen. Sie begreift nicht mehr nur die städtischen politischen Eliten und ihre Stadtplaner als Handelnde der Geschichte in der Stadt, sondern analysiert die Gesellschaft in der Stadt als Ganze in Hinblick auf den Prozess von Bedeutungskonstruktion.⁶⁵

Vor dem Hintergrund dieses Perspektivwechsels wurden „binäre Denkmuster“ über die Stadt als Ort des Politischen zurück gewiesen. Eine neu positionierte Erfahrungsgeschichte der Stadtrepräsentationen verlangte, die „Entgrenzungserscheinungen“ des Städtischen als eine kommunikative und als eine sozialräumliche Realität anzuerkennen und sie als eine kulturelle Praxis zu erforschen.⁶⁶ Allerdings wurde damit auch die Fokussierung auf wenige thematische Leitlinien von empirisch leicht zugänglichen Fixpunkten der Stadtbaugeschichte zugunsten eines breit geöffneten Fragerasters aufgegeben und es wurden Randbereiche wie die Mediengeschichte in dieses neue stadthistorische Paradigma integriert.⁶⁷

Stadtmonographische Vergleichsforschungen zur Wiederaufbaugeschichte haben hinsichtlich der leitenden Fragestellungen nach den politischen und den stadträumlichen Auswirkungen des Wiederaufbaus die Zentralität der lokalen Raumerfahrungen für das kollektiv vermittelte Selbstverständnis von Stadträumen herausgestellt, auch als eine utopische Aspiration, also als eine angestrebte ideale Verwirklichung von konsensualen Erfahrungsräumen.⁶⁸ Dies geschah vergleichend in der analytischen Nachzeichnung von idealtypischen politischen Entscheidungsverläufen. Sie richteten sich auf den rekonstruktiven Wiederaufbau solitärer Baudenkmale mit Wahrzeichencharakter. Außerdem wurde ihre Wirkungs- und Diskursgeschichte als eine Verkörperung städtischer Narrative von Einigkeit, Stärke, Größe und Wohlstand analysiert. Hierbei konnte ein Mechanismus kommunaler Entscheidungsfindung über den rekonstruktiven Wiederaufbau solcher Wahrzeichen festgestellt werden.

Als entscheidend für die positive Wiederaufbauperspektive eines kriegszerstörten Baudenkmales erwiesen sich seine stadträumliche Lage und die mit ihm imaginier-

⁶⁵ Vgl. Wagner-Kyora, Schloß.

⁶⁶ Vgl. Adelheid von Saldern, Kommunikation in Umbruchszeiten. Die Stadt im Spannungsfeld von Kohärenz und Entgrenzung, in: dies., Stadt und Kommunikation, S. 11-44.

⁶⁷ Vgl. Axel Schildt, Stadt, Medien und Öffentlichkeit in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ergebnisse der neueren Forschung, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1 (2002), S. 36-43.

⁶⁸ Vgl. in diachroner Perspektive Mark Escherich, Städtische Selbstbilder und bauliche Repräsentation. Architektur und Städtebau in Erfurt 1918-1933, Berlin 2010.

ten Verwendungsmöglichkeiten.⁶⁹ Konnten Baudenkmale nicht an prominenten Orten in einer repräsentativen und stadträumlich bedeutenden Fassadenwirkung inszeniert werden, sanken ihre Chancen auf bauliche Wiederherstellung stark, ebenso, wenn sie kaum begehbar und nicht nutzbar waren. Konnten sie Zentren einer öffentlichen Erinnerungskultur werden, wurde das Wiederaufbauvorhaben eher anerkannt, als wenn das nicht möglich war. Repräsentierten sie Stadtbürgerlichkeit, erfuhr ein solches Bauprojekt leichter eine positive Evaluierung, als wenn es eher herrschaftsgeschichtliche Traditionen verkörperte. Wurde ein Ensemble zur Komplettierung der Innenstadt als eines traditionsorientierten Erlebnisraumes benötigt, propagierte man sogar den Aufbau von Straßenzügen im alten Stil - und dies auch noch mehrere Jahrzehnte nach ihrer Kriegszerstörung. Wenn aber ein Bauwerk der verkehrsräumlichen Neuausrichtung der Innenstädte widersprach oder etwa der noch wichtigeren City-Bildung, dann stand es darum eher schlecht, und das Vorhaben geriet schnell in Vergessenheit.⁷⁰

Kurzum, exponierte stadträumliche Sichtbarkeit und potenzielle Erlebnishaftigkeit, später insbesondere durch bauliche Ensemblewirkung, sowie die Möglichkeiten, mit dem Bauwerk stadtbürgerliche Identifikationen zu fördern, gaben die Hauptstränge der Begründungen für Wiederaufbauvorhaben ab. Sie waren weitaus weniger als ursprünglich angenommen festen Traditionsorientierungen geschuldet, da diese unter den Prämissen einer nach modernen Prinzipien und Bedürfnissen vorgenommenen Funktionalisierung des innerstädtischen Raumes in den Hintergrund gedrängt worden waren. Bestenfalls konnten rekonstruktive Wiederaufbauvorhaben in ein variables Neu-Arrangement der Innenstadtbebauung integriert werden, wenn City-Bildung und Wahrzeichen-Wiederaufbau miteinander konfligierten. So wurde eine völlige Neugestaltung der Innenstadtbebauung zwar größtenteils durch die Grenzziehungen des privaten Grundbesitzes in der Innenstadt verhindert, wie am Beispiel von Nürnberg, Augsburg, Aschaffenburg, Braunschweig und selbst von Dortmund gezeigt werden kann, aber sobald der Wunsch danach übermächtig geworden war, konnte er im Rahmen des kommunalen Planungsrechtes durchaus und vergleichsweise schnell verwirklicht werden.⁷¹ Das wieder aufgebaute solitäre Bauwerk und später auch das Ensemble von rekonstruierten Bauwerken wurden in diesem bürgerschaftlichen Besitz- und Eigentumsraum zu identifikati-

⁶⁹ Vgl. Wagner-Kyora, Bürgerinitiative, S. 80-84.; Georg Wagner-Kyora, „Wiederaufbau“ und Stadt-Raum: Streit um die Rekonstruktion des Dortmunder Rathauses und der Alten Waage in Braunschweig 1974 – 1994, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.), Stadt und Kommunikation, S. 209-238, hier: S. 216-217 und S. 220-222.

⁷⁰ Vgl. Wagner-Kyora, City, S. 300-304; dazu auch weiter unten.

⁷¹ Vgl. Michael Wawoczny, Der Schnitt durch die Stadt. Planungs- und Baugeschichte der Hamburger Ost-West-Straße von 1911 bis heute, Hamburg 1996, S. 65-67.

onsstiftenden Wahrzeichen der gemeinsamen Stadt stilisiert. Sie fungierten zudem als Platzhalter traditioneller Raumerfahrungen des Zerstörten, das aber ansatzweise wiederhergestellt werden sollte als ein Erinnerungsbestandteil der kollektiven Erinnerung an die ‚alte Stadt‘.

5. Eigenlogiken, Stadtrepräsentation und die Ethnologisierung des Wiederaufbaus

Das Ziel, jene innere Logik städtischen Akteurshandelns und städtischer Erfahrungswelten festzustellen, die es erlaubt, Städte als jeweils einzigartige soziokulturelle Felder wahrzunehmen, jüngst als „Eigenlogik der Städte“ definiert⁷², geht über traditionelle Prämissen der Stadtgeschichtsschreibung hinaus, weil Städte nicht mehr nur in ihrer Einzigartigkeit, sondern auch in der Summe ihrer auf konkrete Raumerfahrungen abzielenden akteursorientierten Handlungsweisen und Wahrnehmungstechniken der Stadtbewohner beschrieben werden sollen. Beides kommt hier zusammen: Die Unverwechselbarkeit des Ortes, der in seiner räumlichen Einmaligkeit Bedeutung für die Stadt als Ganze schafft, und die daraus erwachsende Handlungsorientierung und Selbstvergewisserung der Akteure, die mit diesem Ort diskursiv „arbeiten“, auch in Hinblick auf die Konstruktion von städtischen Selbstbildern.⁷³ Akteurshandlungen und ihre Selbstdeutungen „produzieren“ Raum an konkreten einmaligen Orten (Henri Lefebvre).

Auf der Basis dieser integrativen Raum- und Sozialkonstruktion, als Akteurs- und als Diskursfeld, sollen Prämissen der Vergleichbarkeit von Stadtproduktion gewonnen werden, welche die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede von Raumwirkungen und von Akteursfeldern bestimmen. Die Wiederaufbaugeschichte kann diesem offenen Forschungsfeld somit auch in stadthehnologischer Perspektive, mit dem Ertrag des *spatial turn* und den Forschungen zur Stadtrepräsentationsforschung, zugeordnet werden. Denn sie basiert ebenfalls auf einer Rekonstruktion kollektiver Erfahrungsebenen und Deutungsebenen in den politischen Kontexten konkreten lokalen Akteurshandelns, welche darauf abzielten, den Stellenwert und die Bedeutung politischer Handlungen an konkreten Orten hervor zu bringen und ihn konsensual als öffentlichen Diskursraum zu bestimmen. Auf der Basis politischer Aushandlungs-

⁷² Martina Löw, Eigenlogische Strukturen – Differenzen zwischen Städten als konzeptionelle Herausforderung, in: Helmuth Berking und Martina Löw (Hrsg.), *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt am Main und New York 2008*, S. 33-53; dies., Einleitung, in: dies., *Eigenlogik*, S. 7-14. Vgl. auch Helmuth Berking, „Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen“ – Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte, in: ebd., S. 15-31; Franz Bockrath, *Städtischer Habitus – Habitus der Stadt*, in: ebd., S. 55-82.

⁷³ Vgl. Jochen Guckes, *Städtische Selbstbilder. Perspektiven bürgerlicher Deutungseliten auf die eigene Stadt, 1900-1960*, Paderborn 2011 (im Erscheinen).

prozesse zählen die Selbstbeschreibungen der Akteure ebenso dazu wie die Fremdwahrnehmungen des Wiederaufbaugeschehens aus der Perspektive von Medien und Stadtbürgern. Vergleiche ähnlicher Aushandlungsprozesse und Diskurspraktiken erlauben es, das Besondere des Lokalen in Abgrenzung zu anderen städtischen Räumen festzustellen. So können auf einer makrohistorischen Ebene die empirischen Beschreibungen einzelner Fallbeispiele ein Gesamtbild des historischen Akteurshandelns abgeben und gleichzeitig das Diskursfeld des Wiederaufbaus bestimmen.

Auch die gegenwärtige Wiederaufbaugeschichte hat davon profitiert. In ihr konnte die Beschreibung der Akteursziele, die zwischen der Wiederherstellung und der Neuerfindung von Traditionsbezügen changierten, um eine weitere Beschreibungsebene erweitert werden, die auch die Eigenlogik der Städte als eine kommunikative Praxis von disparaten Akteuren, Rezipienten und medialen Vermittlern in den Blick genommen hat. Diese bilanziert die Gesamtheit kommunaler Baupraktiken, Diskursverläufe und Deutungsschemata, wobei eine Mehrzahl von Einzelfällen solitärer Wiederaufbauten und lokaler Wiederaufbaukonzepte in der Gesamtschau unter ähnlichen Prämissen synthetisiert werden können.

Mit den vielfältigen zeitgenössischen Reflexionen auf den Neuaufbau des Berliner Stadtschlusses als Humboldtforum, dem der Abriss der Ruine des Palastes der Republik vorausging, sind interdisziplinäre Zugänge zu einer neuen Wiederaufbaugeschichte erschlossen worden.⁷⁴ Sie basieren auf einer stadtgeschichtlichen Literatur zur Berliner Altstadt.⁷⁵ Sie erst ergeben das Gesamtbild einer kontinuierlichen City- und einer verspäteten Altstadtplanung,⁷⁶ die schließlich in eine Berliner metropolitane Identitätskonstruktion einmündete.⁷⁷ Auch die diskontinuierliche Ab-

⁷⁴ Beate Binder, Streitfall Stadtmitte. Der Berliner Schlossplatz, Köln, Weimar und Wien 2009, S. 113-231; Thomas Beutelschmidt und Julia M. Novak (Hrsg.), Ein Palast und seine Republik. Ort, Architektur und Programm, Berlin 2001; Anke Kuhrmann, Der Palast der Republik. Geschichte und Bedeutung des Ost-Berliner Parlaments- und Kulturhauses, Petersberg 2006; Moritz Holfelder, Palast der Republik. Aufstieg und Fall eines symbolischen Gebäudes, Berlin 2008.

⁷⁵ Vgl. Benedikt Goebel, Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2003; Urban, Berlin/DDR. Darin werden auch die Abrissmotive in die Analyse integriert. Vgl. Arwed Messmer, Anonyme Mitte, Nürnberg 2009; Hans Stimmann, Berliner. Altstadt. Von der DDR-Staatsmitte zur Stadtmitte, Berlin 2009.

⁷⁶ Vgl. Harald Bodenschatz, Platz frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskasernenstadt der Welt“ seit 1871, Berlin 1987; Erich Konter, Uwe Altrock, Carsten Benke u.a., Das Zentrum von Berlin, in: Harald Bodenschatz (Hrsg.), Renaissance der Mitte. Zentrumsbau in London und Berlin, Berlin 2005, S. 166-335.

⁷⁷ Celina Kress/ Georg Wagner-Kyora, Der Streitfall Alt-Berlin im Städtebau und die Mentalität der Metropole, in: Franziska Nentwig/ Dominik Bartmann (Hg.), Berlins vergessene Mitte. Stadtkern 1840-2010, Berlin 2010, S. 49-71.

riss- und Neubaugeschichte des Essener Rathauses in den 1960er und 1970er Jahren⁷⁸ zeigt, dass die Leitvorstellungen des Wiederaufbaus in einer lange wirkenden Kontinuität einer auf monumentale Raumwirkungen angelegten Stadtplanung verankert waren.

**Prof. Dr. Georg Wagner-Kyora, Center for Metropolitan Studies Berlin,
wagner-kyora@metropolitanstudies.de**

⁷⁸ Till Schraven, (Sozial-)demokratie als Bauherr. Rathausbau der 1960er und 1970er Jahre in der BRD und Essen, Essen 2009.

Tagungsbericht: Zweite Hessenkonferenz STADTFORSCHUNG, Universität Kassel, Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung, 5.-6. Februar 2010

Ein Jahr nach der Auftaktkonferenz in Darmstadt fand am 5. und 6. Februar 2010 die „2. Hessenkonferenz STADTFORSCHUNG“ in Kassel statt. Ihr zentrales Ziel bestand darin, die Vernetzung der Stadtforschung in Hessen unter Einbeziehung weiterer Fachrichtungen voran zu treiben und damit den Forschungsstandort Hessen zu stärken.

Die Veranstaltung setzte die impulsgebende Initiative des vom Land Hessen geförderten LOEWE-Forschungsschwerpunktes „Eigenlogik der Städte“ fort, indem sie zum einen ein breit gefächertes Spektrum aktueller, viel versprechender Forschungsergebnisse vorstellte und sich zum anderen einer intensiven Diskussion von Methodenfragen zuwandte. Im Sinne einer möglichst „hautnahen“ Auseinandersetzung mit Methoden und Stadtforschungsphänomenen orientierte sich die Veranstaltung weiterhin an den konkreten Erfahrungen einer Fallstudienstadt, in diesem Fall nahe liegender Weise der des Tagungsortes, Kassel. An der Tagung nahmen 60 VertreterInnen unterschiedlichster Fachrichtungen aus sechs hessischen Hochschulen teil.

Ein einleitender Veranstaltungsblock stellte das Kennenlernen und erste Fragen der stärkeren Vernetzung der Stadtforschung in Hessen in den Mittelpunkt. Diesem Ziel dienten auch kurze Vorstellungen anhand der ausgestellten Plakate zu aktuellen Forschungsprojekten.

Nach einer Einführung durch Dr. Peter Noller reflektierte Prof. Dr. Ulf Hahne über raumwissenschaftliche Erkenntnisgewinnung zwischen Intuition und methodengestützter Analyse. Dem Vortrag von Prof. Dr. Gisela Welz über die kulturanthropologischen Methoden der Stadtforschung, die eine für interdisziplinäre Ansät-

ze in der Stadtforschung geeignete Herangehensweise zu bieten scheinen, folgte eine lange, intensive Diskussion, die sich auch der Frage widmete, wie interdisziplinäre Forschung in Hessen auch institutionell/organisatorisch verankert werden könnte.

Die Kurzvorträge des dritten Blocks stellten zunächst den LOEWE-Verbund Eigenlogik in Bezug auf erste Ergebnisse vor, der dadurch in seiner Vielschichtigkeit in höherem Maße als bisher erkenntlich wurde. Zugleich konnte dabei über die Herausforderungen interdisziplinärer Forschung in thematischen Verbänden diskutiert werden. Deutlich wurde, dass dazu auf der einen Seite Potentiale gehören wie die Nachwuchsförderung und ein neu erschließbarer Raum für experimentelle, nicht vollständig etablierte Forschungsansätze. Als Herausforderung wurden auf der anderen Seite Aufgaben und Probleme der Steuerung teilweise nebeneinander laufender, zunächst einmal schwer mit einander verknüpfbarer thematischer Forschungslinien deutlich.

Der Vortrag von Niklas Wever zeigte, dass Forschung auch sehr anwendungsbezogen auf Hessen einen Mehrwert darstellen kann, der noch weiter auszuloten ist, und dass auf dieser Grundlage thematische Kompetenznetzwerke für Fragen der Stadtentwicklung in Hessen zu entwickeln wären.

In den Beiträgen des anschließenden „Fallstudien-Blocks“ wurden unterschiedliche, historisch bezogene Forschungslinien angerissen, die auch mögliche Verknüpfungen mit der Thematik der Eigenlogik bieten. Eingeleitet wurden diese durch die Prolegomena zu einem Forschungsprojekt über „Kassels Weg in die Moderne“, die Prof. Dr. Jens Flemming darstellte, und durch das anschließend vorgeführte Anschauungsmaterial in Form eines Propaganda-Films aus den 1930er Jahren zur Erneuerung der Kasseler Altstadt.

Den historischen Ort dieses Geschehens und dessen Verwandlung in ein Stadtquartier des Nachkriegs-Neuaufbaus, der einer ganz eigenen Logik folgte, suchten am nächsten Tag die Teilnehmer einer von Dr. Friedhelm Fischer angebotenen Führung auf. Mit deren Abschluss in der Unterneustadt, deren Planung sich auf mehreren Ebenen als Antithese zum Städtebau der Nachkriegsmoderne verstand, eröffneten sich Verbindungslinien zur gegenwärtigen Situation einer Stadt als Ausgangspunkt für die Stadtforschung, und damit zur gegenseitigen Bedingtheit von sozialen, ökonomischen und räumlichen Phänomenen. In diesem Sinne spannten die anschließenden Vorträge einen Bogen vom mittelalterlichen Städtebau (Dr. Christian Presche) über die Zusammenhänge zwischen Strukturwandel und Stadtbau 1960–2002 (Thomas Pristl) bis zu den Beobachtungen von Dr. Klaus Geiger über gegenwärtige Ängste vor der „Parallelgesellschaft“. Den Schritt auf die übergeordnete räumliche Ebene vollzog Prof. Dr. Jürgen Aring mit der Betrachtung der Situation

von Kassel als mittlerer Großstadt zwischen Zentrum und Peripherie. Die anschließende Diskussion thematisierte u. a. die Widersprüche der aktuellen Problematik zwischen Schrumpfen und Wachsen und erinnerte daran, dass im Gegensatz dazu für Südhessen eher Nutzungskonflikte durch Überlastungserscheinungen charakteristische Themen sind.

Insgesamt machten die Beiträge und Diskussionen damit die Vielschichtigkeit der Forschungsansätze bis hin zu elementaren Fragen der unterschiedlichen Konstruktion von Realität deutlich. Zugleich wurden Chancen für thematische Verbindungen aufgezeigt und Potentiale für Kooperationsansätze erkennbar.

In der Abschlussdiskussion wurden zukünftige Perspektiven und Schritte einer hessischen Stadtforschung erörtert. Als nächstes Ziel der Initiative Hessenforschung zeichnet sich die Aufgabe ab, unter der Bundesebene der BMVBS-Ressortforschung im Land Hessen die Möglichkeiten auszuloten, in denen man sich als Netzwerk von forschungs- und beratungsfähigen Kollegen positioniert. Als Leitperspektive kann die Frage dienen, inwiefern angesichts der Ausdifferenzierung verschiedener Stadttypen und Räume auch differenzierte Politikansätze der Entwicklung dieser Städte und Räume erforderlich sind und auf welchen Ebenen diese verfolgt werden können. Diese Fragestellung sollte geeignet sein, nicht nur die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe süd- und nordhessischer Stadtforschung zusammenzuführen, sondern auch für das Land Hessen fruchtbare Erkenntnisse hinsichtlich landespolitischer Optionen gewinnen zu können.

Prof. Dr. Michael Peterek und die Fachhochschule Frankfurt haben sich bereit erklärt, die nächste Tagung auszurichten.

**Prof. Dr. Uwe Altrock, Universität Kassel, altrock@asl.uni-kassel.de;
Dr. Friedhelm Fischer Universität Kassel, ffischer@uni-kassel.de**

Sammelbericht von der 10. Konferenz der European Association for Urban History, 'City and Society in European History', Ghent, 1.-4.9.2010

D I E T E R S C H O T T

Bericht vom International Committee der European Association for Urban History

Im Rahmen der Sitzung des International Committee der EAUH setzte sich der bereits in Lyon eingeleitete Generationswechsel fort. Peter Clark (Helsinki), einer der Initiatoren der EAUH, übergab nach seinem Bericht als Schatzmeister über die Finanzen der EAUH sein Amt an Marjaana Niemi (Tampere). Die Konferenz von Ghent, deren Organisation und Ablauf einhellig gelobt wurde, zählte wieder deutlich über 500 Teilnehmer, wobei vor allem eine stärkere Präsenz von der iberischen Halbinsel hervorgehoben wurde. Die EAUH hatte 24 Bursaries (Erlass der Registrationsgebühr) und vier Reisestipendien vergeben. Als neue Mitglieder wurden aufgenommen Prof. Élizabeth Crouzet-Pavan (Paris) als französische Vertreterin an Stelle von Denis Menjot, Dr. Shane Ewen (Leeds) als britischer Vertreter für Bob Morris und Dr. Jan Hein Furnee (Amsterdam), der von Paul van de Laar die Aufgabe des Schriftführers übernimmt. Im Hinblick auf die Präsenz der EAUH im Internet wurde beschlossen, dass eine Website für EAUH in Verbindung mit dem Centre for Urban History, Leicester, eingerichtet und von diesem betreut wird. Da der Austragungsort der nächsten EAUH-Konferenz 2012 Prag sein wird, wurde die tschechische Vertreterin Luda Klusakova (Prag) zur Präsidentin des EAUH gewählt. Die Präsidentin informierte das Committee über die Planungen; die Konferenz wird im wesentlichen in der Faculty of Arts der Karls-Universität stattfinden, die Eröffnungs-Veranstaltung in der Technischen Universität. Für 2014 wurde die Kandidatur von Lissabon begrüßt und akzeptiert. Das Committee verständigte sich, bei künftigen Konferenzen das leidige Problem kurzfristiger Absagen in der Organisation stärker zu berücksichtigen und bei der künftigen Auswahl von Sektionen auch die Performanz und Organisationsleistungen von Sektionsleitern als Kriterien heranzuziehen.

Die folgenden Berichte zu ausgewählten Sektionen geben exemplarische Einblicke in einige Themen und Ergebnisse der Konferenz. Die Sektion M19 *Geographies of Transgression in the History of the City* (H. Reinke/ M. de Koster) wird in einem separaten Bericht in diesem Heft zusammen mit vorausgegangenen Workshops näher vorgestellt.

Dieter Schott (deutscher Vertreter im EAUH), schott@pg.tu-darmstadt.de

D I E T E R S C H O T T

M 20: Towards the Sustainable City? Challenges and Strategies in Urban Environmental Policies after 1950

Die von Sabine Barles (Univ. Paris 8) und Dieter Schott (TU Darmstadt) organisierte Sektion verfolgte das Ziel, wie Dieter Schott einleitend erläuterte, das Leitbild „sustainable city“, das seit dem Rio-Gipfel 1992 gewissermaßen verbindliche Leitlinie für alle Kommunen geworden ist, zu historisieren und zu untersuchen, wie Städte auf die Herausforderung, Stadtentwicklung nachhaltig zu gestalten, reagiert haben, und wie sie versucht haben, ihre Entwicklungspfade im Hinblick auf eine Reduzierung des Umwelt-Impacts zu verändern. Es sollte also nicht um ‚City Ranking‘ gehen, darum, wer die ‚beste‘ nachhaltige Stadtentwicklung betreibt, sondern um die Frage, wie der ‚Imperativ‘ der Nachhaltigkeit in konkreten städtischen Kontexten vermittelt, übersetzt und in lokalen Diskursen angeeignet wurde.

Im ersten Teil der Sektion *Urban sustainability – European case studies* stellte Michael Toyka-Seid (TU Darmstadt) im Vortrag „Urban Environmental Policy in Mainz and Wiesbaden – ‘intrinsic logic‘ of urban sustainability in two Rhine cities since the 1950s“ ein größeres interdisziplinäres Forschungsprojekt an der TU Darmstadt vor. Mit dem Leitbegriff „Eigenlogik“ wird dort versucht, die jeweils lokal unterschiedlichen Muster der Auseinandersetzung mit ‚Nachhaltigkeit‘ und der örtlichen Lösungsansätze herauszuarbeiten. Cyria Emelianoff (Le Mans) fokussierte in „Les villes européennes pionnières dans la réduction des émissions de CO2 (Växjö, Fribourg-en-Brisgau, Hanovre, Grenoble): l’héritage des années 1960-70“ die Herausbildung spezifischer politischer Kulturen und Gruppen von Umweltaktivisten in den Untersuchungsstädten, die dann seit den 1990er Jahren in politischer Verantwortung Klimaschutzpolitik mit unterschiedlichen Schwerpunkten betrieben. Lydia Sapounaki-Dracaki (Athen) stellte für die verhinderte Hauptautorin Stella Kyvelou die Erfahrung von Öko-Quartieren in Nordeuropa und deren Übertragbarkeit für

Südeuropa vor („Ecoquartiers en Europe: quelles leçons par ceux du Nord de l’Europe, quelles perspectives et quelles politiques dans les pays du Sud?“) und verwies insbesondere auf die ungelöste Problematik sozialer Gerechtigkeit in diesen Projekten. In der zweiten Gruppe *Convergences and transfers: Beyond Europe* wurden außereuropäische Beispiele in den Blick genommen: Lydie Laigle (Paris) analysierte unter „Conceptions et politiques du développement urbain durable au Canada Vancouver, une analyse rétrospective“ den spezifischen Pfad zu Nachhaltigkeit in Vancouver, wo versucht wurde, ‚livability‘, Nachhaltigkeit und Resilienz miteinander zu versöhnen. Laigle zeigte, wie in der Abfolge metropolitaner Leitbilder und Programme die verschiedenen Ziele sich miteinander verbanden. Pierre-Arnaud Barthel (Nantes/Kairo) zeigte in „Premiers quartiers urbains ‚durables‘ dans les pays arabes: enseignements et doutes sur une génération spontanée“, dass auch in Nordafrika (Ägypten, Marokko) bereits eine Reihe nachhaltiger Stadtquartiere entstanden sind, betonte aber die stärkere Rolle des Staates bzw. großer Investoren, wohingegen ‚bottom-up‘ Initiativen, wie sie sich in Nordeuropa finden lassen, sehr selten seien. Das Etikett ‚nachhaltig‘ für Wohnprojekte habe eher die Funktion eines Werbeträgers, demonstriere Modernität.

In der dritten Gruppe *Green and blue spaces* führte der Vortrag von Akimitsu Takagi (Tokyo) „Preservation and Utilization of Tokyo Suburban Green Area. Case Study of Minuma Rice Field“ in den Großraum Tokyo, wo Takagi an der bemerkenswerten Freihaltung eines großen Reisfeldes die Schwierigkeiten von Freiflächenpolitik im Streit um die extrem knappe Ressource Land in Japan plastisch machte. Um die Genese einer großen Freifläche ging es auch im Vortrag von Agnès Sander (Paris) „Inscrire la nature en ville dans la longue durée: le Parc de la Caffarella, à Rome“, wo die Präsenz wichtiger antiker Monumente, etwa der Via Appia und eine monopolartige Landbesitzstruktur zusammenwirkten, einen sehr großen, mittlerweile zentrumsnahen Park von Bebauung freizuhalten. Martina Fendt (TU Darmstadt) skizzierte in „Green spaces in the city: comparing environmental policies and urban development in Mainz and Wiesbaden, 1960-2010“ ihr Dissertationsprojekt, das den Umgang mit Grünflächen und die sehr unterschiedliche Grünflächenpolitik als Manifestation einer städtischen Eigenlogik untersucht. Michèle Dagenais (Montreal) charakterisierte schließlich in „Faire de Montréal une véritable ‘ville-nature’: une adaptation particulière de la notion de ville durable en contexte nord-américain“ die Stadtentwicklung Montreals über die letzten Jahrzehnte, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit den sehr reichlichen Fluss-Ufern der Agglomeration, als besondere Interpretation und Deutung der nachhaltigen Stadt, die – im Sinne von „urban branding“ – als „ville nature“ sich identifizierte und nach außen vermarktete.

Die jeweils von kurzen Kommentaren der Sektionsleiter eingeleitete Diskussion zeigte, dass der Begriff ‚nachhaltige Stadt‘ lokal jeweils recht unterschiedlich gefüllt und interpretiert wird und dass – durchaus in struktureller Anlehnung an Leitbilder wie ‚die hygienische Stadt‘ Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts – die konkrete Ausgestaltung letztlich Resultat lokaler Diskurse und Mächtekonstellationen ist.

Prof. Dr. Dieter Schott, (TU Darmstadt), schott@pg.tu-darmstadt.de

C L E M E N S W I S C H E R M A N N

M 25: Urban Childhood in the Second Half of the 20th Century

Im Gegensatz zur oftmals romantisch verklärten „Straßenkindheit“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und in der Trümmerzeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Kindheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in stadt- und urbanisierungsgeschichtlicher Sicht noch kaum erforscht. Kinder wurden in den letzten Jahrzehnten in zuvor ungeahntem Ausmaße Phänomenen der Medialisierung, Pädagogisierung und Psychologisierung ausgesetzt, die spezifisch städtische Narrative der Moderne sind. Unsere Sektion (Leitung Miriam Gebhardt und Clemens Wischermann) beschäftigte sich mit den Grundannahmen über das Wesen von Kindheit und kindlichen Bedürfnissen in der Stadt nach 1945 und untersuchte deren kulturelle und milieuspezifische Varianzen und Konvergenzen im Vergleich von unterschiedlichen politischen Systemen.

Die Sektion startete mit einleitenden Rahmenüberlegungen zu einer Geschichte städtischer Kindheit von Clemens Wischermann (Konstanz). Der Blick einer Gesellschaft auf „ihre“ Kinder, die Art und Weise, sie zu sehen, zu beschreiben, nicht zuletzt die Praktiken des legitimen oder verbotenen Umgangs mit Kindern: all‘ diese Perspektiven einer Kindheitsgeschichte sind heute so aktuell, wie sie es vor ziemlich genau einer Generation waren, in den 1970er und 1980ern. Im Zusammenspiel verschiedener, auch historischer Forschungsimpulse wurde Kindheit als eine eigene Phase im menschlichen Lebenszyklus etabliert, die sowohl getrennt von den ersten frühen Lebensjahren als auch von der Erwachsenenphase war. Psychologische Theorien über die Lebensstadien einer Normalbiographie schienen diese Befund abzusichern: Es gebe eine quasi natürliche Abfolge von Stadien in der menschlichen Lebensgeschichte, und die Kindheit sei eine von ihnen. Es ist diese Gesamtkon-

struktion einer Normalkindheit, die von Cunningham¹ das Konzept einer „romantischen Kindheit“ genannt wird. Sie sollte von etwa sechs/sieben Jahren bis etwa einem Alter von 16/17 Jahren dauern, eine Zeit unter dem Schutz und unter dem strikten Regime der Eltern, ein ambivalentes „goldenes Zeitalter“ der Kindheit, in dem Kinder nicht für ihren Lebensunterhalt kämpfen mussten, aber zugleich Objekte der Erziehung durch Eltern, Schule, Kirchen, Militär u.a. waren. Diese Konstruktion einer Kindheit wurde so populär und gesellschaftlich vorherrschend im 20. Jahrhundert, dass fast jeder Mensch beim Blick zurück in seine Kindheit behauptete, er oder sie habe eine „sehr glückliche Kinderzeit“ gehabt. Kinderzeit wurde zu einer unhinterfragten Grundlage für ein glückliches, erfolgreiches, normales Leben.

Die leitende Forschungsfrage ist heute, ob Kindheit als ein eigenes Stadium eine Konstruktion von Eltern-Kind-Beziehungen ist, die ihren dominierenden Einfluss in den westlichen Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verloren hat. Kindern wird heute zugeschrieben, sie hätten die Isolation von Familienheim und Schule verlassen, sie hätten eine gewisse Mitbestimmung in ihren ökonomischen, rechtlichen und emotionalen Belangen erreicht. Im „romantischen Modell“ hatte ein Kind das Recht, ein supervisiertes Kind zu sein. Im aktuellen Modell hat ein Kind das Recht, permanent mit allen Vorgängen um es herum in einem fortlaufenden Aushandlungsprozess zu interagieren. Dieser Bruch im gesellschaftlich dominanten Modell wird von den Beobachtern irgendwann in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gelegt. In der historischen Wirklichkeit wird es kein Bruch gewesen sein, keine Revolution der Kindheit, sondern ein allmählicher, wenn auch überraschend schneller Wandel, in Generationenzeiten gemessen. Blicken wir auf unterschiedliche Gesellschaften, so werden wir unterschiedliche Geschwindigkeiten finden.

Die Sektion setzte dann historisch mit der Situation in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein und fragte unter anderem danach, ob die Folgen des Krieges eine Initiierungsphase eines neuen Verständnisses von Kindern und Kindheiten eingeleitet haben könnten. So sprach Jessica Lenz (Heidelberg) unter dem Titel „Displaced children in Germany after Second World War – Whose responsibility/legacy?“ über die Frage, wer letztlich entschied, wem ein Kind gehörte und welchem ländlich-normativen Modell die Entscheider auf Seiten der Besatzungsmächte folgten. Auch in dem Vortrag von Benedikt Stuchtey (London) über die Geschichte der Adoption in Großbritannien im 20. Jahrhundert als Teil eines urbanen Wandels des Familienverständnisses spielten Fragen der Verfügungsrechte zwischen den Müttern illegitimer Kinder bzw. den leiblichen Eltern und den rechtlichen Adopti-

¹ Hugh Cunningham, Die Geschichte des Kindes in der Neuzeit, Düsseldorf 2006.

onseltern eine gravierende Rolle: „A Family is thought to have children“ als Grundregel galt noch um 1950 und führte über längere Zeit dazu, dass etwa ein Drittel von rund 10.000 illegitimen Kindern pro Jahr adoptiert wurden, wobei sich nach 1950 die Verfügungsrechte in einem komplizierten Aushandlungsprozess zugunsten der leiblichen Mütter verschoben.

Wurden bis dahin vor allem gesellschaftliche Prioritätssetzungen für das Aufwachsen in Familien oder familienfremden Erziehungs- und Bildungsinstitutionen betrachtet, traten in den folgenden Beiträgen der Sektion die zeitgenössischen Konzepte optimaler räumlicher Orte kindlichen Lebens in den Mittelpunkt. Kirsi Saarikangas (Helsinki) stellt in ihrem Beitrag „Lived childhood spaces of post-war suburbs in the Helsinki Metropolitan Area from the 1950s to the 1970s“ speziell die Verbindung von Natur und Heim heraus, die eine Brücke geschlagen habe zwischen den bekannten Gegenpolen von Straßenkindheit und verhäuslichter Kindheit. Mit ähnlichen Zielen traten in vielen europäischen Ländern Reformideen in Gestalt von sommerlichen Ferienlagern auf den Plan. Martine Vermandere (Antwerpen) hat diese unter dem Titel „Summer camps at the Belgian seaside(1886-1980): a solution to the problem of loitering teens?“ vorgestellt und dazu auch einen zeitgenössischen Werbefilm des belgischen Erziehungsministeriums für die Sommerlager vorgeführt. Dieser Film war als Demonstration der immensen Gefahren für Kinder in der modernen Stadt intendiert. Aus heutiger Sicht wirkt er aber wie eine Illustration auf eine von Selbstsozialisation geprägte abenteuerliche Straßenkindheit, so dass die Forschung ihn als paradiesische Alternative zur Zwangs-idee der verhäuslichten Kindheit gelesen hat. Eltern erwarteten von den Ferienlagern für ihre Kinder vor allem Disziplin, Hygiene und viel Essen. Hier hatten schon die Konzepte im Nationalsozialismus wie im italienischen Faschismus zur Ankoppelung politischer Ziele angesetzt, doch wie Valter Balducci (Bologna) zeigt, waren noch die 1960er Jahre erneut eine Experimentierphase zur Umkleidung alter Ziele: „Enfance urbaine en vacances. Projet social et projet architectural dans les colonies de vacances en Italie dans les années 1960“ lautete sein Sektionsbeitrag. Das Motto hieß weiterhin „Commander, récompenser, punir“, Initiativen der Kinder waren unerwünscht. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigte sich auch in diesem Beitrag in ihrer ambivalenten Gestalt zwischen Rückgriff auf Vorkriegsmuster und sich seit den 1970er Jahren beschleunigendem sozialen Wandel. Weitere vorgesehene Beiträge zum Sektionsthema werden in einer geplanten Publikationsfassung an dieser Schlüsselstellung der 1970er Jahre ansetzen.

**Prof. Dr. Clemens Wischermann (Universität Konstanz),
clemens.wischermann@uni-konstanz.de**

M 26: *The Interplay of Global, National and Local in the City since 1800*

In jüngerer Zeit hat sich der Forschung die Frage nach dem Zusammenhang von Globalisierung und Stadtentwicklung gestellt. Wissenschaftler verschiedener Disziplinen haben untersucht, auf welche Weise globale Mächte auf die Städte eingewirkt und städtische Räume, Landschaften und Mentalitäten in den gegenwärtigen Globalisierungsprozessen geprägt haben. Die Sektion stellte sich der Aufgabe, die Bedeutung von internationalen Einflüssen auf die Stadtentwicklung von 1800 bis heute zu diskutieren. Leitende Fragen waren: Wie haben internationale Mächte und Erscheinungen, wie z. B. Imperialismus, Weltwirtschaftskrise, Kalter Krieg oder die Globalisierung im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert Stadtgesellschaften beeinflusst? Wie haben internationale, nationale und lokale Ansprüche konvergiert, oder sind sie aufeinander gestoßen und miteinander in Konflikt geraten?

Die Sektion wurde organisiert von Marjaana Niemi (Tampere) und Ruth May (Hannover). Als Kommentator fungierte Peter Clark (Helsinki). Ein Großteil der Beiträge beschäftigte sich mit den Bedingungen der Entwicklung in Asien.

Carl Nightingale (New York) untersuchte unter dem Titel „Segregation is Everywhere: The History of Urban Color Lines“ die Genese städtischer Segregation nach Rassenzuschreibungen. Als modellbildend gilt ihm Kalkutta, die neue Hauptstadt Britisch Indiens im 18. Jahrhundert. Wesentlich drei Institutionen waren beteiligt: Regierungen, Netzwerke aus Intellektuellen und Stadtreformern und der kapitalistische Bodenmarkt. Für Nightingale ist es diese Segregation nach Rassen, die sich nunmehr als Ordnung der von Weißen beherrschten Städte etabliert und in mehreren Schüben bis ins frühe 20. Jahrhundert global ausgebreitet hat.

Olavi K. Fält (Oulu) gab mit seinem Beitrag „European City in Japan: Leisure-time activities among the western inhabitants of Yokohama in the beginning of the 1870s“ ein anschauliches Bild von der Vielfalt an Freizeitaktivitäten der in Yokohama lebenden Westler und deren Abhängigkeit von den klimatischen Bedingungen des Orts. Yokohama wurde so zum Schaufenster westlicher Kultur von Zeitungen über religiöse Gemeinschaften, Sportvereine, Feuerwehren bis hin zu wissenschaftlichen Vereinigungen.

In Shuichi Takashimas (Tokio) Vortrag „A land readjustment project and local community in the interwar Tokyo suburb“ ging es um den Einfluss europäischer Planungskonzepte und -ideen, insbesondere der Gartenstadt. Takashima zeigte, welche Rolle ein großer Grundstücks- und Eisenbahnkonzern bei der Kapitalisierung des Landes spielte, wie lokal einflussreiche Größen versuchten, die Fäden in

der Hand zu behalten und schließlich, wie die nationale Regierung die lokale Selbstverwaltung und wie Ingenieure die traditionellen Honoratioren ablösten. Der Prozess hat eine weitreichende Suburbanisierung, in keinem Fall eine Gartenstadt hervorgebracht.

Toby Lincoln (Leicester) stellte unter dem Titel „The Negative Side of Globalisation: One Chinese City's Response to the Great Depression“ ein frühes Beispiel für die Integration Chinas in den Weltmarkt anhand der Region um Wuxi und ihren Niedergang in der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren vor. In diesem Zusammenhang beschäftigt sich Toby Lincoln mit kommunistisch inspirierten Stadtgeschichtsschreibern und deren Irrtümern.

Unter dem Titel „Paris sous menace“ rekonstruierte Patrick Leitner (Paris) eine Pariser Architekturdebatte des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, die sich mit der Ablösung von Paris durch New York als der Hauptstadt des neuen Jahrhunderts beschäftigte. Sie thematisierte die Ansprüche der Moderne und der Modernisierung an Architektur und Städtebau am Beispiel der New Yorker Hochbahnen und Wolkenkratzer. Die Abneigung der Pariser gegen diese Erscheinungen der modernen Stadt wurden als ihre Angst vor der Modernisierung wahrgenommen: Sie mag kommen, aber hoffentlich erst dann, wenn wir nicht mehr leben.

Welche Konflikte kann die Anerkennung als Weltkulturerbe auslösen, wenn sie seitens der UNESCO ausgesprochen wird? Mit diesem Thema beschäftigte sich Tanja Vahtikari (Tampere) in ihrem Vortrag „The Interplay of Global, National and Local in the Management of the World Heritage City“ anhand dreier Stadtbeispiele. Sie zeigte, welche Umstände der Wirtschafts- und Stadtentwicklung dazu herausfordern, Veränderungen einzugehen, die ggf. den erworbenen Status in Frage stellen. Sie hob hervor, wie schwierig es ist, international gültige Standards anzuwenden und welche Überraschungen und Irritationen diese bei den graduierten Städten hervorrufen können. Der Konflikt zwischen universalistischen Ansprüchen und dem national-lokalen Horizont einer singulären Bedeutung erscheint unvermeidbar.

Die Beiträge haben trotz der verschiedenen theoretischen Horizonte und methodischen Reichweiten insgesamt bestätigt, dass der Globalisierungsprozess die Stadtentwicklung seit dem 19. Jahrhundert in nahezu allen Weltregionen erfasst hat und wie diese es mehr oder weniger verstanden, auf diesen Prozess Einfluss auszuüben.

Dr. Ruth May (FH Hannover), ruth.may@fh-hannover.de

Sektion S 14: *Merchant Networks and the European Cities (14th–18th Centuries)*

Die Netzwerke von Kaufleuten haben sich in der Wirtschaftsgeschichte als Thema fest etabliert. Viele Studien beschränken sich jedoch darauf, die kommerziellen Beziehungen von Kaufleuten zu konstatieren, ohne deren Qualität und das soziale Umfeld der Kaufleute an den Handelsplätzen zu berücksichtigen. Das Konzept des ‚Netzwerks‘ wird häufig nicht in Bezug zum Ansatz der sozialen Netzwerkanalyse gestellt, sondern impressionistisch verwendet. Auf der von Andrea Caracausi (Università Ca’ Foscari di Venezia) und Christof Jeggle (Otto-Friedrich-Universität Bamberg) organisierten Sektion wurden daher diese Aspekte anhand von vier exemplarischen Fallstudien zur Diskussion gestellt.

In seiner kurzen Einleitung verwies Jeggle darauf, dass neben den strukturalistisch ausgerichteten Verfahren der sozialen Netzwerkanalyse inzwischen einige soziologische Arbeiten vorliegen, die komplexe Modelle zur Genese sozialer Netzwerke durch Interaktionen der Akteure entwickeln und seitens der historischen Forschung noch kaum rezipiert worden sind.

Für das Auftaktreferat war Mike Burkhardt (Universität Kassel) eingeladen worden, anhand seiner Erfahrungen mit der Anwendung der sozialen Netzwerkanalyse in der historischen Forschung in die Thematik kritisch einzuführen. Ausgehend von der Kritik des zunehmend inflationären Gebrauch des Begriffs ‚Netzwerk‘ entwickelte Burkhardt Kriterien für einen präziseren Gebrauch: freiwillige Teilnahme, ein gemeinsames Ziel, verbesserter Ressourcentransfer, flache Hierarchien, jeder Beteiligte sollte mindestens zwei Verbindungen mit anderen Akteuren haben und es sollte keine formelle Mitgliedschaft oder Organisation bestehen. Weitere Probleme sind die Frage, ob die Netzwerke, die die Wissenschaftler aufdecken, von den Betroffenen überhaupt wahrgenommen wurden sowie die zeitliche Dynamik und Qualität der Beziehungen. Anschließend demonstrierte Burkhardt die Stärken der sozialen Netzwerkanalyse anhand der im Lauf des 15. Jahrhunderts sich signifikant verändernden sozialen Beziehungen der hansischen Bergenfahrer. Diese wandelten sich von langfristig angelegten Verwandtschaftsbeziehungen zu kurzfristig angelegten, flexibel gestalteten Geschäftsbeziehungen.

Unter der Fragestellung ‚Network takers or network makers‘ untersuchte Flávio Miranda (Universidade do Porto) die Einbindung spätmittelalterlicher portugiesischer Kaufleute in die kommerziellen Beziehungen Westeuropas. Auf der Grundlage von 695 Dokumenten des 14. und 15. Jahrhunderts zum portugiesischen Seehandel

mit Flandern und England konnte Miranda zeigen, dass die Portugiesen allenfalls mittlere Kaufleute stellten, die ihre Geschäfte in bereits etablierten Relationen abwickelten, also eher als ‚network taker‘ operierten. Die Gründe sind in den sozialen Bedingungen Portugals zu sehen: die Prägung durch die Konquista, eine niedrige Bevölkerungsdichte, keine längerfristig sich etablierenden Kaufmannsdynastien. Durch den niedrigen Grad der Urbanisierung mit Lissabon als einzigem Zentrum fehlte der Rahmen zur Entwicklung kommerzieller Wirtschaftsformen.

Die veränderte Einbindung der Portugiesen in die europäischen Wirtschaftsbeziehungen konnte Benedetta Crivelli (Università degli Studi di Verona) anhand der Beziehungen zwischen Mailänder und Lissabonner Kaufleuten zeigen, die sich im 16. Jahrhundert im Pfefferhandel in Lissabon engagierten. Dabei handelte es sich um mehrschichtige Netzwerke von sich überlagernden kommerziellen, finanziellen und politischen Beziehungen. Ein zentraler Materialbestand ist das Archiv der Handelsgesellschaft von Simon Ruiz aus Medina del Campo. Mit dem Überseehandel nach Asien verlagerte sich der Pfefferhandel von Venedig in den westlichen Mittelmeerraum. Die portugiesischen Kaufleute waren auf die Kooperation mit kastilischen Kaufleuten angewiesen, die wiederum Verbindungen mit Italienern aus Genua und Mailand herstellten. Die kommerziellen Kontakte waren mit einer Verdichtung der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Kaufleuten verbunden.

Unter dem Titel ‚Networks and Merchant Diasporas‘ befasste sich Heinrich Lang (Otto-Friedrich-Universität Bamberg) mit Florentiner Bankiers im Lyon des frühen 16. Jahrhunderts. Grundlage sind die Geschäftsbücher und -briefe der Salviati aus Florenz. Francesco Naldini, der in den 1490er Jahren für die Medici-Bank gearbeitet hatte, wurde zusammen mit Lanfredino Gesellschafter der Lyoner Salviati Gesellschaft und deren Leiter. Die Salviati wollten ihre Geschäftsaktivitäten in verschiedenen in Lyon angesiedelten Märkten ausbauen. Dabei gingen sie unter anderem im gegenseitigen Interesse auch enge geschäftliche Verbindungen mit den Augsburger Welsern ein. Auf ähnliche Weise versuchten die Salviati sich in den 1540er Jahren in Antwerpen zu etablieren. Sie scheiterten jedoch und zogen sich 1545 wieder zurück. Vermutlich war die Einbindung in die lokalen Netzwerke in Antwerpen weniger vorteilhaft, da interessierte Geschäftspartner ausblieben.

**Dr. Christof Jeggle, Wiss. Mitarbeiter, Otto-Friedrich-Universität Bamberg,
c.jeggle@web.de**

Sektion S 24: *Selling the City: The Public, the Private and the Redevelopment of European City Centres, 1945-1979*

Angesichts von Deindustrialisierung und Suburbanisierung entwickelten zahlreiche europäische Städte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Strategien, um die Attraktivität der Kernstädte wieder zu erhöhen. Diese Strategien standen im Mittelpunkt der Sektion „Selling the City“ auf der diesjährigen Konferenz der European Association for Urban History. Während eine Renaissance von Instrumenten wie das so genannte Stadtmarketing oder Public-Private-Partnerships häufig für die Zeit seit den späten 1970er Jahren konstatiert wird, haben die Organisatoren der Sektion, Peter Shapely (Bangor) und Sebastian Haumann (Darmstadt), den Schwerpunkt auf die 1950er und 1960er Jahre gelegt. Schon in dieser Phase haben sich zentrale Leitbilder und Instrumente herausgebildet, die die Diskussion um eine aktive Vermarktung europäischer Städte bis heute prägen, so die Ausgangsthese der Sektion.

Die drei Beiträge präsentierten verschiedene Maßnahmen, die von Stadtregierungen in den 1950er und 1960er Jahren ergriffen wurden, um ihre Kommunen für Industrie und Dienstleistungen, für Touristen oder als Wohnort attraktiv zu machen. Katrin Minner (Münster) stellte die Ergebnisse ihrer Forschungen zur filmischen Selbstinszenierung westfälischer Städte vor. Im Umgang mit dem in den 1950er Jahren noch relativ neuen Medium entwickelten sich lokal unterschiedliche Strategien je nachdem, welche Zielgruppen angesprochen werden sollten. Minner konnte zeigen, dass damit spezifische Darstellungsformen korrespondierten, die einerseits vom lokalen Selbstverständnis, andererseits von den kommunalpolitischen Entscheidungsstrukturen abhängig waren. Der Beitrag von Maria Prieto (Manchester) befasste sich mit der Stadtentwicklungspolitik Madrids nach dem zweiten Weltkrieg. Prieto zufolge wurde die Orientierung des spanischen Staates an den USA auch auf städtebauliche Konzepte übertragen. Am Beispiel des Finanzdistrikts AZCA zeigte Prieto, wie im diktatorischen Regime Raum für kapitalistische Entfaltung eingeräumt und durch eine an Manhattan angelehnte Bebauung repräsentiert wurde. In seiner abschließenden Präsentation brachte Peter Shapely die beiden Aspekte der baulichen Planung und der Repräsentation nochmals zusammen. Aus seinen Untersuchungen zu mehreren englischen Städten ging hervor, dass Stadtmarketing im Sinne medialer Repräsentation und Zusammenarbeit mit Unternehmern, um die Stadtentwicklung an deren Bedürfnissen auszurichten, auf das engste miteinander verwoben waren. Städte waren, Shapely zufolge, Unternehmer in eigener Sache, deren Kerngeschäft die Integration von ökonomischen Interessen in die Planung war.

Während die einzelnen Beiträge eindrucksvoll gezeigt haben, dass viele der heute üblichen Strategien der Vermarktung von Städten bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit entwickelt wurden, richtete sich die anschließende Diskussion auf die Kontinuität solcher Maßnahmen. Aus dem Publikum wurde angemerkt, dass Selbstinszenierung und Ansiedlungspolitik schon seit dem 19. Jahrhundert wichtige Elemente der Stadtentwicklung gewesen seien. In der Tat ist bei den Präsentationen nicht immer ganz deutlich geworden, worin das eigentlich Neue in den 1950er und 1960er Jahren gelegen hat. Allerdings haben die Beiträge auch gezeigt, dass die vermeintliche Dominanz wohlfahrtsstaatlicher Steuerung, die für den Untersuchungszeitraum als charakteristisch gilt, Elemente des Wettbewerbs und der Kooperation nicht völlig ersetzte. Als Fazit der Diskussion kann festgehalten werden, dass es sinnvoll sein könnte, Strategien zur Vermarktung von Städten über einen größeren Zeitraum in den Blick zu nehmen, als dies im Rahmen der Sektion möglich war.

Dr. des. Sebastian Haumann (TU Darmstadt), haumann@pg.tu-darmstadt.de

F E L I C I T A S S C H M I E D E R

Sektion S 26: Typological versus genetic theories: The place and role of the Mendicants in medieval Central European towns

Die Idee dieser von Katalin Szende (Central European University Budapest) und Felicitas Schmieder (FernUniversität in Hagen) organisierten Sektion gründet in folgendem Problem: Um vormoderne Entwicklungen europäischer Städte generell zu verstehen, wurden Typologien geschaffen, die oft nicht zeitgenössischen Überlegungen geschuldet, sondern aus modernen wissenschaftlichen Beobachtungen abgeleitet sind, und denen daher auch keine vormoderne sinnhafte Begründung inne liegen muss. Solche Typologien beziehen sich unter anderem auf den topographischen Aufbau und die räumliche Anordnung diverser Institutionen und Gebäude. Als besonders interessantes städtisches Phänomen gelten die Bettelorden, die als „Antwort der Kirche auf die städtische Herausforderung“ bezeichnet wurden und die sich in den alten Urbanisierungszentren Europas in Norditalien und in Flandern/Nordfrankreich seit dem frühen 13. Jahrhundert in Nischen (spiritueller, sozialer und topographischer Art) an der Peripherie in den bereits hochentwickelten Stadtraum einfügten. Daraus wurde ein generelles typologisches Element ‘der’ mittelalterlichen Stadt. Doch die Bettelorden verbreiteten sich sehr viel schneller in Europa als die Städte und erreichten Gebiete andersgearteter oder jüngerer Urbanisie-

rung. Hier stellten sich die Mendikanten anderen Aufgaben mit anderen Auswirkungen auf die städtische Gesellschaft und Topographie. Während für die Regionen, anhand derer die Typologien gewonnen worden waren, kein Interesse signalisiert wurde, kamen Reaktionen auf den *Call for papers* wie erwartet aus Ostmitteleuropa. Doch auch aus dem äußersten Südwesten Europas ließen sich vergleichbare Beobachtungen einbringen und nicht zuletzt aus dem überseeischen Expansionsgebiet des 16. Jahrhunderts (hier aus Brasilien).

Einleitend warf Felicitas Schmieder einen knappen Blick auf Frankfurt am Main und Dortmund als Beispiele für deutsche Städte rechts des Rheins, die im 13. und sogar im 14. Jahrhundert noch „unfertig“ genug waren, um Platz auch an topographisch zentraler Stelle für Bettelordenskonvente zu finden. Die Entwicklung der Franziskaneransiedlungen im Portugal der späten Reconquista und dann im Brasilien der frühen portugiesischen Eroberer betrachtete Maria Angélica da Silva (Universidade Federal de Alagoas, Brasilien). Hier siedelten sich die Konvente entweder völlig isoliert in der Landschaft an – in Brasilien nach wiederkehrendem Muster oft als Nukleus neuer Städte. Oder die Klöster entstanden innerhalb der Mauern einer Stadt, wo sie sogar zum Kern eines neuen Zentrums werden konnten: so in Lissabon, wo um 1500 der Palast in die Nähe des königlich geförderten Franziskanerklosters umsiedelte und adelige Ansiedlungen nach sich zog. – Darko Karacic (CEU Budapest) stellte vergleichend die Situation der Franziskaner im mittelmeeischen, von Italien aus geprägten Dalmatien und im binnenländischen, von einer eigenen („häretischen“) Kirche geprägten Bosnien im 14./ 15. Jahrhundert dar. Während in Dalmatien Franziskaner in den Städten der „Normalfall“ war, und es daneben Klöster auf unbewohnten Adria-Inseln gab, war Bosnien in fast allen Hinsichten der Sonderfall schlechthin. Nicht nur gab es hier noch keine Städte, als Mitte des 14. Jahrhundert die Franziskaner ins Land vordrangen, sondern sie bildeten selber die einzige lateinische Hierarchie aus. – Olha Kozubska-Andrusiv (Ukrainische Katholische Universität Lviv) berichtet über die Situation der Bettelorden in Galizien (heute Westukraine), wo sie seit dem 14. Jahrhundert nicht nur in relativ jungen Städten „Magdeburger Rechts“ als Katholisierungsinstrument des polnischen Königs neben eine lateinische Hierarchie traten, sondern neben und offenbar topographisch-funktional „zwischen“ mehrere städtische Geistlichkeiten anderer christlicher Konfessionen (griechisch-orthodox, armenisch) sowie Juden und Muslime. Sie konnten sich topographisch-funktional mit ihren Türmen nahe der Stadtbefestigung befinden oder in neuen Städten vielfältige frühurbane Funktionen übernehmen.

Die Diskussion brachte weitere Vergleiche, die unter anderem das Toulouse der nach-katharischen Zeit zu den Städten hinzufügten, in denen die Mendikanten von der Peripherie ins Zentrum umsiedelten und aufstiegen. Auch dieses letzte Beispiel

passt in ein Bild, das sich abzuzeichnen scheint und auf das Katalin Szende zusammenfassend aufmerksam machte: Es ist nicht nur wie erwartet damit zu rechnen, dass sich Mendikanten auch im Stadtzentrum oder an anderen, randfernen Plätzen ansiedelten, wenn sie in eine Stadt kamen, die zur Zeit ihres Erscheinens noch im Ausbau begriffen war. Darüber hinaus nahmen die Bettelorden zudem sozial wie topographisch und sogar hierarchisch eine alles andere als periphere Position in all jenen Regionen ein, wo nicht allein Verbesserung der Seelsorge in einer sich verdichtenden Gesellschaft, sondern christliche Mission bzw. Re-Christianisierung in nichtchristlichen oder Häretiker-Gebieten Aufgaben der Mendikanten wurde.

**Prof. Dr. Felicitas Schmieder, (Fernuniversität Hagen),
Felicitas.Schmieder@FernUni-Hagen.de**

City and Society in European History: Die Xth International Conference on Urban History, Ghent, 1.-4.9. 2010, aus Sicht der GSU-Stipendiaten

Die GSU hatte erneut, wie zur EAUH-Konferenz in Lyon 2008, drei Reisestipendien ausgeschrieben und als kleine Gegenleistung die Empfänger um einen kurzen Bericht über ihre Eindrücke aus Ghent gebeten, die wir – leicht gekürzt und redigiert – im Folgenden wiedergeben.

T O B I A S G E R S T U N G

Im Refektorium der alten Dominikanerabtei *Het Pand*, dem Kongresszentrum der Universität Ghent an den Ufern der Leie, eröffneten der Vize-Kanzler der Universität Ghent Paul van Cauwenberge und der Vize-Präsident der EAUH Marc Boone die Tagung, die dem Thema *City and Society in European History* gewidmet war. Während van Cauwenberge auf die zentrale Lage Belgiens in Europa und auf die besondere Eignung der Stadt als Tagungsort einging, erläuterte Boone die spezielle Tradition der Stadtgeschichtsschreibung in Ghent und an der örtlichen Universität. Beide Vorträge gingen auf das sich im historischen Verlauf immer wieder neu wandelnde Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Stadt ein und verknüpften diese allgemeineren Beobachtungen mit Beispielen aus der Geschichte Ghents. Im Anschluss zeigte Martha C. Howell im ersten der beiden Eröffnungsvorträge, welche lange Schatten die im Hoch- und Spätmittelalter entstandene räumliche Organisation der Stadt, die auf der Trennung in einen privaten weiblichen Bereich und einen öffentlichen männlichen Bereich basierte, bis weit ins 18. Jahrhundert warf. Anschließend verknüpfte Anne-Laure van Bruaene die älteste Stadtansicht Ghents aus dem Jahre 1524 mit den Anfängen der Stadtgeschichtsschreibung und deren Bedeutung für das Selbstverständnis Ghents. Sie zeigte außerdem, wie diese Darstellung, entstanden im Übergang von einfachen ikonographisch-idealisierten zu realistischen Stadtbildern, dem Druck- und Verlagshaus Peter de Keyser als Markenzeichen und zu Werbezwecken diente.

Die geschichtsträchtigen Mauern der St. Peters Abtei, gegründet im 7. Jahrhundert auf einem Hügel vor der Stadt, boten in den folgenden Tagen eine würdige Kulisse für die zahlreichen Panels und Rundgespräche mit Teilnehmern aus aller Welt. Aus Platzgründen kann im Folgenden nur auf drei der Veranstaltungen ausführlich eingegangen werden. In der Sektion M16 *The Rise and Fall of European Municipal Power since 1800* wurde das vorherrschende Narrativ, demzufolge die politische und wirtschaftliche Macht der Städte ihren Höhepunkt im frühen 20. Jahrhundert erreicht und seitdem - nicht zuletzt durch die Expansion des Wohlfahrtsstaates - kontinuierlich geschwunden sei, zur Diskussion gestellt. Daran geknüpft, so Barry Doyle in seiner Einführung, sei auch die Vorstellung von Aufstieg und Niedergang der städtischen Eliten. Die Fallbeispiele, die zur Überprüfung der gängigen Thesen herangezogen wurden, umfassten die Zeit vom frühen 19. Jahrhundert bis an die Schwelle der Gegenwart. Die Vielfalt der beschriebenen Entwicklungen und die unterschiedlichen Verlaufsmuster legten den Schluss nahe, dass das vorherrschende, viel zu starre und teleologische Bild der Revision bedarf. Denn erstens handelt es sich nicht um eine abgeschlossene Entwicklung, vielmehr muss das Verhältnis zwischen Stadt und Staat zu jeder Zeit immer wieder neu ausgehandelt werden. Die Konflikte hierüber verlaufen auch innerhalb der städtischen Elite. Zweitens zeigten die Beispiele, dass große urbane Zentren in einem komplexen und vielschichtigen Verhältnis zu den sie umgebenden Staaten standen und stehen, wie man beispielsweise anhand der Rolle Edinburghs für die Konstruktion eines schottischen Nationalbewusstseins im 19. Jahrhundert sehen kann. Ein Konzept, das seit Anfang der 1990er Jahre Stadtplaner und Urbanisten enorm beeinflusst hat, ist das der *Sustainable City* bzw. des *Sustainable Developments*. Die Sektion M 20 setzte sich mit diesem Leitbegriff und seiner Verbreitung auseinander. Darüber hinaus wurde über das an der TU Darmstadt in einem interdisziplinären Forschungsprojekt entwickelte Konzept einer ‚Eigenlogik der Städte‘ und damit über jene Strukturen debattiert, welche die Umsetzung neuer Zielvorgaben in einer konkreten Stadt wesentlich mitbestimmen. So ist es auch wenig verwunderlich, dass alle Vorträge implizit oder explizit auf die Frage der Eigenlogik eingingen. Die Beiträge zeugten jedoch auch von einer allmählichen Internationalisierung der Debatte und der Herausbildung eines, wie Dieter Schott anmerkte, „neuen internationalen Stils“ in Stadtplanung und Verwaltung unter dem Paradigma der Nachhaltigkeit. Leider wurde in den Vorträgen das Konzept der *Sustainable City* als mehr oder weniger gegeben hingenommen. Ein Sprecher ließ sogar anklingen, dass sich damit eine Art Ende der Geschichte der Stadtplanung abzeichne. Diese sehr gegenwartsbezogene und wenig historisch orientierte Behandlung des Themas dürfte wohl in erster Linie der interdisziplinären Zusammensetzung dieses Panels und der beteiligten Institutionen ge-

schuldet gewesen sein. Genau darin liegt jedoch eben der Reiz einer Tagung wie dieser, dass durch den Austausch mit Wissenschaftlern aus anderen Forschungsrichtungen der eigene Horizont erweitert werden kann. Ein weiterer Grund für den relativ unkritischen Umgang mit dem Konzept der *Sustainable City* liegt aber auch darin begründet, dass diese Leitvorstellung noch nicht besonders alt ist und zumindest der Begriff noch heute den Fachdiskurs in zahlreichen Disziplinen bestimmt.

In der Sektion M 05 *The Decline of the Industrial City* war hingegen zu bemerken, wie die historische Tiefenschärfe mit wachsendem Abstand zu dem zu beschreibenden Phänomen zunimmt. Die ersten Vorträge widmeten sich dem Niedergang von Industriestädten anhand von Fallbeispielen wie Chicago, Paris oder der norditalienischen Kleinstadt Bassano del Grappa, sowie den sozialen und ökonomischen Konsequenzen des Wandels. Interessanterweise setzten die meisten Redner den Beginn der De-Industrialisierung der Städte bereits in der Zwischenkriegszeit an und endeten Ende der 1960er Jahre. So demonstrierte beispielsweise Robert Lewis, wie man anhand der Flächennutzungsregelungen im Chicago der 1920er Jahre Rückschlüsse auf eine einsetzende De-Industrialisierung *avant la lettre* ziehen kann. Die zweite Hälfte der Sektion war den Reaktionen der Kommunen auf die Abwanderung der industriellen Produktion gewidmet. Hierbei fiel auf, wie unterschiedlich diese Reaktionen waren bzw. welche große Bedeutung den institutionellen und politischen Rahmenbedingungen und dem Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen von Staatlichkeit in diesem Zusammenhang zukam. Besonders deutlich wurde dies in Tracy Neumanns Beitrag, der die Umstrukturierungsprozesse von Pittsburgh (Pennsylvania) und Hamilton (Ontario) miteinander verglich. Beide Städte liegen verhältnismäßig nahe beieinander und verfolgten zumindest theoretisch vergleichbare Konzepte. Während jedoch im Falle Pittsburghs die ergriffenen Maßnahmen mit den gesetzlichen und politischen Vorgaben in den USA harmonierten und so letztlich zum Erfolg führten, scheiterte man in Hamilton unter anderem an der Inkompatibilität derselben Konzepte mit dem kanadischen System. Alle Beiträge dieser Sektion teilten die Auffassung, dass der Raum in der Stadt immer als ein sozial konstruierter Bedeutungsraum zu verstehen ist, um dessen Kontrolle unterschiedliche Zweckallianzen entlang von ökonomischen, sozialen und politischen Konfliktlinien streiten. Ein gängiges Narrativ im Zusammenhang mit De-Industrialisierungsprozessen ist die Vorstellung von Niedergang und Verfall der Gemeinschaft. Die Teilnehmer der Sektion waren sich darin einig, dass man diesem Negativbild entgegenwirken müsse, indem man den Aspekt der strukturellen Neuordnung in den Vordergrund stellt.

Die hier dargestellten Sektionen verdanken ihre Auswahl dem Interesse des Autors, der sich im Rahmen des Tübinger DFG-Projekts ‚Nach dem Boom‘ mit der

Umgestaltung brachgefallener Hafenareale seit den 1970er Jahren befasst. Anhand des Beispiels der schottischen Industrie- und Hafenstadt Glasgow sollen jene sozio-ökonomischen Wandlungsprozesse aus Sicht der Geschichtswissenschaften beleuchtet werden, welche die Strukturen der westlichen Industriegesellschaften seit dem Ende der Nachkriegsprosperität so grundlegend veränderten. Dazu werden zum einen die zeitgenössischen Debatten der Sozialwissenschaften über die Stadt in der De-Industrialisierung bzw. die postindustrielle Stadt untersucht. Zum anderen wird ergründet, welche Leitvorstellungen das konkrete Handeln der Akteure vor Ort bestimmten und wie diese sich auf politische und städteplanerische Entscheidungen auswirkten. Im Hintergrund steht immer die Frage, ob im Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren tatsächlich so etwas wie ein „Strukturbruch“¹ auszumachen ist, eine „Epochenwende“² hin zu unserer eigenen Gegenwart.

B I R G I T N Ä T H E R

Ob *Port-towns of Atlantic Europe in the Middle Ages* oder *Visionary Urbanism: Migration, Exile, and the Cinematic City* – die thematische Breite der Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung wird anhand dieser zwei Beispielsektionen deutlich. Diese Themenbreite betrachte ich persönlich auch als den vielleicht größten Gewinn der Tagung: Sie ermöglichte es, die eigene Arbeit in verschiedene, teilweise ungewohnte Sachzusammenhänge zu stellen und unter den vielen internationalen Wissenschaftlern interessante Gesprächspartner zu finden. Für die Gelegenheit, in der Sektion *Bottom-up dynamics in early modern urban politics* einen Teil der eigenen Forschungsergebnisse vortragen und diskutieren zu können, bin ich entsprechend dankbar.

An dieser Stelle sollen zwei Vorträge aus nach meinem Dafürhalten besonders interessanten Sektionen kurz vorgestellt werden: In *Economy and institutions in early-modern Europe* (Leitung: Simona Cerutti, Paola Lanaro) stellte u.a. Christoph Jeggle (Bamberg) vor, wie die Produktqualität von Leinen in Münster im 17. Jahrhundert in der Abstimmung verschiedener Institutionen definiert und garantiert werden sollte. Katrin Minner (Münster) hielt in der Sektion *Selling the City: The Public, the Private and the Redevelopment of European City Centres, 1945-1979* (Leitung: Sebastian Haumann, Peter Shapely) einen Vortrag zur Darstellung von

¹ Vgl. hierzu: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2., erg. Aufl., Göttingen 2010.

² Der Titel des 7. Potsdamer Doktorandenforums zur Zeitgeschichte 2009 lautete: Epochenwende? Wandlungsprozesse der 1970er Jahre im politischen Diskurs.

westfälischen Städten in städtischen Filmen unter Gesichtspunkten von Repräsentation und Eigenwerbung. Ihr Vortrag ergänzte sich ideal mit demjenigen von Peter Shapely (Bangor/Wales) über die Strategien lokaler Verwaltungen bei der Gestaltung von Innenstädten. Die Abschlussdiskussion erwies sich durch die Konzentration auf wesentliche Elemente der Vorträge als sehr fruchtbar.

Besonders würdigen möchte ich den organisatorischen Rahmen und das soziale Programm – die Konferenz war in dieser Hinsicht über das zu erwartende Maß hinaus gut geplant: Pausen und Rahmenprogramm waren so organisiert, dass sich eine Vielzahl von Gelegenheiten zum Austausch ergaben. Besonders hervorzuheben sind ein Empfang in der historischen Stadthalle und die Möglichkeit, das noch nicht (wieder-)eröffnete Stadtmuseum am Rande eines Abendbuffets zu besichtigen. Das für die Zeit nach Konferenzabschluss angebotene Programm mit Stadtführungen sowie Exkursionen nach Ypres und Brüssel verdient besondere Erwähnung.

Allerdings nötigte, wie man am Rande der Tagung hörte, die Höhe des Registrierungsbeitrags einige Wissenschaftler dazu, ihre Vorträge wegen nicht ausreichender Reisemittel ihrer Heimatinstitutionen kurzfristig abzusagen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Problem bei der Organisation der nächsten Konferenz 2012 in Prag v.a. im Sinne des wissenschaftlichen Nachwuchses konstruktiv einbezogen wird.

Zu Person und Projekt

Birgit Näther, 1982 in Hannover geboren, arbeitet seit 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im von Prof. Dr. Stefan Brakensiek geleiteten DFG-Projekt „Herrschaftsvermittlung in der Frühen Neuzeit“ am Historischen Institut der Universität Duisburg-Essen. Das Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Ev. Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster schloss sie 2007 mit einer Abschlussarbeit zur Reformation in Straßburg bei Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger ab (M.A. und Erstes Staatsexamen).

Den Ausgangspunkt ihres Promotionsvorhabens zur politischen Visitation in Kurbayern zwischen 1650 und 1780 bildet die These, dass Herrschaft nicht ohne (stille) Kooperation der von Herrschaft Betroffenen funktionieren kann. Durch die Analyse der Visitationspraxis sollen Prozesse von Macht und Teilhabe aller Beteiligten aufgedeckt werden. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich Herrschaft im Alltag zwischen Fürst, Verwaltungsbeamten und Untertanen tatsächlich vollzog. Zudem ermöglicht eine akteurszentrierte Rekonstruktion von Administrationsstrukturen und -praktiken, so die Annahme, Aussagen über die politische Kultur des Kurfürstentums. Die Untersuchung stützt sich auf die diachrone Auswertung von sechs Fallbeispielen, darunter drei landesherrliche Städte. Die Visitationsprotokolle,

Hauptquellen der Untersuchung, wurden von der historischen Forschung bislang nicht systematisch ausgewertet.

Neben Vorträgen am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte (MPI) in Frankfurt/Main sowie auf der „Xth International Conference on Urban History“ in Ghent dokumentierte Birgit Näther erste Ergebnisse im Aufsatz „Kurbayerische Visitationen im 17. und 18. Jahrhundert: Zur Inszenierung von Herrschaftsrechten zwischen Aktendeckeln“, herausgegeben vom Forum Junger Rechtshistoriker am MPI Frankfurt/Main (im Erscheinen).

D A V I D S I T T L E R

TeilnehmerInnen aus ganz Europa, Amerika und sogar Japan waren nach Ghent gekommen, um sich in den fast 70 Sessions der europäischen Stadtgeschichte zu widmen. Beiträge kamen nicht nur aus Geschichte und Stadtgeschichte, Soziologie und Geographie sowie Kunst- und Architekturgeschichte, sondern auch aus der Gebäudesgeschichte und Stadtarchäologie, dem Stadtmuseumsbetrieb, nicht zuletzt aus Architektur und Design. Da trotz eines gemeinsamen Gegenstands sehr unterschiedlichen Begrifflichkeiten verwendet wurden, ist der Wert der Diskussionen in den Pausen zwischen den etwa 500 Teilnehmern nicht zu unterschätzen.

Eröffnet wurde die Konferenz durch Keynote-Lectures von Anne-Laure Van Bruaene (Ghent University), die anhand einer der ältesten Panoramadarstellungen von 1524 einen faszinierenden Einblick in die soziale Stadtgeschichte Ghents gab und Martha Howell (Columbia University, New York). Letztere konnte in einem Parforceritt durch 1000 Jahre gender history leider nicht, wie beabsichtigt, überzeugend darlegen, dass die Geschichte der Frauen nicht nur „*tangentially urban*“ sei. Dass Stadtgeschichte aber durchaus in wesentlichem Maße auch von Frauen geprägt wurde, konnte Alexander Cowan (University of Northumbria) an Hand venezianischer Balkone, eines bisher wenig beachteten Orts weiblicher Öffentlichkeit, zeigen. Neben der geschlechtlichen wurde auch der generationellen Dimension z.B. in dem von Clemens Wischermann (Universität Konstanz) geleiteten Panel M25 *Urban Childhood in the second half of the 20th century* Aufmerksamkeit gewidmet.

Der Beitrag von Katrien Lichtert (Universität Ghent) im Panel M 18 *Depicting the City: Urban Views as Historical Sources*, war ein Beispiel dafür, wie mit architektur- und urbantheoretischen Ansätzen ein innovativer und vielschichtiger Umgang mit historischem Bildmaterial gelingen kann.

Gleich zwei Panels widmeten sich der urbanen Straße: S 43 *Street Life and Street culture: Between Early Modern Europe and the present*, und S 12 *Street Lighting in European Cities from the 17th to the 19th century*. Vor allem in S 43 wurde die Straße nicht nur im Sinne eines Verkehrsraums verstanden, sondern auch als umkämpfter Erinnerungsort – John Foot (University College London) und Guido Rebecchini (Universität Siena) – oder als Mittel zur Nachrichtengenerierung und Zirkulation (Terhi Rantanen, London School of Economics), die wie Brendan Dooley (University College Cork) es beschrieb, regelrechte *Topographies of News* hervorbrachte. Nicholas Kenny (Simon Fraser University) hob in seinem Vortrag die subjektiven Empfindungen bei der Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung hervor.

Im Panel M04 *Cities Represented: Writing and Exhibiting Urban History*, geleitet von Anja Kervanto Nevanlinna, (Universität Helsinki), Donatella Calabi (Universität Venedig) und Carlo Maria Travaglini (Universität Rom), kam eine lebhaft Diskussions zustande. Als Mehrheitsmeinung zeigte sich dabei die Auffassung, dass die leidenschaftlich geforderte Nutzung neuer Medien bei der musealen Präsentation allein nicht ausreiche und dass es mehr auf die Inhalte ankäme. Betont wurde der *narrative effect of items*, denn Objekte und *physical structures* seien, genau wie Erzählungen, verschieden interpretierbar.

Migrationsgeschichte war auf der Konferenz insgesamt wenig präsent, bildete aber einen Teil des von Dieter Schott (TU Darmstadt) organisierten Round Table zur *Modern and Contemporary Period*, wo dieses Thema intensiv diskutiert wurde.

Ein Teilnehmer beschrieb die zentrale Uneinigkeit auf der Konferenz als zwei parallele Diskurse über Fakten und Faktizität. Das eine „Lager“ schwankte zwischen traditionellen Auffassungen von der Verlässlichkeit primär offizieller Schriftquellen und der Offenheit für neue Materialsorten und Perspektiven. Im Unterschied dazu hatte das andere „Lager“ aus den *turns* der letzten Jahrzehnte gefolgert, dass es fast keine „neutralen“ Fakten außerhalb von explizit deutlich gemachten Perspektiven geben kann. Gerade das Aufeinander-Beziehen verschiedener Materialsorten mit ihren jeweiligen Faktizitätsansprüchen könne einen Gewinn für die Historiographie bedeuten, wie zum Beispiel Michael Limberger (Universität Ghent), Wonte Ronsijn (Universität Ghent) und Bram Vannieuwenhuyze (Universität Ghent) in der Sektion M 22 *Maps as source and instrument for historical research and means of presentation* (Leiter: Kim Zweerink/ Reinout Rutte, Delft) an Hand ihres Kartenprojektes deutlich machten. Ebenso stellte Karsten Ley (RWTH Aachen) in Session S 01 *Buildings as historical evidence* eine Kombination aus Kameraarbeit auf der Straße und Kartenlektüre vor, die er dazu nutzte, um etablierten stadthistoriographischen Narrativen und einer verzerrenden stadthistoriographischen Ereigniszentriertheit zu entge-

hen. Mit dem Zitat des Architekturhistorikers Eric Fernie nahm auch Peter Guillery (English Heritage, Survey of London) Bezug auf Faktizität: *“the chief task is here to steer a course between the empiricist Scylla of not going beyond the facts and the post-modernist Charybdis of believing that there are no such things.”*

Generell ließ sich auf der Konferenz eine verstärkte Auseinandersetzung mit *urban landscapes*, Karten, architektonischen und Bild-Quellen und mit der Verwendung neuer Medien ausmachen. Paul van de Laar (Rotterdam) stellte Frage von Charles Tilly von 1994 noch einmal: *„What good is urban history?“*, um sie damit zu beantworten, dass es keine allgemeine Agenda der *„urban history“* gebe und sie sich in Expertisen fragmentiere. Dieser Eindruck wurde durch die Konferenz insgesamt bestätigt. Einige Panels erschienen daher fast als Aneinanderreihung von Einzelfallstudien. Die Interdisziplinarität der Konferenz fand ihre Grenzen häufig in unterschiedlichen Erkenntnisinteressen, die zu selten explizit gemacht wurden. Die Diskussion hätte wahrscheinlich durch deutlichere Aussprachen über methodische Dilemmata, Problematisierungen von Begrifflichkeiten und Kategorien profitiert. Trotz spürbarem Theorie-Skeptizismus waren der großen Mehrheit der Teilnehmer eine unarrogante Offenheit und die engagierte Suche nach neuen Perspektiven gemeinsam, so dass man die nächste bereits angekündigte Konferenz der EAUH 2012 *„Cities and Societies in Comparative Perspective“* (Website www.eauh2012.com) bereits gespannt erwarten darf.

Zu Person und Projekt

David Sittler ist Stipendiat im Graduiertenkolleg *„Mediale Historiographien“* Erfurt/Weimar/Jena. Sein Dissertationsprojekt, *„Geschichte der metropolitanen Straße als Massenmedium, Chicago 1870-1930“*, befasst sich mit der Medialität konkreter Straßen Chicagos. Unter dem Massenmedium *„Straße“* als eigenständiger Kommunikationssphäre und Ort der Herstellung von Öffentlichkeiten versteht er ebenso bestimmte symbolisch aufgeladene Straßenlandschaften dieses Territoriums wie die Performanz und spezifische Wahrnehmungsweise der Passanten. Die Untersuchung spürt insbesondere Kulturtechniken des Mediums nach, z. B. dem Demonstrieren. Die *Race riots* 1919 in Chicago und ihre soziologische Verarbeitung sind ein Schwerpunkt, es werden jedoch auch alltäglichere Aktivitäten des Straßenterritoriums betrachtet wie z. B. die *Temperance*-Bewegung. Als Quellen werden Zeitungsartikel, Briefe, Werbematerial, Flugblätter, Sticker, Essays, Literatur und Fotografien verwendet.

Tagungsbericht: Grenzziehungen. Projektionen nationaler Identität auf Migranten in europäischen Städten nach 1945, Sektion der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) auf dem 48. Deutschen Historikertag Berlin, 29.9.2010.

Über die Rolle und Bedeutung der Herkunft bei Zuwanderungsprozessen im urbanen Raum ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden, und dennoch liegt noch immer keine konsensfähige Deutung dafür vor. Ja, bis heute bleibt das Thema brisant und umstritten. „Herkunft als Störgröße“ hat Jürgen Kaube dies Ende 2009 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung treffend genannt.¹ Bestes Beispiel für die anhaltende Kontroverse über diesen Gegenstand sind die jüngsten Auseinandersetzungen, die sich in Frankreich über die in Paris unlängst veröffentlichte Studie „Le deni des cultures“ des französischen Soziologen Hugues Lagrange entzündet haben und dem Buch eine Resonanz verschafften, der sich wissenschaftliche Arbeiten nur selten erfreuen. Grund für dieses breite Echo war der Befund der Arbeit. Anhand umfangreichen statistischen Datenmaterials kommt der französische Soziologe darin zu dem Schluss, dass bei gleichartigen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in benachteiligten französischen Stadtvierteln Einwohner, die aus der Sahelzone stammen, weitaus häufiger deviant werden als etwa solche aus dem Maghreb oder aus Europa.² Lagrange stellt also Herkunft und Delinquenz in einen genealogischen Zusammenhang und wirft damit zugleich die grundsätzliche Frage auf, ob und inwiefern die Herkunft gesellschaftliche Problemlagen in Städten zu entschlüsseln hilft, wenn nicht gar erklären kann. Für die einen unternimmt er damit einen Schritt, der längst fällig war. Die anderen befürchten eine politische Vereinnahmung seiner Thesen.

¹ Jürgen Kaube, Assimilation als Familienpensum, in: FAZ 274, 25. November 2009, S. 3.

² Hugues Lagrange, „Le Deni des cultures“, Paris 2010.

Auch in der von Bettina Severin-Barboutie (Gießen) auf dem diesjährigen Historikertag in Berlin geleiteten Sektion der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung über *Grenzziehungen. Projektionen nationaler Identität auf Migranten in europäischen Städten nach 1945* ging es um die Frage der Herkunft bei Zuwanderungsprozessen in der Stadt. Ziel der Sektion war es, anhand von Beispielen aus Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien die Rolle der Nation bei zeithistorischen Zuwanderungen in der europäischen Stadt zu ermitteln und damit zugleich dazu beizutragen, die Nation als Kategorie bei der Analyse von Zuwanderungen konzeptionell weiterzuentwickeln und insgesamt tragfähiger zu machen. Im Mittelpunkt stand dabei zum einen die Frage, ob und wenn ja, welchen Einfluss nationale Zugehörigkeiten oder Zuschreibungen auf die Existenz, Konstituierung und/oder Beseitigung von Grenzen in der Stadt hatten und wie sich unter Umständen quer dazu verlaufende Prozesse in diese Entwicklungen einfügten. Zum anderen ging es um die Rolle und Bedeutung der Stadt bei diesen Prozessen. Die Stadt sollte demnach nicht nur als Container, sondern auch und vor allem als Akteurin und Produzentin verstanden werden.

Die Sektion wurde von vier Referentinnen und Referenten bestritten, die, aus je unterschiedlichen Forschungshorizonten kommend, das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln betrachteten. Das erste Referat übernahm Roberto Sala (Erfurt) mit methodisch-theoretischen Überlegungen zur Nation als Analysekategorie bei Migrationsprozessen in der Stadt. Am Beispiel mehrerer Einzelstudien über italienische Zuwanderer in deutschen Städten unterstrich er den Konstruktionscharakter nationaler Gemeinschaften und knüpfte damit implizit an das von Benedict Anderson entworfene Konzept der *Imagined Community* an. Gleichzeitig kritisierte er die sich aus nationalen Klassifizierungsmustern speisende perspektivische Engführung stadthistorischer Migrationsforschung und plädierte für die Berücksichtigung zusätzlicher Analyse Kriterien. Als mögliche Parameter nannte er die Region und das Dorf, ferner Netzwerkbildungen und Sprachgemeinschaften, zumal sich hierüber möglicherweise andere Grenzziehungen als die noch immer geläufige dichotome Unterscheidung zwischen städtischer Aufnahme- und Zuwanderungsgesellschaft erschließen lassen könnten. Salas Ausführungen deuten jedenfalls darauf hin, dass die von ihm als „Eliten-Italiener“ bezeichneten Zuwanderer den deutschen Stadtbewohnern mitunter viel näher standen als ihren eigenen Landsleuten – dies umso mehr, als die ‚Eliten-Italiener‘ die von ihnen beschworene Solidargemeinschaft offenbar in erster Linie dazu nutzten, sich in der Stadt zu etablieren.

Imke Sturm-Martin (Köln) beschäftigte sich anschließend mit der Rolle der Nation beziehungsweise der Konstruktion des Fremden in den postkolonialen Stadtgesellschaften Frankreichs und Großbritanniens und nahm zu diesem Zweck die Klas-

sifizierung von Zuwanderern aus den Kolonien in den öffentlichen Diskursen beider Staaten in den Blick. Imperium und Rasse, weniger aber die Nation waren dabei die für diese Migranten üblichen Kategorien – Kategorien, die wie die geographische Herkunft der Migranten selbst zutiefst von der britischen Kolonialgeschichte geprägt waren und nicht nur zu einer Differenzierung, sondern auch zu einer Hierarchisierung der Migranten insgesamt führten, wie die Abgrenzung der *colonial immigrants* von Zuwanderern, die nicht aus dem britischen Kolonialreich stammten, deutlich macht. Auch in Frankreich erfolgte die Etikettierung von Migranten aus den Kolonien selten über nationale Zuschreibungen. Dort waren vor allem religiöse oder geographische Bezeichnungen wie *français musulman* oder *nord-africain* üblich.

Anhand der französischen Bildungspolitik und neuerer französischer Geschichtsschulbücher der Sekundarstufe II untersuchte Susanne Grindel (Braunschweig) im dritten Sektionsbeitrag die Rolle der Nation im französischen Schulwesen und warf damit zugleich ein Schlaglicht auf die Ebene der Geschichtsvermittlung. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach der Existenz nationaler Vorstellungsmuster beim Umgang mit sowie der Darstellung von problematischen Großstadtvierteln in Frankreich, jenen Vierteln also, die gemeinhin unter dem Begriff der *banlieue* subsumiert werden. Dabei verwies sie zunächst auf den starken nationalen Impetus, der der Bildungspolitik wie auch den von ihr durchgesehenen Lehrbüchern immanent ist und in der durchgängigen Orientierung am Integrationsmodell der französischen Republik zum Ausdruck kommt: Das republikanische Integrationsmodell dient nicht nur als Maßstab für die Beurteilung und den Umgang mit der Situation in den französischen Vorstädten insgesamt. Aus ihm ergeben sich ebenfalls Zugehörigkeiten und Exklusionen. Es entscheidet schließlich auch darüber, ob Zuwanderungen als Erfolgsgeschichten gelesen werden oder nicht, wobei als erfolgreich gilt, wer sich nahtlos in die Republik einfügt. Migranten haben in dieser Perspektive gegenüber dem französischen Staat stets eine Bringschuld zu leisten. Neben der unübersehbaren nationalstaatlichen Färbung hob Grindel weiterhin den in den Lehrmedien unterschwellig fortdauernden paternalistischen Gestus der ehemaligen Kolonialmacht hervor, werden doch Migranten und ihre Nachfolgenerationen darin als ebenso entwicklungsbedürftig dargestellt wie einst die Bewohner der Kolonien.

Mit seinem Vergleich transnational mobiler marokkanischer Arbeitsmigranten und arabischer Christen unterschiedlicher Nationalität im heutigen Brüssel lieferte der Ethnologe Martin Zillinger (Siegen) abschließend einen Beitrag aus sozialwissenschaftlicher Perspektive und schlug zugleich eine Brücke zur Gegenwart. Wie Sturm-Martin konstatierte auch Zillinger die Korrelation multipler Zugehörigkeiten unter den von ihm untersuchten transnational vernetzten Migranten in Brüssel.

Gleichzeitig kommt er aber zu dem Ergebnis, dass die Kategorie der Nation weiterhin von Bedeutung ist: für den Staat in der Begrenzung von Gütern und Ressourcen im Rahmen der Staatsbürgerschaft, aber auch für die Migranten ohne belgischen Pass, die nationale Zuschreibungen für sich in Anspruch nehmen, um Ressourcen zu mobilisieren oder gegen den Staat zu verteidigen. Nationale Zugehörigkeiten sind für sie also ein Mittel, sich über nationalstaatliche Grenzen im Binnenraum der Stadt hinwegzusetzen und Handlungszwänge in Handlungsoptionen umzuwandeln.

In der Zusammenschau bleibt der Befund der Sektion ambivalent. Einerseits sind in den einzelnen Beiträge sehr unterschiedliche Formen und Phasen nationaler Zuschreibungen in der Stadt zusammengetragen worden, die erneut gezeigt haben, wie wichtig es ist, Migrationsprozesse in der Stadt sowohl im zeitlichen Längsschnitt zu untersuchen als auch die unterschiedlichen Rahmungen und Korrelationen, nicht zuletzt das Wechselspiel zwischen Stadt und Nation, miteinzubeziehen, zumal hiervon ebenfalls Impulse für die noch immer stark am Nationalstaat orientierte Migrationsforschung ausgehen könnten. Andererseits haben die Referate die Koexistenz einer Vielzahl von Zuschreibungen in der Stadt nachgewiesen und damit verdeutlicht, dass die Pluralität bzw. Komplementarität von Kategorisierungen bei Zuwanderungsprozessen in der Stadt die Regel waren und die Nation stets nur ein Klassifikationskriterium unter vielen darstellte. Wer sich mit Migrationsprozessen und Grenzziehungen in der Stadt beschäftigt, muss dem zwangsläufig Rechnung tragen, indem er seine Analyse nicht auf eine Variable beschränkt. Weitgehend offen geblieben sind in der Sektion dagegen die besondere Rolle und Bedeutung der Stadt, insbesondere die von Adelheid von Saldern in der Abschlussdiskussion aufgeworfene Frage, ob Zuwanderungen im urbanen Raum ausschließlich auf Kettenwanderungen und ethnische Netzwerke reduziert werden könnten, wie es etwa Roberto Salas Ausführungen nahe legen, oder ob es nicht auch die Städte selbst waren, die für Migranten jenseits bestehender transnationaler Verflechtungen reizvolle Anziehungspunkte bildeten. Jüngste Migrationsausstellungen in verschiedenen bundesdeutschen Städten lassen jedenfalls erkennen, dass es zumindest unter den Nachkommen der ersten Migrantengeneration Identitätsbildungsprozesse gibt, die sich in erster Linie auf die Stadt und nicht auf den Staat beziehen.

**Dr. Bettina Severin-Barboutie, Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
Historisches Institut der Universität Giessen, barboutie@aol.com**

Tagungsbericht über eine internationale und interdisziplinäre Veranstaltungsserie: Variationen und Dimensionen der Aneignung von Stadt, USA/Europa, Nov. 2009-Sept. 2010

Urban Pleasures and Urban Panics, Sektion auf der Social Science History Conference, 12.-15.11.2009, Long Beach/Kalifornien, USA

Nighttime in the City. Social Control and the Uses of Darkness, Sektion anlässlich der European Social Science History Conference in Gent, Belgien, 13.-16.4. 2010

Urban Nightlife - Transgression and Governance, Technische Universität Berlin, 20.-21.5.2010

Geographies of Transgression in the History of the City, Sektion auf der 10th International Conference on Urban History in Gent, 1.-4.9.2010

Vorbemerkung

Das in der Überschrift dieses Berichtes genannte Autoren- und Arbeitsteam, das diese Serie von Veranstaltungen initiiert, durchgesetzt, organisiert und dann auch in internationale und in interdisziplinäre Kontexte eingebracht hat, lässt sich institutionell bestimmten wissenschaftlichen Disziplinen zuordnen, tatsächlich sehen sich aber beide Autoren eher in einem disziplinären Schnittfeld verortet, auf dem sich Soziologie, verschiedene historische Wissenschaften und die Kriminologie begegnen. Die Veranstaltungsserie hatte (groß-) städtische Phänomene zum Inhalt. Dabei war die Zielrichtung dieses Interesses ausdrücklich *nicht* auf Stadt als ‚Problem‘, als ‚Unordnung‘ und als ‚Gefahr‘ gerichtet, sondern auf Nutzungen der Stadt und auf die (Wieder-) Aneignungen öffentlicher und anderer städtischer Räume durch diejenigen, die dort leben bzw. diese Räume frequentieren. Dabei wurde der Stadtnacht als spezifischer raum-zeitlicher Facette der Aneignung von Stadt besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Eine – so die Wahrnehmung der Autoren – ausgeprägt hegemoniale Etikettierung von Stadt als ‚Problem‘ sollte durch eine andere Sichtweise ergänzt werden, wobei von folgenden Ansätzen und Überlegungen ausgegangen wurde:

Stadt und Kontrolle

Ein zunehmendes Unbehagen an der – so die Autoren – hegemonialen Wirkungsmächtigkeit, mit der das Kontrollparadigma immer noch die Wahrnehmung von Stadt bestimmt und die Fragen prägt, die über die Stadt in verschiedenen Disziplinen gestellt werden.

Stadt als Problem

Die durchaus als ‚hegemonial‘ zu verstehende Etikettierung von ‚Stadt‘ als Problem hat die Autoren zunehmend irritiert und erstaunt. Dazu auch ein vorwissenschaftliches Problemverständnis: Beide Autoren haben bis zum heutigen Zeitpunkt in innerstädtischen Gebieten - dabei teilweise auch in so genannten Problemzonen - gelebt und teilweise auch gearbeitet und würden die Stadt nie als ‚Problem‘ wahrnehmen. Partiiell scheint diese Problemwahrnehmung neueren Datums zu sein; für das späte Mittelalter und für die frühe Neuzeit z.B. kann man *cum grano salis* durchaus von einer positiven Thematisierung und Wahrnehmung von ‚Stadt‘ sprechen. Und auch für das 19. Jahrhundert lässt sich konstatieren, dass, trotz der immensen sozialen Probleme dieser Periode, Städtewachstum und Urbanisierung nicht stattfanden, weil Städte ein Problem waren, sondern weil mit Städten –häufig sehr unterschiedliche und oft sehr bescheidene bzw. illusorische- positive Erwartungen verknüpft wurden. Wenn sich diese Erwartungen (Arbeit, ein besseres Leben, Selbstverwirklichungen, oft auch Vergnügungen oder Attraktionen) oft auch nicht realisieren ließen, so deutet sich hier vielleicht dennoch eine Linie des Städtischen an, der man eine *longue durée* zuschreiben könnte.

Aneignungen

Die Kontrollperspektive beinhaltet Strategien, Praktiken und Verfahrensweisen, Kontrolle erfolgreich umzusetzen. Die Veranstaltungsserie richtet sich auch darauf, ob und wie diese Kontrollstrategien und -praktiken, die darauf abzielten, ‚anderes‘, angemessenes und ‚ordentliches‘ Verhalten in der Stadt durchzusetzen und zu befördern, von Individuen und von Gruppen in Frage gestellt bzw. unterlaufen wurde, die die Stadt anders nutzen wollten, als dies vorgesehen war. Diese ‚andere‘

Nutzung konnte verschiedene Formen annehmen: Illegal, transgressiv oder ganz einfach als Versuch, Normalität und angemessenes Verhalten in städtischen Räumen neu zu deklinieren.

Transgression

Zentral für uns ist ein Konzept, das in neueren kulturwissenschaftlichen und kriminologischen Diskussionen auch als ‚Transgression‘ gefasst wird. Dort wird Transgression als ein Konzept verstanden, mit dem versucht werden soll, eher binäre Konzeptualisierungen von ‚Ordnung‘, ‚Unordnung‘, Abweichung, Kriminalität, Normalität, etc. durch Ansätze zu ergänzen, die ‚Ordnung‘, ‚Unordnung‘ etc. als virtuelle Raum-Zeit-Komponenten verstehen, in denen über ‚Raum‘, Bedeutungen und Interpretationen von ‚Raum‘ etc. unter denjenigen, die ‚Raum‘ okkupieren immer wieder diskursiv neu verhandelt wird und Raum-/Zeitzusammenhänge immer wieder neu geschaffen werden. Insofern beinhaltet die Veranstaltungsserie auch eine konstruktivistische Perspektive.

Interaktionen zwischen Kontrolleuren und zu Kontrollierenden

Eine Facette der Wirkungsmächtigkeit des Kontrollspektrums besteht darin, das Ergebnis von ‚Kontrolle‘ in städtischen Kontexten als ‚erfolgreich‘ zu verstehen. Die Darstellung von wirksamer Kontrolle kann inzwischen auf Konferenzen schnell zum Langweiler geraten. Einer der Ansätze der hier vorgestellten Konferenzserie besteht darin, ‚Kontrollgeschichten‘ nicht nur in Hinsicht auf die Wirksamkeit von ‚Kontrolle‘, sondern auch in Hinsicht auf die Formen des ‚Umgangs‘ der Kontrollierten mit ‚Kontrolle‘ zu thematisieren: Diese Formen können ein weites Spektrum umfassen, das vom widerständigen Verhalten, dem ‚Unterlaufen‘, den spielerischen Varianten des ‚Gegenhaltens‘ bis hin zu Verhaltensweisen reichen kann, die Kontrolle zum Scheitern bringen.

Die Veranstaltungen im Einzelnen

Urban Pleasures and Urban Panics, Sektion auf der Social Science History Conference, 12.-15.11.2009, Long Beach/Kalifornien, USA

Diese Veranstaltung leitete die Serie mit den folgenden Vorträgen ein:
Herbert Reinke, Urban Pleasures and Urban Panics: A New Look on the History and the Sociology of Deviance and Control in the City

Margo De Koster, *Moving in Between Perils and Pleasures: Girls and Nightlife in Belgian Cities, 1880-1940*

Klaus Weinbauer, *Pleasure and Politics? Drugs in Western German Cities during the 1960/70s*

Robert Hornsby & Richard Hobbs: *Pasty Day: Booze: Resentment, and Resistance in a De-Industrialized Outpost*

Sascha Schierz: *Vechta University Urban Guerilla? Graffiti in German Cities*

Richard Wetzell: *Kommentar*

Der rote Faden, der die Beiträge der ersten Veranstaltung miteinander verknüpfte, bestand vor allem darin, Aneignungsprozesse in städtischen Kontexten dezidiert in den Vordergrund zu stellen. Reaktionen darauf (Urban Panics), auch in Form von Kontrollprozessen, sollten (notwendigerweise) thematisiert werden, dies sollte aber nicht in einer Weise geschehen, die eine Betonung der Kontrollperspektive zum Inhalt gehabt hätte. Diese Vorgaben lösten beim Publikum und beim Kommentator eine Reihe von (kreativen) Assoziationen aus, das ‚Städtische‘ anders als gewohnt zu sehen.

Nighttime in the City. Social Control and the Uses of Darkness, Sektion anlässlich der European Social Science History Conference in Gent, Belgien, 13.-16.4. 2010

Raum-/ Zeitspezifische Aneignungsformen von ‚Stadt‘ standen im Mittelpunkt dieser Veranstaltung. Ausgehend von der eher vorwissenschaftlichen Hypothese, dass die Stadtnacht ‚Stadt‘ von ‚Land‘ unterscheidet, sollte Stadtnacht als spezifische Aneignungsform von ‚Stadt‘ konzipiert und sollten KollegInnen gebeten werden, die Stadtnacht aus dieser Perspektive zu untersuchen. Dabei sollte die Stadtnacht nicht nur als Teil des 24-stündigen Tag-/Nachtzyklus zu verstanden werden, sondern auch auf der Grundlage eines von dem französischen Soziologen Emile Durkheim erstmalig konzipierten Ansatzes als soziale und kulturelle Tatsache (*fait social*) *sui generis* aufgegriffen werden. An eine frühzeitig diese Thematik behandelnde Studie¹ hat die deutschsprachige Geschichtswissenschaft erst in neuerer Zeit angeknüpft.² Auch ausländische HistorikerInnen befassen sich inzwischen verstärkt mit der Stadtnacht.³ Auch in den Sozialwissenschaften ist diese Thematik über lange Zeit eher nur am Rande behandelt worden. Die sozialwissenschaftliche Forschung (So-

¹ Joachim Schlör, *Nachts in der großen Stadt. Paris, Berlin, London 1840-1930*, München 1991.

² So z.B. Christian Casanova, *Nacht-Leben. Orte, Akteure und obrigkeitliche Disziplinierung in Zürich, 1523-1833*, Zürich 2007.

³ Simone Delattre, *Les douze heures noires. La nuit à Paris au XIXe siècle*, Paris 2003. Unter den zahlreichen anglo-amerikanischen bereits frühzeitig Lewis A. Ehrenberg, *Steppin' out. New York Nightlife and the Transformation of American Culture, 1890-1930*, Westport 1981. Dort inzwischen weitere Studien.

ziologie, Kriminologie) hat diese Thematik in allerneuester Zeit – vor allem auch im englischsprachigen Raum – wieder verstärkt in ihre Forschungsagenda gekommen.⁴

Die folgenden Themen wurden behandelt: Margo De Koster: Night Spaces and Youth in Antwerp: Social Control and the Uses of Darkness, 1880-1940; Gonçalo Rocha Gonçalves: Lisbon University, The Organization of of the 24-hours police presence in Lisbon; Klaus Weinbauer: Clubcultures versus Subcultures? Nightlife in Clubs and Discotheques in Berlin during the 1960/70s; Christine Hentschel, Night-time at the Beach: Durban, South Africa; Florent Prieur: The Organization and Objects of Police Service Surveillance at Night, Lyon-France; Sascha Schierz: No Booze in the City: Public Space, Juveniles and Night Time Governance in German Cities; Herbert Reinke: Kommentar

Bei dieser Veranstaltung sahen sich vor allem die teilnehmenden HistorikerInnen veranlasst, ihr Quellenmaterial einmal ‚anders zu lesen und den Blick auf das ‚Städtische‘ zu revidieren: Es deutete sich ein Verständnis an, den städtischen 24-Stunden-Zyklus nicht länger als ein Kontinuum zu verstehen, sondern durchaus als distinkte städtische Raum-/Zeiteinheiten.

Urban Nightlife - Transgression and Governance, Technische Universität Berlin, 20.-21.5.2010

Diese Veranstaltung diente dazu, den in Gent aufgenommen Faden interdisziplinär weiter zu spinnen⁴. Dabei wurden wir von den folgenden Institutionen unterstützt: GERN/ Groupe Européen de Recherche sur les Normativités (Frankreich), Gesellschaft für interdisziplinäre wissenschaftliche Kriminologie e.V. / GiwK (Deutschland), Sektion ‚Soziale Probleme und Soziale Kontrolle‘ der Deutsche(n) Gesellschaft für Soziologie und das Centre d’histoire du droit et de la justice, Universität Louvain-La-Neuve (Belgien).

Der interdisziplinäre Ansatz wurde in den folgenden Vorträgen aufgegriffen:
Herbert Reinke & Margo De Koster: Whom belongs the urban night? Multidisciplinary perspectives on nighttime transgressions and governance
Keith Hayward: Night-time crime stories: cultural criminology and the city
Christine Hentschel: Nighttime Bubbles: Conceptualizing Governable Spaces in Time

⁴ Dort vor allem im Rahmen von Analysen des Zusammenhangs zwischen postindustriellem Konsumverhalten und jugendlicher Gewaltformen, so u.a. bei Phil Hadfield, Bar Wars: Contesting the Night in Contemporary British Cities, Oxford 2006.

Sascha Schierz: Alcohol and youth cultures: Governing Nighttime in German Cities
Stijn Ruiters: A Time for a Crime: Towards an Explanation of Cyclical Crime Patterns"

Nicolas Vidoni ,Nighttime police regulation of space in 18th-century Paris

Antoon Vrints, Right to the night? Conflicting uses of darkness in Antwerp (1910-1950)

Diese Veranstaltung war vor allem als interdisziplinäre Begegnung konzipiert. Dabei sollten neuere konzeptionelle und theoretische Annäherungen (Transgression, Deutungen von Abweichungen als kulturelle Phänomene im Rahmen der ‚Cultural Criminology‘) und historische und aktuelle Befunde nach Schnittmengen abgesehen werden. Dabei kristallisierte sich erneut die ‚Produktivität‘ eines Ansatzes heraus, der auf Raum-/Zeitkontexte von Stadt als das Ergebnis von Aushandlungsprozessen abstellt, in dem eine Reihe von Faktoren (kulturelle, soziale und last but not least ökonomische Interessen und Motive) eine Rolle spielen. Auf letztgenannte Interessen sei besonders verwiesen, weil gegenüber kulturwissenschaftlichen Ansätzen häufig der Vorwurf der ‚Ökonomieabwesenheit‘ erhoben wird.

Geographies of Transgression in the History of the City, Sektion auf der 10th International Conference on Urban History in Gent, 1.-4.9.2010

Die letzte Veranstaltung der Serie hatte spezifische stadtgeographische Aspekte zum Inhalt, die in den folgenden Beiträgen behandelt wurden:

Marie-Amélie Bourguignon: Spaces of tolerance or transgression? Zones for prostitution and nocturnal encounters in the early modern city (Mons 14th-16th c.

Gonçalo Rocha Gonçalves: Policing Street Carnival in Lisbon 1890-1930

Margo De Koster: Geographical Police Knowledge of Urban Disorder, Antwerp 1880-1914

Piotr Perkowski: The socialist city and its ‚melina‘ in Polish People’s Republic (PRL)

Herbert Reinke: Out of Control. Geographies of Crime and Vice in Wartime Berlin (1939-1945)

Gerhard Sälzer: Bad Girls at the Berlin Wall: Adolescence, Provocation and Self-Experience in a Dangerous City Area

Christine Hentschel: Keeping the Bubble out of Trouble: ‚Outcharming‘ Transgressions in a Post Apartheid City.

Ulla Pohjamo: Urban Fringe as a Place for Everyday Transgressions

Klaus Weinbauer: Critical Perspectives on Geographies of Transgression in the History of the City (Comment)

Ergänzend zu den drei voraus gegangenen Veranstaltungen sollte die letzte der vier Sektionen den geographischen Bezug städtischer Aneignungsprozesse akzentuieren und auch die darauf gerichteten Reaktionen und Kontrollprozesse thematisieren. Was bleibt? Die Veranstaltungsserie, die ja durchaus experimentellen Charakter hatte, sollte dazu anregen, einen ‚anderen‘, vielleicht auch ‚neuen‘ Blick auf die Stadt zu werfen und den Fokus nicht vorrangig auf Kontroll-, sondern auf Aneignungsprozesse zu richten. Vom Publikum bei den Veranstaltungen wurde dieser Ansatz durchaus interessiert und neugierig aufgenommen. Ob auch ein größeres Publikum dieses größere Interesse teilt, wird die Reaktion auf den Sammelband zeigen, der die wichtigsten Beiträge der Veranstaltungsserie enthalten soll. Dieses Buch ist in Vorbereitung.

Dr. Herbert Reinke, reinke@uni-wuppertal.de;

Dr. Margo De Koster, margo.dekoster@uclouvain.be

Tagungsbericht: Workshop „Planung als Kulturtechnik“, Darmstadt, 19.-20. März 2010

Veranstalter: Graduiertenschule URBANgrad im Forschungsschwerpunkt Stadtforschung an der Technischen Universität Darmstadt, (Martina Fendt, Regine Henn, Torsten Noe und Kristina Siekermann)

Mit dem Workshop „Planung als Kulturtechnik“ wurde die Zielsetzung verfolgt, das Themenfeld ‚Planung‘ aus verschiedensten Perspektiven – wie etwa den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, der Stadtgeschichte sowie der Raum-, Stadt- oder Umweltplanung – zu beleuchten und entsprechend unterschiedliche fachliche Ansätze zueinander in Beziehung zu setzen. Planung – verstanden als Kulturtechnik – gehört zur alltäglichen Lebens- und Berufspraxis in vielen Feldern. Sie stellt nach wie vor die ‚übliche Vorgehensweise‘ dar, wenn es darum geht, zukünftige Lebens- und Handlungsbedingungen zu antizipieren und zu gestalten. Doch bei genauerem Hinsehen wirft die Reflexion dieser Praxis eine Reihe von Fragen auf, die für den Workshop in drei Themenkomplexen diskutiert wurde. Die Beiträge aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wie auch aus der ‚zukunftsgestaltenden‘ Praxis gingen dabei den folgenden Fragestellungen nicht nur, aber vor allem im Hinblick auf das Lebensumfeld Stadt nach.

Die erste der drei Sektionen drehte sich um die Frage nach der „*Gegenstands- bzw. Zielabhängigkeit von Planung*“. Hier wurde erörtert, für welche Arten von Zielen Planung grundsätzlich sinnvoll sein kann, wo Planung dabei an ihre Grenzen stößt bzw. aus welchen Gründen das der Fall sein kann. Der einleitende Beitrag von *Gerhard Vinken* (Darmstadt) entfaltete die Fragestellungen des Workshops mit einem wesentlichen Fokus auf das Verhältnis von „Planen – nicht planen“ mit Bezug auf die Stadt als Ort und Gegenstand planender und nicht-planender Interventionen. Hier stehen sich Vorstellungen von Rationalität, Ordnung, Kontrolle und Effizienz als Strategien zur Bewältigung von Komplexität einerseits und ungesteuerter, spontaner, ‚freier‘ Dynamik und Emergenz andererseits gegenüber, die mit jeweils unterschiedlichen Verständnissen von ‚Stadt‘ korrelieren. *Janet Merkel* (Berlin) ana-

lysierte „Städtische[n] Raum als kulturelle Quelle von Neuheit“ und diskutierte anhand der Fallbeispiele Berlin und London die Möglichkeiten und Grenzen, Kreativität in Städten mit den Mitteln neuer Governance-Formen zu stimulieren und damit letztlich ‚Kreativität zu planen‘. Die Paradoxie der Planung von Ergebnisoffenheit war das Thema des Beitrags von *Monika Grubbauer* (Darmstadt): Aktuell steht in architektonischen Konzepten die Flexibilität und Nutzungsoffenheit von Räumen und Gebäuden hoch im Kurs. Dies geschieht in einem Handlungsfeld, dessen Ziel grundsätzlich das Bauen ist, d.h. eine materielle Festlegung eines Entwurfs. *Sandra Huning* (Dortmund) widmete sich aus soziologischer Perspektive der Frage, inwieweit Planen als Herstellen oder als Handeln gedacht werden kann. Der Beitrag bezog sich dabei auf die Begriffe des Herstellens und Handelns bei Hannah Arendt und erprobte diese theoretische Basis an den planerischen Handlungsfeldern Klimaschutz bzw. Klimaanpassung. *Christa Kamleithner* (Berlin) warf in ihrem Beitrag „Zukünfte programmieren“ die grundsätzliche Frage danach auf, wie Planung als Kulturtechnik gefasst werden kann und analysierte dabei historische und aktuelle Konzeptualisierungen von Stadtplanung als einer wissenschaftlich basierten Strategie des Entwerfens von Zukunft.

Der Keynote-Vortrag von *Armin Grunwald* (Karlsruhe) erörterte umfassend die „Anthropologische[n] Dimensionen des Planens“ und analysierte dabei detailliert die grundlegenden Aspekte planenden Handelns in Bezug auf eine durch jeweils gegenwärtige Bedingungen und Vorstellungen geprägte Zukunft.

Die Beiträge des zweiten Tages des Workshops beleuchteten die „*Akteursabhängigkeit der Planung*“ im Verhältnis zu den Kategorien „Wissen, Kultur und Macht“. Hier wurde danach gefragt, mit welchen Wissensbeständen, Selbstverständnissen und kulturellen Praktiken Akteure an Planung herangehen und wie Machtverhältnisse Planungsziele und -ergebnisse beeinflussen. *Harald Hofer* (Augsburg) diskutierte „Planung ‚zwischen Anspruch und Wirklichkeit‘ aus soziologischer Perspektive“ und diagnostizierte einen Wandel im Stellenwert der Planung: Planung diene heute immer stärker der Legitimation von Entscheidungen der involvierten Akteure. *Gesa Witthöfts* (Wien) Beitrag „Zum Spannungsverhältnis von Subjektivität und den Bindungskräften des Formalen im Planungshandeln“ erörterte am Beispiel der Erweiterung und Modernisierung der Hamburger Messe Handlungsmuster professioneller Planer, insbesondere aus der kommunalen Verwaltung. Dabei stand die Frage nach der Steuerungsmacht professioneller Akteure in einem stark formalisierten und geordneten Handlungsrahmen von Planungsprozessen sowie ihr Umgang mit Wissensbeständen im Vordergrund. *Christina Schlotmann* (Darmstadt) thematisierte einen ähnlichen Fragenkomplex konkret zur Rolle von „Macht in der Planung am Beispiel des Planungsprozesses zum New York City Tunnel No. 3“ einer-

seits und der Akteure in gegebenen Machtkonstellationen andererseits. Dies erfolgte auf der Grundlage von Bent Flyvbjergs Thesen zum Verhältnis von machtgeprägten Faktoren und rationalen (Sach-)Argumenten in stadtplanerischen Kontexten. Internetbasierte Partizipation als Methode, Bürgerbeteiligung im formalen Rahmen ‚traditioneller‘ kommunaler Planungs- und Entscheidungsprozesse zu organisieren, hat aktuell hohe Konjunktur. *Oliver Märker* (Berlin) präsentierte auf der Grundlage von Beispielen aus der eigenen Praxis „E-Partizipation [als] eine neue Form der Wissensproduktion in der Planung.“

Der dritte Schwerpunkt des Workshops „*Veränderung durch Planen und Nicht-Planen*“ fragte nach Möglichkeiten und Grenzen nicht-planend konzipierter, in diesem Sinn unkontrollierter Interventionen, nach emergenten Veränderungen, spielerischen, experimentellen oder künstlerischen Herangehensweisen und deren Wirkungen. Am Beispiel der Internetplattform „nexthamburg“, die E-Partizipation im Bereich der Stadtentwicklung Hamburgs ermöglicht, zeigte *Antje Matern* (Hamburg) Möglichkeiten auf, das Medium Internet nicht nur zur Implementierung gegenwärtig üblicher Planungsverfahren zu nutzen. Es kann auch als eine Art interaktives Laboratorium zur Ideenfindung und -weiterentwicklung beitragen, das dezidiert auf Emergenz abzielt. *Turit Fröbe* (Berlin) beschrieb „Spiele und spielerische Verfahren in der Stadtplanung und -forschung“ als Instrument der Bürgerbeteiligung seit den 1960er Jahren in Deutschland. Sie machte dabei sehr anschaulich, dass gerade unernste, spielerische Auseinandersetzungen mit möglichen städtischen ‚Zukünften‘ als eine besondere Form des Denkens und Handelns außerordentlich produktiv sein können. *Katrin Klitzke* (Hamburg) stellte schließlich aus ethnologischer Perspektive die künstlerische Intervention „Eichbaumoper“ vor, ein Projekt der Architektengruppe raumlabor_berlin (in Kooperation mit lokalen Theatern), das die U-Bahnstation „Eichbaum“ in Mülheim an der Ruhr unter Einbeziehung von Nutzern des Ortes temporär in eine „Opernbauhütte“ und schließlich eine Opernbühne verwandelte.

Die abschließende Diskussion zeigte das große Interesse an fachübergreifendem Austausch über den jeweils eigenen Forschungsgegenstand und insbesondere das Potenzial einer Reflexion von Planung quer zu den in den einzelnen Disziplinen üblichen Betrachtungsweisen. Der Workshop zu „Planung als Kulturtechnik“ erwies sich damit gerade aufgrund seiner multidisziplinär offenen, aber in der Setzung der Fragestellungen präzisen Konzeption als sehr produktiv und aufschlussreich.

Martina Fendt, TU Darmstadt, fendt@stadtforschung.tu-darmstadt.de;

Kristina Siekermann, TU Darmstadt,

siekermann@stadtforschung.tu-darmstadt.de

**Tagungsbericht: „Stadt – Mord – Ordnung.
Urbane Settings in der Kriminalliteratur
aus Ost-Mittel-Europa“,
Geisteswissenschaftliches Zentrum
Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas,
Universität Leipzig (GWZO Leipzig),
25.–26.3.2010**

Veranstalter: Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO Leipzig) Forschungsgruppe „Imaginationen des Urbanen in Ostmitteleuropa. Stadtplanung – Visuelle Kultur – Dichtung im 20. Jahrhundert“

Am 25. und 26. März 2010 fand die internationale Konferenz „Stadt – Mord – Ordnung. Urbane Settings in der Kriminalliteratur aus Ost-Mittel-Europa“ am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO Leipzig) statt.

Den Ausgangspunkt der Konferenz bildete das neue Interesse des westeuropäischen (inklusive des deutschen) Buchmarkts für die zeitgenössische Kriminalliteratur aus Ost- und Ostmitteleuropa: Woher stammt diese Aufmerksamkeit? Aus historisch-geographischen Gründen, weil ost(mittel)europäische Krimis von den Realien dieser Region auf spannende und zugleich informative Art und Weise erzählen? Welche Rolle spielt die Wende um 1990 für diese Literatur? Können diese Krimis auch in formaler Hinsicht als speziell gelten? Gibt es einen besonderen ost(mittel)europäischen Krimi? Innerhalb dieser Fragestellung erschien besonders die Fokussierung auf die Stadt wichtig, die sich für den ost(mittel)europäischen Krimi wie den zeitgenössischen Krimi im Allgemeinen oft feststellen lässt. Weist dieser thematische Schwerpunkt auf die Absicht hin, die ost(mittel)europäischen Städte kritisch darzustellen, oder entsteht er aus dem Bedürfnis, dem Krimileser bzw. Touristen atmosphärische Unterhaltung zu bieten? Ist das Rezept für diese Krimis anders als im Westen?

Der Komparatist Bart Keunen (Ghent) hat sich in seinem Eröffnungsvortrag mit der „transformation of the hero in the urban crime novel of the 20th century“ befasst. Dabei hat er eine allmähliche Entheroisierung der Protagonisten, d. h. der Ermittler, festgestellt. In klassischen Krimis würden sie generell durch ihre Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit gekennzeichnet (unabhängig davon, ob sie in dieser Suche erfolgreich seien.) In zeitgenössischen Krimis dagegen seien es viel ambivalenter Figuren, die sich nicht selten als zynisch, opportunistisch bzw. feige erweisen. Keunen erkennt eine solche Entwicklung auch in Ost(mittel)europa und zeigt dies am Beispiel der Krimiserie des Polen Marek Krajewski über das Breslau zur Zeit des Nationalsozialismus. Der Ermittler Kommissar Eberhard Mock sei vor allem jemand, der sich im Nazi-System übers Wasser zu halten versuche. Krajewskis Werke wirken sowohl durch ihren atmosphärischen Realismus als auch durch die spannende Handlung höchst unterhaltsam. Nichtsdestoweniger transportierten sie auf ethischer Ebene eine gewisse Kritik: Das Breslau der Nazi-Zeit sei gegen jede Verklärung der Geschichte als ein Ort dargestellt, in dem kein klassischer, humanistischer Held Überlebenschancen habe.

Der Kulturwissenschaftler (und Krimiautor) Dirk Hohnsträter (Berlin) und die Kunsthistorikerin Marina Dmitrieva (Leipzig) haben sich den westlichen Krimis gewidmet, die ihre Handlung in Ost(mittel)europa spielen lassen. Hohnsträter hat zwei Romane über Budapest verglichen, „Der Mann, der sich in Luft auflöste“ (1966) von Maj Sjöwall und Per Wahlöö und „Tödliche Rückkehr“ (2010) von Viktor Iro (Pseudonym von Hohnsträter selbst). Dmitrieva hat einen Roman über Moskau, „Stalins Geist“ (2007) von Martin Cruz Smith, und einen über Prag, „Nasses Grab“ (2008) von Helena Reich analysiert. Beide Vortragende haben zwischen komplexen und vereinfachenden darstellerischen Herangehensweisen unterschieden. Iro und Cruz Smith setzten sich mit der Vergangenheit kritisch auseinander, Sjöwall/ Wahlöö und Reich bauten ihre Texte auf bestimmten z.T. auch klischeehaften westlichen Vorstellungen von Budapest und Prag auf.

Der Komparatist Matteo Colombi (Leipzig) und die Slawistinnen Anna Olshevska (Bochum) und Doris Boden (Göttingen) haben sich mit dem Krimiwerk von *insiders*, d.h. von in Ost(mittel)europa lebenden Krimiautoren auseinandergesetzt. Ihre Beiträge haben gezeigt, dass die Rolle der Stadt als Tatort in deren Texten sehr stark variieren kann. In Triest, so Colombi, wo mehrere Krimiautoren in mehreren Sprachen schreiben (deutsch, italienisch, slowenisch), könne die Grenzstadt lediglich als erkennbare Handlungskulisse für einheimische Leser inszeniert werden (in den ersten Werken Giuliana Iaschis), oder aber auch kritisch behandelt werden (in den Romanen von Sergej Verc und Veit Heinichen). Die Geschichte Kiews steht im Zentrum der Romane der ukrainischen Autorin Lada Luzinas, die das Krimigenre

mit dem Genre *fantasy* vermischt. Durch den phantastischen Topos der Reise in die Vergangenheit setze sich die Autorin mit den Ursprüngen der multiethnischen Zusammenstellung ihres Landes auseinander, so Olshevska. Ihr Ansatz schwebe allerdings zwischen kritischer und atmosphärischer Perspektive. Dagegen sei Moskau an sich in den Romanen Aleksandra Marininas nicht so sehr wichtig, so Boden, es bilde bloß eine Kulisse, die als Handlungsraum der gegenwärtigen russischen Gesellschaft mit ihrer Kriminalität fungiere. Marininas Werk entwickle keine kritischen Gedanken über Gewalt in der russischen Gesellschaft: Die Gewalt sei hier als gegeben dargestellt. Dennoch vermeide das Werk, den Leser zu beunruhigen, da die bösen Figuren durch die Selbstjustiz der Guten oft ums Leben kommen. Das elementare Revanchebedürfnis des Lesers werde so zufrieden gestellt

Die Slawistin Alfrun Kliems (Leipzig) und die Slawistin und Germanistin Darina Poláková (Leipzig) haben Autoren unter die Lupe genommen, die in ihren Texten mit bestimmten Eigenschaften des Krimigenres arbeiten, obwohl sie keine Krimis schreiben. Kliems hat Andrzej Stasiuks Roman „Neun“ (1999) analysiert, der Warschau als geschichtslose Stadt darstelle, fast eine urbane Mülldeponie, in der sich nur Randkulturen (Kriminelle, verarmte Menschen, fast Obdachlose) zu bewegen scheinen. Als zentral erscheine die Suche nach Sprach- und Erzählstrategien, die diese „Abfallstadt“ effektiv repräsentieren können. Poláková hat sich mit dem Bild Prags in der Erzählung *Výlet knádražní hale* (1993, Ausflug zur Bahnhofshalle) des tschechischen Schriftstellers Jáchym Topol auseinandergesetzt und es im Wechselverhältnis mit der Erzähllogik beleuchtet. Die detektivische Lesesuche nach dem Täter führe zum Ich-Erzähler als potenziellen Mörder zurück, dessen schizophrene Identität sich im Bild der Gespaltenheit der postsozialistischen Stadt widerspiegele. Auf der Metaebene könne die Erzählung auch als Spiel mit den Erwartungen der Krimileser betrachtet werden.

Der tschechische Autor Miloš Urban wurde zum Objekt zweier Konferenzbeiträge. Der Italianist und Komparatist Florian Mussnug (London) ist von dem in der Kritik wiederholten Vergleich zwischen Umberto Eco und Urban ausgegangen. Dieser Vergleich sei berechtigt: Die Texte beider Autoren seien durch die Herstellung einer „paranoiden Ordnung“ gekennzeichnet. Das geschehe u.a. durch die Modellierung psychischer Topographien. Ecos und Urbans Figuren würden in ihrer Umgebung gerade das sehen, worüber sie phantasieren. Die Erzählstruktur hindere den Leser daran zu entscheiden, ob die Struktur der Wirklichkeit in den Texten als *fantasy* zu betrachten ist, oder aber eine paranoide Projektion der Figuren sei. Die Bohemistin und Philosophin Nora Schmidt (Leipzig) führte Mussnugs Ausführungen weiter, indem sie die Karthographierbarkeit der Tatorte für die paranoide Raumkonstruktion in „Die Rache der Baumeister“ (1998) mit dem touristisch nachvollzieh-

bar evozierten Raum in „Im Dunkel der Kathedrale“ (2003) verglich. Es zeige sich, dass durch das Spiel mit Perspektiven eine Sehnsucht nach örtlicher Unmittelbarkeit und Ortsbestimmung vereitelt werde, und damit auch die kriminalistische Spurensuche.

Die Frage nach der moralischen, politischen bzw. erinnerungskulturellen Bedeutung des ost(mittel)europäischen Krimis prägte die folgenden Vorträge der Konferenz. Die Slawistinnen Olena Wehrhahn (Berlin) und Małgorzata Smorag-Goldberg (Paris) und der Komparatist und Polonist Dirk Kretschmar (Erlangen) beschäftigten sich wie Bart Keunen mit dem Werk Krajewskis. Wehrhahn zeigte anhand dessen letzten Romans „Głowa Minotaura“. (2009, Der Kopf des Minotaurus), der nicht im Breslau der Nazi-Zeit, sondern im polnischen Lemberg der Zwischenkriegszeit spielt, dass Krajewski sehr bewusst beabsichtige, bestimmte tabuisierte Themen der polnischen Geschichte zu behandeln. Die Erinnerungsweise, auf der seine Texte basierten, sei zwar historisch fundiert, sie diene aber der Unterhaltung und nicht der kritischen Aufarbeitung. Eine ähnliche Meinung vertrat Smorag-Goldberg: Krajewskis Literatur grenze an den Kitsch jener steifen „saturated memory“, die sich nicht hinterfragen ließe. Anders äußerte sich Kretschmar: Es sei zwar wahr, dass Krajewskis Darstellung von Breslau ein atmosphärisches und ziemlich einseitiges Bild der Vergangenheit der Stadt entwerfe, dennoch wirke dieses Bild gegenüber dem traditionell verklärten Bild Breslaus als harmonischen und multikulturellen Schmelztiegel polemisch und provokant. Kretschmars Interpretation lässt sich durch ihre Hervorhebung des kritischen Potentials der Werke Krajewskis mit Keunens Lektüre in Verbindung bringen.

Der letzte Beitrag von der Komparatistin und Übersetzerin Alida Bremer (Münster) hat sich mit der Frage beschäftigt, warum die meisten jugoslawischen Krimis aus Kroatien stammen und in Zagreb spielen. Laut Bremer habe sich der jugoslawische Krimi stark auf die britischen Klassiker des Genres bezogen, die oft eine ländliche und relativ kleine Stadt als Tatort auswählen, ähnlich dem Zagreb vor der Unabhängigkeit Kroatiens. Die Tradition des Zagreber Krimis würde auch heute fortgesetzt, doch z.T. mit anderen Merkmalen: „Die Spieler“ (2006) von Edo Popovic sei eine Persiflage des Großstadtkrimis, in der Zagreb als korrupte Megalopolis dargestellt werde. Trotz der Übertreibungen (bzw. durch diese) werden bestimmte schwerwiegende Probleme der zeitgenössischen kroatischen Gesellschaft angesprochen.

Die Debatten waren bis zuletzt sehr lebhaft. Insbesondere wurden in den Auseinandersetzungen die kritische Fähigkeit des Krimis und seine stilistischen Verfahren fokussiert – beides in Bezug auf die Stadtrepräsentation. Einige Krimis wurden als gelungene Versuche dargestellt, die vergangenen und gegenwärtigen Probleme

der ost(mittel)europäischen Städte kritisch zu inszenieren. Andere wurden hingegen als Banalisierung gewertet. Krajewski wurde zum Streitobjekt. Daran knüpfte auch die Diskussion über die stilistischen Mittel des Krimis an: Kann ein Genre, das traditionell zu einer mimetischen und geschlossenen Narrationsweise neigt, die Stadt und deren Gewaltmechanismen komplex wiedergeben? Die Antworten lauten je nach Autor und Werk (wozu, wie und womit sie die Krimikomponente verwenden) und Konferenzteilnehmer (was ist kritisch und welche ästhetischen Strategien sind dazu geeignet) anders.

Für die Arbeit der Forschergruppe „Imaginationen des Urbanen“ war die Konferenz sehr informativ und anregend. Sie ermöglichte einen Rahmen für eine vergleichende Untersuchung der Imaginierung ost(mittel)europäischer Städten in der Kriminalliteratur. Die Notwendigkeit einer anschließenden systematischen Erforschung in kooperativer Arbeit wurde festgestellt. Nicht nur einzelne Autoren sollten exemplarisch berücksichtigt, sondern verschiedene nationale Traditionen des Krimis literaturgeschichtlich erforscht und im Zusammenhang mit der Stadtforschung beleuchtet werden. Auf den komparatistischen Ansatz sollte nicht verzichtet werden. Wie die Konferenz gezeigt hat, sind Krimis keine ausschließlich nationale Angelegenheit, sondern sie lassen sich sowohl genetisch als auch typologisch auf vielschichtige länderübergreifende Traditionen zurückführen. Auch von diesem Standpunkt muss gesagt werden, dass Westen und Osten in ihrer wechselseitigen Beziehung zu denken sind.

**Dr. Matteo Colombi, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig,
colombi@rz.uni-leipzig.de**

Tagungsbericht: Zwischen Traum und Trauma – Die Stadt nach 1945, Universität Braunschweig, 9.-11.6.2010

Veranstalter: HBK Braunschweig (Prof. Dr. phil. Michael Mönninger) und HCU Hamburg (Prof. Dr. phil. Jörn Düwell)

Trauriger Gewinn. Eine Tagung zur Stadt nach 1945 in Braunschweig.

In einer plein-air-Lektion im Herzen Braunschweigs zeigte Walter Ackers, Vorkämpfer für die Rekonstruktion des Stadtschlusses, welche Mühsal es einen heutigen Architekten kostet, die funktionalistischen Wüstungen der Nachkriegsmoderne in einen erträglichen Zustand zu transformieren. Mit dem Rücken zur umstrittenen, stadträumlich aber bekömmlichen Schlossfassade listete er all die Maßnahmen auf, mit denen im zentralen Stadtraum Braunschweigs nickelige Zäune, Trennungen, Schwellen und Sicherheitsverwahrungen zum Schutz der städtischen Verkehrsteilnehmer vom Fußgänger über das Fahrrad bis hin zum Lastwagen und Omnibus voreinander beseitigt werden mussten, um ihn wieder zu einem Ort der Begegnung, nicht der Abschottung der Städter voreinander zu machen. Natürlich gewinnt man dabei die alten Proportionen eines Stadtplatzes nicht sofort zurück. Aber trotz bescheidener Erfolge erforderten sie ein hohes Maß an zähem Verhandlungsgeschick.

Der Stadtrundgang mit Walter Ackers war der pragmatische Teil des Symposiums, zu dem die Professoren Jörn Düwel (Hamburg) und Michael Mönninger (Braunschweig) eingeladen hatten. Dieses trug den Titel „Zwischen Traum und Trauma - die Stadt nach 1945“ und sollte nicht einzelne Architekturen, sondern die Kultur- und Mentalitätsgeschichte reflektieren, die sich in den komplett neuen Stadtbildern der Nachkriegszeit manifestiert. Geradezu jubelnd inszenierten diese den Bruch mit der überlieferten Stadt, zumal den Altstadtzentren, und ergossen sich in die Peripherie von Suburbia. Auflockerung, Entflechtung, Zersiedelung, Separierung, autogerechte City lauteten die Leitbegriffe, die sämtlich der große Ideentrias der Moderne von Sauberkeit, Licht und Ordnung unterworfen sind.

Zur Eröffnung des Symposiums hielt der Schriftsteller Martin Mosebach eine viel beachtete Rede über die „Arme neue Stadt“. Mönninger bezeichnete sie als „Donnerhall“, Düwel zog mit einer „kopernikanischen Wende“ nach. Das Kopernikanische an Mosebachs Rede war aber nicht so sehr, die Gründerzeit klar und deutlich als die „Goldenen Jahre“ des Städtebaus zu bezeichnen, sondern vielmehr die Feststellung, „dass die Architektur durch das Bauen mit Stahl und Beton eine echte Revolution erlebt hat – im Sinne eines scharfen und endgültigen Schnitts zwischen zwei Menschheitsepochen“. In deren Folge nämlich seien die bislang dem Material abgerungene humane Form, Proportion und (immer schon selten gelingende) Schönheit des Bauwerks der subjektiven „Willkür und Beliebigkeit“ des Architekten-Künstlers überantwortet worden.

Natürlich profitierte Mosebach von der belastungslosen Freigeisterei des Schriftstellers. Ein Wissenschaftler kann sich solches nicht erlauben, er muss Quellen sichten und Urteile belegen. Prompt erhob sich daher Thorsten Scheer aus Düsseldorf gegen den Husarenritt des Augenmenschen Mosebach und wies auf das soziale Elend hin, welches in den überbelegten Wohnungen der berüchtigten Mietskasernen herrschte. Zwar war sein eigentliches Thema der in der Wolle ab 1945 demokratisch ‚eingefärbte‘ Nazi-Architekt Friedrich Tamms, der in Düsseldorf die Modernisierung der Altstadt sauber besorgte. Aber Scheer zog das düstere Gemälde des schlechten Alten auf, das durch das Gute, Helle, Klare der neuen Stadt weggeschafft werden musste. Zu den Ritualen solcher Kritik gehört fast unvermeidlich das Missverständnis, den gründerzeitlichen Städtebau für die Ursache des sozialen Elends zu halten. Doch angesichts des explosiven Stadtwachstums jener Zeit schaffte jener umgekehrt spürbare Verbesserung auch für die Ärmsten. Das war zwar nicht genug, aber bei den vielen Schönheiten, die er im Nebenher auch noch erzeugte, darf man die sozialpolitische Leistungs- und Integrationsfähigkeit dieses Städtebaus schon auch mal loben.

Verblüffend und ein wenig unheimlich war in Braunschweig, dass die erschreckenden Begründungen für die Nachkriegsmoderne bei den Bauwissenschaftlern der mittleren Generation so gut wie kein Entsetzen oder Kopfschütteln mehr auslösen. Eher scheinen sie schon auf implizites Verständnis und Billigung zu stoßen. In den Vorträgen von Jörn Düwel und Michael Mönninger, Koos Bosma (Amsterdam), Bogdan Tscherkes (Lviv) und Cornelis Wagenaar (Delft) wurde jedoch vielfach belegt, dass die führenden Architekten, Theoretiker und Historiker der Nachkriegszeit den Bombenhagel auf die deutschen Städte bei weitem nicht ausreichend fanden. Von Konstanty Gutschow zu Walter Gropius, von Bernhard Reichow und Rudolf Hillebrecht zu Jürgen Joedicke und Lewis Mumford ergriffen sie nach dem Krieg nur zu gern die Chance, die durch Brand- und Splitterbomben „bloß mechanisch

aufgelockerte Stadt“ (Hans Scharoun) in einer zweiten Runde noch einmal kräftig zu zerstören. Der „Wiederaufbau“ genannten zweiten Zerstörung fielen dabei nicht nur mehr Häuser zum Opfer als dem Krieg selbst, sondern zugleich auch noch die interne Form, die Grammatik der Stadt.

Jörn Düwel zeigte das eindrucksvoll am Beispiel von Le Corbusier und dem Berliner Architekten Hans Schoszberger (Zentrum Zoo, 1957). Dieser wurde 1934 mit einer Arbeit über die Städte und den Bombenkrieg promoviert. Er erkannte, dass die Blockrandbebauung der alten Städte die Druckwellen der Luftbomben verstärkt. Daher empfahl er eine offene Zeilenbebauung, die jene Druckwellen schneller verpuffen lässt. Le Corbusiers Aufständerei der Hochhaus-Scheiben (*Machines d’Habitation*) wiederum verdankte sich nicht nur der Hygiene und Ästhetik, sondern der Überlegung, dass das Giftgas des Kriegs unter den Häusern besser abziehen kann. Mithin ist eine Genese des modernen Städtebaus aus dem militaristischen Dispositiv – nicht nur der Nazis – offensichtlich. Sie wird aber ebenso gern verdrängt wie die unter verschiedenen rhetorischen Kostümen fortwesende Nähe von Moderne und Totalitarismus. Gleichwohl befand eine Zeithistorikerin aus Hamburg die solchen Überlegungen und Gestaltungsprinzipien entspringende „Stadtlandschaft“ der Nachkriegszeit als höchst ansprechende Alternative des älteren Städtebaus, da sie Natur und Stadt versöhne. Und von studentischen Zuhörern des Symposiums kam achselzuckend die Frage, was solche Mitteilungen über die Kriegsverwicklungen der Nachkriegsmoderne ihre Generation eigentlich angingen. Die Architektur der 1960er Jahre sei doch schön.

Ein Binnendialog zwischen dem Literaturwissenschaftler Detlev Schöttker und dem Architekturhistoriker Harmen Thies, Lehrer der Berliner Architekten Graft, nahm schließlich indirekt den Faden von Mosebachs Rede wieder auf. Schöttker beschäftigt sich seit längerem mit dem Vergessen und Verdrängen der Architektur aus der Literatur der Nachkriegszeit, wiewohl sie als „Denkform der Moderne“ in den 1920er Jahren eine Impulse setzende und ästhetische Kriterien wie Transparenz, Reduktion, Abstraktion und Kargheit generierende kulturelle Kraft war. Doch verfehlte sie in der Nachkriegszeit diesen Status bei Grass und Walser, Adorno, Habermas und Luhmann vollständig; übrigens auch bei Bauherren.

Harmen Thies nun zeigte am Beispiel des Braunschweiger Stadtbaurats Johannes Göderitz, dass die Architektur der Moderne sich seit den 1920er Jahren selbst aufgab. Göderitz hatte 1927 noch die vorzüglich proportionierte, baukörperlich eindrucksvoll gegliederte Stadthalle in Magdeburg gebaut, in ihrer Beschreibung jedoch schon keinerlei gestalterische, nur noch funktionalistische Kriterien benutzt. Nach dem Krieg verschwand dann die Kategorie „Haus“ komplett aus seinem Vokabular und seiner Rhetorik. Er dachte und plante nur noch serielle Massenwohnun-

gen und Verkehrskonzepte, keine Architektur. Er wurde zum technokratischen Gesellschaftsorganisator, zum prototypischen modernistischen Planer unter dem alten Etikett des Architekten.

Dieser im Grunde erschütternde Hinweis auf eine unerzwungene Selbstaufgabe der Architektur stand am Ende der Tagung. Er liefert eine Erklärung dafür, dass sich Schriftsteller und Philosophen ebenso wie die Bevölkerung in der Nachkriegszeit von einer Architektur abwendeten, die sich selbst nicht mehr als solche begriff. Der Grund- und Tiefenstrom dieser Ablehnung der Architekturmoderne ohne Architektur quillt und sprudelt heute an vielen, auch unerwarteten Stellen aus der Bevölkerung wieder hervor. Wohlgemut darf man das einen Erkenntnisgewinn des Symposiums nennen, wenn vielleicht auch einen traurigen.

**Gerwin Zohlen, Publizist und Architekturkritiker in Berlin,
gzohlen@versanet.de**

**Tagungsbericht: Vom bürgerlichen
Erziehungs- und Bildungsideal zum
Standortfaktor in der Städtekonkurrenz.
Kultur und Kulturpolitik in Städten der
Bundesrepublik 1945–2010,
Tagung des LWL-Instituts für westfälische
Regionalgeschichte (Münster) im
Wissenschaftspark Gelsenkirchen,
7. bis 9. Oktober 2010**

Die kommunale Kulturpolitik – in Verbindung mit jeweiligen ‚gelebten‘ Kulturkonzepten – ist ein aspekt- und aussichtsreiches historiographisches Feld. Es stellt sich die Frage nach politisch wirksamen Kulturverständnissen und Steuerungsansätzen, nach dem Spannungsverhältnis von politischer Steuerung und Kulturinstitutionen zur jeweiligen Soziokultur. An welches Publikum richtete sich die städtische Kulturpolitik? Wen erreichte sie tatsächlich und wen nicht? Seit wann gewann wirtschaftliche Verwertbarkeit bei der Legitimation städtischer Kulturpolitik die Überhand und weist nicht so manches, was heute unter dem Stichwort „branding“ von Städten verhandelt wird, eine Vorgeschichte auf?¹ Auch die komparative Dimension des Themas ist vielversprechend², ebenso die Rückschau auf Traditionen des Mäzenatentums und der bürgerlichen Stifter.

Trotz der Relevanz des Themas zeichnet sich die bisherige Forschung durch ein weitgehendes Fehlen von Überblicksdarstellungen und empirischen Studien aus, so dass das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte mit dieser Themenset-

¹ Vgl. die Aufsätze und Literaturangaben in den *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2/2008.

² Thomas Höpel, *Von der Kunst- zur Kulturpolitik. Städtische Kulturpolitik in Deutschland und Frankreich 1918-1939*, Stuttgart 2007; Anselm Heinrich, *Entertainment, propaganda, education. Regional theatre in Germany and Britain between 1918 and 1945*, Hatfield 2007.

zung ein noch überwiegend unbeackertes Feld betrat. Die Tagung versammelte vom 7. bis 9. Oktober 2010 im Gelsenkirchener Wissenschaftspark (Nachwuchs-)Wissenschaftler, Kulturpolitiker und Akteure aus dem Feld städtischer Kultur unter der Sektionsleitung von Franz-Werner Kersting (Münster), Adelheid von Saldern (Hannover), Axel Schildt (Hamburg) und Clemens Zimmermann (Saarbrücken).

1. Fragen der Periodisierung nach 1945

Insbesondere verfolgte die Konferenz, wie die Veranstalter Karl Ditt (Münster) und Cordula Obergassel (Dortmund) in ihrem Eingangsreferat ausführten, das Ziel, den Wandel des Kulturlebens und der Kulturpolitik in den Städten der alten und neuen Bundesrepublik über die Einteilung in drei Perioden analytisch zu durchdringen. Während die erste Periode bis in die 1960er Jahre hinein durch Rückbesinnung auf bürgerliche Kulturwerte und „Heimat“ als Leitmotiv gekennzeichnet war, begann seit 1970/3 eine Phase einer „Kultur für alle“, die dann durch eine „Kultur von allen“ angereichert wurde. Die Ökonomisierung der Kulturpolitik habe bereits seit den 1980er Jahren begonnen. Diesen Periodisierungsvorschlag unterstrich Ditt aufgrund einer Analyse der kulturpolitischen Programmatik des Deutschen Städtetages. Er wurde während der Tagung im Wesentlichen bestätigt. Indes ist klar, dass einzelne Institutionen wie das Hagener Museum Technischer Kulturdenkmale eine lange Vorgeschichte hatten (Lutz Engelskirchen, Koblenz). Schon in den 1950er Jahren finden sich Versuche, die Nutzer von Kulturangeboten zu aktivieren (Dagmar Kift, Dortmund, über „Bergmannskapellen und Beatbands“). Die „Demokratisierung der Kulturpolitik in den 1970er Jahren“ und die entscheidende Rolle von Medien in diesem Prozess zeigte Susanne Dengel (Saarbrücken) für Kassel und Saarbrücken in ihrem gleichnamigen Vortrag auf. Thomas Höpel (Leipzig) unterstrich in seinem Vortrag „Städtische Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1989: Unterschiede und Gemeinsamkeiten im europäischen Vergleich“ für (das allerdings hinsichtlich der hohen Kulturausgaben für Bundesrepublik exzeptionelle) Frankfurt am Main ebenfalls die 1970er Jahre als Zeit erheblicher kommunaler Kulturaktivitäten, dies galt auch für sein weiteres Exempel Lyon, während für Leipzig die Ansätze autonomer Gegenkultur in den 1970er Jahren aufgrund der Herrschaftsverhältnisse nicht zum Tragen kamen. So zeigen sich, wie auch Karl Ditt in seinem Schlusswort erwähnte, neben dem Anliegen, zu einer überzeugenden Periodisierung zu gelangen, immer auch die zu berücksichtigenden Ungleichzeitigkeiten.

2. Zentrale städtische und überstädtische Akteure der Kommunalpolitik

Ein weiterer klarer Schwerpunkt der Konferenz war die Frage nach dem Verhältnis überörtlicher und örtlicher bzw. öffentlicher und privater Akteure. Wichtige überörtliche Akteure waren neben Bund und Ländern vor allem der Deutsche Städtetag und ab 1976 die Kulturpolitische Gesellschaft, die Kirchen sowie die Medieninstitutionen (Philipp von Hugo, Berlin, in seinem Vortrag zum Nachkriegskino). Im städtischen Kontext gehörten die Kulturpolitiker und -verwaltung sowie die Kulturinstitutionen und die Künstler zu den zentralen Akteuren. Die Aufgabe, Netzwerke von Akteuren zu rekonstruieren, wurde von Adelheid von Saldern in einem Diskussionsbeitrag aufgezeigt. Dass hierbei das von Stefan Goch (Gelsenkirchen) vertretene Governance-Konzept analytisch tragfähig sein kann, müssten erst systematische, auf Aktenstudium beruhende künftige Studien erweisen. Wie Goch betonte auch Lutz Engelskirchen die Rolle der Einzelpersonlichkeiten. Dazu gehören die von Stephen Pielhoff (Wuppertal) für die Musikförderung in Basel und Hamburg herausgestellten Mäzene. Hingegen hob Dagmar Kift auf die Betriebe der Ruhrindustrie als Akteure partizipativ gestalteter Kulturpolitik ab. Wie Vereine und Bürgerinitiativen sich in der Stadt engagierten, stellte Astrid M. Kirchhof (Berlin) am Beispiel der Naturschutz- und Umweltbewegung in Westberlin dar. Cordula Obergassel zeigte empirisch sehr überzeugend auf, wie sich in Dortmund und Münster die neuen Aktionsbündnisse alternativer Kultur der 1970er mit ihren Raumansprüchen erfolgreich durchsetzten. Seit den 1980er Jahren wuchs dann die Bedeutung von Unternehmen auf dem Feld städtischer Kulturpolitik. Akteure waren auch zu jeder Zeit die Stadtbewohner als Publikum.. Wie Norbert Gestring (Frankfurt) unterstrich, handelte es sich bei ihnen wachsend um Menschen mit Migrationshintergrund. Ob allerdings methodisch undurchsichtige Sinus-Milieustudien dazu geeignet sind, die sozialen Hintergründe der Migrationspolitiken zu erhellen, wurde einhellig bezweifelt.

3. Der Beitrag der städtischen Kultur und Kulturpolitik zur Identitätsbildung ihrer Bürger

Drittens wurde der Beitrag städtischer Kultur und Kulturpolitik zur Identitätsbildung ihrer Bürger diskutiert. Pascal Schillings (Köln) behandelte den nach 1945 entstandenen Mythos, dass der Kölner Karneval gegenüber dem Nationalsozialismus widerständig gewesen sei. Jochen Guckes (Berlin) verglich die zeitgenössische Ausformung verschiedener Identitätskonzepte von Freiburg im Breisgau, Dortmund und Dresden. Im Freiburg der Nachkriegszeit wandelte sich das politisch belastete Alemannien-Konzept zur internationalisierten Regionalität, in Dresden zeigt sich

die Wirksamkeit der „Opferstadt“. Angebote städtischer Kultur waren auch beim Identifizieren einer Stadt in der Außenwahrnehmung relevant, so Matthias Frese (Münster), der dies anhand der Tourismuswerbung in den 1950er und 1970er Jahren illustrierte.

Insgesamt hat die Konferenz die Relevanz des Forschungsfeldes für die Sozial- und Kulturgeschichte der Bundesrepublik klar erwiesen, neue empirische Felder aufgezeigt und eine sinnvolle Periodisierung vorgeschlagen. Ansätze zu einem internationalen Vergleich lieferte insbesondere Thomas Höpel. Die vom Tagungsleiter Karl Ditt angesprochenen kulturpolitischen Leitbilder von „Urbanität“ bedürfen weiter ausholender Zugriffe, die typischen Akteurskonstellationen müssen dringlich in empirischen Studien eruiert werden. Die immer stärkere Medialisierung und Entlokalisierung von Kulturangeboten sollte weitaus stärker als auf der Konferenz geschehen als eigenständiger Faktor gewürdigt werden. Inwiefern der heutige Versorgungsstandard mit immer wieder erneuerten Kulturangeboten künftig aufrecht erhalten werden kann (zum Zukunftsprojekt IBA: Thomas Rommelspacher, Essen), oder ob man sie gar nicht mehr öffentlich finanzieren sollte, wie bei Corinna Vosse (Berlin) anklang, ist wissenschaftlich nicht entscheidbar.

**Prof. Dr. Clemens Zimmermann, Universität des Saarlandes,
cl.zimmermann@mx.uni-saarland.de;**

**Susanne Dengel, Dipl. Kulturwissenschaftlerin, Universität des Saarlandes,
susanne.dengel@mx.uni-saarland.de**

Verleihung des GSU-Forschungspreises, Berlin, 29.9.2010

Auf der Mitgliederversammlung der GSU am 29.9.2010 am Rande des Historikertags in Berlin wurde der zum zweiten Mal ausgeschriebene Forschungspreis für Nachwuchswissenschaftler/innen (Preisgeld 1000 Euro) an Herrn Mark Escherich verliehen. Der folgende Text ist die Laudatio der stellvertretenden Vorsitzenden der GSU, Prof. Dr. Martina Heßler, als Sprecherin der Jury. Neben Herrn Escherich wurden zwei weitere Arbeiten mit einer „lobenden Anerkennung“ ausgezeichnet, die ebenfalls von Martina Heßler gewürdigt werden.

Mark Escherich, Städtische Selbstbilder und bauliche Repräsentation. Architektur und Städtebau in Erfurt 1918-1933, Berlin 2010 (Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte), 363 S., zahlreiche Abb. und Karten.

Mark Escherich hat Bauingenieurwesen und Architektur in Erfurt und Weimar studiert, seine Arbeit ist jedoch zweifelsohne eine hervorragende historische Arbeit, die sich unter anderem dadurch auszeichnet, dass sie auf die Bedeutung von Traditionen für die Stadtplanungsgeschichte hinweist und dass sie damit gleichzeitig den spezifischen Ort, den *genius loci*, ernst nimmt.

Escherich untersucht die Stadtplanungs- und Baugeschichte der Stadt Erfurt in den Jahren 1918-1933, damit also eine Phase der Stadt- und Architekturgeschichte, die bereits viel Aufmerksamkeit erfuhr und die im kollektiven Gedächtnis üblicherweise mit dem neuen Bauen verbunden ist. Vor allem die Architekturgeschichte fokussierte lange auf die Klassische Moderne, was allerdings zunehmend in Frage gestellt wurde und wird; schließlich waren bekanntermaßen nur wenige aller während der Weimarer Republik erstellten Bauten solche des neuen Bauens, während der fachhistorische Diskurs fast ausschließlich diese thematisiert. Die Arbeit setzt genau hier an und untersucht mit Erfurt bewusst eine „normale Stadt“, die gerade kein Zentrum des neuen Bauens war. Escherich blickt damit nicht, wie es wegen des Spektakulären so verführerisch ist, auf die Avantgarde, sondern auf das Normale, Unspektakuläre, um, wie er einleitend mit einem Zitat Lampugnani zusammenfasst, den gewaltigen Auslassungen der Geschichtsschreibung entgegenzuwirken,

denn der Blick allein auf die Moderne wird, wie Lampugnani schreibt, „dem Reichtum an Experimenten nicht gerecht.“

Damit, und ich zitiere aus den Gutachten: „leistet die Arbeit einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Planungsgeschichte der Weimarer Republik, indem sie sich von Berlin, Frankfurt und den anderen immer wieder in den Blick genommenen Zentren abwendet und eine „kleine“ Großstadt ins Visier nimmt, dabei aber ein ganz breites Spektrum des Planungs- und Baugeschehens berücksichtigt.“

Auf diese Weise kommen Kontinuitätslinien und Gleichzeitigkeiten in den Blick und das Bild der Weimarer Republik als Hochzeit des neuen Bauens wird relativiert. Escherich zeigt die Vielfalt des Bauens und vor allem zeigt er die Bedeutung von Geschichte und Ort auf. Denn anders als es die Avantgarde des ‚Neuen Bauens‘ gern gehabt hätte, die das tabula rasa liebte und von Grund auf alles neu zu gestalten bestrebt war, wird in Escherichs Arbeit deutlich, wie die historisch gewachsene Identität einer Stadt Einfluss auf die planerischen Prozesse hatte. Wie schon erwähnt, nimmt Escherich dabei den *genius loci* ernst und fragt nach Kontinuitätselementen im architektonischen und städtebaulichen Wandel, der, so Escherich, „aus der Vergangenheit und aus der naturräumlichen Umwelt schöpfte“.

Um dies zu zeigen, beschreitet Escherich einen originellen Weg. Er verbindet die Planungs- und Baugeschichte Erfurts mit der Geschichte der Stadtbilder, der Images und Selbst- und Fremdwahrnehmungen und will so die Wirkung der lokalen Identität auf die Bau- und Planungsgeschichte aufzeigen. Er fragt nach kollektiven Vorstellungen, die mit einer Stadt verbunden sind und deren Selbstverständnis konstituieren. Er erweitert Stadt- und Planungsgeschichte damit um eine wichtige kulturgeschichtliche Komponente und analysiert vor allem deren Wirkungsmacht auf das konkrete Planen und Handeln. Ich zitiere noch einmal aus den Gutachten: „Originell und methodisch schon lange überfällig ist auch der unaufdringliche Versuch, die Planungs- und Baugeschichte mit der Analyse der Selbst- und Fremdbilder der Stadt zu verbinden.“

Und ein weiteres Zitat aus den Gutachten: „Die Arbeit stellt die markanteste Stadtgeschichte Erfurts zur Zwischenkriegszeit und einen bedeutenden Beitrag zur deutschen Stadtplanungsgeschichte in kultureller Erweiterung [...]“ dar.

Entsprechend dieser Zielsetzung konzentriert sich Escherich auf die Untersuchung der Bau- und Planungsgeschichte von Projekten, die eng mit dem Selbstverständnis der Stadt in Beziehung stehen: Siedlungen, Fürsorgeeinrichtungen, öffentliche Gebäude, Bauten des Geschäftslebens und des Massenvergnügens.

In den einzelnen Kapiteln werden systematisch zuerst die lokale Identität Erfurts und die städtischen Selbstbilder untersucht, weiter die Tätigkeit der Bauverwaltung und der dort angestellten Stadtplaner und Architekten sowie schließlich die einzel-

nen, gerade erwähnten Handlungsfelder und deren Planung. Damit untersucht Escherich den Diskurs, aber auch die Praktiken der Akteure und die Handlungsfelder.

Die Ergebnisse des Buches können hier nur ansatzweise und exemplarisch vorgestellt werden, doch einige Bemerkungen hierzu gilt es abschließend zu machen.

Erfurt weist, wie Escherich herausarbeitet, eine starke Vergangenheitsorientierung auf; Selbstdeutung und Sinnstiftung werden mit dem Ort und dessen ‚großer‘ Geschichte verknüpft. Dazu gehörte, insbesondere unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, das Selbstbild als Kapitale seit dem Mittelalter. Der Bezug zum Mittelalter und das „historische Selbstverständnis Erfurts“ prägten z.B. den Umgang mit der Altstadt oder auch Portalgestaltungen, die auf lokale gotische Sakralbaukunst Bezug nahmen. Immer wieder wurde Rückversicherung in der Vergangenheit gesucht und auch das, so die Wahrnehmung der Stadt selbst, schwere Schicksal Erfurts beklagt, von verpassten Gelegenheiten und einem tragischen Geschichtsverlauf gesprochen. Zugleich aber sah sich die Stadt als „Hüterin moderner Kulturbestrebungen“, aber auch als Blumen- und Gartenstadt, dies wurde verknüpft mit der Wohnstadt und der gesunden Stadt: die „Großstadt im Grünen“. Das Gartenvorstadtkonzept korrespondierte mit dem Selbstbild als landschaftlich bevorzugte und durchgrünte Stadt; die Tradition Erfurts als Garten- und Blumenstadt hatte für die Freiflächengestaltung eine hohe Bedeutung und prägte den Städtebau.

Escherich diagnostiziert insgesamt ein gestörtes Selbstwertgefühl der Stadt und die stete Suche nach Selbstvergewisserung, was denn nun Erfurt ausmache, die sich z.B. in einem Titel der Stadt wie dem folgenden äußerten: „Erfurt. Luther-, Blumen-, Gartenstadt, Dom-, Kirchen, Kloster-Stadt im Herzen Deutschlands, die zentralgelegene Kongress-Stadt, der Ausgangspunkt für den Thüringer Wald.“

Deutlich wird in der Arbeit damit zum einen die Bedeutung der städtischen Selbstbilder, der städtischen Identität für die Planungs- und Bautätigkeit. Zum anderen zeigt Escherich die Heterogenität von architektonischen und städtebaulichen Konzepten, unter denen das neue Bauen nur eines war, das zudem nur in bescheidenem Maße umgesetzt wurde.

Um noch einmal aus einem Gutachten zu zitieren: „Es wird die Frage der Moderne im Wechselspiel mit historisierenden-lokalen Tendenzen durchdekliniert.“

Alle Gutachter waren sich einig, dass das Buch darüber hinaus dadurch besticht, dass es ein ausgesprochen sorgfältig gemachtes und ein sehr schönes Buch ist. Es überzeugt durch „die Klarheit der Argumentation und der sprachlichen Form“, es ist souverän geschrieben, verbindet gekonnt und originell unterschiedliche Forschungsfelder und ist von ausgezeichneter Lesbarkeit. Es war ein Vergnügen, es zu lesen. Daher hätte man auch noch weiter lesen können und wenn ich mir einen

zweiten Band oder ein weiteres Kapitel wünschen dürfte, würde ich Herrn Escherich bitten, einen Blick auf die Bewohner/innen der Stadt zu richten, deren Haltung zum Gebauten und Geplanten, ihre Aneignungsprozesse. Dafür würde er dann zwar keinen weiteren Preis von uns bekommen, denn den bekommt er nun gleich schon, aber es wäre sicher trotzdem ein lohnendes Unterfangen.

Susann Baller, Spielfelder der Postkolonie. Jugendpolitik, Fußball und Stadtgeschichte im Senegal, 1950-2008, phil. Diss. HUB 2009 bei Andreas Eckert, 399 Manuskriptseiten.

Susanne Baller untersuchte das Vereinsleben in afrikanischen Vorstädten, genauer in einem Vorort in Dakar, der 1950 gegründet wurde und mittlerweile zu einer Millionenstadt gewachsen ist. Sie nimmt Nachbarschafts- bzw. Jugendvereine in den Blick, Fußballvereine, die ihre Aktivitäten jedoch über den Fußball ausweiteten, sich um die Gestaltung der Stadtviertel kümmerten, Nachhilfekurse anboten, Basketball spielten oder Theatergruppen gründeten.

Mit der Wahl ihres Themas leistet sie einen Beitrag zu zwei aktuell intensiv diskutierten Themenfeldern, nämlich der Urbanisierung und der Jugendpolitik in Afrika. Und betonenswert ist zudem, dass Susanne Baller damit ein Stück Zeitgeschichte Afrikas schreibt. Dabei wird, so ein Gutachten, „sehr überzeugend Jugend- und postkoloniale Stadtgeschichte miteinander verbunden.“

Wenn ich sage, dass die Vereine das Untersuchungsobjekt sind, ist zu bemerken, dass es nicht um die Vereine an sich geht, sondern darum, den urbanen Raum der Vorstädte aus dem Blickwinkel der Vereine zu erfassen. Das Buch beschreibt die sich wandelnden Alltagsbedingungen in dem Vorort Dakars, die offizielle Jugendpolitik und – stadthistorisch hochgradig spannend – die Konflikte und Aushandlungsprozesse um die Kontrolle des öffentlichen Raums, womit wir viel über die Gestaltung, die Deutung und den Wandel urbaner Räume im Kontext von Jugendpolitik im postkolonialen Afrika lernen.

Fußball ist, so wird deutlich, nicht nur eine Freizeitaktivität, nicht nur Sport, sondern hochpolitisch. Die Jugendlichen sind zentrale Akteure der Stadt, wie Ballers Analyse der sozialen und kulturellen Praktiken in Vorstadt-Vereinen zeigt. Die Arbeit widmet sich damit, um aus einem Gutachten zu zitieren, „[...] einem hochspannenden Thema: der vom Straßenfußball ausgehenden Selbstorganisation vorstädtischer Jugendlicher im Senegal und den darauf antwortenden Versuchen der jugendpolitischen Einhegung.“ Und weiter: „Die Stärken der Arbeit liegen in immer wieder gelingenden Rekonstruktionen der Alltagspraxis der untersuchten Vereine und den dabei möglichen Einblicken in die jugendliche Lebenspraxis.“

Gleichzeitig liefert die Arbeit eine „Geschichte der Vorstädte und Stadtviertel als Geschichte einzelner Orte in der Stadt“, womit Baller bewusst das Bild der Stadt als Ganzes hinterfragt und damit Neuland in der Stadtforschung zu Afrika betritt.

Die Arbeit endet in diesem Sinne mit einer Referenz an Michel de Certeau und der Kontrastierung des Blicks aus dem 110. Stockwerk des (nicht mehr existierenden) World Trade Centers auf die Straßen New Yorks mit dem Blick derjenigen, die unten wohnen und durch die Stadt gehen, den Wandersmännern.

Susanne Baller nimmt ihre Leser mit auf die Wege der afrikanischen und jugendlichen Wandersmänner in einer Vorstadt in Dakar und es ist eine spannende und lohnende Reise, die die Komplexität und die Divergenz der vorstädtischen Erfahrungen veranschaulicht. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich auf diese Reise zu begeben.

Sebastian Haumann, „Schade, dass Beton nicht brennt“. Stadtplanung zwischen Partizipation und Protest, phil. Diss. TU Darmstadt bei Dieter Schott.

Die Arbeit von Sebastian Haumann liegt im Schnittpunkt verschiedener Forschungsfelder. Man kann sie, wie ein Gutachten zusammenfasst, „sowohl der Stadtgeschichte als auch der politischen Kulturforschung“ zurechnen. Haumanns Dissertation befasst sich mit dem Wandel von „Planungskulturen“ im 20. Jahrhundert, genauer mit der in der Forschung konstatierten Entstehung einer neuen Planungskultur ca. zwischen 1960 und 1980 in Deutschland und den USA. Sein Ausgangspunkt war die in der Forschung verbreitete These, dass der Wandel von einer technokratischen Stadtplanung der 1960er Jahre hin zu einer netzwerkorientierten partizipativen Planung seit den 1990er Jahren auf Protest gegen Bau- und Sanierungsprojekte zurückzuführen sowie im Kontext der neuen sozialen Bewegungen zu sehen sei.

Haumann überprüft und differenziert diese These an zwei umstrittenen Planungen in Köln und Philadelphia: der Umnutzung der „Stollwerck-Fabrik in Köln und dem Bau des Crosstown Expressway in Philadelphia.

Dabei werden, so erneut ein Zitat aus einem Gutachten: „die Forschungsfragen mustergültig aus der allgemeinen Debatte abgeleitet, es wird ständig die lokale und die allgemeine Forschungsebene miteinander verbunden und ganz neue Quellen und Sachverhalte eruiert.“

Haumann kommt zu dem Ergebnis, dass der Protest nicht wesentlich für die Entstehung neuer Planungskulturen war, jedoch die Art und Weise dieser veränderten Planungskultur beeinflusste. Weiter betont Haumann die Ambivalenz modernistischer Leitbilder und korrigiert dabei das Bild eines „monolithischen“ Technokratismus der Moderne.

Mit diesem kurzen Einblick in die Fragestellung und Ergebnisse der Arbeit möchte ich es belassen und abschließend allerdings erwähnen, dass Haumann einleitend sich selbst in die Tradition einer Mikrogeschichte im Sinne Ginzburgs stellt und entsprechend anschaulich, akribisch und detailreich beschreibt er die Entwicklungen in Köln und Philadelphia, so dass wir auch viele spannende Details aus Köln und Philadelphia erfahren.

**Prof. Dr. Martina Heßler, Helmut-Schmidt-Univ. der Bundeswehr Hamburg,
mhessler@hsu-hh.de**

Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung am 29.9.2010 in Berlin

Am Rande des in der Humboldt-Universität zu Berlin abgehaltenen 48. Historikertages führte die Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) am 29.9.2010 ihre diesjährige Mitgliederversammlung (MV) durch. Die mit etwa 40 Teilnehmern gut besuchte MV schloss sich an eine von der GSU unterstützte stadtgeschichtliche Sektion des Historikertages an, die Bettina Severin-Barboutie (Gießen) zum Thema „Projektionen nationaler Identität auf Migranten in europäischen Städten nach 1945“ organisiert hatte (s. Bericht in diesem Heft). Der Vorsitzende Dieter Schott informierte in seinem die MV einleitenden Bericht zunächst über einen leichten Anstieg der Mitgliederzahlen auf nunmehr 198 und über weitere Aktivitäten der GSU im letzten Jahr, so etwa die am 5./6. Oktober 2009 in München durchgeführte Nachwuchskonferenz mit den Themenschwerpunkten „Stadt und Krise“, „Stadt und Migration“ und „Stadt und Natur“. Auch sei im März 2010 zum zweiten Mal der Nachwuchspreis der GSU ausgeschrieben und über die Preisvergabe von einer vom GSU-Vorstand eingesetzten Jury entschieden worden (s. Bericht). Eine Neuerung bilde der erstmals im April 2009 versandte Mail-Rundbrief des Vorstands an alle Mitglieder. Der Vorsitzende informierte sodann über zukünftige Konferenzen sowie die Aktivitäten im Rahmen der European Association of Urban Historians.

Nach einer kurzen Aussprache berichtete Dorothee Brantz in Vertretung des verhinderten Schatzmeisters Martin Baumeister über die Finanzen der Gesellschaft, deren Kontostand zum 16.9.2010 bei gut 6.000 Euro lag. Dieter Schott ergänzte, dass entsprechend eines Vorstandsbeschlusses von den wenigen Mitgliedern, deren Beiträge nicht per Einzugsermächtigung eingezogen würden, wegen des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes zukünftig eine Bearbeitungsgebühr erhoben würde. Anschließend attestierte Dieter Hein als Kassenprüfer eine einwandfreie Kassen- und Buchführung des Schatzmeisters und stellte den Antrag auf Entlastung des Vorstan-

des. Der Antrag wurde einstimmig ohne Gegenstimmen bei fünf Enthaltungen angenommen.

Des Weiteren berichtete der Vorsitzende über den Stand der Zeitschrift IMS und stellte kurz die geplanten Themen der nächsten Hefte sowie Ideen für eine Erweiterung der Zeitschrift um eine „thematisch offene“ neue Rubrik vor. Er drückte seinen besonderen Dank an die Gründer der Zeitschrift Prof. Dr. Wolfgang Hofmann, Dr. Christian Engeli und Prof. Dr. Horst Matzerath aus, die sich nunmehr aus dem Herausgeberkreis zurückzögen. Eine Debatte entspann sich um das Vorhaben, für die IMS ein Review-Verfahren zu etablieren und um dessen Umsetzung. Danach informierte Christoph Bernhardt kurz über den Stand der Buchreihe der GSU (bisher erschienen zehn Bände) und die demnächst erscheinenden Bände.

Die von Clemens Zimmermann geleitete Neuwahl des Vorstandes brachte, da der alte Vorstand mit Ausnahme der stellv. Vorsitzenden Martina Hessler wieder kandidierte und einstimmig bei sechs Enthaltungen gewählt wurde, nur eine Veränderung. Vorsitzender bleibt Dieter Schott, zweite Vorsitzende Friedrich Lenger (Gießen) und die neu gewählte Gisela Mettele (Univ. Jena). Wiedergewählt wurden Martin Baumeister (Schatzmeister, LMU München), Christoph Bernhardt (Schriftführer, Berlin), Dorothee Brantz (Berlin), Celina Kress (Berlin) und Sylvia Necker (Hamburg), die letzten drei als Beisitzerinnen. Bestätigt wurden auch als Kassenprüfer Dieter Hein und Ralf Roth.

Nachdem über einige zukünftige Aktivitäten – u.a. über die für den 25./26. November 2010 in Berlin geplante Konferenz „Der Kult des großen Plans um 1910“ des AK Planungsgeschichte der GSU – informiert worden war, kam es zur festlichen Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Frau Prof. Adelheid von Saldern und Herrn Prof. Heinz Reif. Der Vorsitzende würdigte in einer ausführlichen Laudatio die Verdienste der Geehrten als „Gründungseltern“ der GSU und ihre zahlreichen weiteren Aktivitäten für die Stadtgeschichtsforschung und deren Netzwerke. Beide bedankten sich in kurzen Antworten. Abschließend berichtete Martina Hessler über die Verleihung des Nachwuchspreises und würdigte ausführlich die Arbeiten der beiden anwesenden Preisträger Frau Dr. Baller und Herr Dr. Escherich (s. Bericht). Schließlich dankte der Vorsitzende den Anwesenden, schloss die Mitgliederversammlung und lud die Anwesenden zum zwanglosen Beisammensein bei einem kleinen Büffet.

PD Dr. Christoph Bernhardt, IRS (Erkner), bernhardt@irs-net.de

Termine

1. Halbjahr 2011

- 20.-21. Januar Konferenz: *Mapping Vienna - die Kartierung der Stadt*
IFK Internationales Forschungszentrum
Kulturwissenschaften Wien
http://www.gsu.tu-darmstadt.de/aktuell_0291.html
- 28.-29. Januar Konferenz: *Denkmal Ost-Moderne. Aneignung,
Erhaltung und Vermittlung des baulichen Erbes der
Nachkriegsmoderne*
Bauhaus-Universität Weimar
http://www.gsu.tu-darmstadt.de/aktuell_0274.html
29. Januar Konferenz: *Urban Economies. Pre-Modern Towns
group annual conference.*
Institute of Historical Research, London
[http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/
pmtg/conference-2011](http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/pmtg/conference-2011)
3. – 5. März Workshop: *Metropolenzauber: Sexuelle Moderne und
Urbaner Wahn.*
Humboldt-Universität zu Berlin
http://www.gsu.tu-darmstadt.de/aktuell_0278.html
15. – 18. März Internationale Konferenz: *Urban Space, mobility and
citizenry: Restoration, transmission and resignification.*
Center for Study of the Francoist and Democratic Eras
(CEFID), Universität Barcelona, Barcelona.
http://www.gsu.tu-darmstadt.de/aktuell_0268.html
31. März – 1. April Konferenz: *Leisure, Pleasure and the Urban Spectacle.*
Urban History Group Annual Conference, Cambridge
[http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/uhg/
conference-2011](http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/uhg/
conference-2011)

4. – 6. April Vorankündigung Frühjahrstagung zum Thema:
„Medienstadt“ und „Medialität der Stadt“.
Universität Münster, Programm folgt:
<http://www.uni-muenster.de/Staedtegeschichte/veranstaltungen/fruehjahrstagung.html>
8. April Kolloquium: *Gated Communities - Between Innovation and Urban Fortifications*
Universität Genf (CH)
<http://calenda.revues.org/nouvelle17275.html>
28. – 30. April Symposium: *Elites take over the city (18th-21st centuries): what does research do about it?*
Université Libre de Bruxelles, Brüssel, Belgien
<http://web1.ulb.ac.be/arc/elites/colloque2011EN.html>
12. – 14. Mai Vorankündigung Tagung: *Migration und Stadtentwicklung, Forum Stadt, Netzwerk historischer Städte e.V.* (ehemals Alte Stadt e.V.) Steyr, Österreich,
http://www.forum-stadt.eu/servlet/PB/menu/1427686_11/index.html
19. – 20. Mai *The Five Senses of the City. From the Middle Ages to the Contemporary Period.*
Université de Tours, Frankreich
http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/news_pdfs/2011/may/5senses.pdf
24. – 26. Mai Konferenz: *Gender and the European Town: Making of the Modern Town*, Umea, Schweden
Kontakt: asa.karlsson.sjogren@historia.umu.se
- 15.-17. Juni Konferenz: *The Distinctiveness of Cities. Modes of Re-Production*
LOEWE-Schwerpunkt “Eigenlogik der Städte”, TU Darmstadt
<http://www.distinctiveness-of-cities.tu-darmstadt.de/distinctivenessofcities/index.en.jsp>

17. – 18. Juni Jahreskonferenz: *Transatlantisches Graduiertenkolleg am Center for Metropolitan Studies.*
Technische Universität Berlin, Berlin
www.metropolitanstudies.de

2. Halbjahr 2011

28. Juni – 2. Juli Konferenz: *Encounters of Sea and Land, 6h ESEH Conference.*
Turku, Finnland
<http://eseh2011.utu.fi/>

6.- 7. Juli Konferenz: *Shadow cities: realities and representations*
Centre for Metropolitan History, Institute of Historical Research, London
<http://www.history.ac.uk/events/event/2152>

22.-23. September GSU-Nachwuchstagung und Workshop
„Stadt und Moderne“,
TU Darmstadt